

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 67. Sitzung

Berlin, Freitag, den 17. Oktober 2003

#### Inhalt:

Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung .....	5735 A	<b>Arbeitsmarkt</b> (Drucksache 15/1638) .....	5736 A
Änderung der Tagesordnung .....	5735 B	– Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines <b>Gesetzes zur Sicherung der Existenzgrundlagen (Existenzgrundlagengesetz – EGG)</b> (Drucksachen 15/1523, 15/1728, 15/1749) .....	5736 A
Nachträgliche Ausschussüberweisung .....	5735 C	– Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines <b>Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Einfügung eines Art. 106 b)</b> (Drucksachen 15/1527, 15/1728, 15/1749) .....	5736 A
<b>Tagesordnungspunkt 19:</b>		b) <b>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit</b>	
a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines <b>Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt</b> (Drucksachen 15/1515, 15/1728, 15/1749, 15/1732) .....	5735 D	– zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Niebel, Dr. Heinrich L. Kolb, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: <b>Arbeitslosen- hilfe und Sozialhilfe zu einem beschäftigungsfördernden kommunalen Sozialgeld zusammen- führen</b> .....	5736 B
– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines <b>Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt</b> (Drucksachen 15/1637, 15/1728, 15/1749, 15/1732) .....	5735 D	– zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Niebel, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: <b>Neuordnung der Bundesanstalt für Arbeit</b>  (Drucksachen 15/1531, 15/1576, 15/1728, 15/1749) .....	5736 C
– Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines <b>Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt</b> (Drucksachen 15/1516, 15/1728, 15/1749, 15/1733) .....	5736 A		
– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines <b>Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am</b>			

in Verbindung mit

**Zusatztagesordnungspunkt 6:**

Erste Beratung des von den Abgeordneten Birgit Homburger, Dirk Niebel, weiteren Abgeordneten sowie der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines <b>Gesetzes zur Erhöhung der Rechtssicherheit von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ehepartnerinnen und Ehepartnern in Familienunternehmen</b> (Drucksache 15/1594) . . . . .	5736 C
Wolfgang Clement, Bundesminister BMWA . . . . .	5736 D
Roland Koch, Ministerpräsident (Hessen) . . . . .	5740 C
Dr. Thea Dückert BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN . . . . .	5743 C
Dr. Guido Westerwelle FDP . . . . .	5746 A
Klaus Brandner SPD . . . . .	5748 A
Johannes Singhammer CDU/CSU . . . . .	5750 C
Petra Pau fraktionslos . . . . .	5752 B
Karin Roth (Esslingen) SPD . . . . .	5753 B
Karl-Josef Laumann CDU/CSU . . . . .	5755 B
Wolfgang Clement, Bundesminister BMWA . . . . .	5757 A
Karl-Josef Laumann CDU/CSU . . . . .	5757 B
Namentliche Abstimmungen . . . . .	5757 D, 5758 A
Ergebnisse . . . . .	5794 D, 5799 C

**Tagesordnungspunkt 20:**

- a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Haushaltsbegleitgesetzes 2004 (HBegIG 2004)** (Drucksachen 15/1502, 15/1639, 15/1750, 15/1751) . . . . . 5759 A
- b) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze** (Drucksachen 15/1313, 15/1726, 15/1735) . . . . . 5759 A
- c) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit** (Drucksachen 15/1521, 15/1661, 15/1722, 15/1724) . . . . . 5759 B
  - Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines

**Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit**

(Drucksachen 15/1309, 15/1722, 15/1724) . . . . . 5759 A

- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Andreas Pinkwart, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur vereinfachten Nachversteuerung als Brücke in die Steuerehrlichkeit** (Drucksachen 15/470, 15/1722, 15/1724) . . . . . 5759 B

- d) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Andreas Pinkwart, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Zinsabgeltungsteuer einführen – Fluchtkapital zurückholen** (Drucksachen 15/217, 15/1722) . . . . . 5759 C

- e) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz** (Drucksachen 15/1518, 15/1665, 15/1684, 15/1736) . . . . . 5759 D

- f) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer** (Drucksachen 15/1517, 15/1664, 15/1727, 15/1760, 15/1738) . . . . . 5760 A

- Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Soforthilfegesetzes für die Gemeinden (SofortHiG)** (Drucksachen 15/1470, 15/1727, 15/1760, 15/1739) . . . . . 5760 A

- g) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Gerda Hasselfeldt, Peter Götz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Finanzkraft der Kommunen stärken – Kommunale Selbstverwaltung sichern** (Drucksachen 15/1217, 15/1727, 15/1760) . . . . . 5760 B

- h) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Hermann Otto Solms, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des**

<b>Grundgesetzes (Kommunale Finanzreform)</b> (Drucksachen 15/1247, 15/1729) . . . . .	5760 B		
i) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: <b>Antragsverfahren bei Agrardiesel deutlich vereinfachen</b> (Drucksachen 15/833, 15/1261) . . . . .	5760 C		
in Verbindung mit			
<b>Zusatztagesordnungspunkt 7:</b>			
Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Jürgen Koppelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: <b>Regierung muss Haushaltssicherungsgesetz vorlegen</b> (Drucksachen 15/997, 15/1750, 15/1751)	5760 C		
in Verbindung mit			
<b>Zusatztagesordnungspunkt 8:</b>			
Antrag der Abgeordneten Carl-Ludwig Thiele, Joachim Günther (Plauen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: <b>Neugestaltung der Eigenheimzulage</b> (Drucksache 15/1731) . . . . .	5760 C		
Hans Eichel, Bundesminister BMF . . . . .	5761 A		
Friedrich Merz CDU/CSU . . . . .	5765 D		
Volker Beck (Köln) BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN . . . . .	5766 A		
Anja Hajduk BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	5770 C		
Dr. Hermann Otto Solms FDP . . . . .	5772 A		
Joachim Poß SPD . . . . .	5773 D		
Leo Dautzenberg CDU/CSU . . . . .	5774 B		
Dr. Kurt Faltlhauser, Staatsminister (Bayern)	5776 B		
Kerstin Andreae BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN . . . . .	5778 C		
Dr. Gesine Löttsch fraktionslos . . . . .	5779 D		
Dr. Günter Rexrodt FDP . . . . .	5780 D		
Bernd Scheelen SPD . . . . .	5781 C		
Namentliche Abstimmungen . . . . .	5783 B, 5787 B 5788 C		
Ergebnisse . . . . .	5784 D, 5788 C 5791 C		
		<b>Tagesordnungspunkt 21:</b>	
		a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines <b>Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch</b> (Drucksachen 15/1514, 15/1734, 15/1761, 15/1740) . . . . .	5794 B
		– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines <b>Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch</b> (Drucksachen 15/1636, 15/1734, 15/1761, 15/1740) . . . . .	5794 B
		b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: <b>Nationaler Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003 bis 2005 – Strategien zur Stärkung der sozialen Integration</b> (Drucksache 15/1420) . . . . .	5794 C
		Rolf Stöckel SPD . . . . .	5797 B
		Verena Butalikakis CDU/CSU . . . . .	5801 B
		Markus Kurth BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN . . . . .	5803 D
		Dr. Heinrich L. Kolb FDP . . . . .	5805 B
		Franz Thönnies, Parl. Staatssekretär BMGS	5806 B
		Dr. Gesine Löttsch fraktionslos . . . . .	5807 D
		Matthäus Strebl CDU/CSU . . . . .	5808 C
		Namentliche Abstimmung . . . . .	5809 D
		Ergebnis . . . . .	5811 C
		<b>Tagesordnungspunkt 22:</b>	
		Unterrichtung durch die Bundesregierung: <b>Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Umsetzung des „Vertrages zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt 2001–2004“ sowie zur künftigen Förderung der Kultur in der Bundesstadt Bonn</b> (Drucksache 14/9677) . . . . .	5810 A
		in Verbindung mit	
		<b>Zusatztagesordnungspunkt 5:</b>	
		Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der	

<b>FDP: Transparenz für den Hauptstadtkulturfonds</b> (Drucksache 15/1708) . . . . .	5810 B
Dr. Christina Weiss, Staatsministerin BK . . . . .	5810 C
Günter Nooke CDU/CSU . . . . .	5814 A
Hans-Joachim Otto (Frankfurt) FDP . . . . .	5816 A
Petra Pau fraktionslos . . . . .	5817 A
Dr. Gesine Löttsch fraktionslos . . . . .	5817 B
Eckhardt Barthel (Berlin) SPD . . . . .	5818 A

### Tagesordnungspunkt 23:

a) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Joachim Stünker, Hermann Bachmaier, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der SPD sowie den Abgeordneten Jerzy Montag, Hans-Christian Ströbele, weiteren Abgeordneten und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines <b>Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung und zur Änderung anderer Gesetze</b> (Drucksachen 15/813, 15/1730) . . . . .	5819 B
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Norbert Röttgen, Wolfgang Bosbach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: <b>Verpflichtungen aus dem EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung zügig erfüllen</b> (Drucksachen 15/540, 15/1730) . . . . .	5819 C
Brigitte Zypries, Bundesministerin BMJ . . . . .	5819 C
Thomas Silberhorn CDU/CSU . . . . .	5820 D
Christoph Strässer SPD . . . . .	5821 D
Clemens Binninger CDU/CSU . . . . .	5823 A
Fritz Rudolf Körper SPD . . . . .	5824 C

### Tagesordnungspunkt 24:

Antrag der Abgeordneten Peter Götz, Gerda Hasselfeldt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: <b>Grünbuch der EU-Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – Kommunale Selbstverwaltung sichern und fortentwickeln</b> (Drucksache 15/1326) . . . . .	5825 A
Nächste Sitzung . . . . .	5825 C

### Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten . . . . .	5827 A
---	--------

### Anlage 2

Erklärungen nach § 31 GO zu den Abstimmungen über die Entwürfe eines <b>Dritten und eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt</b> (Tagesordnungspunkt 19 a)	
<i>Hans Büttner (Ingolstadt) SPD</i> . . . . .	5827 A
<i>Werner Schulz (Berlin) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i> . . . . .	5827 B

### Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Thilo Hoppe, Friedrich Ostendorff, Peter Hettlich, Winfried Nachtwei, Claudia Roth (Augsburg), Winfried Hermann, Jutta Dümpe-Krüger, Irmgard Schewe-Gerigk und Petra Selg (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu den Abstimmungen über die Entwürfe eines <b>Dritten und eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt</b> (Tagesordnungspunkt 19 a) . . . . .	5828 A
--	--------

### Anlage 4

Erklärungen nach § 31 GO zu den Abstimmungen über die Entwürfe eines <b>Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und eines Existenzgrundlagengesetzes</b> (Tagesordnungspunkt 19 a)	
<i>Robert Hochbaum CDU/CSU</i> . . . . .	5829 B
<i>Manfred Kolbe CDU/CSU</i> . . . . .	5829 C

### Anlage 5

Erklärungen nach § 31 GO zur Abstimmung über den Entwurf eines <b>Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt</b> (Tagesordnungspunkt 19 a)	
<i>Jelena Hoffmann (Chemnitz) SPD</i> . . . . .	5830 A
<i>Ernst Kranz SPD</i> . . . . .	5830 B

### Anlage 6

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Dr. Peter Danckert, Stephan Hilsberg, Dirk Manzewski, Götz-Peter Lohmann, Silvia Schmidt (Eisleben) und Wilfried Schreck (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines <b>Vierten Gesetzes für moderne Dienst-</b>	
---	--

**leistungen am Arbeitsmarkt** (Tagesordnungspunkt 19 a) ..... 5830 B

**Anlage 7**

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Rüdiger Veit, Florian Pronold, Willi Brase, Peter Dreßen, Reinhold Hemker, Gabriele Hiller-Ohm, Horst Kubatschka, Götz-Peter Lohmann, Dr. Christine Lucyga, Lothar Mark, René Röspel, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Fritz Schösser, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk und Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines **Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt** (Tagesordnungspunkt 19 a)... 5830 C

**Anlage 8**

Erklärungen nach § 31 GO der Abgeordneten Veronika Bellmann und Maria Michalk (beide CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines **Existenzgrundlagengesetzes** (Tagesordnungspunkt 19 a) ..... 5831 A

**Anlage 9**

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Arnold Vaatz, Dr. Michael Luther, Manfred Grund, Ulrich Adam, Michael Stübgen, Hartmut Büttner (Schönebeck), Christa Reichard (Dresden), Michael Kretschmer, Klaus Brähmig, Marco Wanderwitz, Günter Baumann, Dr. Peter Jahr, Henry Nitzsche, Antje Tillmann, Bernward Müller (Gera), Volkmar Uwe Vogel, Dr. Christoph Bergner, Ulrich Petzold, Bernd Heynemann, Uda Carmen Freia Heller, Peter Letzgus, Günter Nooke, Rainer Eppelmann, Verena Butalikakis und Vera Lengsfeld (alle CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines **Existenzgrundlagengesetzes** (Tagesordnungspunkt 19 a) ..... 5831 C

**Anlage 10**

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Steffen Kampeter (CDU/CSU) und Otto Fricke (FDP) zur Abstimmung über den Entwurf eines **Haushaltsbegleitgesetzes 2004** (Tagesordnungspunkt 20 a) ..... 5832 D

**Anlage 11**

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Peter Dreßen, Klaus Kirschner, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Marlies Volkmer, Hans Büttner (Ingolstadt), Fritz Schösser, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Rüdiger Veit, René

Röspel und Willi Brase (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines **Haushaltsbegleitgesetzes 2004** (Tagesordnungspunkt 20 a) ..... 5833 A

**Anlage 12**

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Jella Teuchner, Silvia Schmidt (Eisleben), Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Gabriele Fograscher, Günter Gloser, Verena Wohlleben, Reinhold Hemker, Brunhilde Irber, Anette Kramme, Horst Kubatschka, Petra Ernstberger, Karsten Schönfeld, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Petra Heß, Reinhold Robbe und Ernst Kranz (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines **Haushaltsbegleitgesetzes 2004** (Tagesordnungspunkt 20 a) ..... 5833 B

**Anlage 13**

Erklärung nach § 31 GO des Abgeordneten Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines **Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer** (Tagesordnungspunkt 20 f) ..... 5833 D

**Anlage 14**

Zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung der Unterrichtung: **Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Umsetzung des „Vertrages zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt 2001 bis 2004“ sowie zur künftigen Förderung der Kultur in der Bundesstadt Bonn** (Tagesordnungspunkt 22)  
*Dr. Antje Vollmer BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN* ..... 5834 A

**Anlage 15**

Zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung:  
– Entwurf eines **Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung und zur Änderung anderer Gesetze**  
– Beschlussempfehlung und Bericht: **Verpflichtungen aus dem EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung zügig erfüllen** (Tagesordnungspunkt 23)  
*Jerzy Montag BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN* ..... 5834 D  
*Jörg van Essen FDP* ..... 5835 D

**Anlage 16**

Zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung des Antrags: **Grünbuch der EU-Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – Kommunale Selbstverwaltung sichern und fortentwickeln** (Tagesordnungspunkt 24)

*Doris Barnett SPD* ..... 5836 C

*Peter Götz CDU/CSU* ..... 5838 C

*Michaele Hustedt BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN* ..... 5839 D

*Gudrun Kopp FDP* ..... 5840 C

**Anlage 17**

Amtliche Mitteilungen ..... 5841 B

(A)

(C)

## 67. Sitzung

Berlin, Freitag, den 17. Oktober 2003

Beginn: 9.00 Uhr

### Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Interfraktionell ist vereinbart worden, die heutige **Tagesordnung** um weitere, in einer Zusatzpunktliste aufgeführte Punkte zu erweitern:

ZP 6 Erste Beratung des von den Abgeordneten Birgit Homburger, Dirk Niebel, Rainer Brüderle, weiteren Abgeordneten sowie der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Erhöhung der Rechtssicherheit von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ehepartnerinnen und Ehepartnern in Familienunternehmen**

– Drucksache 15/1594 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung

ZP 7 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Jürgen Koppelin, Otto Fricke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Regierung muss Haushaltssicherungsgesetz vorlegen**

– Drucksachen 15/997, 15/1750, 15/1751 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Steffen Kampeter

Walter Schöler

Anja Hajduk

Otto Fricke

ZP 8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Carl-Ludwig Thiele, Joachim Günther (Plauen), Dr. Andreas Pinkwart, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Neugestaltung der Eigenheimzulage**

– Drucksache 15/1731 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Haushaltsausschuss

Außerdem soll bei Tagesordnungspunkt 21 a von der Frist für den Beginn der Beratung abgewichen werden.

Des Weiteren mache ich auf eine nachträgliche Überweisung im Anhang zur Zusatzpunktliste aufmerksam:

Der in der 64. Sitzung des Deutschen Bundestages überwiesene nachfolgende Gesetzentwurf soll **zusätzlich** dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit **zur Mitberatung** überwiesen werden:

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zur Änderung steuerlicher Vorschriften

**(Steueränderungsgesetz 2003 – StÄndG 2003)**

– Drucksache 15/1562 –

(Erste Beratung 64. Sitzung)

überwiesen:

Finanzausschuss (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

Sind Sie mit diesen Vereinbarungen einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19 a und 19 b sowie Zusatzpunkt 6 auf:

19 a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt**

– Drucksache 15/1515 –

(Erste Beratung 60. Sitzung)

– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines

(B)

(D)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

- (A) **Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt**  
 – Drucksache 15/1637 –  
 (Erste Beratung 65. Sitzung)  
 – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt**  
 – Drucksache 15/1516 –  
 (Erste Beratung 60. Sitzung)  
 – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt**  
 – Drucksache 15/1638 –  
 (Erste Beratung 65. Sitzung)  
 – Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung der Existenzgrundlagen (**Existenzgrundlagengesetz – EGG**)  
 – Drucksache 15/1523 –  
 (Erste Beratung 60. Sitzung)  
 – Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Einfügung eines Art. 106 b)**
- (B) – Drucksache 15/1527 –  
 (Erste Beratung 60. Sitzung)  
 aa) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)  
 – Drucksachen 15/1728, 15/1749 –  
 Berichterstattung:  
 Abgeordnete Klaus Brandner  
 Karl-Josef Laumann  
 Dr. Thea Dückert  
 Dirk Niebel  
 bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung  
 – Drucksachen 15/1732, 15/1733 –  
 Berichterstattung:  
 Abgeordnete Hans-Joachim Fuchtel  
 Otto Fricke  
 Volker Kröning  
 Anja Hajduk  
 b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)  
 – zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Niebel, Dr. Heinrich L. Kolb, Daniel Bahr (Münster),  
 weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP (C)  
**Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einem beschäftigungsfördernden kommunalen Sozialgeld zusammenführen**  
 – zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Niebel, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
**Neuordnung der Bundesanstalt für Arbeit**  
 – Drucksachen 15/1531, 15/1576, 15/1728, 15/1749 –  
 Berichterstattung:  
 Abgeordnete Klaus Brandner  
 Karl-Josef Laumann  
 Dr. Thea Dückert  
 Dirk Niebel  
 ZP 6 Erste Beratung des von den Abgeordneten Birgit Homburger, Dirk Niebel, Rainer Brüderle, weiteren Abgeordneten sowie der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Erhöhung der Rechtssicherheit von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ehepartnerinnen und Ehepartnern in Familienunternehmen**  
 – Drucksache 15/1594 –  
 Überweisungsvorschlag:  
 Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (f)  
 Rechtsausschuss  
 Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
 Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung (D)  
 Über die Entwürfe eines Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt werden wir später ebenso namentlich abstimmen wie über den Entwurf eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen. Der gleichlautende Entwurf der Bundesregierung zu Letzterem soll abgesetzt werden. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann ist das so beschlossen.  
 Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.  
 Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Bundesminister Wolfgang Clement.  
 (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)  
**Wolfgang Clement**, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:  
 Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie heute um Zustimmung zu zwei Gesetzentwürfen, die im Zentrum unseres Kampfes gegen die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit stehen. Es geht bei diesen beiden Gesetzentwürfen um den **Umbau der Bundesanstalt für Arbeit** und um die **Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe**, zwei Begriffe, die sich sehr technisch anhören, die aber bedeuten, dass

**Bundesminister Wolfgang Clement**

- (A) wir in Deutschland in der Arbeitsmarktpolitik zu neuem Denken und zu neuem Handeln kommen.

Sie wissen, dass wir diese neue Arbeitsmarktpolitik zu Beginn der Legislaturperiode mit zwei Gesetzen, den so genannten Hartz-Gesetzen, eingeleitet haben. Diese stützen sich auf die Arbeit der Kommission unter der Leitung von Peter Hartz und mit denen haben wir zunächst einmal und vor allen Dingen neue Beschäftigungsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt geschaffen. Das heißt, wir haben Mini- und Midijobs in einem sehr umfassenden Sinne legalisiert.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Auf unseren Vorschlag hin!)

Wir haben, aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Überbrückungsgeld, den Weg aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit wesentlich erleichtert, und zwar insbesondere mit dem, was unter dem Stichwort Ich-AG bekannt ist. Wir haben die Leih- und Zeitarbeit aus der Schmuddelecke, in der sie bisher in Deutschland zum großen Teil war, herausgeholt. Durch tarifliche Vereinbarungen haben die Beteiligten dies abgesichert. Die Zeit- und Leiharbeit kann und wird ebenfalls zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Am deutlichsten wird dies in den Personal-Service-Agenturen, die inzwischen recht erfolgreich arbeiten. Wir haben mit diesen neuen Beschäftigungsmöglichkeiten den Arbeitsmarkt in Bewegung gebracht.

- (B) Wir befinden uns zurzeit in Deutschland noch in einer wirtschaftlichen Stagnation. Die Beschäftigungsschwelle in der Bundesrepublik ist auf etwa 1,5 Prozent gesunken. Sie lag, wie Sie wissen, bei 2 bis 2,5 Prozent. Ich gehe davon aus, dass die neuen Beschäftigungsmöglichkeiten – namentlich auch die, die wir im Bereich der niedrig entlohnten und gering qualifizierten Tätigkeiten schaffen mussten – bei uns zu einer weiteren Senkung der Beschäftigungsschwelle beitragen werden, so wie das in unseren Nachbarstaaten, die im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit schon weiter sind, erfolgt ist.

Das sind die ersten Schritte. All diese neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, die Ich-AG, das Überbrückungsgeld, der Weg in die Selbstständigkeit aus der Arbeitslosigkeit, Mini- und Midijobs, Zeit- und Leiharbeit, sind erfolgreicher, als in vielen Unkenrufen – wir sind ja in Deutschland in Unkenrufen Spezialisten – vorhergesagt worden ist.

Wir rechnen damit, dass allein in diesem Jahr mehr als 200 000 Menschen den Weg aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit riskieren und damit zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Nach unseren Erfahrungen mit dem Überbrückungsgeld bleiben etwa zwei Drittel dieser Unternehmen bestehen.

Wir haben Reformen im Bereich des Arbeitsrechts eingeleitet. Insbesondere haben wir den **Kündigungsschutz** in einer sehr vorsichtigen Weise etwas gelenkiger gemacht. Außerdem haben wir begonnen, die Arbeitslosenversicherung umzubauen, und zwar insbesondere dadurch, dass wir den Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere deutlicher befristet haben, als es bisher der Fall war, und gleichzeitig Mittel und Instrumente auf den Weg ge-

- (C) bracht haben, mit denen die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekämpft werden kann. Über diesen Gesetzentwurf wird heute im Bundesrat abgestimmt werden. Ich hoffe sehr, dass der Bundesrat ihn passieren lässt.

In der heutigen Diskussion geht es, wie gesagt, um den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und um die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, das so genannte Hartz-III- und das Hartz-IV-Gesetz. Wir haben bereits im vergangenen Jahr mit dem Umbau der Bundesanstalt für Arbeit begonnen. Seitdem hat die Bundesanstalt eine neue Führungsstruktur. Auch hier sage ich entgegen manchem, was man lesen und hören kann: Diese Bundesanstalt arbeitet unter der neuen Führung wesentlich erfolgreicher, als von vielen relativ oberflächlichen Betrachtern angenommen wird. Der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit ist in vollem Gange.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ziel des Umbaus ist es, endlich das wahr zu machen, was jede und jeder von uns bei allen möglichen Gelegenheiten immer wieder gepredigt hat: Wir müssen weg von der Administration und der Finanzierung von Arbeitslosigkeit und hin zur Vermittlung in Arbeit kommen. Das ist die Aufgabe und der Sinn dieser Reform.

- (D) Deshalb führen wir mit dem Gesetzentwurf, der Ihnen vorliegt, die Bundesanstalt hin zu einer Konzentration auf die Vermittlung in Arbeit. Deshalb bauen wir die Personal- und Organisationsstrukturen in der Bundesanstalt um, die in Zukunft „**Bundesagentur für Arbeit**“ heißen wird. Deshalb steuern wir um: von detailreichen Einzelregelungen hin zu Zielvereinbarungen, die wir mit der Führung der Bundesanstalt treffen wollen und aus denen wir die weitere Arbeit ableiten wollen.

Die Politik muss zu diesem Unternehmen Bundesagentur auf Distanz gehen. Wenn eine solche Bundesagentur erfolgreich arbeiten soll, muss sie in eigener Verantwortung arbeiten können, auch als ein Unternehmen, das eine öffentliche Aufgabe wahrnimmt. Deshalb müssen wir von detailreichen Gesetzen, Verordnungen und Erlassen Abstand nehmen. Das gilt für die Politik, für das Parlament und die Regierung. Die Bundesagentur für Arbeit hat in Zukunft die prioritäre Verantwortung für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Ich bin überzeugt, dass sie dieser Verantwortung auch gerecht werden wird.

Damit die Bundesagentur so arbeiten kann, vereinfachen wir zugleich das **Förderungs- und Leistungsrecht**. Wir machen es einfacher und überschaubarer. Wir führen beispielsweise die Arbeitsbeschaffungs- und die Strukturanpassungsmaßnahmen zu einem Instrument zusammen. Wir erwarten, dass allein durch die Reduktion und Vereinfachung des Förder- und Leistungsrechts etwa 3 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesanstalt, die bisher mit administrativen Aufgaben beschäftigt waren, für die Vermittlungsarbeit frei werden. Dafür brauchen wir wesentlich mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als bisher.

## Bundesminister Wolfgang Clement

- (A) Umsteuern auf Vermittlung heißt, dass in Zukunft auf 75 Arbeitssuchende ein Arbeitsvermittler, ein Fallmanager kommen soll, der sich wirklich konkret um den einzelnen Arbeitssuchenden kümmern können soll. Das war bisher nicht möglich, weil bis jetzt ein Berater für etwa 800 Arbeitssuchende zuständig ist. Dieses Umsteuern muss und wird in Zukunft möglich werden, wie es in vergleichbaren Volkswirtschaften auch möglich ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Die Erfahrungen in Großbritannien oder Skandinavien haben gezeigt, dass wir allein dadurch in der vor uns liegenden Zeit die Arbeitslosenquote um etwa 15 bis 20 Prozent werden senken können. Das sind die Erwartungen, die wir haben.

Ich möchte an dieser Stelle Folgendes hinzufügen, weil es zu diesem Punkt Diskussionen gegeben hat: Wir werden bei der Bundesanstalt keine zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen, sondern werden die Strukturen umbauen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allen Dingen aus der Administration herausnehmen, damit sie sich ganz auf die Vermittlung und auf die Arbeit mit den Arbeitssuchenden Menschen konzentrieren können.

Ein weiteres Ziel, das wir mit dem Hartz-IV-Gesetz verfolgen, ist die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Das ist eine Maßnahme, die inzwischen von fast allen Seiten bejaht und unterstützt wird. Wir müssen den Zustand beenden, dass in Deutschland zwei **Fürsorgesysteme** nebeneinander bestehen: einmal die Arbeitslosenhilfe als ein Fürsorgesystem des Staates und zum anderen die Sozialhilfe als ein Fürsorgesystem der Kommunen. Diese beiden Systeme haben sich nebeneinander entwickelt, sind voller Widersprüche und wirken manchmal sogar gegeneinander. Wir müssen sie zusammenführen, um endlich gezielt mit einem Instrument arbeiten zu können, das auf alle Arbeitssuchenden hin ausgerichtet ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des  
Abg. Dirk Niebel [FDP])

Wir müssen erreichen, dass jeder Arbeitssuchende und jede Arbeitssuchende in Deutschland *eine* Anlaufstelle hat, bei der er bzw. sie Rat, Hilfe und Unterstützung auf dem Weg zurück in den Arbeitsmarkt bekommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist aber kein rein technischer Gesichtspunkt; denn damit verbindet sich der von uns schon oft angesprochene Grundsatz des Förderns und des Forderns. Wir müssen erwarten, dass Arbeitssuchende, die ein Angebot für einen Arbeitsplatz bekommen, dieses auch annehmen. Damit Menschen, die aus der Arbeitslosigkeit kommen – ob sie Arbeitslosenhilfebezieher oder Sozialhilfeempfänger sind, ist egal –, wieder in Arbeit gehen, schaffen wir Anreize.

Gleichzeitig muss aber gelten: Wer **zumutbare Arbeit** ablehnt, der kann nicht damit rechnen, dass er öffentliche Hilfe aus den Kassen der Steuer- und Beitrags-

zahler bekommt. Diesem Grundsatz der Zumutbarkeit, der für jeden Einzelnen gilt, müssen wir in Deutschland Geltung verschaffen. Es ist Ausdruck des Prinzips der Solidarität, dass derjenige, der Anspruch auf die Unterstützung durch die Gemeinschaft erhebt – das ist sein Recht; er muss unterstützt werden – gleichzeitig bereit sein muss, zu tun, was die Gemeinschaft entlastet. Derjenige muss deshalb eine zumutbare Arbeit annehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eine zumutbare Arbeit ist grundsätzlich jede legale Arbeit. Dazu zählen also auch die Minijobs, um das ganz klar zu sagen, auch wenn sie eine geringere Qualifikation erfordern und schwächer dotiert sind. Jeder, der sich mit diesem Thema beschäftigt, erkennt, dass wir Schritte brauchen, mit denen wir den Menschen den Weg zurück in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Dazu kann auch der Weg über einen Minijob gehören. Dass dies funktioniert, ist natürlich nicht zwingend, aber durchaus möglich.

Wir sagen allerdings – das haben wir in sehr intensiven Diskussionen in der Koalition erörtert; wir sind dort aus meiner Sicht zu einem vernünftigen Ergebnis gekommen –: Eine solche zumutbare Arbeit muss sich selbstverständlich im Rahmen tariflicher Regelungen, die in Deutschland gelten, bewegen. Soweit es keine tarifliche Regelung gibt, muss sich das Entgelt im Rahmen des ortsüblichen Entgelts bewegen. Niemand will – dazu zählt selbstverständlich auch die Bundesregierung – dass Lohndumping gefördert wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir haben, wie Sie alle wissen, in den Koalitionsfraktionen außerordentlich intensive Diskussionen über den Vorschlag der Bundesregierung geführt. Dabei haben wir zu einigen Klarstellungen gefunden, beispielsweise zu der Klarstellung, dass Eltern selbstverständlich nicht ihr Leben lang für die finanzielle Unterstützung ihrer erwachsenen, in Arbeitslosigkeit geratenen Kinder verantwortlich sind. Die Gerichte haben in vielen Fällen entschieden, dass Eltern nicht auf Dauer für ihre erwachsenen Kinder, soweit sie arbeitslos sind, in Anspruch genommen werden können. Dieser Rechtsprechung wollen wir aber durch eine klarstellende Regelung im Gesetz Rechnung tragen. – Das sind Klarstellungen, die wir vorgenommen haben.

Neu hinzugefügt haben wir – das ist das Wichtigste; das will ich deutlich sagen – eine Schutzvorschrift für die **Altersvorsorge**. Das folgt aus der Überlegung, dass wir den Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten sind und die sich während ihrer Zeit in Arbeit neben dem Rentenanspruch eine zusätzliche Altersvorsorge aufgebaut haben, ihre Altersvorsorge, soweit es vertretbar ist, erhalten sollten.

Das ist nur vernünftig, wenn wir heute gleichzeitig vor allen Dingen den jungen Menschen empfehlen, sich neben der Rentenversicherung eine eigene Altersvorsorge zuzulegen. Ich hoffe, vor allen Dingen die Jüngeren tun das mit der Riester-Rente und den Betriebsrenten. Beide

**Bundesminister Wolfgang Clement**

- (A) Formen der Altersvorsorge sind bei Arbeitslosigkeit auch in Zukunft vor einem Zugriff geschützt.

Wir fügen jetzt eine dritte Möglichkeit hinzu. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich im Laufe ihres Lebens eine zusätzliche Altersvorsorge, in welcher Form der Geldanlage auch immer, zulegen. Diese Geldanlage wollen wir schützen, soweit sie ausschließlich für die Altersvorsorge gedacht ist, soweit sie also erst ab dem Renteneintritt in Anspruch genommen werden kann. Die Grenze, bis zu der sie nicht angerechnet wird, wollen wir auf 200 Euro pro Lebensjahr festlegen, so dass sie für einen 60-Jährigen bei 12 000 Euro liegen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese von uns vorgenommenen Änderungen und Klarstellungen unterstütze ich ausdrücklich.

Ich füge hinzu, dass wir uns in besonderer Weise des Problems der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland annehmen. Dies ist unter dem Gesichtspunkt der Zumutbarkeit von Arbeit besonders wichtig. Sie wissen, dass die **Jugendarbeitslosigkeit** in Deutschland dramatisch hoch ist, wenn sie auch im Vergleich etwa mit Frankreich oder anderen europäischen Staaten noch niedrig ist. Sie bedrückt uns aber auch mit Blick auf die gesamte europäische Union. Tatsächlich ist die Jugendarbeitslosigkeit mit derzeit deutlich über 500 000 Betroffenen wirklich dramatisch hoch. Etwa 250 000 dieser jungen Leute unter 25 Jahren beziehen heute Sozialhilfe. 60 000 bis 70 000 erhalten Arbeitslosenhilfe. Deshalb muss es unsere vorrangige Aufgabe sein, diese jungen arbeitslosen Leute unter 25 Jahren so rasch wie möglich aus der Arbeitslosigkeit herauszuholen.

- (B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen der Arbeitslosigkeit in Deutschland den Nachwuchs entziehen. Deshalb müssen wir uns neben vielem anderen auch auf diese Aufgabe konzentrieren. Es ist unser Ziel, dass jeder dieser jungen Leute, jeder junge Mann und jede junge Frau, die heute arbeitslos sind und insbesondere Arbeitslosen- und Sozialhilfe erhalten, in sehr überschaubarer Zeit entweder ein Angebot für eine **Qualifikation**, für berufsvorbereitende Maßnahmen, für ein Praktikum, für einen Arbeitsplatz oder für eine sonstige Qualifikation erhält. Wir müssen dann auch erwarten können, dass die jungen Leute von solchen Angeboten Gebrauch machen.

Deshalb haben wir im Gesetzentwurf vorgesehen, dass junge Leute entsprechende Angebote auch annehmen müssen, also tatsächlich in eine Qualifikationsmaßnahme, Ausbildung oder Ähnliches gehen müssen. Wenn sie sich dem zu entziehen versuchen – was wir ja nicht völlig ausschließen können –, dann kann für sie – darauf müssen wir hinweisen – eine öffentliche Förderung in Gestalt von Geldzuwendungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie werden dann auf andere Weise unterstützt werden. Der Druck und die Erwartung der Solidargemeinschaft und der gesamten Gesellschaft, dass sie von

- solchen Möglichkeiten Gebrauch machen, müssen in deutlicher Form klar werden. (C)

Darum geht es bei den Gesetzen zur Reform des Arbeitsmarktes, zum Umbau der Bundesanstalt und des Arbeitsmarktes und zum neuen Denken und Handeln am Arbeitsmarkt, im Kern.

Wenn ich es richtig sehe, dann gibt es bei der Diskussion mit der Opposition, namentlich mit der Union, vor allen Dingen noch zwei Kernunterschiede. Vor allem geht es um die Frage, wie wir die Aufgaben zwischen der Bundesanstalt und den **Kommunen** bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe aufteilen. Ich sage sehr klar, dass die Federführung für diese Aufgabe bei der Bundesagentur für Arbeit liegen muss, und ich bin davon überzeugt, dass ein großer Teil der Union, insbesondere in den Städten, Gemeinden und Ländern, ebenfalls dieser Auffassung ist.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich möchte die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer in Deutschland, in Ost und in West sowie in Nord und in Süd, sehen, die in voller Kenntnis dessen, worüber wir reden, dafür eintreten, dass jede Stadt und jede Gemeinde in Deutschland in Zukunft die Verantwortung für ihre Langzeitarbeitslosen übernehmen soll.

(Joseph Fischer, Bundesminister: Das kann uns der hessische Ministerpräsident ja gleich sagen!)

- (D) Deshalb lautet meine Bitte, dass wir hier keine möglicherweise dogmatische Diskussion führen. Wir sollten uns darüber einig werden, dass die Bundesagentur für Arbeit diese Verantwortung in Zukunft zwar übernimmt, dass sie auf diesem Feld aber selbstverständlich auch mit den Städten und Gemeinden, mit denen, die in den Sozial- und Jugendämtern, in der Drogenberatung und in anderen Stellen tätig sind, zusammenarbeitet. Sie müssen, wie es heutzutage so schön heißt, auf gleicher Augenhöhe, also gleichberechtigt, zusammenarbeiten. Dies muss auch für die Zusammenarbeit mit den freien Trägern, die eine wertvolle Arbeit auf dem Gebiet der Beschäftigungsförderung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland leisten, gelten. Das ist die Kernaufgabe.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine dringende Bitte ist, dass wir uns nicht künstlich auseinander dividieren lassen, sondern dass wir diejenigen, die wir im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit brauchen, zusammenbringen, nämlich die Bundesanstalt für Arbeit in ihrer neuen Gestalt, die Kommunen und die freien Träger. Diese Einrichtungen müssen vernünftig zusammenarbeiten. Wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen, dass ein Arbeitssuchender in Deutschland in Zukunft *eine* Anlaufstelle in Form eines **Jobcenters** hat, und zwar in jeder Stadt und jeder Gemeinde. Darauf kommt es an. Die Frage der Organisation müssten wir sehr rasch und einvernehmlich lösen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Bundesminister Wolfgang Clement**

- (A) Wir stehen im nationalen Bereich vor einer sehr umfassenden Aufgabe. Auch die internationale Politik, die Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die europäische Geldpolitik spielen eine wichtige Rolle. Wenn es um den Arbeitsmarkt geht, dann sind wir in der Bundesrepublik Deutschland in die internationale Wirtschaftsentwicklung besonders stark eingebunden. Die Nachricht, dass Deutschland das exportstärkste Land der Welt ist, fand im Ausland stärkere Beachtung als hier in der Bundesrepublik. Diese Einbindung in die Weltwirtschaft ist für uns eine besondere Verpflichtung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen in nationaler Verantwortung das tun, was in der gegenwärtig äußerst schwierigen und labilen Wirtschaftslage notwendig ist. Dazu gehört, dass wir die **Spielräume für Investitionen** nutzen und den Konsum der Verbraucherinnen und Verbraucher fördern. Deshalb müssen wir dafür sorgen – das steht in einem unmittelbaren Zusammenhang –, dass die Steuern herabgesetzt werden und die Lohnnebenkosten sinken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Nur zu!)

Wir brauchen ein neues Denken am Arbeitsmarkt. Wir müssen die Umgestaltung des Arbeitsmarktes anpacken. Wir müssen die Lehre daraus ziehen, dass die bisherigen Instrumente am Arbeitsmarkt in Deutschland trotz eines außerordentlich hohen Mitteleinsatzes nicht erfolgreich waren. Deshalb brauchen wir ein neues Handeln. Wir müssen zudem den **Güter- und Dienstleistungsbereich** in Deutschland stärker öffnen. Wir müssen die Telekommunikationsdienstleistungen weiter liberalisieren. Wir müssen die Energieversorgungsnetze öffnen. Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass Hemmnisse, die es aus traditionellen Gründen gibt, ob im Handwerksrecht oder in sonstigen berufsständischen Regelungen, beseitigt werden. Wir müssen Kräfte freisetzen und uns aus bisherigen Fesselungen lösen.

- (B) Das, was ich eben für den Arbeitsmarkt gesagt habe, gilt auch für das Handwerksrecht und in anderen berufsständischen Regelungen. Wer in diesem System Arbeit hat, der hat es gut. Aber wer von außen Arbeit sucht, der hat es verteuert schwer, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Gleiches gilt für andere Bereiche mit ihren berufsständischen Regelungen.

Das, was ich eben für den Arbeitsmarkt gesagt habe, gilt auch für das Handwerksrecht und in anderen berufsständischen Regelungen. Wer in diesem System Arbeit hat, der hat es gut. Aber wer von außen Arbeit sucht, der hat es verteuert schwer, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Gleiches gilt für andere Bereiche mit ihren berufsständischen Regelungen.

Wir müssen selbstverständlich auch Bildung und Qualifikation, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in Deutschland einen höheren Stellenwert geben, als dies in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten der Fall war. Wir müssen die **innovativen Kräfte** in Deutschland bündeln. Dazu müssen wir mit den jetzt eingebrachten Reformen den Weg frei machen. Im Mittelpunkt dieser Reformen stehen die neuen Zielsetzungen für den Arbeitsmarkt. Ich bitte Sie sehr herzlich, den vorliegenden Gesetzentwürfen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt Ihre Zustimmung zu geben.

Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

(C)

Das Wort hat der Ministerpräsident des Landes Hessen, Roland Koch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Roland Koch, Ministerpräsident (Hessen):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich im Augenblick in der größten Haushaltskrise und zugleich in der größten Beschäftigungskrise ihrer Geschichte.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hessen auch!)

Das ist ein Ergebnis von inzwischen fünf Jahren Bundesregierung Schröder und Fischer und der Grund, warum wir heute streiten müssen.

Heute Morgen habe ich in der Zeitung gelesen, dass der Kanzler bei dem „Wunder von Bern“ weint. Er müsste viel mehr weinen, wenn er die fehlenden Ergebnisse seiner Politik sieht. Denn wir reden heute nur über die Verwaltung von Mangel.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ich sage das zu Beginn der Diskussion, weil wir uns über die Frage der Arbeitsmarktorganisation sehr wohl unterhalten können und wollen, auch zwischen den Ländern und dem Bund.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!)

(D)

Aber die Bundesregierung hat ein Jahr lang Werbung damit gemacht, dass sie das Problem der Arbeitslosigkeit löse, indem sie die Vermittlung besser organisiere.

Wir müssen uns um eine bessere Vermittlung kümmern. Aber jeder muss klar wissen: Solange man den Arbeitsmarkt nicht öffnet, ist das entgegen den erweckten Erwartungen nur eine andere Verteilung des Mangels. Die grundlegenden Reformen sind Sie an anderer Stelle schuldig. Sie werden sie durch Hartz III und Hartz IV nicht ersetzen können. Das muss man der Öffentlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie wissen, dass es eine Übereinstimmung darüber gibt, dass wir eine **Reform von Arbeitslosen- und Sozialhilfe** wollen – je schneller sie kommt, desto besser. Mit dem Gesetzentwurf, den der Deutsche Bundestag wahrscheinlich heute beschließen wird, und dem Existenzgrundlagengesetz, das der Bundesrat zugleich beschließt, gibt es im Vermittlungsausschuss die Möglichkeit, über die Fragen zu verhandeln. Keiner braucht dem anderen zu sagen, er habe keine Alternative; denn es gibt zwei geschlossene Konzepte. Wir werden uns über die Unterschiede auseinander setzen.

Dabei muss aber klar sein, dass die Bundesregierung und die Mehrheit hier im Deutschen Bundestag einen Weg

**Ministerpräsident Roland Koch (Hessen)**

- (A) zur Finanzierung des Problems vorschlagen, der weder von den CDU/CSU- noch von den sozialdemokratisch regierten Ländern akzeptiert werden wird. Sie nehmen eine Umsatzsteuerumverteilung vor. Am Ende bekommen die Gemeinden im kommunalen Finanzausgleich weniger Geld.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso ist denn Frau Roth aus Frankfurt dafür?)

Das ist Ihre Vorstellung; das steht im Gesetz.

Diese Verteilung kommt Ländern zugute, die das Problem überhaupt nicht haben. Sie verteilen Umsatzsteuer zur Finanzierung, geben Ländern, die es nicht brauchen, das Geld und übertragen anderen eine Aufgabe, die sie nicht angemessen finanzieren können. Sie wissen aus den Ausschussberatungen, dass das nicht seriös ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch in den Reihen der unionsregierten Bundesländer, die über das **Existenzgrundlagengesetz** reden, besteht immer noch eine Diskussion zwischen Ost und West, wie die Finanzen im Detail verteilt werden sollen. Aber das Modell, das Sie vorgelegt haben, vergisst schlicht die Antwort auf die zentrale Frage, ob wir dies den Kommunen in den neuen und in den alten Ländern überhaupt zumuten können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie lösen wieder eine ganze Reihe von Fragen in Ihrem großen Vertrauen auf Bürokratie. Sie ändern mehr als 200 Rechtsvorschriften, um aus der Bundesanstalt die Bundesagentur zu machen. Haben wir in diesem Land wirklich nichts Besseres zu tun? Mit diesen alten Formelstreitigkeiten ist nichts zu bewegen.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Clement, dahinter steckt in der Tat ein von Ihnen benannter grundsätzlicher Punkt. Sie sagen: Das geht alles nur, wenn wir es in Deutschland zentral regeln. Sie alle haben in Wahlkreisen eigene Erfahrungen mit Arbeitsvermittlung. Wer hat sich denn in der Vergangenheit um die 20 oder 25 Prozent der Menschen gekümmert, die länger als ein Jahr arbeitslos sind? Schauen Sie sich doch einmal die Arbeitsämter an! Sie sind inzwischen recht gut, wenn jemand drei Monate keinen Job hat und einen neuen finden muss. Da leisten sie Ordentliches. Das soll man nicht immer schlechtreden. Aber wenn die Leute ein Jahr oder anderthalb Jahre arbeitslos waren, dann sagen sie: Wir können mit denen nichts mehr anfangen; es gibt eine kommunale Beschäftigungsinitiative.

Sie, die bisher darauf bauen mussten, sagen jetzt: Die **Kommunen** brauchen wir nicht mehr; das machen wir in Deutschland alles zentral und behalten das Geld. Das ist nicht die richtige Antwort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesen Tagen höre ich Schalmeienklänge: Natürlich brauchen wir die Kommunen; selbstverständlich wollen

wir mit ihnen zusammenarbeiten. – Warum haben Sie denn ein Gesetz gemacht, in dem alle Kompetenzen und Finanzierungen zentral an einer Stelle liegen und die Kommunen entweder Bittsteller oder Büttel sind, aber nicht mehr Partner der Veranstaltung? Ich glaube nicht, dass Sie das Problem so lösen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dann gibt es ein weiteres entscheidendes Problem. Das Problem liegt schlicht und ergreifend darin, dass Sie in dieses Gesetz keine Regelungen aufgenommen haben, um den Markt für **neue Arbeitsplätze** zu erweitern.

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Sie verstehen von der Sache doch gar nichts!)

Was soll eine Kommune oder die Bundesanstalt für Arbeit eigentlich machen, wenn sie nicht mehr Arbeitsplätze zu vermitteln hat? Wir wissen doch, dass diejenigen, über die wir sprechen, Beschäftigung in einem bestimmten Segment suchen. Ob uns das gefällt oder nicht, wir können im Augenblick mit unserem Lohngefüge in bestimmten Bereichen keine Arbeit anbieten. Das ist der Punkt, an dem Sie einen weiteren Kompromiss in Ihrer Fraktion geschlossen haben, um eine Mehrheit zu sichern, der im Ergebnis dazu führen wird, dass das Gesetz jetzt rein gar nichts mehr bewirkt; denn Sie haben an der entscheidenden Stelle eine neue Blockade im alten Arbeitsmarkt eingeführt, anstatt neue Chancen für Beschäftigung in Deutschland zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Auseinandersetzung über diesen Punkt, den ich Ideologie nenne, müssen wir wirklich führen. Sie sagen: Wenn es für jemanden keine Arbeit für einen Stundenlohn in Höhe von 7 Euro gibt – ich nenne jetzt einen Betrag, der wahrscheinlich in dem Bereich dessen, was Sie als ortsüblich definiert haben, liegt –, dann hat er eben keine Arbeit. Sie sagen weiter: Wenn dieser Mensch mit 4 Euro bezahlt würde, dann wäre das Lohndumping, selbst wenn er zusätzlich Sozialhilfe erhielte, damit er am Ende ein höheres Einkommen hätte, als wenn er nur Sozialhilfe bekäme.

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Nein, sittenwidrig!)

Wenn Sie das in aller Ruhe durchdenken, dann bedeutet das, dass es Ihnen lieber ist, dass sich der 4-Euro-Job in Tschechien statt in Deutschland befindet, obwohl Sie glauben, Sie könnten das andere durchsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

Das hat doch mit Realität nichts zu tun. Sie denken immer noch, wir leben in einer Wirtschaft, in der der Staat oder große Tarifvertragsparteien bestimmen können, wie viel für Arbeit gezahlt wird. Gleichzeitig soll die Arbeit aber auf jeden Fall in Deutschland gemacht werden und nicht in einem anderen Land. Das stimmt aber nicht mehr. Das ist die Denkweise des letzten Jahrhunderts. Wir müssen uns aber auf *dieses* Jahrhundert einrichten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Ministerpräsident Roland Koch (Hessen)**

- (A) Es ist ärgerlich, dass der Gesetzentwurf auf die entscheidende Frage, wie es den Menschen geht, keine Antwort gibt. Es ist doch dem Bürger, demjenigen, der Arbeit sucht, nicht so wichtig, wie Ihre Theorien über Finanzierung, Gewerkschaften oder Tarifverträge aussehen, sondern er möchte wissen, was er am Ende mit Erwerbsarbeit verdienen kann: ob er eine Chance hat, mit Erwerbsarbeit plus sozialer Unterstützung ein besseres Einkommen zu erzielen.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Sie wollen doch das Lohnniveau von Tschechien hier einführen! Seien Sie doch ehrlich!)

Wir schlagen ein Modell vor, nach dem Arbeit zu dem Preis aufgenommen werden soll, zu dem sie auf dem Markt vorhanden ist. Wir verdrücken nicht alles in andere Teile der Welt, nur weil wir ein Kartell beschlossen haben, das diese Arbeit nicht mehr organisiert. Wir geben dem Bürger und dem Arbeitnehmer trotzdem die Chance, damit besser zu leben, als wenn ihm Arbeit verboten und Sozialhilfe gezahlt wird. Darin liegt doch der Witz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Was wir im Existenzgrundlagengesetz vorschlagen, gibt dem einzelnen Bürger eine Chance für Beschäftigung und bietet damit eine Chance für Wirtschaftswachstum und Wertschöpfung in Deutschland. Es gibt dem Bürger eine Chance, mehr zu verdienen, als er heute an Sozialhilfe erhält, und es ermöglicht dem Staat gleichzeitig, weniger Sozialhilfe zu zahlen. Es ist schon ziemlich verantwortungslos, ein solches Modell, das es heute in Amerika, in Großbritannien, in Dänemark und in den Niederlanden gibt, den Menschen in Deutschland vorzuenthalten.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –  
Lachen bei der SPD)

Deshalb sage ich Ihnen auch ganz klar: Sie werden mit der Union im Bundestag und auch im Bundesrat keine Regelung verabschieden können, mit der Sie durch eine neue Einführung des Mindestlohns einen weiteren Teil des Arbeitsmarkts verriegeln, obwohl das einzige, was in Kombination mit besserer Arbeitsvermittlung Sinn machen würde, wäre, endlich den Arbeitsmarkt in Deutschland zu öffnen. Darüber müssten wir uns eigentlich auseinander setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zu guter Letzt: Wenn man denjenigen, die sich in der Sozialhilfe eingerichtet haben – die gibt es und das wissen alle, die sich auf der kommunalen Ebene damit beschäftigen; sie sind nicht die Mehrheit, sie sind nicht die alleinige Ursache unseres Problems und es gibt Strukturunterschiede zwischen Ost und West –, zu Leibe rücken will – was die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten – dann muss man das nicht dadurch organisieren, dass man am Ende bestimmte Hilfeleistungen entzieht, sondern dann muss man vorher auch glaubwürdig prüfen können, ob denn wirklich eine **Erwerbswilligkeit** besteht oder nicht. Das ist kein Problem, das man auf den Schreibtisch des Arbeitsamtsmitarbeiters oder des Jobcentermitarbeiters verlagern kann, sondern das

kann man nur glaubwürdig prüfen, wenn man an der anderen Stelle eine Beschäftigungspflicht für den Staat einführe. Das ist eine große Herausforderung für alle Beteiligten. Übrigens ist auch das eine klar korrespondierende Aufgabe. Sie ist nur mit einer kommunalen Verantwortung zu bewältigen, weil Sie dafür auf gemeinnützige Arbeit angewiesen sind.

(Peter Dreßen [SPD]: Zwangsarbeit, was?)

– Verehrter Herr Kollege Dreßen, das ist keine Zwangsarbeit. Ich bin mit Minister Clement einer Meinung: Wer entweder im ersten und zweiten Arbeitsmarkt, in der Ausbildung, in gemeinnütziger Arbeit oder – wenn er erst integriert werden muss – in therapeutischer Arbeit ein Angebot vom Staat bekommt, es aber nicht annimmt, verliert damit den Anspruch auf die Unterstützung der Gesellschaft. Denn er könnte selbst etwas zu seinem Erwerb beitragen. Auch das ist völlig klar und muss deutlich gemacht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aber wer diese Feststellung trifft, muss auch ein entsprechendes Angebot schaffen. Wenn dieses Angebot jedoch nur fakultativ ist, dann wird auf jeder staatlichen Ebene – das haben wir bei der Bundesanstalt für Arbeit in der Vergangenheit erlebt – über die Frage der Angemessenheit gestritten.

Nein, ich glaube, an dieser Stelle muss bei dem Leitsatz „Fördern und Fordern“ auch der Staat in die Pflicht – so schmerzhaft das für die staatlichen Ebenen ist –, und zwar muss er in dieser Kaskade von Beschäftigungsmöglichkeiten – darin sind wir uns einig; Herr Clement hat das genauso dargelegt – ein entsprechendes **Angebot** vorhalten. Wenn es im ersten Arbeitsmarkt ein entsprechendes Angebot gibt, entsteht endlich der Druck, dort Arbeit zu finden, und zwar auch für den Staat. Wenn im zweiten Arbeitsmarkt entsprechende Angebote notwendig sind, müssen sie eben definiert werden, wenn eine geeignete Qualifikation gegeben ist. Andernfalls muss eben ein gemeinnütziger Arbeitsplatz geschaffen werden. Das ist eine Erfahrung, die weltweit gemacht worden ist.

Sie betrachten in diesem Zusammenhang immer wieder das Modell von Wisconsin. Das halte ich zwar für richtig, weil dieses Modell sehr erfolgreich war. Wenn Ihnen aber dieses Modell so wenig gefällt, schauen Sie doch auf die Niederlande! Wenn Ihnen das niederländische Modell nicht gefällt, können Sie nach Dänemark schauen. Wenn Ihnen auch das nicht gefällt, können Sie ebenso nach Österreich schauen. Es gibt um uns herum die verschiedensten Länder, in denen bereits Erfahrungen gesammelt worden sind.

Wenn wir nicht in der Lage sind, einem erwerbsfähigen Menschen, der staatliche Unterstützung haben will, eine Beschäftigung zu garantieren, dann entsteht bei ihm die Motivation, die finanzielle Unterstützung zu beziehen, ohne im Gegenzug beschäftigt zu sein. Es ist eine Verpflichtung des Staates, einen solchen Zustand zu verhindern, statt sich im Nachhinein über den Missbrauch staatlicher Unterstützung zu beschweren. Es besteht eine Chance, das zu erreichen. Diese Chance müssen wir gemeinsam nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Ministerpräsident Roland Koch (Hessen)**

- (A) Deshalb werbe ich erneut für ein Modell auf der Basis **kommunaler Verantwortung** unter einer engen Mitwirkung der Bundesanstalt für Arbeit. So wie wir Verhandlungen darüber fordern, wie die Kommunen in Ihr Modell integriert werden können, werden auch Sie im Zusammenhang mit dem Existenzgrundlagengesetz darüber verhandeln wollen, wie die Bundesanstalt integriert werden kann. Das ist nicht streitig. Möglich ist dies auf der Basis einer fairen Finanzierung, die durch eine Absicherung im Grundgesetz sicherstellt, dass die Kommunen nicht mehr die Ausgebeuteten des Systems sind; vielmehr sollten sie mit einem System, das dafür sorgt, dass die kommunale Wettbewerbssituation – wer kann das wohl am besten machen? – Druck in die Vermittlung von Arbeitskräften bringt – wenn die Kommunen diese Aufgabe auch manchmal mit Herzklopfen übernehmen –, die Garantie erhalten, dass sie nicht anschließend vom Bund ausgebeutet werden. Die Tatsache, dass der Bund die Kosten für dieses Modell zu rund 70 Prozent zu tragen hat, würde den Bund bei Laune halten, für Gesetze zu sorgen, mit denen die Kommunen etwas anfangen können.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das ist entscheidend!)

- (B) So entstehen Balancen untereinander, indem sich jeder auf den anderen verlassen kann, indem derjenige, der ortsnah ist, Entscheidungen treffen und die Initiative ergreifen kann, aber in der Frage der Finanzierung nicht mehr allein gelassen wird, und indem er gleichzeitig die Chance bekommt, dass sich der Markt, in dem ein entsprechender Bedarf besteht, über die geringfügige Beschäftigung öffnet, damit er die Möglichkeit zur Vermittlung hat, sodass schließlich eine Situation entsteht, in der er über die Instrumente verfügt, diejenigen, die sich vor Arbeit drücken wollen, vorzuführen und ihnen klar zu machen, dass die Gesellschaft dazu nicht bereit ist.

Das ist unser Angebot; das ist unser Modell.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist schlüssig und rund und würde zwei Kriterien gleichzeitig erfüllen – darin besteht ein weiterer Unterschied zu Ihrem Vorhaben –: Es würde einerseits eine Verbesserung der Beschäftigungssituation und der Vermittlung von Beschäftigung erreichen und wäre gleichzeitig ein erster Schritt zur Änderung des Arbeitsmarktes, indem wir zusätzliche Arbeit nach Deutschland holen bzw. verhindern, dass Arbeit ins Ausland abwandert, statt die Menschen zwischen nicht vorhandenen Arbeitsplätzen hin und her zu schieben und über die Lage zu lamentieren. Denn es ist besser, die Arbeit auf allen Beschäftigungsstufen in unserem Land zu halten und, sofern Sozialhilfeleistungen notwendig sind, den sozialen Ausgleich zusätzlich zu leisten, als die Arbeit ins Ausland zu vertreiben und allein den sozialen Ausgleich zu finanzieren. Darum wird es in dieser Auseinandersetzung gehen.

Vielen, herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU –  
Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

(C) Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Thea Dückert, Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Thea Dückert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Koch, Sie haben Recht: Wir stehen im Vermittlungsausschuss vor einer umfänglichen Debatte. Das ist den Machtverhältnissen in unserem Land geschuldet. Deswegen bin ich sehr erstaunt, dass Sie mit so viel Unehrlichkeit und Demagogie die Debatte eröffnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Sie haben Recht: Selbstverständlich brauchen wir die **Kommunen**. Sie haben Know-how, weil sie sich in der Vergangenheit um die Langzeitarbeitslosen gekümmert haben. Wir haben einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereitet. Wir haben Ihnen angekündigt – das hat auch der Minister gerade getan –, dass wir uns auf ein Modell verständigen werden, durch das beide Seiten quasi auf gleicher Augenhöhe eingebunden werden. Es ist eine Mär, dass sich entweder alleine die Kommunen oder alleine die Bundesanstalt für Arbeit um die vielen Langzeitarbeitslosen werden ordentlich kümmern können. Die Kommunen und die Bundesanstalt für Arbeit müssen zusammenarbeiten. Das ist klar und das liegt auch unserem Konzept bzw. unserem Gesetzentwurf zugrunde.

(D) Was machen Sie aber in Hessen? Wie können Sie angesichts dessen, was Sie einklagen, erklären, dass bei Ihnen im Moment kommunale Angebote im Beschäftigungsbereich, soziale Dienste und Betreuungsangebote durch einen landespolitischen Kahlschlag bedroht werden?

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Aha!)

Sie scheinen Ihren eigenen politischen Botschaften überhaupt nicht zu glauben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Herr Koch, glauben Sie angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation in Deutschland sowie der europäischen und internationalen Konkurrenz im Ernst, dass Ihr Vorschlag – den haben Sie gerade gemacht –, man solle in Deutschland Bedingungen schaffen, die es ermöglichen, mit tschechischen Löhnen zu konkurrieren, helfen wird, die Zukunft unseres Landes zu sichern? Deutschland ist doch ein hoch qualifiziertes Land. Die Behauptung bzw. das Versprechen, dass wir die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland mit Dumpinglöhnen, die mit den Löhnen in Tschechien vergleichbar sind, abbauen können, ist falsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Wir haben einen vollkommen anderen arbeitsmarktpolitischen Ansatz. Dennoch werden wir uns im Vermittlungsverfahren einigen müssen. Ich glaube, dass das

## Dr. Thea Dückert

- (A) möglich sein wird, wenn Sie von Ihren Positionen ein bisschen herunterkommen.

Ich möchte jetzt auf unser Gesamtkonzept zu sprechen kommen. Erstens. Wir haben die Agenda 2010 auf den Weg gebracht. Sie hat das Ziel, Investitionen und Arbeit voranzubringen. Zweitens. Die Hartz-Gesetze sind ein Teil davon. Natürlich kann man nicht mit einzelnen Instrumenten Arbeitsplätze schaffen. Aber man kann den deutschen Arbeitsmarkt fit machen und die strukturellen Defizite abbauen – das ist uns international ins Stammbuch geschrieben worden –, um mithilfe der Agenda 2010 und der Vorziehung der letzten Stufe der Steuerreform dieses Land wieder in Schwung zu bringen. Wir werden einen vorbereiteten Arbeitsmarkt, eine vorbereitete Arbeitsverwaltung und eine Betreuung aus einer Hand für die Arbeitslosen haben. Auch diese werden besser vorbereitet sein. Es geht also um eine Rundumerneuerung des Arbeitsmarktes.

Die Bundesanstalt für Arbeit mit ihren 90 000 Beschäftigten wird eine Dienstleistungsagentur werden, die die einzelnen Menschen ordentlich, direkt, schneller und effizienter betreuen wird. Wir werden die Instrumente vollkommen neu gestalten sowie die Leistungen entbürokratisieren und schlanker machen. Mit dem, was wir heute vorschlagen – das ist für uns Grüne ein wichtiger Punkt –, packen wir etwas an, über das Sie Jahr für Jahr nur geredet haben, nämlich die Notwendigkeit, die **Arbeitslosenhilfe** und die **Sozialhilfe** in eine Hand zu legen, den Menschen so eine Anlaufadresse zu geben und sie durch das Angebot einer bedarfsorientierten Grundsicherung – zumindest teilweise – aus der diskriminierenden Situation herauszuholen, in der sie sich als Sozialhilfeempfänger befinden. Dieses Angebot an die Menschen macht nicht nur Schluss mit der Diskriminierung der Sozialhilfe insgesamt, sondern es richtet sich vielmehr an alle, die mehr als drei Stunden täglich arbeiten können. Es wird in diesem Land auch sozialpolitisch viel verändern.

Viele Kritiker bemängeln, dass die neue Leistung auf dem Niveau der Sozialhilfe gezahlt wird. Denen möchte ich Folgendes sagen: Die vielen heutigen Sozialhilfeempfänger sind von der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausgeschlossen. Sie werden den Zugang dazu finden. Für sie bestehen keine bzw. nur minimale Anreize hinzuzuerdienen. Sie werden Einstiegshilfen bekommen, allerdings andere als im Unionskonzept, in dem die Leistung zunächst einmal unter das Existenzminimum gedrängt wird. Die Einstiegshilfen werden sie auch in Abhängigkeit von der Anzahl ihrer Kinder bekommen. Wenn sie geringe Einkommen haben, werden sie einen Kinderzuschlag beanspruchen können. Alleinerziehende werden einen Mehrbedarfzuschlag und insbesondere auch Hilfen bei der Kinderbetreuung bekommen. Es wird eine pauschalierte Leistung und vieles mehr geben.

Meine Damen und Herren, wir nehmen hier eine ungeheuer umfassende Änderung für die Menschen vor. Ich glaube, dass es in diesem Bereich auf der einen Seite richtig ist, bei ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern – in der Regel bei denjenigen, die keine Familie haben – in bestimmten Fällen auch Leistungsabsenkungen vorzu-

nehmen. Auf der anderen Seite ist es aber auch richtig, dass es keine zwei Klassen von Langzeitarbeitslosen mehr geben wird und dass die Leistung, die ich eben beschrieben habe, zum Beispiel der Zugang zur aktiven Arbeitsmarktpolitik, für alle derzeitigen Sozialhilfeempfänger in Zukunft ein besseres und direkteres Angebot darstellen wird, das ihre Selbstbestimmung stärken wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was macht die Union? Wir haben es gerade gehört: Sie will diesen Zug stoppen und ihn in eine ganz andere Richtung umsteuern. Bei der Zumutbarkeit fängt es an. Herr Koch, Sie propagieren hier im Ernst – ich war wirklich erstaunt, wie überzeugt Sie davon offenbar sind –, dass es Sinn macht, in Deutschland **Dumpinglöhne** zu zahlen. Sie bieten den Erwerbslosen – schauen Sie sich einmal das EGG an – eine Leistung unterhalb des Existenzminimums an – das ist übrigens für jeden ein verfassungsrechtlich verbrieftes Recht –, die sie nur dann auf das Niveau des Existenzminimums aufstocken können, wenn sie irgendeine Arbeit annehmen. Meine Damen und Herren, das Sozialstaatsgebot des deutschen Grundgesetzes in Wisconsin zu vergraben – das ist Ihr Ansatz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen: Das hilft den Sozialhilfeempfängern und den Arbeitslosen kein bisschen. Aber es ist noch schlimmer. Das, was Sie anbieten, ist ökonomischer Unsinn. Sie schwächen die Investitionskraft der Kommunen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wer hat die denn  
ruiniert?)

weil Sie für das Handwerk flächendeckend absolut negative Auswirkungen vorbereiten.

Wenn Sie im Ernst davon ausgehen, dass die Kommunen – übrigens ohne die Einbeziehung des Kriteriums der Zusätzlichkeit – Arbeitsmöglichkeiten in der Größenordnung zwischen 900 000 und 1,5 Millionen anbieten können, dann wären dies fünfmal so viele wie heute. Wenn Sie davon ausgehen, dass sie das schaffen, dann – das hat das Ifo-Institut ausgerechnet – würde dies die Kommunen mit etwa 6,9 Milliarden Euro jährlich belasten.

Es kann nur funktionieren, wenn die Kommunen viele Leistungen, die heute vom Handwerk, von kleinen Dienstleistern oder kleinen Unternehmen angeboten werden, von den Arbeitlosen verrichten lassen. Ich sage Ihnen: Jede Schule, jedes Schwimmbad und jede Bibliothek in einer Kommune, die irgendeine Renovierungsarbeit braucht, wird das demnächst nicht vom Handwerk, sondern von Arbeitslosenhilfeempfängern erledigen lassen. Anders sind diese Angebote gar nicht zu schaffen.

(Wolfgang Clement, Bundesminister: Genau  
so ist das!)

Das ist unsozial sowie unökonomisch und schadet dem Handwerk.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. Thea Dückert**

- (A) Es kommt aber noch besser: Sie wollen nicht nur 900 000 bis 1,5 Millionen dieser Jobs schaffen, sondern auch flächendeckend einen **Niedriglohnsektor** installieren. Wie das finanziert werden soll, sagen Sie nicht; denn auch Sie können das Geld dafür nirgendwo eintreiben. Auch auf dieser Ebene soll den kleinen Handwerksbetrieben mit einem auf Lohnsenkung hinauslaufenden Mechanismus das Wasser abgegraben werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das wird für Deutschland kein Ansatz sein.

Sie treten für die gegenseitige **Unterhaltungspflicht von Eltern und Kindern** ein. Sie halten es für schädlich – Herr Kauder hat in den letzten Tagen in der Presse starke Kritik geübt –, dass wir dies nicht umsetzen. In welcher Welt leben Sie eigentlich? In diesem Land ist es so geregelt, dass diejenigen füreinander verantwortlich sind, die zusammen wohnen. Es gibt Familienverhältnisse, die dadurch gekennzeichnet sind, dass man sich aus den Augen verloren und nichts mehr miteinander zu tun hat.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Die müssen auch heute Unterhalt leisten!)

Wir stehen für die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter, damit die vorhandenen Regelungen, die Eltern und Kinder verpflichten, füreinander einzustehen, aufgehoben werden. Damit wollen wir die verschämte Altersarmut bekämpfen. Sie haben uns eine schlimme Hypothek hinterlassen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Nicht nur, dass Sie das, was wir in diesem Bereich geschaffen haben, wieder abschaffen wollen, sondern Sie stellen auch infrage, dass die verschämte Armut Erwachsener bekämpft werden muss. Was stellen Sie sich eigentlich vor? Wollen Sie im Ernst, dass ein arbeitsloser 40- oder 50-jähriger Facharbeiter aus dem Osten seinen 80-jährigen Vater oder seine 80-jährige Mutter aufsucht – mit ihnen hat er vielleicht nichts mehr zu tun –, damit sie ihn unterstützen? Was haben Sie für ein soziales Bild? Auch Arbeitslose haben einen Anspruch auf Selbstständigkeit und auf Selbstbestimmung. Das wollen wir in diesem Gesetz verankern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Sie haben hier groß davon gesprochen, **Zuverdienstmöglichkeiten** zu schaffen. Wissen Sie, was in Ihrem Gesetzentwurf vorgesehen ist?

(Klaus Brandner [SPD]: Sie wollen sie abschaffen!)

Sie streichen jede Zuverdienstmöglichkeit für Sozialhilfeempfänger im Bereich bis 400 Euro. Was ist denn das für ein Ansatz? Wollen Sie den Leuten helfen, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen, oder wollen Sie sie davon abhalten? Für Alleinerziehende und für Leute mit kleinen Einkommen müssen Anreize gesetzt werden, damit sie in den Arbeitsmarkt schrittweise zurückkehren können. Die Brücke, die wir herunterlassen wollen, um

den Leuten den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wollen Sie hochziehen. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Herr Koch, Ihre Reise nach Wisconsin muss sehr anregend gewesen sein.

(Karl-Josef Laumann [CDU/CSU]: Da sollten Sie auch einmal hinfahren!)

Sie verpacken das Konzept des **Working Poor** in immer neue Worthülsen und legen es dem Bundestag oder dem Bundesrat vor. Das war zunächst beim OFFENSIV-Gesetz so; jetzt gilt es für das EGG, also das Existenzgrundlagengesetz.

Wir wollen weder in Deutschland noch in Europa das Konzept des Working Poor installieren. Sie erzählen einfach arbeitsmarktpolitischen Unsinn, wenn Sie erklären, dieses Konzept werde in Dänemark oder in Holland praktiziert. Dort verfolgt man nämlich ganz andere Ansätze. Dänemark können wir uns durchaus zum Vorbild nehmen.

Ich möchte noch etwas zum mageren arbeitsmarktpolitischen Ansatz der FDP sagen. Die FDP handelt nach dem einfachen Motto: Die Arbeitslosen interessieren uns nicht; uns interessieren Klientele wie Handwerker oder Apotheker. Mir fehlt die Zeit, darauf genauer einzugehen. Wir werden darüber an anderer Stelle diskutieren. Sie sollten einmal nachlesen, was Ihre eigenen Leute schreiben, zum Beispiel Dahrendorf oder andere. Wenn Sie das täten, dann wüssten Sie, wie wichtig das soziale Gleichgewicht auch auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik ist. (D)

Zum Schluss sage ich Ihnen noch eines: Es wird zu einem Vermittlungsverfahren kommen.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Zeit.

**Dr. Thea Dückert** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Deswegen komme ich jetzt zum Schluss.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist aber eine freche Bemerkung!)

Im Vermittlungsverfahren wird es darum gehen, auch die Kommunen einzubinden. Wir wollen in diesem Vermittlungsverfahren zwei Dinge erreichen:

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Jetzt reicht es aber! – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das sind noch einmal fünf Minuten zusätzlich!)

Erstens wollen wir sicherstellen, dass in Deutschland ein faires System von Fördern und Fordern verankert wird. Zweitens wollen wir das Prinzip Working Poor aus Deutschland raushalten, übrigens auch aus Hessen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

(A) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**  
Nächster Redner ist der Kollege Dr. Guido Westerwelle, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Dr. Guido Westerwelle (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute Morgen bekommen wir eine Fülle von Meldungen, die schlaglichtartig offenbaren, wie die derzeitige Lage in Deutschland ist.

(Franz Müntefering [SPD]: Ja, meinen Sie Herrn Döring?)

Wir haben heute Morgen im Ticker eine Meldung vom Statistischen Bundesamt bekommen, nach der der Anstieg der Insolvenzen auch im Juli anhält. Die Insolvenzen sind gegenüber dem Juli des Vorjahres um über 20 Prozent gestiegen.

Der Schätzerkreis der Rentenversicherer meldet heute Morgen: „Anstieg des Rentenbeitrages auf 20,3 Prozent droht.“

In der Zeitung „Die Welt“ wird Herr Bsirske, Ihr grüner Parteifreund von der Verdi, zitiert mit den Worten: „Ein Beitragssatz von 24 Prozent ist doch kein Drama ...“

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Fragt sich nur, für wen!)

(B) Heute Morgen lasen wir in der „Bild“-Zeitung, dass sich Herr Eichel darüber beklagt, dass Herr Schumacher und Herr Becker in die Schweiz gehen. Als ob sie dorthin gingen, weil die Berge so hoch und die Täler so grün sind! Sie müssen endlich kapieren, dass Sie die Rahmenbedingungen in Deutschland verändern müssen, weil Sie sonst keine Investitionen in Deutschland haben werden. Das ist die eigentliche Schicksalsfrage unseres Landes. Wir brauchen eine marktwirtschaftliche Erneuerung und nicht die Fortsetzung Ihrer bürokratischen Staatswirtschaft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das, was Sie heute vorgelegt haben, verlangsamt vielleicht das Tempo Ihrer falschen Politik; eine Richtungs- wende, ein Wechsel zu einer vernünftigeren Politik ist das aber mit Sicherheit noch nicht.

(Gerd Andres [SPD]: Guido in die Schweiz! Das ist doch ein Slogan!)

Als Sie die Agenda 2010 in Ihrer Regierungserklärung vorgestellt haben, haben wir Ihnen ein Angebot gemacht.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat keiner ernst genommen! Das ist wie mit der FDP: Keiner nimmt sie ernst!)

Wir haben Ihnen gesagt: Es gibt in diesem Bundestag eine Mehrheit der marktwirtschaftlichen Vernunft. Eine Zeit lang hatten die Vertreter der Wirtschaft und auch wir in der Opposition die Hoffnung, dass Sie auf einem

vernünftigen Weg mitgehen wollen. Wir dachten, dass Sie es ernst meinen. (C)

In den letzten beiden Wochen haben Sie sich dann von Ihren Abweichlern weich kochen lassen. In Wahrheit haben Sie sich gegen die Neue Mitte und für die alte Linke entschieden. Sie haben das, was mit der Agenda 2010 ohnehin nur als Minimalprogramm begonnen hat, so weich gekocht,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Weich gespült!)

so bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, dass dadurch keine neuen Initiativen auf dem Arbeitsmarkt entstehen werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Gerd Andres [SPD]: So ein Unsinn! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen besser werden, Herr Westerwelle!)

In Wahrheit drücken Sie sich vor der Beantwortung der entscheidenden Fragen. Was ist denn zumutbar? Es ist sehr gut, dass wir in dieser Debatte die verschiedenen Auffassungen einander gegenüberstellen. Was ist in diesem Lande **zumutbar**? Sie sind der Überzeugung, dass einfach bezahlte Arbeit nicht zumutbar ist. Deswegen führen Sie – das ist die Wahrheit – durch die Hintertür Mindestlöhne ein.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unterbezahlung!)

Der Hinweis auf die Ortsüblichkeit bzw. auf die Tariflöhne in Art. 1 § 10 Ihres vorliegenden Gesetzes macht das geradezu offensichtlich. Sie sagen, es sei nicht zumutbar, in den Arbeitsmarkt mit einer geringer bezahlten Tätigkeit zurückzugehen. (D)

Aus unserer Sicht wird daran der ganze Unterschied im politischen Ansatz erkennbar: Wir sind der Überzeugung, dass es kein Verstoß gegen die Menschenwürde ist, Arbeit anzunehmen, die Millionen andere Menschen machen. Ein Verstoß gegen die Menschenwürde ist es, wenn Menschen in der Arbeitslosigkeit verharren müssen. Es liegt nämlich auch ein Stück Selbstverwirklichung darin, durch eigenes Schaffen sein Leben zu gestalten. Wir finden, Sozialhilfe ist nicht besser als Arbeit, sondern Arbeit ist besser als Sozialhilfe, auch wenn diese Arbeit schlechter bezahlt wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Peter Dreßen [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Schauen Sie doch ins Gesetz!)

Wir haben vor kurzem bei dem Geburtstag des BDA-Präsidenten Hundt zusammengessen,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

auf den Sie sich – insbesondere Herr Clement tut das – die ganze Zeit berufen. Wir erleben – das ist faszinierend –, wie der Bundeskanzler bei dem Festakt sitzt, den Reden zuhört, freundlich Beifall spendet – in der Hoffnung, jetzt gehe es voran.

Ich will Ihnen vortragen, was diejenigen, mit denen Sie doch Arbeitsplätze schaffen wollen, über das sagen,

Dr. Guido Westerwelle

- (A) was heute zur Abstimmung steht. Allein die Reaktion in diesem Haus ist bezeichnend. Ich zitiere Herrn Bsirske und Sie schweigen. Ich sage, dass ich Herrn Hundt zitieren will, und Sie ärgern sich.

(Gerd Andres [SPD]: Es war doch nur ein Geburtstag! – Unruhe bei der SPD)

Wo sind wir denn? Wer soll denn Arbeitsplätze schaffen? Herr Bsirske schafft keine Arbeitsplätze. Eher wird der BDI oder die BDA Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Herr Hundt hat dargestellt, wie es in der Praxis bei Hartz aussehen wird. Ein Dreher, der arbeitslos wird, muss in einem anderen Unternehmen die gleiche Tätigkeit aufnehmen, auch wenn er dort bis zu 20 Prozent weniger verdient; anderenfalls – das ist Hartz – kann ihm das Arbeitslosengeld gestrichen werden. Für einen langzeitarbeitslosen Dreher, der in Zukunft Arbeitslosengeld II beziehen wird, soll das hingegen nicht gelten. Er soll die gleiche Stelle ohne Folgen ablehnen dürfen, wenn für diese Arbeit nicht der vergleichbare Tariflohn gezahlt wird.

(Gerd Andres [SPD]: Das ist doch Unsinn!)

Ein zweiter Punkt, über den wir hier reden müssen. Sie sind dabei, einen handwerklichen Fehler nach dem anderen zu machen. Jetzt sollen neben den Arbeitslosen auch noch die **erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger** in die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit eingegliedert werden. Das sind vielleicht 1 Million. Dazu kommen die Familienangehörigen. Das sind noch einmal 4,5 Millionen. Bei 4,5 Millionen Arbeitslosen wollen Sie die Bundesanstalt für Arbeit auch noch für weitere 5,5 Millionen Menschen zuständig machen. In Wahrheit ist das die Fortsetzung des Chaos.

(B)

(Beifall des Abg. Peter Rauen [CDU/CSU])

Was Sie bei der Maut und dem Dosenpfand begonnen haben, wird fortgesetzt. Was Sie hier vorlegen, stimmt handwerklich nicht und das ist das Problem. Das nächste Chaos ist vorprogrammiert.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was muss stattdessen geschehen? Es muss dazu kommen, dass grundsätzlich jede Arbeit, die in einem Land angeboten wird, auch einfache Arbeit, als zumutbar gilt. Das ist nicht Turbokapitalismus, wie es von Ihnen jahrelang immer gesagt worden ist, sondern das ist die Realität in Europa. Die **Niederlande** zum Beispiel gelten nun mit Sicherheit nicht gerade als ein kapitalistisches, rücksichtsloses Land. Ich glaube, dass die Sozialstaatstradition der Niederlande mit der Deutschlands ganz gewiss mithalten kann. Dort ist das ganz anders geregelt – das kann man auf jeder Website aus den Niederlanden erkennen –: einfacher, prägnant, für jeden berechenbar. Nach sechs Monaten muss eine Arbeit auf niedrigerem Niveau angenommen werden, nach zwölf Monaten erfolgt eine weitere Herabstufung und nach 18 Monaten Arbeitslosigkeit ist jede Arbeit zumutbar.

- (Gerd Andres [SPD]: Das steht bei uns im Gesetz, Herr Westerwelle!) (C)

Da ist die eigentlich mutige Frage, die Sie beantworten müssen.

Herr Minister Clement, Sie haben hier formuliert: Wir müssen den Nachwuchs der Arbeitslosigkeit abgraben. Was Sie vorlegen, ist aber nicht die Antwort darauf. Sie müssen dafür sorgen, dass nicht eine Entwicklung fortgesetzt wird, bei der sich in Wahrheit schon die zweite und dritte Generation in den staatlichen Lohnersatzleistungen eingerichtet hat. An dieser Wahrheit führt nichts vorbei.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das wird wieder zu heftigen Beschimpfungen Ihrerseits und den Klassenkampfangementen führen, aber Sie werden von der Realität eingeholt werden.

Mich erinnern die Diskussionen, die wir jetzt führen, an die Diskussionen, die wir vor ziemlich genau einem Jahr geführt haben. Vor einem Jahr haben Sie sich sogar geweigert, ein Minimalprogramm in Richtung marktwirtschaftliche Erneuerung vorzulegen. Heute sind Sie der Meinung, dass das, was Sie vorgelegt haben, ausreicht. Wir sehen uns in einem Jahr wieder und Sie werden erneut von der Realität eingeholt werden, weil das, was Sie vorgelegt haben, nicht einmal geeignet ist, das Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu begrenzen, geschweige denn den Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen an Dinge herangehen, über die überhaupt nicht gesprochen wird, die für Sie eine heilige Kuh sind. Es ist schade, dass Sie sich immer noch weigern, diese Themen aufzugreifen. Aber auch damit werden Sie sich auseinander setzen müssen.

(Jörg Tauss [SPD]: Was sagt Herr Kubicki dazu?)

Ich nenne das Thema **Tarifautonomie** und **Flächentarifverträge**. Weil Sie uns ja nicht glauben, zitiere ich den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, der Mitglied Ihrer Sozialdemokratischen Partei ist:

Im Bereich der Lohnfindung muss der flächendeckende Tarifvertrag verschwinden. Dazu muss im Tarifvertragsgesetz die Verordnung der „Allgemeinverbindlichkeit“ gestrichen und im Betriebsverfassungsgesetz müssen jene Paragraphen abgeschafft werden, die es den Geschäftsleitungen und Betriebsräten verbieten, Betriebsvereinbarungen über Löhne, Arbeitszeiten und -bedingungen abzuschließen.

(Beifall bei der FDP)

Also gibt es doch einige, die das längst verstanden haben. Sie werden von der Vernunft eingeholt werden. Sie haben heute auf eine Mehrheit der Vernunft im Bundestag verzichtet, weil es Ihnen wichtiger war, die eigenen

**Dr. Guido Westerwelle**

- (A) Linken zu befriedigen. Damit kommen Sie nicht durch. Die Probleme holen Sie nämlich ein.

Deswegen sage ich Ihnen: Wir sehen uns im Vermittlungsausschuss wieder.

(Franz Müntefering [SPD]: Arroganter Junge!)

Darüber, wie die Abstimmung heute ausgehen wird, ist längst entschieden.

(Franz Müntefering [SPD]: Windbeutel!)

Ihre Nagelprobe wird später sein. Ob Sie bereit sind, der Vernunft zur Mehrheit zu verhelfen im Interesse der Menschen, die Arbeit suchen, wird sich im Dezember entscheiden, wenn wir die Ergebnisse aus dem Vermittlungsausschuss hier zu beraten haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Klaus Brandner, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Jörg Tausch [SPD]: Jetzt kommt wieder ein Schwergewicht! – Gerd Andres [SPD]: Sag dem Rechtsanwalt einmal, was im Gesetz steht!)

**Klaus Brandner (SPD):**

- (B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Reden von Herrn Koch und Herrn Westerwelle ist uns klar geworden, dass das Konzept der Opposition in Lohnrückerei und Daumenschrauben, dem Verzicht auf strukturelle Reformen besteht. Mit Lohnverhältnissen wie in Tschechien lässt sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht wirksam bekämpfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre ein Irrweg, den wir nicht beschreiten werden. Wir wollen strukturelle Reformen. Wir wollen die menschenunwürdigen Verschiebeparkplätze beseitigen, wir wollen, dass die Verantwortung für die Menschen nicht länger zwischen den **Kommunen** und der **Bundesanstalt für Arbeit** hin und her geschoben wird. Wir wollen Hilfen aus einer Hand. Erst fördern und dann fordern: Wir wissen, dass der Schlüssel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in unserem Land darin liegt, dass wir die Menschen qualifizieren und fördern. Wenn wir das tun, haben wir auch das Recht, die Menschen zu fordern. Das ist ein Weg, der aus der Krise führt – nicht die massive Absenkung des Lohnniveaus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hartz III und Hartz IV setzen den Schlusspunkt bei der Aufgabe dieser Regierung, den **Arbeitsmarkt** flexibler zu gestalten. Das gilt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Arbeitgeber und auch für die Arbeitsämter, die neuen Agenturen für Arbeit – ein Musterbeispiel, wie ich meine, für das Konzept Flexibilität und Sicherheit. Wir geben Langzeitarbeitslosen umfas-

sende Sicherheit, auf bescheidenerem Niveau, aber dafür mit voller Sozialversicherung. Wir wollen Sicherheit vor Armut für alle Langzeitarbeitslosen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dadurch werden auch hilfebedürftige Kinder aus der Armut herausgeführt.

(Beifall der Abg. Christel Humme [SPD])

Das ist ein sozial gerechtes Konzept.

Flexibilität bedeutet fördern und fordern, geben und nehmen, Leistung und Gegenleistung. Was gibt es Besseres als individuelle Betreuung? Wolfgang Clement hat heute Morgen darauf hingewiesen: Wir wollen, dass man im Arbeitsamt nicht mehr Schlange stehen und auf dunklen Fluren warten muss, bis man die Dienstleistung erhält, die man benötigt. Wir wollen mehr Fallmanager. Wir wollen, dass auf 75 Arbeitssuchende ein Fallmanager kommt, der die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik flexibel einsetzen kann.

Ein solches Konzept fehlt bei der Opposition völlig. Wir wollen keine Mammutbehörde. Wir wollen auch nicht, dass diese Fallmanager bei der Bundesanstalt für Arbeit angestellt werden. Nein, in den Kommunen und Wohlfahrtsverbänden, wo in vielen Einzelfällen schon gute Arbeit geleistet wird, sollen auch zukünftig ein solches Fallmanagement möglich sein und die notwendigen Hilfen erbracht werden können.

Es fällt auf, dass die Krokodilstränen, die Herr Koch in der heutigen Debatte geweint hat, als er behauptet hat, dass die Kommunen und Wohlfahrtsverbände nicht auf gleicher Augenhöhe betrachtet würden, lediglich von seinen eigenen Untaten ablenken sollen. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn in seinem eigenen Landeshaushalt werden genau die Mittel gestrichen, die die Wohlfahrtsverbände benötigen, um zum Beispiel eine Schuldnerberatung oder eine Familienberatung durchzuführen. Insofern hat die CDU/CSU kein schlüssiges Konzept vorgelegt, Herr Koch.

(Ludwig Stiegler [SPD]: Wir machen das für ihn!)

Sie sollten wissen, dass uns das nicht überzeugt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind überzeugt, dass es auf eine faire Balance ankommt. Diese wollen wir mit der Zumutbarkeitsregelung erreichen. Denn Minijobs sind in unseren Augen zumutbar. Das sind keine Arbeitsverhältnisse in einer Schmutzdecke. Aber wir wollen diese Arbeit nicht zu Dumpinglöhnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das gibt uns das Recht, Minijobs – aber nicht unter menschenunwürdigen Bedingungen – als zumutbar anzusehen.

Klaus Brandner

- (A) Eine steuerfinanzierte Leistung darf mit Sicherheit kein Ruhekissen sein. Es muss **Anreize zur Arbeitsaufnahme** geben. Deshalb haben wir die Selbstbehalte erhöht. Die Kollegin Dückert hat darauf hingewiesen, dass Einstiegsgeld und Kinderzuschläge hinzukommen. Wir wollen nämlich nicht, dass Menschen wegen der Kinderzuschläge in der Hilfebedürftigkeit bleiben. Wir haben die Regelungen bewusst verändert, um deutlich zu machen, dass die Menschen heraus aus der Fürsorgeleistung und hinein in die Arbeitsverhältnisse kommen müssen. Dafür muss der Selbstbehalt erhöht werden. Arbeit muss sich lohnen. Diesem Grundsatz stimmen wir zu.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf das hinweisen, was die „Financial Times Deutschland“ in den letzten Tagen in einem großen Artikel mit der Überschrift „Chancen für Arbeitslose und Arme“ geschrieben hat:

Jugendliche bekommen ein gigantisches Angebot. Wer sich verweigert, muss aber auch mit Sanktionen rechnen. Sonst stimmt die Balance nicht.

Genau dem stimmen wir zu. Jawohl, Jugendliche sollen einen Anspruch auf Ausbildungs-, Trainings- oder Arbeitsmaßnahmen haben. Wer diese zumutbaren Angebote nicht annimmt, der muss wissen, dass es Sanktionen gibt. Wir können nämlich nicht hinnehmen, dass man sich in eine Hängematte legt. Es muss vielmehr so sein, dass man offensiv gefordert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die CDU/CSU kann sich diesen Einsichten nicht verweigern, jedenfalls nicht aus sachlichen Gründen. Alles andere wäre aus meiner Sicht pure Parteitaktik. Davon haben die Bürger in unserem Land die Nase gestrichen voll.

- (B) (Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Vor allem von Rot-Grün!)

Wir setzen darauf, eine neue Bundesanstalt für Arbeit zu bauen, nämlich eine **Bundesagentur für Arbeit**. Wir müssen wegkommen von dem Begriff „Anstalt“. Deshalb muss nicht nur die Überschrift des Gesetzes geändert werden. Die Rahmenbedingungen müssen verändert werden, sodass wir weg von einer Anstalt und hin zu einer Agentur für Arbeit kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich: Es muss eine Rundummodernisierung und nicht nur eine neue Fassade geben. Der Bund bekennt sich in diesem Zusammenhang voll zu seiner Verantwortung.

Lassen Sie mich sagen, dass es schon ganz interessant ist, wie die CDU in den letzten Wochen und Monaten über die Bundesanstalt für Arbeit herzieht. Sie läßt fast keine Möglichkeit aus, zu sagen, die Behörde habe das Vertrauen der Menschen in diesem Land nicht verdient; sie sei nicht leistungsfähig. Die CDU sagt dies, obwohl sie sich ihrer Verantwortung in der Vergangenheit bewusst sein müsste. Denn fast zwei Jahrzehnte lang war ein CDU-geführtes Ministerium für die Bundesanstalt für Arbeit zuständig.

(Ludwig Stiegler [SPD]: So ist es!)

(C)

Über zwei Jahrzehnte lag die Führung dieser Bundesanstalt bei der CDU nahestehenden Personen. Ich denke, man sollte ein bisschen fairer mit den Menschen umgehen, denen man über Jahrzehnte das Vertrauen ausgesprochen hat, anstatt sie jetzt in der Öffentlichkeit so unfair zu behandeln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass die **Bundesanstalt für Arbeit** zukünftig die Arbeitslosigkeit verwaltet. Sie muss durch Kundenfreundlichkeit, durch schnelle Vermittlung, durch weniger Vorschriften, durch direkte und bessere Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern, durch weniger Sonderregelungen und durch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kommunen und freien Trägern auf gleicher Augenhöhe aktiv zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ganz deutlich sagen, dass das, was die CDU/CSU vorhat, einer Abrissbirne gleichkommt. Sie hält die Bundesanstalt für Arbeit offensichtlich nicht für reformfähig. Sie hält sie nicht für in der Lage, die Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeitern der BA – nicht nur dem Vorstand – zurufen: Zeigen Sie mit Ihrer Kompetenz und Ihrem Engagement, dass Sie es können, dass Sie einen überzeugenden Beitrag zum Umbau der Bundesanstalt für Arbeit leisten können!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Wir haben Florian Gerster nicht zum Abwickler der Bundesanstalt für Arbeit bestellt, sondern zum Baumeister einer neuen Bundesagentur. Die Bundesanstalt für Arbeit ist erneuerungsbedürftig; sie ist aber auch erneuerungsfähig. Darauf bauen wir.

Wir wollen im Übrigen, dass die Kommunen und die freien Träger voll in die Verpflichtung zur Zusammenarbeit eingebunden werden. Deshalb haben wir im Gesetz von einem Kontrahierungszwang, von einer Verpflichtung zur Zusammenarbeit, gesprochen. Deshalb haben wir in unserem Gesetz für die Bundesanstalt für Arbeit ein Zurückhaltungsgebot vorgesehen: Sie soll keine Aktivitäten entwickeln, die schon bei der Kommune oder bei freien Trägern vorhanden sind. Deshalb haben wir noch einmal in Änderungsanträgen festgeschrieben, dass die freien Träger ihren festen Platz in der Arbeitsmarktpolitik haben. Deshalb sind zum Beispiel Befürchtungen, die Jugendhilfe werde vernachlässigt, völlig unbegründet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir bekennen uns zur Verantwortung des Bundes bei der Bekämpfung der **Langzeitarbeitslosigkeit**. Denkbar wäre trotzdem, dass für die Kommunen weitere Pflichtaufgaben zu definieren sind. Das sollte aber nur im Konsens erfolgen. Die Verantwortung für die Langzeitarbeitslosen sollte aber nicht komplett auf die Kommunen, also

**Klaus Brandner**

- (A) quasi mit dem Holzhammer, wie es die Union vorsieht, übertragen werden. Das Ifo-Institut sagt, 1,5 Millionen Arbeitsgelegenheiten zu schaffen sei den Kommunen nicht möglich. Dies würde zwangsläufig zur Verdrängung der Privatwirtschaft führen.

Das Land Hamburg sagt zu dem Gesetzentwurf der CDU/CSU ganz konkret – wenn ich dies in diesem Zusammenhang ansprechen darf –, dass die gesetzliche Verpflichtung der **Kommunen**, für alle Erwerbslosen Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, wie dies als Möglichkeit vorgegaukelt wird, überhaupt nicht leistbar ist. In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es dazu:

Eine umfassende gesetzliche Verpflichtung der Kommunen, Arbeitsgelegenheiten für alle erwerbslosen Hilfe suchenden Personen zu schaffen, würde die kommunale Ebene vor kaum lösbare Herausforderungen stellen: Insgesamt müssten nach heutigem Stand knapp 3 Millionen kommunaler Beschäftigungsverhältnisse eingerichtet werden, allein eine Großstadt wie Hamburg müsste einen „Zweiten Arbeitsmarkt“ für mindestens 50 000–60 000 Menschen bereitstellen, eine Größenordnung, die dem gesamten heutigen Stellenbestand in der Hamburger Verwaltung nahe kommt. Damit wäre nicht nur die kommunale Ebene völlig überfordert,

– schreibt die Regierung –

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

- (B) Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Zeit.

**Klaus Brandner (SPD):**

– ich komme sofort zum Schluss –

ein Vergleich mit der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Hamburg: ca. 750 000) macht auch deutlich, dass schwerwiegende

– ich betone: schwerwiegende –

... Rückwirkungen und Wettbewerbsverzerrungen für private Unternehmen als Konsequenz eines derartig ausgeweiteten kommunalen zweiten Arbeitsmarktes unvermeidlich wären. Solche gravierenden Substitutionseffekte an den regulären Arbeits- und Gütermärkten mit ihren entsprechend negativen Effekten ... müssen vermieden werden.

Lassen Sie sich das von den Kolleginnen und Kollegen des Landes Hamburg noch einmal erklären! Herr Koch, sehen Sie ein, dass Ihr Konzept nicht schlüssig und nicht machbar ist! Wir sind bereit, im Vermittlungsausschuss zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Wir wollen die Kommunen auf gleicher Augenhöhe einbinden. Das ist unser Ziel. Insofern hoffe ich auf konstruktive Verhandlungen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Johannes Singhammer, CDU/CSU-Fraktion.

(Gerd Andres [SPD]: Es bleibt einem aber auch nichts erspart am frühen Morgen!)

**Johannes Singhammer (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Krebsgeschwür der Arbeitslosigkeit bekämpft man nicht mit Kamillentee. Rot-Grün hat nicht mehr die Kraft, die notwendige wirksame Medizin für einen Gesundungsprozess des Arbeitsmarkts zu verabreichen.

(Gerd Andres [SPD]: Donnerwetter!)

Ich sage das ohne Häme. Wir würden uns freuen, wenn Sie bessere Ergebnisse erzielen würden und erzielt hätten. Aber die weich gespülten Hartz-III- und Hartz-IV-Konzepte sind ebenso wenig die richtige Arznei gegen die wuchernde Arbeitslosigkeit wie alle anderen zuvor von Ihnen angepriesenen Arzneimittel: JUMP-Programm, Jobfloater, Mainzer Modell, Job-AQTIV-Gesetz, Hartz I und II.

Die Folgen sind: Wir nähern uns in diesem Winter erstmals der Fünfmillionenmarke bei der Arbeitslosigkeit. Noch schlimmer ist: Allein in einem Jahr, von Juni vergangenen Jahres bis Juni dieses Jahres, sind 622 000 Beschäftigungsverhältnisse entfallen. Das ist eine niederschmetternde Bilanz. All Ihre Rezepturen haben nichts bewirkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Menschen in Deutschland haben deshalb das Vertrauen in all Ihre Rezepte, die Sie jetzt wieder neu ankündigen, verloren. Die Zeit ist zu kostbar, um mit neuen Placebos die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Ich nenne Ihnen dafür ein Beispiel: In den Plänen der Bundesregierung spielen die so genannten **Personal-Service-Agenturen**, PSA genannt, eine zentrale Rolle. Sie sind eines der Herzstücke Ihres Programms. Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete vor zwei Tagen, am 15. Oktober: 879 Agenturen sind seit dem April dieses Jahres entstanden und diese haben 907 Menschen dauerhaft vermittelt. – Der Bundeskanzler hat feierlich versprochen, die Hartz-Vorschläge eins zu eins umzusetzen. Jetzt wird die verhängnisvolle Doppeldeutigkeit dieses Versprechens sichtbar: Eine Agentur vermittelt einen Arbeitslosen. Dadurch bessert sich nichts.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist kein Fortschritt. Die Arbeitsämter in ihrer bisherigen Organisation hätten mit Sicherheit auch keine schlechteren Ergebnisse erzielt.

(Beifall des Abg. Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU])

Die Menschen in unserem Land spüren, dass der Karren viel tiefer im Dreck steckt, als dies durch offizielle Bekundungen der Regierung verkündet wird. Die Menschen in unserem Land sind voller Unruhe, weil sie spü-

(C)

(D)

Johannes Singhammer

- (A) ren, dass Schweiß und Tränen auf uns warten, und weil sie fürchten, dass ihnen die volle Wahrheit noch immer nicht gesagt worden ist.

Die entscheidende Ursache unserer derzeitigen Schwäche – Ministerpräsident Koch hat in seinem dramatischen Appell schon darauf hingewiesen – ist das fehlende **Wachstum**. Umverteilung von Arbeitsplätzen schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Welches ist neben dem geschlossenen Arbeitsmarkt und der mangelnden Produktivität die größte Wachstumsbremse? – Das ist der zunehmende demographische Verfall unseres Landes.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die Unionsmehrheit im Bundesrat!)

Allein in diesem Jahr müssen wir ein Wirtschaftswachstum von 1 Prozent, das möglich gewesen wäre, abschreiben, weil die demographische Entwicklung zunehmend als Bremsklotz wirkt.

Deswegen sage ich Ihnen: Wenn Sie an die Probleme grundsätzlich herangehen wollen, wenn Sie wirklich eine Wurzelbehandlung machen wollen – und die braucht Deutschland –, müssen Sie das Problem der **Demographie** angehen und dürfen es nicht ständig verschweigen und tabuisieren.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU – Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch gegen das Zuwanderungsgesetz! Stimmen Sie dafür!)

Wir sind gern bereit, Ihnen die Hand zu reichen, auch im Vermittlungsausschuss, um im Interesse der Menschen in unserem Land ein gutes Ergebnis zu erzielen. Dafür müssen aber bei all den Gesetzen, die Sie heute mit Mehrheit beschließen werden, zwei Voraussetzungen erfüllt sein:

Erstens. Wir wollen keine bloße Verwaltung der Arbeitslosigkeit oder Umverteilung der Arbeit, sondern wir wollen, dass ein neuer Kurs in Richtung Wirtschaftswachstum gefahren wird.

Zweitens. Wir wollen nicht, dass zusätzliche Bürokratien errichtet werden. Wir wollen vielmehr, dass schnellere und effizientere Entscheidungsprozesse installiert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Worin liegen die Gemeinsamkeiten und worin liegen die Unterschiede? Die Gemeinsamkeiten sind: Wir glauben übereinstimmend, dass wir **Arbeitslosen- und Sozialhilfe** zusammenlegen müssen. Wir wissen auch alle, dass es bei einer solchen Umorganisation, dass es bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, von der 2,5 Millionen Menschen betroffen sind, unter keinen Umständen zu einem Fehlschlag kommen darf.

Die Unterschiede liegen darin, dass wir meinen, dass die **Kommunen** besser geeignet sind, die Federführung

- bei diesem gemeinsamen großen Projekt zu übernehmen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Warum ist das so? Die Bundesanstalt – Sie erfahren das im Gespräch mit den verantwortlichen Leitern der Arbeitsämter vor Ort – ist nicht in der Lage, die neue Klientel in einer Größenordnung von 800 000 bis 900 000 Menschen, die das so genannte Arbeitslosengeld II beziehen sollen, entsprechend Ihren eigenen Vorgaben zu betreuen.

Sie wollen, dass die Bundesanstalt zu einem neuen Monstersozialamt mit 10 000 bis 15 000 neuen Dienststellen aufgebläht wird.

(Klaus Brandner [SPD]: Sie haben doch jetzt gehört, dass das Quatsch ist!)

Damit werden Sie dem Problem nicht gerecht. Denn die Menschen, die bislang Sozialhilfe beziehen, brauchen eine sehr viel intensivere Betreuung als diejenigen, die erst seit drei Monaten arbeitslos sind. Hierbei handelt es sich um Problemfälle, die eine personalintensive Betreuung erfordern. Die Kommunen haben darin Erfahrung und sind erfolgreich. Deshalb muss dieser Bereich bei den Kommunen bleiben bzw. angesiedelt werden.

In der größten deutschen Kommune, der Landeshauptstadt München, ist ein Arbeitsvermittler zurzeit für 800 Arbeitslose zuständig. Dieses Verhältnis wird sich auch mit der geplanten Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit einem Umbau der Strukturen, den Sie planen, nicht verbessern. Diese Maßnahmen werden nicht dazu führen, dass eine intensive Betreuung von Menschen erfolgt, die schon längere Zeit dem Arbeitsmarkt entwöhnt sind. Im Gegenteil: Sie werden die Menschen parken. Sie werden nicht erfüllen, was Sie hier versprochen haben, nämlich diesen Menschen eine bessere Betreuung zukommen zu lassen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gleichzeitig bauen Sie einen neuen babylonischen Turm aus **Bürokratie** und Paragraphen auf. Dazu möchte ich Ihnen ein Beispiel nennen: Nach Ihren Vorstellungen bleibt es nach wie vor dabei, dass denjenigen Sozialhilfe gezahlt wird, die aufgrund eines Handicaps nicht am Arbeitsleben teilnehmen können. Nun sehen Sie aber vor, dass das nur für diejenigen gelten soll, die nicht länger als drei Stunden am Tag arbeiten können. Sie wollen eine neue Einigungsstelle gründen, die diese Differenzierung bei den Menschen vornehmen soll.

Alle Experten und all diejenigen, die betroffen sind, schlagen die Hände über dem Kopf zusammen und fordern Sie auf, diesen Unsinn zu lassen. Das führt nämlich zu einem katastrophalen Verwaltungsaufwand. Durch diese absurde Konstruktion einer neuen Bürokratie müssen neue Gutachter eingeschaltet werden, der Streit mit den Versicherungsträgern ist vorprogrammiert, ein neues Einigungsverfahren mit neuen Rechtswegen soll eröffnet werden. Das stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schwarzmalerei!)

Johannes Singhammer

- (A) Während landauf, landab die Notwendigkeit des Abbaus von Bürokratie betont wird, bauen Sie eine neue Bürokratie auf.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Niemand versteht in diesem Land, warum Sie nicht bereits bestehende Strukturen nutzen, mit denen diese Ziele ebenfalls erreicht werden könnten, sondern eine neue Parallelbürokratie aufbauen. Kein vernünftiger Mensch kann zu diesem Unsinn seine Hand reichen. Auch wir werden das nicht tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Kommunen brauchen Unterstützung. Deshalb sieht unser Entwurf eines Existenzgrundlagengesetzes vor, dass die **Arbeitsämter** und die **Sozialverbände** mit ihrer Erfahrung eingebunden werden. Ich bitte Sie sehr herzlich: Wenn Sie schon erwarten, dass die Opposition mitarbeitet und Verantwortung übernimmt, dann machen Sie hier nicht rücksichtslos von Ihrer Mehrheit Gebrauch, sondern kommen Sie auf uns zu. Dann sind wir in der Lage, einen Kompromiss zu finden.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen,

(Jörg Tauss [SPD]: Ach nein! Es reicht!)

nämlich die Forderung von Rot-Grün dass **ortsübliche Löhne** gezahlt werden müssten. Sie sagen, unsere Forderung, dass eine Beschäftigung auch zu untertariflichen Löhnen angenommen werden muss, sei unsozial.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es war von 4 Euro die Rede!)

(B)

Ich frage Sie an dieser Stelle: Ist es sozial, wenn ein Lagerarbeiter in den neuen Bundesländern, der nur einen Job gefunden hat, der unter Tarif bezahlt wird, mit seinen Steuern und Abgaben dafür sorgen muss, dass ein anderer Arbeitsloser weiterhin Arbeitslosengeld erhält, weil Sie ihm den Weg zu einer untertariflichen Beschäftigung versperren? Das ist nicht sozial.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP])

All Ihre Rezepte haben nicht zu einem erkennbaren Gesundungsprozess am Arbeitsmarkt geführt. Es wird Zeit für eine neue Politik, die bei den Menschen wieder Vertrauen erzeugt und die nachprüfbar neue Arbeitsplätze schafft. Sozial ist es nicht, wenn man nur über neue Arbeitsplätze spricht; sozial ist, nachprüfbar neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ziel haben Sie bisher nicht erreicht und werden es auch mit diesem Placeboggesetz nicht erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Pau.

**Petra Pau** (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die PDS im Bundestag wird gegen die vorliegenden Ge-

setze stimmen; denn mit Hartz III und Hartz IV wird es nicht weniger Arbeitslose geben, sondern mehr arme Arbeitslose. Der ganze Ansatz, die Philosophie der Gesetze, stimmt nicht. Sie wollen die Auswirkungen des Versagens der Politik privatisieren und die davon Betroffenen zur Kasse bitten. Das ist falsch und das lehnen wir ab. (C)

Ich hörte dasselbe von den so genannten **Abweichlern** bei Rot-Grün. „Abweichler“ war in Ihrer Debatte als Schimpfwort gemeint. „Dissident“ hätte wohl zu positiv geklungen. Über den vermeintlichen Unterschied können wir gelegentlich einmal diskutieren.

Nun verweisen die Sprecherinnen und Sprecher von SPD und Grünen darauf, es habe inzwischen Verbesserungen gebeten, was die Opposition zur Rechten wiederum beklagt. Die Substanz dieser Gesetze bleibt aber: Der Sozialstaat wird nicht um-, sondern abgebaut. Dagegen ist die PDS im Bundestag.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Eine übergroße Abbruchkoalition ist allerdings dafür. Sie reicht von der SPD bis zur CDU/CSU und von den Grünen bis zu den Unternehmerverbänden. Aus den Gewerkschaften kamen zwar Widerworte, allerdings kein Widerstand. Auch das gehört zur Vorbilanz der heute anstehenden Entscheidungen.

Am 1. November wird es in Berlin eine bundesweite **Demonstration** gegen den unsozialen Kurs, der mit der Agenda 2010 verbunden ist, geben. Sie kommt spät, aber ich werbe dennoch für diese Demonstration; (D)

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

denn das, was hier sozial kalt durchgestimmt wird, führt in anderen – nicht nur wärmeren – Ländern zu belebendem Generalwiderstand.

Nun komme ich noch zu zwei Besonderheiten. Sie, Herr Bundeskanzler, haben Ihr politisches Schicksal daran geknüpft, ob Sie heute eine rot-grüne Mehrheit erzwingen können. Das ist Machogehabe – allemal, wenn es regelmäßig wiederholt wird.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]:  
Er ist ja nicht einmal da!)

Es gibt aber noch einen zweiten Punkt, der sehr viel schwerer wiegt. Sie wissen, dass die Gesetze, über die heute abgestimmt wird, für den Osten untauglich, ja Gift sind. Das unterscheidet den Bundeskanzler Schröder übrigens von seinem Vorgänger: Ex-Kanzler Kohl hat die **Menschen im Osten** belogen, Sie aber schreiben sie ab. Das finde ich noch viel schlimmer.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Der Schriftsteller und Soziologe Wolfgang Engler hat analysiert: „Mit der Hoffnung auf Arbeit ging die Arbeit an der Hoffnung verloren.“ Er beschrieb den Osten zehn Jahre nach der Vereinigung. Seitdem ist Rot-Grün am

Petra Pau

- (A) Werk und verfolgt ein weiteres Programm zur Beerdigung der Hoffnung für die ganze Bundesrepublik.

Ich habe Ihnen hier in Debatten schon mehrfach vorgerechnet, dass man 50 Arbeitslose nicht auf eine freie Stelle vermitteln kann. Ich habe Ihnen auch vorgerechnet, dass allein die Senkung der Arbeitslosenhilfe Millionen Menschen in Armut stürzen, zusätzliche Konkurse bringen und damit die Arbeitslosigkeit noch forcieren wird. Um das zu erkennen, muss man nicht in der PDS sein, man muss schlicht und einfach nur rechnen können. Allein in den neuen Bundesländern werden die Beschlüsse von heute einen zusätzlichen **Kaufkraftverlust** von 1,8 Milliarden Euro bewirken. Ähnlich wird es in den großen Regionen der alten Bundesländer aussehen, wie im Saarland, in Oberfranken und anderswo. Anders gesagt: Siebürden heute den Armen die Lasten auf und begünstigen weiter jene, denen es ohnehin besser geht. Das ist bei den Steuern so. Dies trifft die Länder. Sie nennen das heute hier mutige Reformen. Ich nenne das schlicht politische Kapitulation.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Noch gibt es in unserem Land eine **Sozialpflicht der Unternehmer** und das Gebot der gleichen Lebenschancen für alle. Sie deuten das alles ohne Recht und Vernunft um. Ich nenne ein ganz konkretes Beispiel: Hier in Berlin, in Reinickendorf, gibt es ein namhaftes Unternehmen. Vergangenes Jahr entließ es Spezialisten, weil es an Aufträgen mangelte. Nun werden dieselben Spezialisten zum halben Lohn wieder unter Vertrag genommen – nicht als Mitarbeiter, sondern als Ich-AGs. Die rot-grüne Wundertüte entpuppt sich also als Abbaukröte – zur Freude der FDP und zum Schaden für die Betroffenen.

- (B)

Die Medien werden heute nur zählen, ob es eine Kanzlermehrheit gibt oder nicht. Das mag zwar spannend sein. Weitreichender ist aber die geistig-moralische Wende, die Rot-Grün forciert und in Gesetze fasst. Wer arm dran ist, ist selbst schuld und gehört bestraft – das ist der Kern Ihres Gesetzes. Die PDS dagegen wirbt für ihre Agenda Sozial. Sie liegt als moderne Alternative vor. Wir wollen Reformen zum Besseren.

Liebe Genossinnen und Genossen von der SPD, einen Schlusssatz erspare ich Ihnen nicht: Sie beschließen heute nicht mehr und nicht weniger als Ihre Absage an Bebel und Brandt. Auch deshalb stimmt die PDS im Bundestag mit Nein.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Karin Roth, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Karin Roth (Esslingen) (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der Zusammenführung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe, also zweier steuerfinanzierter

Leistungen, sind in unserem Land vier Millionen Menschen betroffen. Sie erwarten von uns zu Recht, dass ihre materielle Situation gesichert ist. Sie erwarten aber auch, dass sie die Möglichkeit erhalten, besser in Arbeit integriert zu werden. Es ist schon eine unglaubliche Zumutung für diese Menschen, Herr Ministerpräsident Koch, wie Sie über diese Schicksale sprechen. Das haben die Menschen in diesem Land nicht verdient.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Was war denn in Hamburg? Sie mussten als Senatorin wegen Skandalen zurücktreten! – Volker Kauder [CDU/CSU]: In Hamburg haben die Leute Sie in die Wüste geschickt!)

Wir setzen auf Aktivierung der Betroffenen, indem sie gezielt gefördert werden, und wir setzen auf ihre Beteiligung, indem wir von ihnen Verantwortung fordern.

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Die Wirkungen sind erschreckend!)

Erstmals gibt es die Öffnung für bisher erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger; so integrieren wir 900 000 Menschen in eine neue Leistung. Damit haben sie Zugang zu allen Leistungen und **Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik**.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch diejenigen, die bisher keinen Anspruch auf aktive Arbeitsmarktmaßnahmen hatten, erhalten Zugang zu diesen Leistungen. Dazu gehört auch, dass die Langzeitarbeitslosen, die keine Arbeit finden, in Arbeitsmarktprojekte integriert werden können.

Nun ein zweites Mal zu Ihnen, Herr Koch: Sie haben vorgeschlagen, alle Langzeitarbeitslosen im Rahmen von **ehrenamtlicher Arbeit** zu beschäftigen. Was bedeutet das für die Kommunen? Das bedeutet, dass in allen Bereichen 1,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Das heißt, Sie wollen einerseits in den Kommunen eine gigantische, staatlich geförderte Beschäftigungsgesellschaft gründen

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]:  
Großer Unsinn!)

und andererseits den Handwerkern und dem Mittelstand die Aufträge wegnehmen. Das ist aus meiner Sicht keine Mittelstandspolitik. Sie vernichten Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt, obwohl Sie angeblich das Gegenteil erreichen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen eine gezielte **Förderung der Langzeitarbeitslosen**. Wir versuchen, sie aus ihrer Isolation herauszuholen, indem wir ihr Selbstbewusstsein stärken, und setzen darauf, dass sie danach wieder in Arbeit integriert werden. Das ist die einzig reale Chance, damit sie ein gleichwertiges Mitglied in der Gesellschaft bleiben.

Es geht um Schicksale von Menschen, die ihre Arbeit verloren haben. Es geht darum, diesen Menschen wieder

**Karin Roth (Esslingen)**

- (A) eine Arbeitsperspektive und damit auch eine Lebensperspektive zu geben. Das ist unsere soziale und sozialdemokratische Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist allemal besser, Arbeit anstatt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Deshalb öffnen wir den Zugang zu allen Leistungen für alle Erwerbsfähigen, auch für jene, die keine passiven Leistungen im Rahmen des Arbeitslosengeldes II erhalten.

Eine gute Botschaft geht insbesondere an die Frauen. Sie erhalten nunmehr besondere Eingliederungsmaßnahmen; denn Kindererziehung darf kein Eingliederungshemmnis sein. Es ist vorgesehen, den Frauen eine Betreuung der Kinder anzubieten. Wir wollen die **Erwerbstätigkeit** der Frauen in Verbindung mit Betreuungsmaßnahmen unterstützen und fördern. So sieht für uns Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus; das ist aktive Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt insbesondere für die Berufsrückkehrerinnen, denn auch sie sollen nach unserem Willen Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen haben. Auch die Kommunen werden entlastet, denn 1,5 Milliarden Euro werden wir für Kinderbetreuung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Das ist ein ganz wichtiges Signal für die Frauenpolitik.

Darüber hinaus beziehen wir jetzt die Arbeitslosengeld-II-Bezieher in die **Rentenversicherung** ein; das betrifft insbesondere die bisherigen Sozialhilfeempfänger. So sieht aus unserer Sicht soziale Gerechtigkeit aus. Interessant ist, dass nun endlich auch die Union entdeckt, dass man den Personenkreis der Arbeitslosengeld-II-Bezieher nicht von Anfang an mit Sozialhilfeempfängern gleichstellen kann, wie es der Herr Koch in seinem Existenzgrundlagengesetz vorschlägt. Die CDU/CSU schlägt nunmehr vor, für ein Jahr einen Zuschlag für Arbeitslosenhilfebezieher vorzusehen. Jetzt frage ich die Union und vor allen Dingen Sie, Herr Laumann, welche neuen Erkenntnisse die CDU hat, dass sie einen solchen Sinneswandel vollzieht. Wollen Sie mit diesem Vorschlag etwa eine neue Sozialdemokratisierung der CDU auf den Weg bringen? Dann müssen Sie sich allerdings noch mit Herrn Koch abstimmen, denn der ist offensichtlich dagegen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke allerdings, dass es sich hier vielmehr um eine späte Einsicht handelt, dass unser Vorgehen richtig ist. Insofern könnte die CDU ja heute unserem Gesetz zustimmen.

(Lachen des Abg. Karl-Josef Laumann [CDU/CSU])

Sie könnte nicht nur aus diesem Grund, sondern auch deshalb zustimmen, weil wir die Anrechnungsvorausset-

zungen von Vermögen in einem wichtigen Punkt verändert haben. Wir gewähren nämlich für die **private Altersvorsorge** einen zusätzlichen Freibetrag von 200 Euro pro Lebensjahr, unabhängig davon, wie die Altersversorgung gestaltet ist. Zukünftig können dann eben auch diejenigen, die eine Lebensversicherung haben oder andere Altersvorsorgemaßnahmen treffen, das Arbeitslosengeld II erhalten. Mit dieser wichtigen Regelung verhindern wir Altersarmut, unterstützen wir die private Altersvorsorge. (C)

Als Letztes zum Punkt Zumutbarkeit von Arbeit: Herr Koch, Sie müssten eigentlich die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland kennen. Ihr Vorschlag ist nach unserem Bürgerlichen Gesetzbuch sittenwidrig.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]:  
So ein Quatsch!)

Ein Lohn, der beispielsweise 30 Prozent unter der ortsüblichen Entlohnung liegt, ist gesetzes- und damit sittenwidrig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir schlagen im Gesetz eine Regelung vor, die die **Zumutbarkeit der Annahme von Arbeit** an tariflich festgesetzte bzw. ortsübliche Löhne bindet. Damit leisten wir einen Beitrag zur Sicherheit und sozialen Gerechtigkeit. Vor allen Dingen ist das ein Beitrag dazu, dass die Menschen für die Arbeit, die sie leisten, einen gerechten Lohn erhalten und nicht dafür bestraft werden, dass sie früher einmal arbeitslos waren. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Karin Roth (Esslingen) (SPD):**

Zu guter Letzt können Sie, meine Damen und Herren, froh sein, dass wir mit diesem Gesetz ein verpflichtendes Angebot für die Jugendlichen schaffen. Damit geben wir das eindeutige Signal, dass Jugendliche nach der Schule nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen werden dürfen. Ich erwarte von der Union und von der Wirtschaft, dass sie dazu beitragen, dass dies auch gelingt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Karl-Josef Laumann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Karl-Josef Laumann (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass heute Morgen in dieser Debatte noch einmal wieder sehr deutlich geworden ist: Unser größtes Problem in Deutschland ist, dass wir seit Jahren

**Karl-Josef Laumann**

- (A) eine große Wachstumsschwäche haben, die zu einer Beschäftigungskrise geführt hat. Unser Problem in Deutschland ist, Herr Clement, dass wir zurzeit eine Bundesregierung haben, die überhaupt keine Philosophie hat, womit Deutschland in Zukunft sein Geld verdienen soll, um den Staat zu finanzieren und unseren Wohlstand erhalten zu können. Da sind Sie richtungslos, darauf haben Sie keine Antwort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Darauf gibt auch dieses Gesetz keine Antwort. Dieses Gesetz ist ohnehin nur notwendig geworden, weil diese Regierung keine Antworten gefunden hat. Innerhalb von diesen knapp fünf Jahren rot-grüner Regierung sind in unserem Land die **Energiepreise** aufgrund neuer staatlicher Belastungen erheblich gestiegen. So etwas ist nicht beschäftigungsfördernd; das wissen Sie genauso gut wie ich. Der Wirtschaftsminister hat das vor Wochen thematisiert, aber man hat ihm die Zuständigkeit entzogen und diese Bundesregierung unternimmt gar nichts, um die Kostenentwicklung, die wir in diesem Bereich haben, zumindest zu dämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Klaus Brandner [SPD]: Jetzt werde mal nicht zum Umweltpolitiker, Karl-Josef!)

Ich nehme einen weiteren Bereich: Sie haben gesagt, wir müssten die Bürokratie in diesem Land abbauen. Jetzt lese ich in den Zeitungen, dass die Kompetenz für den **Bürokratieabbau** von Ihrem Haus in das Innenministerium wechselt. Das ist ungefähr so, als wenn Sie die Frösche fragen, ob der Sumpf ausgetrocknet werden soll. Wir brauchen in Deutschland eine Deregulierung.

(B)

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU:  
Lauter!)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mikrofonanlage ist nicht mehr lauter einzustellen. Es klappt nur, wenn die Kolleginnen und Kollegen leiser sind. Bitte hören Sie dem letzten Redner noch zu! Dann ist er auch in den mittleren und hinteren Reihen verständlich.

Bitte schön, Herr Kollege Laumann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Karl-Josef Laumann (CDU/CSU):**

Danke schön, Frau Präsidentin.

Natürlich brauchen wir die **betrieblichen Bündnisse für Arbeit**.

(Klaus Brandner [SPD]: In welchem Gesetz stehen die denn?)

Ich werde nie begreifen, warum es in Deutschland möglich ist, im Krisenfall alles zu machen, was die Gewerkschaften befürchten – etwa einen Sozialplan aufzustellen –, aber im Vorfeld nichts getan wird, um das Problem erst gar nicht entstehen zu lassen, nämlich dass die Menschen langzeitarbeitslos werden und Sozialpläne überhaupt erstellt werden müssen. Ich werde es einfach nicht

begreifen, warum es nicht geht, dass man sich vorher vernünftig darüber unterhält. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich glaube auch, dass wir in Deutschland durch **mehr Arbeit** zu mehr Beschäftigung kommen müssen. Wir brauchen längere Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin ganz sicher, dass kein Weg daran vorbeiführt, anders aus dieser Beschäftigungskrise herauszukommen. Es wäre das erste Mal in der Geschichte der Erde, dass ein Volk, das in einer Krise steckt, durch weniger Arbeit aus dieser Krise herauskommt. Das hat es in der Vergangenheit auf jeden Fall noch nie gegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen gehen Sie in Ihrem Gesetzentwurf mit den Veränderungen zur Altersteilzeit wieder einen verkehrten Weg, indem Sie das Eintreten in den **Vorruhestand** noch leichter machen. Es ist schon verrückt, dass diese Regierung auf der einen Seite die Rürup-Kommission einsetzt, in der man davon redet, das Renteneintrittsalter zu erhöhen, und gleichzeitig im Bundestag Gesetze einbringt, mit denen der Vorruhestand in Deutschland zementiert wird. Ich kann das einfach nicht begreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Clement, zu einer wahrhaften Politik, die unsere Probleme löst, gehört auch, dass man sich nichts mehr vormacht. Hartz – das war eine Schöpfung gewaltiger Worte. (D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Lichtgestalt!)

Die „Quick-Vermittlung“ – wissen Sie überhaupt noch, dass Sie das bei Hartz II drin hatten? – sollte 300 000 Jobs bringen. Aus dem Quickie ist nichts geworden. Das ist die Wahrheit.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Heute hat sich Herr Clement hier ans Rednerpult gestellt und gesagt: Die PSAs sind ein Erfolg. Wir haben 870 PSAs und 900 Vermittlungen, das heißt, pro PSA eine Vermittlung. Herr Clement, glauben Sie wirklich, dass uns das aus der Krise führt und das ein Angebot für die 4 Millionen Leute ist, über die wir heute Morgen reden? Das können Sie als einigermaßen normal denkender Mensch doch gar nicht glauben; es glaubt Ihnen ohnehin schon keiner mehr.

Das Problem ist, dass Sie sich etwas vormachen, wie wir den Arbeitsmarkt in den Griff bekommen. Das Gesetz, das Sie vorlegen, ist so nicht zustimmungsfähig, weil Sie sich in vielen entscheidenden Punkten etwas vormachen.

(Wolfgang Clement, Bundesminister: Sagen Sie mal etwas zu Herrn Koch!)

– Dazu kommen wir gleich.

Zur Trägerschaftsfrage. Man muss schon ein großer Optimist sein, wenn man glaubt, es könne funktionieren,

Karl-Josef Laumann

- (A) dass man die Kompetenz bei der Bundesanstalt für Arbeit ansiedelt, obwohl diese zurzeit im schwersten Umbau ihrer Geschichte ist. Es wird nicht funktionieren. Das ist auch der Unterschied zu dem, was wir in unserem Gesetz vorschlagen. Wir brauchen den **Wettbewerb der Ideen** für Beschäftigung. Einen solchen Wettbewerb bekommen Sie in Hunderten von Kommunen und Landkreisen eher hin als bei der zentralen Bundesanstalt für Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir von der Union wollen, dass sich unsere Gemeinderäte, unsere Kreistage und die Stadträte damit beschäftigen, was mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der Kommune, die zurzeit keine Beschäftigung haben, geschehen soll. Sie sollen sich fragen, wie man den Menschen eine Sinnerfüllung im Leben geben und gleichzeitig in der Gemeinde Leistungen anbieten kann, von denen die Leute sagen: Es ist gut, dass es in unserer Gemeinde diese Leistungen gibt. – Das kann doch nicht besser funktionieren, als wenn das die Kommunalpolitik entscheidet.

Deswegen werden wir im Vermittlungsausschuss eine Lösung finden müssen, bei der diese kommunalpolitischen Elemente mit den Kompetenzen der Bundesanstalt zusammengeführt werden.

- (B) Ich wünsche mir aber, dass die Kommunalpolitiker auf dieser Veranstaltung Mut aufbringen; schließlich sind sie durch Wahlen demokratisch legitimiert. Die Bundesanstalt hingegen ist nicht viel mehr als ein Machtkartell in einer nicht mehr funktionierenden Selbstverwaltung. Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In Ihrem Gesetzentwurf haben Sie definiert, welche Arbeit als zumutbar gilt. Herr Clement, ich frage Sie: Haben Sie nicht gesehen, welcher Regelung Sie an dieser Stelle zugestimmt haben? Wenn zum Beispiel ein junger Schlosser arbeitslos wird, der vorher zum **Tariflohn** gearbeitet hat

(Klaus Brandner [SPD]: Der soll nicht arbeitslos werden! Der soll arbeiten! – Gegenruf des Abg. Michael Glos [CDU/CSU]: Dieser Schreihals!)

– er wird arbeitslos, weil seine Firma durch Ihre Politik in die Insolvenz gegangen ist –, dann muss er eine Beschäftigung annehmen, deren Bruttoentgelt sein früheres Gehalt bis zu 20 Prozent unterschreiten kann. Das ist derzeit geltendes Recht in der Arbeitslosenversicherung. Wird dieser Mensch demnächst, wenn es das neue Arbeitslosengeld II gibt, arbeitslos, dann ist er nur noch gehalten, eine Beschäftigung mit einem Bruttoentgelt in der Höhe des Tariflohns anzunehmen. Wollen Sie das wirklich? So ist es im Gesetzentwurf vorgesehen, lieber Herr Clement. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie selber diese Regelung im Vermittlungsausschuss revidieren werden und dass Sie froh darüber sind, dass es den Vermittlungsaus-

- schuss gibt, damit diese Regelung letztlich verhindert wird. Denn sie funktioniert einfach nicht. (C)

Wir müssen noch über eine weitere Frage diskutieren. Ich bin mir völlig darüber im Klaren, dass wir in unserem Land nur dann richtig Geld verdienen können, wenn die Menschen gut ausgebildet sind, wenn es hoch innovative Betriebe mit toll ausgebildeten Mitarbeitern gibt, wenn die großen Forschungsstandorte mit den Hochschulen und Fachhochschulen vernetzt sind. Dabei müssen wir aber eines sehen: Für einen bestimmten Teil der Bevölkerung sind auch einfach strukturierte Tätigkeiten erforderlich. Das Dilemma ist, dass diese Arbeit in den vergangenen zehn bis 15 Jahren in die Billiglohnländer abgewandert ist, während die Menschen – die zudem in aller Regel unbeweglicher sind als andere –, die solche Aufgaben brauchen, unverändert in Deutschland wohnen. Unserem Menschenbild entspricht es nun – es geht nicht, wie Sie meinen, um Lohndrückerei; wir haben es nicht nötig, uns das von Ihnen vorhalten zu lassen –,

(Widerspruch bei der SPD)

dass auch diese Menschen in dieser modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft Platz finden müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (D) Das wird nicht nur in den staatlich geschützten Bereichen möglich sein. Es muss vielmehr auch im ersten Arbeitsmarkt gewährleistet werden. Dabei ist unsere Philosophie – Herr Koch hat das bereits ausgeführt –, dass Menschen, die acht Stunden am Tag einer solchen Beschäftigung nachgehen, mehr Geld bekommen sollen, als wenn sie beschäftigungslos sind. Das ist auch in sozialpolitischer Hinsicht eine vernünftige Position.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen uns also darüber verständigen, wie wir die Situation in den Griff bekommen können. Ich glaube nicht, dass uns der Niedriglohnbereich wirtschaftspolitisch entscheidend nach vorne bringen wird. Er ist aber notwendig, um für einen bestimmten Prozentsatz von Menschen, die eine bestimmte Veranlagung haben, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, die diese brauchen, um sich in die Gesellschaft einbringen und an der Arbeitswelt dieser Gesellschaft als vollwertige Mitglieder teilnehmen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Frau Kollegin Roth, Sie haben eben gesagt, eine Beschäftigung, deren Entlohnung 30 Prozent unter ortsüblich liegt, sei sittenwidrig. Das kann man so sehen. Aber sittenwidrig ist es erst recht, gar nichts anzubieten. Ein Problem sind die hohen Abgaben. Eine Politik, die den Normalverdienern mittlerweile 50 Prozent ihres Gehaltes wegnimmt, ist viel sittenwidriger als Arbeit im Niedriglohnbereich. Auch davon bin ich zutiefst überzeugt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Karl-Josef Laumann**

- (A) Wir müssen nun im Vermittlungsausschuss zu einer Lösung kommen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir, die Union, werden nur etwas mittragen, das auch funktionieren wird. Wir können uns angesichts von 4,3 Millionen Arbeitslosen nicht erlauben, ein so schlechtes Gesetz zu machen, wie das unter dieser Bundesregierung – zum Beispiel beim Dosenpfand oder bei der Maut – üblicherweise der Fall ist. Wir müssen vielmehr eine Lösung finden, die auch tatsächlich funktioniert.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erteile dem Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement das Wort zu einer Kurzintervention.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Wolfgang Clement**, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Debatte nicht fortsetzen, sondern nur auf einen Punkt hinweisen, der auch schon von anderen Kollegen erwähnt worden ist. Herr Kollege Laumann, Sie unterliegen einem Irrtum, wenn Sie unterstellen, dass ein arbeitsloser Schlosser – dieses Beispiel haben Sie gerade angeführt – nur in seinen Beruf und nur zu Tarifbedingungen wieder vermittelt werden könne. Dass das ein Irrtum ist, ist Ihnen schon im Ausschuss mehrfach dargelegt worden.

(B)

Im Gesetzentwurf heißt es: Prinzipiell ist jede Arbeit zumutbar. Es gibt also keinen Berufsschutz. Ein gelernter Schlosser kann also auch in einen anderen Beruf vermittelt werden. Wenn er in einen anderen Beruf vermittelt wird, dann geschieht das zu tariflichen Bedingungen oder – soweit nicht vorhanden – zu dem ortsüblichen Entgelt. So ist die Regelung. Deshalb ist das Klischee, auf das Sie, Herr Laumann – ich glaube, auch der Kollege Singhammer hat das getan –, mehrfach zurückgegriffen haben, schlichtweg falsch. Die Regelung ist so, wie ich Ihnen das gerade dargestellt habe. Ich wäre dankbar, wenn das in den künftigen Diskussionen beachtet werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Zur Erwidern auf die Kurzintervention des Wirtschafts- und Arbeitsministers gebe ich dem Kollegen Laumann das Wort.

**Karl-Josef Laumann (CDU/CSU):**

Herr Minister, da Sie mich persönlich angesprochen haben, möchte ich an dem bereits erwähnten Beispiel klarstellen, welche Folgen Ihr Gesetz haben wird: Ein Schlosser, der zu Tariflohn beschäftigt ist, wird arbeitslos. Er muss in den ersten Monaten, in denen er Arbeitslosengeld bezieht – das ist geltendes Recht in Deutschland –, eine Stelle als Schlosser oder jede andere

annehmen – damit haben Sie Recht –, bei der er 20 Prozent weniger Lohn erhält als vorher. Wenn er vor seiner Arbeitslosigkeit zu Tariflohn beschäftigt war und dann wieder als Schlosser arbeitet, dann bedeutet das also, dass er 20 Prozent unter Tarif bezahlt wird. Das ist, wie gesagt, die heutige Rechtslage. (C)

Wenn man den gleichen Fall unter den Bedingungen des neuen Arbeitslosengeldes II durchdekliniert, dann stellt man fest, dass ein arbeitsloser Schlosser die Annahme einer solchen Stelle mit Verweis auf den Tariflohn verweigern kann. Diese Regelung haben Sie im Gesetzentwurf verankert. Das ist Irrsinn, das ist Schwachsinn, das ist falsch. Dabei bleiben wir.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen sowie von der Bundesregierung eingebrachten Entwürfe eines Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Drucksachen 15/1515 und 15/1637. Dazu liegen etliche schriftliche Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung vor.<sup>1)</sup>

(Unruhe)

– Bevor wir zur namentlichen Abstimmung kommen, müssen wir eine einfache Abstimmung durchführen. Bitte eilen Sie also jetzt noch nicht zur Urne.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1728, die genannten Gesetzentwürfe als Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP angenommen. (D)

### Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Die Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen verlangen namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Gibt es ein Mitglied des Hauses, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Ich frage noch einmal: Sind alle Stimmen abgegeben oder gibt es ein Mitglied des Hauses, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Anlagen 2 und 3

<sup>2)</sup> siehe Seite 5794 D

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner**

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Abstimmungen fort. Ich bitte Sie, die Lobby freizumachen und Ihre Plätze einzunehmen.

Abstimmung über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen eingebrachten Entwurf eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Drucksache 15/1516. Auch hierzu liegen uns Erklärungen zur Abstimmung nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor.<sup>1)</sup> Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1728, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP angenommen.

### Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Die Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen verlangen namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Norbert Lammert)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

- (B) Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das noch nicht die Gelegenheit hatte, seine Stimme abzugeben? – Ich sehe keine entsprechenden Signale. Dann schließe ich jetzt die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Auch das Ergebnis dieser Abstimmung werden wir später bekannt geben.<sup>2)</sup>

Unter Buchstabe g seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 15/1728 empfiehlt der Ausschuss die Annahme einer Entschließung. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist bei weitgehender Abstinenz im Abstimmungsverhalten der meisten Anwesenden angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es würde die Präzision des Verfahrens fördern, wenn sich diejenigen, die im Saal sind, auch an der Abstimmung beteiligten, und diejenigen, die das nicht wollen, den Plenarsaal verließen.

Wir sind immer noch bei Tagesordnungspunkt 19 a und stimmen nun über den von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Gesetzentwurf zur Sicherung der

- Existenzgrundlagen auf Drucksache 15/1523 ab. Hierzu liegt eine Reihe von schriftlichen Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor, die wir dem Protokoll beifügen.<sup>3)</sup> (C)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit empfiehlt unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 15/1728, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer möchte sich enthalten? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Wir stimmen nun über den von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes – Einfügung eines Art. 106 b – ab. Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit empfiehlt unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 15/1728, den Gesetzentwurf auf der Drucksache 15/1527 abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Wir setzen die Abstimmung über die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit auf der Drucksache 15/1728 fort. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe e seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1531 mit dem Titel „Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einem beschäftigungsfördernden kommunalen Sozialgeld zusammenführen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen. (D)

Unter Buchstabe f seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der FDP-Fraktion auf Drucksache 15/1576 mit dem Titel „Neuordnung der Bundesanstalt für Arbeit“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Wir kommen nun zu Zusatzpunkt 6. Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf der Drucksache 15/1594 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Da mir die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen noch nicht vorliegen, möchte ich, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, in der Tagesordnung fortfahren. Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen kann ich Ihnen auch während der Debatte mitteilen. – Dazu gibt es offenkundig keinen Widerspruch.

<sup>1)</sup> Anlagen 2 bis 7

<sup>2)</sup> siehe Seite 5799 C

<sup>3)</sup> Anlagen 4, 8 und 9

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Ich rufe die Tagesordnungspunkte 20 a bis 20 i sowie die Zusatzpunkte 7 und 8 auf:
- 20 a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 (**HBegIG 2004**)
- Drucksachen 15/1502, 15/1639 –
- (Erste Beratung 58. Sitzung)
- Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
- Drucksachen 15/1750, 15/1751 –
- Berichterstattung:  
Abgeordnete Steffen Kampeter  
Walter Schöler  
Anja Hajduk  
Otto Fricke
- b) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze**
- Drucksache 15/1313 –
- (Erste Beratung 56. Sitzung)
- aa) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)
- Drucksache 15/1726 –
- (B) Berichterstattung:  
Abgeordnete Horst Schild  
Hans Michelbach
- bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
- Drucksache 15/1735 –
- Berichterstattung:  
Abgeordnete Steffen Kampeter  
Walter Schöler  
Anja Hajduk  
Jürgen Koppelin
- c) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit**
- Drucksachen 15/1521, 15/1661 –
- (Erste Beratung 63. Sitzung)
- Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit**
- Drucksachen 15/1309 –
- (Erste Beratung 56. Sitzung)
- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms,
- Dr. Andreas Pinkwart, Rainer Brüderle, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur vereinfachten Nachversteuerung als Brücke in die Steuerehrlichkeit**
- Drucksache 15/470 –
- (Erste Beratung 56. Sitzung)
- aa) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)
- Drucksache 15/1722 –
- Berichterstattung:  
Abgeordnete Gabriele Frechen  
Heinz Seiffert
- bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
- Drucksache 15/1724 –
- Berichterstattung:  
Abgeordnete Steffen Kampeter  
Walter Schöler  
Abg. Antje Hermenau  
Otto Fricke
- d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Andreas Pinkwart, Carl-Ludwig Thiele, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Zinsabgeltungsteuer einführen – Fluchtkapital zurückholen**
- Drucksachen 15/217, 15/1722 –
- Berichterstattung:  
Abgeordnete Gabriele Frechen  
Heinz Seiffert
- e) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz**
- Drucksachen 15/1518, 15/1665 –
- (Erste Beratung 58. Sitzung)
- aa) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)
- Drucksache 15/1684 –
- Berichterstattung:  
Abgeordnete Reinhard Schultz (Everswinkel)  
Stefan Müller (Erlangen)
- bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
- Drucksache 15/1736 –
- Berichterstattung:  
Abgeordnete Steffen Kampeter  
Walter Schöler  
Anja Hajduk  
Jürgen Koppelin

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert

- (A) f) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer**  
– Drucksachen 15/1517, 15/1664 –  
(Erste Beratung 58. Sitzung)  
– Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines **Soforthilfegesetzes für die Gemeinden (SofortHiG)**  
– Drucksache 15/1470 –  
(Erste Beratung 58. Sitzung)  
aa) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)  
– Drucksachen 15/1727, 15/1760 –  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Horst Schild  
Heinz Seiffert  
bb) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung  
– Drucksachen 15/1738, 15/1739 –  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Steffen Kampeter  
Walter Schöler  
Anja Hajduk  
Jürgen Koppelin
- (B) g) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Gerda Hasselfeldt, Peter Götz, Günter Baumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
**Finanzkraft der Kommunen stärken – Kommunale Selbstverwaltung sichern**  
– Drucksachen 15/1217, 15/1727, 15/1760 –  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Horst Schild  
Heinz Seiffert  
h) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Hermann Otto Solms, Gisela Piltz, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Kommunale Finanzreform)**  
– Drucksache 15/1247 –  
(Erste Beratung 57. Sitzung)  
Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)  
– Drucksache 15/1729 –  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Joachim Stünker  
Marco Wanderwitz  
Jerzy Montag  
Rainer Funke
- i) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Birgit Homburger, Dr. Christel Happach-Kasan, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
**Antragsverfahren bei Agrardiesel deutlich vereinfachen**  
– Drucksachen 15/833, 15/1261 –  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Reinhard Schultz (Everswinkel)  
Norbert Schindler
- ZP 7 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Günter Rexrodt, Jürgen Koppelin, Otto Fricke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
**Regierung muss Haushaltssicherungsgesetz vorlegen**  
– Drucksachen 15/997, 15/1750, 15/1751 –  
Berichterstattung:  
Abgeordnete Steffen Kampeter  
Walter Schöler  
Anja Hajduk  
Otto Fricke
- ZP 8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Carl-Ludwig Thiele, Joachim Günther (Plauen), Dr. Andreas Pinkwart, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
**Neugestaltung der Eigenheimzulage**  
– Drucksache 15/1731 –  
Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit  
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen  
Haushaltsausschuss
- (C) Ich weise darauf hin, dass wir über die Entwürfe eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 und eines Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer sowie über einen Teil des Gesetzentwurfs zur Änderung des Grundgesetzes, soweit er die kommunale Finanzreform betrifft, später namentlich abstimmen werden.  
Des Weiteren mache ich darauf aufmerksam, dass zu den genannten Gegenständen mehrere Entschließungsanträge vorliegen.  
Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 90 Minuten vorgesehen, wobei die FDP zwölf Minuten erhalten soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.  
Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, das Wort.  
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)
- (D)

(A) **Hans Eichel**, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gesetzentwürfe, über die wir heute zu beschließen haben, stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Haushalt 2004.

Nach drei Jahren **Stagnation** sind die Haushaltslage – ich habe das bereits bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs deutlich gemacht – für Bund, Länder und Gemeinden sowie die Finanzlage der sozialen Sicherungssysteme dramatisch.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: 42 Milliarden Neuverschuldung!)

– Herr Michelbach, das wird alles so sein. Damit Sie nicht zu früh triumphieren, will ich aber auf Folgendes hinweisen: In meine Amtszeit fallen die niedrigsten Neuverschuldungen des Bundes. 1999, 2000 und noch 2001 ist die Neuverschuldung heruntergegangen – das sind Zahlen, die Sie nie erreicht haben –,

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hubert Ulrich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

obwohl sich im Jahr 2001 die Defizite der Länderhaushalte bereits vervierfacht haben. Das ist schon spannend. Auch wenn Herr Koch jetzt nicht mehr hier ist, sage ich Ihnen: Sehen Sie sich einmal an, was in dieser Zeit zum Beispiel mit dem hessischen Landeshaushalt passiert ist. So einfach läuft das nicht!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Wahr ist aber, dass die **Haushaltslage** dramatisch ist. Wahr ist auch, dass sie nach der **Steuerschätzung** im November – das kann jeder voraussehen – noch schwieriger werden wird. Es hat keinen Sinn, um diesen Sachverhalt herumzureden, und ich will das auch gar nicht tun.

Das heißt, dass wir nur erstens mit grundlegenden Reformen, so wie wir sie in dieses Haus eingebracht haben, also mit den **Strukturreformen** in allen sozialen Sicherungssystemen, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Handwerksordnung und in vielen anderen Bereichen, zweitens mit rigider **Haushaltskonsolidierung** und drittens mit Maßnahmen mit dem Ziel, das **Wachstum** wieder in Gang zu bringen, auch fiskalisch – das heißt: Vorziehen der **Steuerreform** –, dass wir also nur in diesem Dreiklang aus dem Loch herauskommen. Genau dieser Aufgabe müssen wir uns gemeinsam stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne jedes Problem räume ich ein: Als ich die **Konsolidierung** 1999 eingeleitet habe – wir befanden uns damals im Wachstum, es ging weiter bergauf –, war die Devise – ich habe sie auch vertreten; es war damals richtig –, dass wir Geld aus dem Kreislauf herausnehmen müssen, und zwar ganz massiv. Dazu ist von Ihrer Seite immer gesagt worden – ich erinnere mich noch lebhaft –: So viel kriegst du gar nicht. – Der Bundesrat, um auch das deutlich zu sagen, war ebenfalls nicht hilfreich. Aber

wir konnten noch viel aus dem Bundeshaushalt herausnehmen. (C)

An der Stelle will ich gleich etwas sagen, weil Sie sonst wieder mit Vorwürfen kommen: Natürlich haben wir ausgabenseitig konsolidiert. Wenn man den Bundeshaushalt in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt betrachtet, dann liegt er heute 1 Prozentpunkt niedriger als zu der Zeit, zu der Sie die Regierungsverantwortung abgeben mussten, weil die Wählerinnen und Wähler so entschieden hatten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Märchen-erzähler!)

Damit man weiß, was wir da geleistet haben – Sie erwähnen das öffentlich nirgendwo, wie das bei guten Nachrichten immer so ist –, will ich Ihnen Folgendes sagen: Wir haben beim **öffentlichen Dienst** ordentlich eingegriffen. Das große wiedervereinigte Deutschland hat weniger Mitarbeiter des Bundes im öffentlichen Dienst, als die alte, kleinere westdeutsche Bundesrepublik hatte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Heute sind 288 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Bund im öffentlichen Dienst. Das sind weniger, als die alte westdeutsche Bundesrepublik im Jahr 1970 gehabt hat; damals waren es nämlich 300 000.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger sagen, der Staat solle zuerst bei sich selber sparen – damit haben sie Recht –, dann stimme ich ihnen zu, sage aber gleichzeitig: Der Staat tut es auch. – Da ich überhaupt keine Gräben aufreißen will, weil im Herbst und im Winter dieses Jahres die Entscheidungen von den Mehrheiten des Bundesrates und des Bundestages gemeinsam getroffen werden müssen, will ich anerkennen: Sie haben auch schon damit angefangen. Wir konsolidieren aber auch schon fünf Jahre lang konsequent und es geht konsequent so weiter. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will daran erinnern, dass schon in meinem Konsolidierungskonzept von 1999 stand, dass ich die Gehälter im öffentlichen Dienst, auch die Beamtengehälter, nur in Höhe der Inflationsrate anpassen wolle. Wer hat mir das kaputtgemacht? Es war – Herr Koch ist nicht mehr da – der Bundesrat, obwohl in diesem Falle die Länder die am meisten Begünstigten gewesen wären.

Was wir heute hier auf den Tisch legen und auch in das Haushaltsbegleitgesetz geschrieben haben, ist die Absicht, an die **Sonderzahlungen** im öffentlichen Dienst zu gehen. Täten das alle Länder, wäre der Gesamtstaat schon weiter, als er sein wird, wenn die Länder nächstes Jahr die Öffnungsklausel nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir gehen konsequent gegen **Schwarzarbeit** und **Steuerhinterziehung** vor. Das will ich ganz leise sagen. Nach dem, was ich von Ihnen, Herr Merz, gelesen habe, habe ich den Eindruck, dass Sie nunmehr bereit sind – ich bin sehr gespannt darauf, was wirklich in Ihrem Vorschlag stehen wird –, die Forderung des Bundesverfassungsgerichtes nach einem

**Bundesminister Hans Eichel**

- (A) Nachweis dafür, dass jemand seine Steuer entrichtet hat, zu akzeptieren. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten diesen Nachweis schon im Frühjahr bei unserem Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen akzeptiert. Dann wären wir nämlich einen Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich sage nachdrücklich: Wir gehen gegen Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung nicht mit bürokratischen Monstergeländen vor – das ist gar nicht mein Thema –, aber jeder Mensch in diesem Lande muss wissen – dafür brauchen wir auch eine andere moralische Einstellung; ich sage das gerade vor dem Hintergrund einer Diskussion, die ich am Donnerstagabend in einer Talksendung geführt habe –: Man kann hier nicht nur sein Geld verdienen, sondern man muss hier auch seine Steuern bezahlen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Anders kann es nicht gehen. Stellen Sie bitte niemanden als Helden dar, der hier sein Geld verdient, aber lieber woanders niedrigere Steuern zahlt. Auch da haben wir eine gemeinsame Verantwortung.

Es ist nicht alles mit dem Einsatz von Polizei zu lösen. Ich will das auch gar nicht. Es ist ganz entscheidend, dass die Menschen in diesem Lande in ihrem Denken und Fühlen eine andere Haltung einnehmen.

- (B) Herr Dr. Gerhardt, Sie reden zu Recht davon, dass wir eine Gesellschaft mit Vollkasko mentalität sind. Schauen Sie dabei aber bitte nicht nur auf die Arbeitnehmer in unserem Lande, schauen Sie auf alle, auch auf die Unternehmer.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Einverstanden!)

Leider ist das überall der Fall. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir suchen nach Alternativen zu Steuererhöhungen, trotz des riesigen Haushaltsloches, das wir haben. Ich sage ganz ausdrücklich: Ich will keine Steuererhöhungen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie machen sie doch!)

Dann müssen wir aber endlich an die **Finanzhilfen** und **Steuervergünstigungen** herangehen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Machen Sie es doch!)

Wenn Sie sich diese Position zu Eigen machen, Herr Merz, bin ich sehr froh.

Bei den Finanzhilfen, bei denen wir alleine handeln konnten, sind wir gut vorangekommen. Bei meinem Amtsantritt beliefen sich die Finanzhilfen des Bundes auf 11,4 Milliarden Euro. In diesem Jahr sind wir bei 7,7 Milliarden Euro. Der Haushaltsplanentwurf für 2004 sieht noch 7 Milliarden Euro vor. Der mittelfristige Fi-

nanzplan bis 2007 geht von 5,4 Milliarden Euro aus. Das heißt, wir haben bereits im Haushalt 2004 gegenüber dem, was wir vorgefunden haben, die Finanzhilfen um rund 40 Prozent abgebaut. Mittelfristig – bis 2007 – werden wir sie um 55 Prozent abgebaut haben. Das betrifft insbesondere die Steinkohle, aber auch das Wohnungswesen und den Agrarbereich. (C)

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich noch an die Wahlkämpfe. Sie von der Opposition sagten immer: runter mit den Steuervergünstigungen, runter mit den Finanzhilfen, runter mit den Subventionen! – Aber es geht doch nicht – das sage ich auch zu Frau Merkel, die im Moment nicht hier ist –, dass Sie uns dann bei konkreten Vorschlägen, bei den tief greifenden Vorschlägen, die wir zur Eigenheimzulage und zur Entfernungspauschale machen, nie unterstützen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Unruhe)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Minister, gestatten Sie mir für einen kleinen Augenblick eine Unterbrechung. – Ich würde gerne die Geschäftsführer, die bei ihren eigenen Bemühungen nicht gänzlich erfolgreich waren, dabei unterstützen, das gebotene Maß an Aufmerksamkeit für die Debatte herzustellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Dazu würde auch sehr beitragen, wenn informelle Verhandlungsrunden, die sicherlich dringlich sind, nicht am Rande des Plenarsaals, sondern außerhalb des Plenarsaals durchgeführt würden. (D)

**Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen:**

Danke schön Herr Präsident.

Ich rede im Moment nur über Dinge, über die in diesem Haus Einvernehmen besteht. Vielleicht ist das der Grund für die vielen Gespräche.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zu den Steuervergünstigungen. Ich erinnere mich noch lebhaft, wie viel Prügel wir – vor allen Dingen ich – bezogen haben, als wir vor einem Jahr das Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen auf den Tisch gelegt haben.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie reden vom Abbau von Vergünstigungen? Das sind Erhöhungen!)

Sie haben erklärt, es handele sich um Steuererhöhungen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Stimmt!)

– Ganz vorsichtig! – Auf der Pressekonferenz, die Herr Koch und Herr Steinbrück gemeinsam abgehalten haben, hat Herr Koch erstens erklärt, der Abbau von Steuervergünstigungen sei keine Steuererhöhung; das habe er auch nie anders gesagt.

(Lachen bei der SPD)

**Bundesminister Hans Eichel**

- (A) Den letzten Teil der Aussage werde ich noch überprüfen. Er hat zweitens gesagt, man brauche das Geld zur Konsolidierung der Haushalte. Dazu sage ich: wunderbar. Wenn er diese Einsicht ein Jahr früher gehabt hätte, dann würden wir schon dieses Jahr weniger Schulden machen. Das ist wohl wahr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich bin froh über das, was erreicht wurde. Herr Merz, zu Ihrem Vorschlag, Steuervergünstigungen generell abzubauen, sage ich wieder: wunderbar. Damit bin ich einverstanden. Sie können daher doch jetzt der Abschaffung der **Eigenheimzulage** und der Kürzung der **Pendlerpauschale** – so schwierig das ist, wie ich sehr wohl weiß – zustimmen. Sie müssen nicht bis zu einem fernen Jahr warten. Sie können es jetzt tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

In der Anhörung hat sich gezeigt, dass es niemanden mit ökonomischen Sachverstand mehr gibt, der beispielsweise die Eigenheimzulage für eine vernünftige Veranstaltung hält. Die Bundesbank sagt: weg; der Sachverständigenrat sagt: weg; die wissenschaftlichen Forschungsinstitute sagen: weg.

Wir streichen aber nicht ersatzlos; denn an die Stelle der Eigenheimzulage setzen wir ein **Investitionsprogramm** für Bund, Länder und Gemeinden in Höhe von 25 Prozent der Ersparnis. Damit ergibt sich die Chance, das modernste Instrument zur **Wohnungsbauförderung** und zur **Städtebauförderung**, das für jede Region angemessen gestaltet werden kann, in Deutschland zu entwickeln. Beispielsweise kann im Großraum München der Neubau auf der grünen Wiese weiter gefördert werden, wenn das notwendig ist. In Ostdeutschland wird man das nicht tun. Dort wird man in die Innenstädte investieren, die anderenfalls – das ist die Gefahr in Ostdeutschland – sozusagen leerlaufen würden.

- (B) Bei dem Abbau von Steuervergünstigungen sind die Kommunen übrigens auch dabei. Wir lösen die Probleme dieses Landes nur dann, wenn wir die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen betrachten. Jedesmal, wenn Sie sich weigern, eine Steuervergünstigung abzubauen, dann verweigern Sie auch den Kommunen ihren Anteil an den Mehreinnahmen, die sich aus dem Abbau dieser Steuervergünstigungen ergeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Weil dieses Programm mit Investitionen verbunden ist, kommt es den Arbeitsplätzen unmittelbar zugute. Deswegen ist es eine vernünftige Veranstaltung.

Was Herr Koch und Herr Steinbrück vorgeschlagen haben, ist ebenfalls vernünftig. Mit diesem Vorschlag wird das Thema „Steuervergünstigungen“ endlich enttabuisiert. Darüber bin ich außerordentlich froh. Ich sage allerdings angesichts der aktuellen Finanzlage mit allem Nachdruck, dass das, was vorgeschlagen wurde, nicht reicht. Wenn die Steuerschätzung vorliegt, wird es noch deutlicher werden, dass das nicht reicht. Wir werden im Vermittlungsverfahren noch wesentlich weiter gehen müssen, als Sie sich das gegenwärtig vorstellen können, wenn wir noch in diesem Jahr zu einer Lösung kommen wollen. Das ist die Realität in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich will noch ein paar Bemerkungen zur **Gemeindefinanzreform** machen. Über die **Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe** haben wir vorhin geredet. Der entsprechende Gesetzentwurf zeigt, dass der Bund Wort hält, bereits mit dieser Maßnahme die Kommunen ab 2005 nachhaltig um 2,5 Milliarden und im nächsten Jahr um 1,9 Milliarden Euro zu entlasten.

Die **Reform der Gewerbesteuer** zur Verstetigung der Einnahmen – ich mache keinen Hehl daraus, dass es in diesem Punkt Meinungsverschiedenheiten gegeben hat; das weiß jeder – zeigt, dass die Verhandlungen zwischen den Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung zu einem vernünftigen Ergebnis geführt haben. Man kann sagen, dass mit dieser Reform die Kommunen bekommen, was sie wollen, nämlich eine verstetigte Einnahmequelle. Die Regelungen sind aber so, dass die Wirtschaft damit leben kann. Um dieses Ergebnis haben wir gemeinsam gerungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Reform der Gewerbesteuer erhalten die Kommunen nachhaltig 3 Milliarden Euro. Es ergeben sich also insgesamt 5,5 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Kommunen.

Bei der Einkommensteuer zum Beispiel sind Sie jedes Mal mit Forderungen nach einem Eingangssteuersatz von 15 Prozent dabei. Wenn Sie Einsparungen bei der Eigenheimzulage ablehnen, dann sollten Sie auch wissen, dass Sie den Kommunen nachhaltig ungefähr 1,7 Milliarden Euro verweigern. Das ist die Wahrheit, auf die hingewiesen werden muss.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Kernpunkte des Arbeitsergebnisses der **Gemeindefinanzreformkommission** waren – Kollege Faltlhauser war ja Mitglied der Kommission –: Erstens. Wir sind genau im Zeitplan. Zweitens. Es ist ein gutes Ergebnis. Drittens. Die große Mehrheit – inklusive aller von CDU oder CSU geführten Länder – war für eine grundlegende Gemeindefinanzreform auf der Basis einer reformierten Gewerbesteuer zum 1. Januar nächsten Jahres. Das war die gemeinsame Beschlusslage. Nur die Wirtschaftsverbände haben gegen eine grundlegend reformierte Gewerbesteuer gestimmt; gegen den 1. Januar nächsten Jahres waren sie nicht. Alle anderen waren für eine solche Reform, auch Sie, Herr Faltlhauser.

## Bundesminister Hans Eichel

- (A) Kein Mensch, jedenfalls keiner von der CDU/CSU, hat übrigens gesagt – das finde ich hochspannend –, dass er gegen die Einbeziehung der Freiberufler sei. In der Kommission gab es kein einziges Wort dazu. Bei allen Modellen, die auf dem Tisch lagen, war vielmehr klar, dass die Selbstständigen bzw. die Freiberufler in die Gewerbesteuer einbezogen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das finde ich spannend. Wir wollen einmal sehen, wie dieser Herbst angesichts dessen, was Sie in der Kommission gesagt haben und was Sie tatsächlich tun, verläuft.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das sehen wir dann im Dezember!)

Zudem geht es um die sachliche **Verbreiterung der Bemessungsgrundlage**. Ein entscheidender Punkt ist – damit bin ich schon bei der Umsetzung der Protokollerklärung, wobei ich mich daran erinnere, dass sich Herr Kauder ausdrücklich zu dieser Protokollerklärung bekannt hat, was übrigens Ihre Kollegen im Haushaltsausschuss gar nicht wussten; auch das fand ich hochspannend –, dass wir Umgehungsmöglichkeiten, also Möglichkeiten, wie Gewinne in Unternehmen umdefiniert werden, beseitigen wollen. Das betrifft das Thema der Gesellschafterfremdfinanzierung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Das ist ein Thema, das auch Bestandteil der Reform der Gemeindefinanzen ist und das Sie in unserem Gesetzentwurf und in dem, was zwischen den Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung verabredet worden ist, finden.

Meine Damen und Herren, wir hatten auch den Auftrag, uns mit der Frage zu beschäftigen, wie wir eine Verstetigung erreichen, wie es also gelingen kann, dass die **Verlustverrechnung** nicht dazu führt, dass über große Zeiträume hinweg – auf dieser Basis gibt es ja ganze Unternehmensstrategien – keine Steuern gezahlt werden, obwohl die Unternehmen Gewinne machen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Wer hat Ihnen das erzählt?)

Die Antwort ist ganz einfach: Ein Unternehmen, das Gewinne macht – und nur dieses –, soll Steuern zahlen. Das heißt, die Verlustverrechnung, die übrigens in fast allen Ländern, verehrter Herr Michelbach, auf unterschiedliche Weise eingeschränkt wird, wird von uns nicht gekappt. Es ist vielmehr eine Streckung auf der Zeitachse vorgesehen, damit die Kommunen eine berechenbarere Einkommensquelle haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Aber die Liquidität für Investitionen fehlt!)

Das alles, was wir hier vorlegen, ist ein vernünftiges Paket.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

- Sie sollten vorsichtig sein. – Ihre Kommunalpolitiker, an der Spitze die Präsidentin des Deutschen Städtetages, sind ausdrücklich für dieses Konzept. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten einmal klar machen, wieso Sie in der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen für eine grundlegende Änderung zum 1. Januar nächsten Jahres stimmen, wieso Sie alle in der Kommission ausdrücklich sagen, dass dies auf der Basis einer modernisierten **Gewerbesteuer** erfolgen soll, und wieso Herr Merz und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern, dass die Gewerbesteuer abgeschafft wird. Das sollten Sie einmal erklären, übrigens zuerst Ihren Kommunalpolitikern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Fazit: Es ist eindeutig einzuräumen, dass das alles anders als 1999, als wir den Konsolidierungskurs eingeleitet haben – hätten wir ihn nicht eingeleitet, hätten wir dieses Jahr mindestens 20 Milliarden Euro mehr Schulden beim Bund –, nicht mehr nur von Bundesseite geleistet werden kann. In einem föderalen Staat ist ein solches Problem nur zu lösen, wenn wir es für **Bund, Länder und Gemeinden** gleichmäßig angehen. Das heißt selbstverständlich auch, dass es zu einer gemeinsamen Beschlussfassung von Bundestag und Bundesrat kommt. Das liegt nicht in der Verantwortung der Opposition im Deutschen Bundestag; das ist nicht mein Thema. Das liegt vielmehr in der Verantwortung der deutschen Länder. (D)

Ich darf im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzreform auf Folgendes hinweisen: Verfassungsrechtlich sind die Kommunen Bestandteil der Länder. Verfassungsrechtlich sind die Länder für die Kommunalhaushalte verantwortlich, nicht der Bund.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen Vorschlag unterbreitet, wie wir auch mit Bundesmitteln helfen können, die kommunalen Finanzprobleme tatsächlich zu lösen. Es ist aber höchste Zeit, dass auch die Mehrheit im Bundesrat zu einem Ergebnis in dieser Frage kommt und nicht nur – was damals in der Kommission, Herr Kollege Falthäuser, ausdrücklich abgelehnt worden ist – eine Zwischenlösung für ein oder zwei Jahre findet. In diesem Herbst muss eine grundsätzliche Lösung gefunden werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das ohne jede Schärfe. Gestern fand hier eine sehr spannende Debatte über die Frage, wie der **Föderalismus** in Deutschland neu justiert werden muss, statt. Ich habe sehr genau zugehört. Da ich schon auf allen Seiten gegessen habe und wahrscheinlich auch für fast alle Positionen zitierbar bin – ich sage das mit aller Offenheit –, will ich eines festhalten: Der föderale Staat, so, wie wir ihn haben, funktioniert nur dann, wenn es abseits aller parteipolitischen Unterschiede eine Grundgemeinsamkeit in der Frage gibt, welches die Aufgaben

**Bundesminister Hans Eichel**

- (A) des Staates sind und mit welchen Mitteln sie erfüllt werden sollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Da wir die Verfassungsreform – wie auch immer man das sehen will – noch nicht in diesem Herbst bekommen werden, muss sich diese Grundgemeinsamkeit in diesem Herbst bewähren. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Sie blockieren – dann werden Sie sehen, was das Volk davon hält –

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Oder wir verhindern Schlimmeres!)

oder Sie kommen jetzt nach der Bayernwahl endlich – ich dachte eigentlich, Ihr Verantwortungsbewusstsein erwacht früher – zu dem Ergebnis, dass wir hier eine große gemeinsame Aufgabe im Interesse unseres Landes zu erfüllen haben. Genau das erwarte ich von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt nicht, dass alles genau so gemacht werden muss, wie wir es vorgeschlagen haben; denn eines ist klar: Wenn in Bundestag und Bundesrat unterschiedliche Mehrheiten zustande kommen, muss man bereit und fähig sein, Kompromisse zu schließen.

In einem Punkt jedoch dürfen wir alle keine Kompromisse wollen: Wir müssen grundlegende und harte **Reformen** machen, damit dieses Land wirklich vorankommt. An dieser Stelle darf es keine Nachlässigkeiten geben.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Sinne fordere ich Sie dazu auf, in diesem Herbst Ihrer Verantwortung – das sage ich ausdrücklich in Richtung der Länder – gerecht zu werden. Wir müssen ein großes Paket schultern, das dazu führt, dass die grundlegenden Finanzprobleme von Bund, Ländern und Gemeinden gelöst werden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, bitte ich um Aufmerksamkeit für einen kurzen Verfahrenshinweis.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

In dem Bemühen um möglichst schleunige Auszählung bei den beiden ersten namentlichen Abstimmungen sind offenkundig Urnen von beiden Wahlgängen gleichzeitig ausgeschüttet worden.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Das führt zu einer wundersamen Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die der Ermittlung eines zweifelsfreien Abstimmungsergebnisses erkennbar im Wege steht. Deswegen wird es keine Alternative dazu geben, dass diese beiden Abstimmungen

wiederholt werden müssen.<sup>1)</sup> Ich schlage nach Rücksprache mit den Geschäftsführern vor, dass wir das in Verbindung mit den ohnehin beantragten namentlichen Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt vornehmen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Aber nicht mehr zusammenwerfen!)

– Mit dem Zusammenwerfen haben wir ja dann gewisse Erfahrungen.

(Heiterkeit)

Es möge sich bitte jeder darauf einrichten, dass im Anschluss an die Beiträge zu diesen Tagesordnungspunkten zunächst die dazu beantragten namentlichen Abstimmungen durchgeführt und unmittelbar im Anschluss daran die beiden Abstimmungen wiederholt werden, die wir zu den vorherigen Tagesordnungspunkten bereits durchgeführt haben. Das wird nach 13 Uhr sein. – Ich stelle dazu zwar keine Begeisterung, wohl aber Einvernehmen fest.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Nein! – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Nein! Es gibt kein Einvernehmen! Darüber muss mit den Geschäftsführern gesprochen werden!)

– Ich habe doch gerade auf die Absprache unter den Geschäftsführern verwiesen. Wenn jemand eine andere Meinung hat, wäre es hilfreich, wenn er sie mir mitteilt. Solange das nicht der Fall ist, gehe ich von dem festgestellten Einvernehmen aus, wobei das der Abfolge der gemeldeten Redner nicht im Wege steht.

Ich erteile nun dem Kollegen Friedrich Merz das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Friedrich Merz (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem, was wir hier gerade erlebt haben, könnte man geneigt sein, zu sagen: Sie können noch nicht einmal mehr die Stimmen einer **Abstimmung** im Deutschen Bundestag ordnungsgemäß auszählen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Uwe Küster [SPD]: Herr Merz, Sie sind doch wieder voll neben der Kappe! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Wenn Sie sich darüber so aufregen, dann gibt es umso mehr einen Grund, nachzufragen, was wirklich stattgefunden hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Uwe Küster [SPD]: Sie sind ein Flachmann!)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich möchte an dieser Stelle unterbrechen. – Herr Kollege Merz, es gibt keine Veranlassung, mit der Panne bei

<sup>1)</sup> Siehe Seite 5757 D und 5788 A

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert

- (A) der Abstimmung irgendwelche Vermutungen zu verbinden. Darauf lege ich allergrößten Wert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun hat der Kollege Beck gebeten, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen. Lassen Sie diese zu, Herr Merz?

**Friedrich Merz** (CDU/CSU):

Bitte, Herr Kollege Beck.

**Volker Beck** (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Angesichts Ihrer Bemerkung frage ich Sie, ob Ihnen bekannt ist, dass bei Auszählungen sowohl Schriftführer der Koalition als auch Schriftführer der Opposition zugegen sind? Es hat hier offensichtlich ein Versehen gegeben. Ich finde es bitter, dass das auf diese Art und Weise zum Gegenstand dieser Debatte wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Friedrich Merz** (CDU/CSU):

Herr Kollege Beck, wenn Sie mir zugehört hätten, dann wüssten Sie, dass ich gleich zu Beginn die Formulierung „man könnte geneigt sein“ verwendet habe.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Mein Gott! Entschuldigen Sie sich! – Weitere Zurufe von der SPD)

- (B) Daraufhin hat es bei Ihnen eine derart nervöse Reaktion gegeben, dass ich mich zu einem zweiten Satz veranlasst gefühlt habe. Wenn an der Sache nichts dran ist, dann ist das in Ordnung, dann kann man das bereinigen. Aber dass wir nach dem, was wir mit Ihnen in den letzten Jahren hier erlebt haben, bei solchen Vorfällen kritisch nachfragen, das können Sie uns nun wirklich nicht verbüßeln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Größe ist, wenn man Fehler eingesteht!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt einige Kollegen, die mir heute Morgen geraten haben, mit dem **Bundesfinanzminister** schonend umzugehen. Er stehe mit dem Rücken so sehr an der Wand, dass es in der Öffentlichkeit als nicht anständig empfunden werde, wenn man ihn hier hart kritisiere.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Eichel, der Watschenmann!)

Ich habe offen gestanden überlegt, ob ich dem Rat tatsächlich folgen soll, schließlich kann man mit Ihnen, Herr Finanzminister, in diesen Tagen wirklich nur Mitleid haben. Aber nachdem Sie sich entschlossen haben, hier heute Morgen wieder einmal in der Strategie den Ausweg zu suchen, ständig die Opposition zu kritisieren und uns dafür zu beschimpfen, dass die Dinge bei Ihnen nicht so laufen, wie Sie es gerne hätten, nehme ich von diesem Vorhaben ausdrücklich Abstand.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Lassen Sie mich zunächst sagen, was mir bei Ihrer Rede besonders aufgefallen ist. Wenn ich mich richtig erinnere – das Zuhören fiel mir schwer, weil Unruhe im Saal war –, haben Sie über folgendes Thema, obwohl wir uns immerhin in der zweiten und dritten Lesung befinden, nicht gesprochen: Sie haben in Ihrer Rede kein einziges Wort darüber gesagt, dass Sie noch immer beabsichtigen, die **dritte Stufe der Steuerentlastung** auf das Jahr 2004 vorzuziehen.

(Joachim Poß [SPD]: Das hat er gesagt!)

– Dann habe ich das überhört. Ich bitte um Nachsicht.

(Walter Schöler [SPD]: Er hat nicht zugehört!)

– Entschuldigung, ich habe das überhört. Es ist unruhig gewesen. Einigen Kollegen ging es genauso wie mir – ich habe sie gefragt –, dass sie das nicht gehört haben.

Da Sie zu diesem Thema also etwas gesagt haben, möchte ich kurz darauf eingehen und aus meiner Sicht sagen: Bilden wir alle uns nicht ein, dass Sie mit der dritten Stufe der Steuerentlastung, die Sie auf das Jahr 2004 vorziehen wollen, die Probleme lösen, die wir in Deutschland gegenwärtig haben. Als der Bundeskanzler das Vorziehen der dritten Stufe im August vor großer Kulisse angekündigt hat, klang es so, als sei damit ein großer Durchbruch zu erzielen.

Damit wir uns keine Illusionen machen – das gilt für uns alle –: Es hat in Deutschland noch nie einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben, der über die Nachfrageseite der Volkswirtschaft ausgelöst worden ist.

(Hans Eichel, Bundesminister: Das ist aber neu für Sie!)

– Nein, das ist nicht neu. –

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Herr Eichel, wenn Sie Verständnisfragen haben, dann kommen Sie nach vorne und stellen Sie eine Frage!)

In der Geschichte gibt es nur eine Ausnahme davon, nämlich die Sonderkonjunktur deutsche Einheit, die es in den Jahren 1992 und 1993 gegeben hat. Sie war ganz überwiegend kreditfinanziert, zum Teil wurde sie sogar durch Steuererhöhungen finanziert. Wir alle wissen, dass sie nicht zu einem tragfähigen und dauerhaften Aufschwung mit Wachstum und Beschäftigung in den Folgejahren geführt hat.

Ich sage Ihnen das nur, damit wir uns alle keine Illusionen über die Dimension der Aufgaben, die jetzt zu bewältigen sind, machen. Dazu muss natürlich auch die Steuer- und Finanzpolitik einen Beitrag leisten. Die Bearbeitung dieses Themas wird uns aus der Krise aber nicht herausholen.

(Jörg Tauss [SPD]: Das sagen Sie mal Frau Merkel!)

Herr Bundesfinanzminister, Sie haben hier die grundlegenden Reformen, über die wir auch heute Morgen in

(D)

**Friedrich Merz**

- (A) der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Debatte schon diskutiert haben, gelobt. Anschließend haben Sie gesagt, dass es jetzt konsequent so weiter geht.

(Michael Glos [CDU/CSU]:  
Drohung! Zitter, zitter!)

Da das aus Ihrem Munde kommt, Herr Bundesfinanzminister, kann man das wirklich nur als die denkbar schlimmste Drohung empfinden, die in diesem Haus überhaupt ausgesprochen werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die desolatte Lage der **Staatsfinanzen**, zu der es in den letzten Jahren und insbesondere in den letzten Monaten gekommen ist, haben doch nicht wir zu verantworten.

(Jörg Tauss [SPD]: Doch, durch die Blockaden im Bundesrat!)

– Nein, nein, Herr Kollege, schuld ist auch nicht eine angebliche Blockade im Bundesrat. Ich werde Ihnen das an verschiedensten Punkten deutlich machen.

(Jörg Tauss [SPD]: Sie haben im Bundesrat blockiert!)

– Da Sie über den Bundesrat reden, nenne ich Ihnen ein konkretes Beispiel. Das ist nicht Gegenstand der heutigen Gesetzgebung, aber es gehört in diesen Gesamtzusammenhang und wird im November behandelt.

- (B) Aller Voraussicht nach müssen wir jetzt die Vorschriften zur Gewinnermittlung und das Körperschaftsteuergesetz zugunsten der Kranken- und Lebensversicherung in Deutschland korrigieren. Herr Eichel, diese milliarden-schwere Korrektur ist das Ergebnis einer völlig falschen steuerpolitischen Weichenstellung des Jahres 2000,

(Dr. Wolfgang Schäuble [CDU/CSU]:  
So ist es!)

nämlich der Einführung des so genannten **Halbeinkünfteverfahrens**, also der Entscheidung dieser Koalition –, leider mit Zustimmung des Bundesrates und nicht gegen den Bundesrat –, dass die Gewinne von Kapitalgesellschaften steuerfrei bleiben und die Verluste nicht mehr anerkannt werden können. Das ist das Ergebnis Ihrer Steuergesetzgebung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben jetzt mit den Folgen Ihrer Steuergesetzgebung der letzten Jahre zu kämpfen, die Sie allein zu verantworten haben. Gegen diese Steuergesetzgebung habe ich mich persönlich auch von dieser Stelle aus – damals noch in Bonn und danach in Berlin – vehement ausgesprochen. Ich empfinde wenig Genugtuung dabei, dass ich gerade in diesen Fragen im Nachhinein in einer Weise Recht bekomme und behalte, wie ich es mir für die Staatsfinanzen eigentlich nicht gewünscht hätte; denn wir haben es hier mit Steuerausfällen in Milliardenhöhe zu tun. Herr Eichel, diese haben Sie und nicht wir zu verantworten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Aus dem Katalog der Steuergesetze, die hier heute zur Verabschiedung stehen, nenne ich Ihnen einen zweiten Punkt. Dann wird auch deutlich, mit welcher Nachlässigkeit Sie mittlerweile mit dem Haushalt umgehen. Hier steht eine Steuererhöhung im **Tabaksteuergesetz** zur Abstimmung. Herr Eichel, Sie haben zugestimmt – wir auch –, dass es eine Gesundheitsreform gibt

(Zuruf von der SPD: Aha!)

– bevor Sie sich zu früh freuen, warten Sie ab –, deren Ergebnis es unter anderem ist, dass wir ab dem Jahre 2006 die gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland mit 4,2 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt subventionieren. Sie haben gesagt: Dagegen rechne ich eine Tabaksteuererhöhung. Wir werden die Tabaksteuer so erhöhen, dass sie diese Subvention abdeckt und der Bundeshaushalt somit nicht belastet wird.

(Hans Eichel, Bundesminister:  
Das habe ich nie gesagt!)

Ergebnis ist: Aus dieser Tabaksteuererhöhung werden Sie ab dem Jahre 2006 günstigstenfalls rund 2 Milliarden Euro jährlich einnehmen und der Bundeshaushalt wird mit jährlich über 4 Milliarden Euro an Subventionen zugunsten der gesetzlichen Krankenversicherung belastet.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das ist die Eichel-Logik!)

Als Bundesfinanzminister hätten Sie dieser Entscheidung nie zustimmen dürfen. Es sind nämlich wieder Subventionen. Wir können hier so lange und so viel wir wollen über Subventionsabbau reden: Wenn Sie auf diese Art und Weise neue Subventionen für die Zukunft zulassen und sie nicht aus Ihrem Haushalt decken, dann beschweren Sie sich bitte nicht bei der Opposition über die Probleme, die Sie mit Ihrem Haushalt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben hier die Fernsehsendung, in der Sie vor einigen Tagen waren, erwähnt. Ich habe sie zwar nicht gesehen, aber ich habe davon gehört, dass Sie sich dort vehement gegen **Steuerflüchtlinge** ausgesprochen haben. Auch ich habe kein Verständnis für diejenigen, die ihre Karriere und ihren Wohlstand diesem Land verdanken und ihm dann, wenn sie viel Geld verdienen, den Rücken kehren. Darin bin ich mit Ihnen einer Meinung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Aber wir reden hier doch nicht über Boris Becker oder die beiden Schumachers. Das ist doch nicht unser Thema. Unser Thema sind die vielen Tausend Betriebe, die diesem Land mitsamt den Arbeitsplätzen den Rücken kehren, weil sie vor der Last der Sozialgesetzgebung, der Steuergesetzgebung und der Arbeitsmarktgesetzgebung die Flucht ergreifen. In der Summe sind die Belastungen für die Betriebe und die Arbeitsplätze zu hoch. – Die Flucht dieser Unternehmen ist unser Problem, nicht Boris Becker.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Friedrich Merz

- (A) Das hat einen konkreten Bezug zu einem der vorliegenden Gesetzentwürfe, dem Gesetz zur Wiederherstellung der Steuerehrlichkeit. Glauben Sie denn im Ernst, dass mit Ihrer Steuerpolitik, mit diesem ewigen Hin und Her, mit der ständigen Diskussion über weitere Steuererhöhungen, die nicht nur vom Bundestag, sondern auch vom Bundesrat geführt wurde – Erbschaftsteuer, Wiedereinführung der Vermögensteuer und viele andere Steuererhöhungen –, ein einziger Euro in dieses Land zurückkehrt, wenn Sie ein solches Gesetz beschließen und ansonsten so weitermachen wie in den letzten fünf Jahren? Das Gegenteil wird der Fall sein. Sie zerstören jedes Vertrauen in die Ehrlichkeit, Beständigkeit und Verlässlichkeit der Politik in diesem Lande. Deswegen wird es zu einer weiteren Kapitalflucht kommen und kein Euro in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich wende mich einem weiteren großen Themenkomplex zu. Sie haben den zweiten Durchgang zum so genannten Steuervergünstigungsabbaugesetz angesprochen. Ich habe immer gesagt: Über eine Neustrukturierung der **Eigenheimzulage** können wir uns gerne unterhalten. Wir können auch über eine Neustrukturierung der **Pendlerpauschale** reden. Ich bin immer der Meinung gewesen, dass wir auf viele dieser Dinge ganz verzichten könnten, wenn wir die Steuersätze in Deutschland so weit senken, dass es unter dem Strich egal ist, ob die Menschen ihren Arbeitsplatz in der Nähe oder in der Ferne haben, solange es sich wieder lohnt zu arbeiten.

- (B) Eines machen wir aber nicht mit: Wir werden Ihnen bei diesen Steuervergünstigungen nicht helfen, Ihre Haushaltsprobleme im laufenden Etat zu lösen, weil Sie sie selber nicht mehr in den Griff bekommen, und uns anschließend als Blockierer beschimpfen lassen. Wenn es um diese Fragen geht, dann stehen wir Ihnen nicht zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich habe einmal das mitgeschrieben, was Sie gesagt haben: Es würde nun eine **Mindeststeuer** eingeführt, was ganz einfach sei. So könne man die Probleme lösen, weil es viele Unternehmen gebe, die keine Steuern mehr zahlen. Sie aber würden dafür sorgen, dass sie das in Zukunft täten, jedenfalls dann, wenn sie Gewinne machten. – Ich kann Neugierige nur warnen. Wenn es durch das Anspringen der Konjunktur im nächsten Jahr zu einem gewissen Wachstumsschub kommen wird – das wird wahrscheinlich geschehen, weil die Konjunktur in Asien und in Amerika besser läuft als in Europa und insbesondere in Deutschland – und Unternehmen in diesem Land im Saldo wieder geringe Gewinne machen, diese Gewinne aber nicht mit den Verlusten verrechnen dürfen, die in den schlechten Jahren angefallen sind, dann wird die Eigenkapitalbasis dieser Betriebe noch weiter ausgehöhlt. In diesem Fall ist die Insolvenz dieser Unternehmen in der Zeit des Aufschwungs programmiert. Sie sind von allen guten Geistern verlassen, diesen Weg vorzuschlagen, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Ich will Ihnen etwas zur **Gewerbsteuer** sagen, und zwar ganz offen und genau so, wie ich es an anderer Stelle verkünde und auch schreibe: Ich bin der festen Überzeugung, dass die Gewerbsteuer keine Zukunft hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Nun sagen uns unsere Städte und Gemeinden völlig zu Recht: Das ist eine der wesentlichen Einnahmequellen der Städte und Gemeinden in Deutschland. Wenn die Gewerbsteuer wegfällt, dann muss an ihre Stelle ein angemessener Ersatz treten. – Dies ist völlig unstrittig. Von mir ist nie in Abrede gestellt worden, dass die Gemeinden einen angemessenen, vollständigen, ich möchte sogar weitergehen: überkompensierten Ersatz für den Wegfall der Gewerbsteuer brauchen, weil die Gemeinden auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen müssen. Dafür brauchen sie eine vernünftige finanzielle Ausstattung.

Das, was Sie uns vorschlagen, ist doch keine Reform. Sie wollen die **Freiberufler** in die Gewerbsteuer einbeziehen. Dafür werden dann 700 000 bis 800 000 zusätzliche Gewerbesteuerbescheide notwendig. Dazu werden wahrscheinlich 2 000 oder 3 000 zusätzliche Steuerbeamte in der Steuerverwaltung benötigt. Dieser ganze Aufwand ist erforderlich, damit eine Steuer erhoben werden kann, die anschließend von der Einkommensteuer wieder abgezogen werden darf. Was ist es für ein Unfug, eine Steuer zu erheben, die von einer bereits bestehenden Steuer wieder abgezogen werden darf und für die eine solche Bürokratie in Gang gesetzt werden muss?

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Damit an dieser Stelle kein Missverständnis entsteht, möchte ich festhalten: Niemand von uns spricht sich dagegen aus, dass die Freiberufler in angemessener Weise an der Finanzierung kommunaler Aufgaben beteiligt werden. Das ist völlig selbstverständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen tragen die Freiberufler ja bereits heute zur Finanzierung kommunaler Infrastruktur bei: Sie zahlen Einkommen- und Umsatzsteuer. Ich gebe zu, dass da Diskrepanzen zwischen einer Steuerberatungs-GmbH und der BGB-Gesellschaft eines Rechtsanwaltsbüros bestehen. Das ist wahr; das muss korrigiert werden, aber doch bitte nicht so, wie Sie es hier vorhaben, und erst recht nicht mit einem solchen Aufwand.

Ich bleibe bei meiner festen Überzeugung, dass es richtig ist, im Zuge einer Korrektur die Städte und Gemeinden zukünftig in anderer Weise an der Einkommensteuer

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Richtig!)

und auch grundsätzlich an der Körperschaftsteuer teilhaben zu lassen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Richtig!)

Friedrich Merz

- (A) Mit einem vernünftigen **Beteiligungsmodell** könnte man den Einnahmeausfall durch Wegfall der Gewerbesteuer für die Gemeinden kompensieren. Ich gebe zu, dass das kurzfristig nicht möglich ist; dazu brauchen wir Zeit. Das kann man jetzt nicht mal eben schnell am Jahresende beschließen.

Den Städten und Gemeinden rufe ich aber in Erinnerung, da sie uns Bundespolitiker – das betrifft uns alle – ja häufig kritisieren, dass alle Kompensationen, die die Gemeinden in Deutschland in den letzten Jahren durch den Bundesgesetzgeber bekommen haben, im Saldo ein gutes Geschäft waren. So wurden sie 1969 für die Einführung der Gewerbesteuerumlage mit einer Beteiligung an der Einkommensteuer entschädigt, was ihnen mehr Einnahmen brachte

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Richtig!)

– ich freue mich, dass Sie zustimmen – und 1996 gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten an der Umsatzsteuer als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbekapitalsteuer beteiligt. Das haben wir schließlich im Bundesrat gegen Ihren Willen durchgesetzt, weil diese Maßnahme auch verfassungsrechtlich nötig war.

(Bernd Scheelen [SPD]: Das ist Unsinn!)

Im Ergebnis erzielen die Gemeinden über die Beteiligung an der Umsatzsteuer höhere Einnahmen, als sie durch den Wegfall der Gewerbekapitalsteuer verloren haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(B)

Ich sage das an die Adresse der Städte und Gemeinden, damit sie verstehen, dass ich es für richtiger halte, eine langfristige Reform in ihrem Interesse vorzunehmen, statt heute etwas zu beschließen, was uns den Weg zu einer solchen Reform verbaut.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn wir heute etwas machen wollen – ich finde, wir müssen etwas machen, weil die finanzielle Situation der **Gemeinden** sehr schwierig ist –, dann sollten wir die Gemeinden noch stärker an der Umsatzsteuer beteiligen, ihnen noch mehr von der Gewerbesteuer lassen, also die Umlage senken, und darüber reden, wie wir den Gemeinden auf der Aufgabenseite ein Stück der Belastungen durch Arbeitslosenhilfe und insbesondere Sozialhilfe abnehmen können. Das bieten wir Ihnen an, meine Damen und Herren.

Sie wissen doch, Herr Clement – damit knüpfe ich an die Debatte an, die wir heute Morgen geführt haben –, dass es mittlerweile in Deutschland in großem Umfang in der zweiten und dritten Generation Sozialhilfekarrieren gibt. Daran müssen wir etwas ändern.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: So ist es!)

Nur, das Gesetz, das Sie uns heute Morgen dazu vorgelegt haben, ändert an der finanziellen Lage der Gemeinden nichts, sondern verschärft sie eher. Deshalb müssen wir uns über dieses Thema noch einmal im Vermittlungsausschuss verständigen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP) (C)

Ich will noch eine abschließende Bemerkung zur **Gewerbesteuer** machen, denn Sie sind dabei, erneut einen wirklich schweren Fehler zu machen. Offensichtlich verstehen Sie, Herr Eichel, nicht – ich weiß nicht, ob Sie von Ihrem Hause darauf hingewiesen werden –, dass das finanzpolitische Tagesgeschäft immer wieder Folgeprobleme mit sich bringt, die man dann irgendwann wieder lösen muss. Es geht um Folgendes: Wenn Sie jetzt allen Ernstes so genannte ertragsunabhängige Bestandteile wie Mieten, Pachten, Zinsen und Leasingraten mit der Gewerbesteuer belegen wollen, dann entsteht zum einen das innerstaatliche Problem, dass Sie dem Mittelstand eine wesentliche Finanzierungsbasis entziehen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir klagen alle über Basel II, aber jeder, der genau hinschaut, weiß, dass sich die Gemeinden mittlerweile überwiegend über Leasing finanzieren. Jetzt wollen Sie aber allen Ernstes Gewerbesteuer nicht nur auf Einnahmen aus Leasing, sondern auch auf die Leasingraten erheben. Das ist wirtschaftspolitisch grober Unfug, auch wenn Sie es nur für verbundene Unternehmen vorsehen. Da ist sofort Streit über die Frage vorprogrammiert, was verbundene Unternehmen sind.

Dieses Vorhaben hat zum anderen aber auch die Konsequenz, dass die auf ertragsunabhängige Bestandteile zu zahlende Gewerbesteuer – das kann eine erhebliche zusätzliche Steuerlast mit sich bringen – in den meisten **Doppelbesteuerungsabkommen** nicht als inländische Ertragsteuer anerkannt ist, sodass ausländische Kapitalgesellschaften diese in Deutschland gezahlte Steuer in ihren jeweiligen Herkunftsländern anschließend nicht auf ihre Steuerlast anrechnen können. Um es etwas einfacher zu sagen: Tochtergesellschaften amerikanischer Unternehmen, die hier in Deutschland tätig sind, werden die zusätzliche Belastung, die durch die Erhebung von Gewerbesteuer auf ertragsunabhängige Bestandteile zustande kommt, in Amerika nicht mehr auf ihre in Amerika fällige Steuer anrechnen können. Das hat zur Folge, dass es eine fatale Steuererhöhung, die nicht auf die inländische Steuer anrechenbar ist, insbesondere für Konzerngesellschaften ausländischer Herkunft in Deutschland geben wird. Wollen Sie das?

(Hans Michelbach [CDU/CSU]:  
Gespensterökonomie!)

Herr Finanzminister, wenn Sie das bisher nicht richtig durchdacht haben, dann korrigieren Sie das um Gottes Willen. Wenn Sie es selber nicht wollen, müssen wir Sie dazu zwingen, dass Sie dies korrigieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben zu Beginn Ihrer Rede erneut die Behauptung aufgestellt, die Probleme, die Sie jetzt im öffentlichen Gesamthaushalt und insbesondere im Bundshaushalt haben, seien im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass wir einen Konjunktüreinbruch hätten und das Wachstum nicht mehr in ausreichender Weise da wäre. Dass Sie dazu beigetragen haben, dass das Wachstum so

(D)

Friedrich Merz

- (A) zusammengebrochen ist, ist eine ganz andere Frage. Das ist nicht das Ergebnis des Konjunktur einbruchs, sondern das Ergebnis Ihrer jahrelangen Fehleinschätzungen der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes. Sie haben in jeder **finanziellen Vorausschau** in den letzten Jahren, seitdem Sie im Amt sind, andere Wachstumszahlen zugrunde gelegt, als tatsächlich eingetreten sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jeder kann sich irren. Wer von uns irrt sich nicht? Aber wenn Sie den Irrtum zur Methode erheben, weil Sie von Anfang an immer viel zu günstige Wachstumszahlen zugrunde gelegt haben,

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Vorsätzlich!)

dann dürfen Sie sich anschließend nicht darüber wundern, wenn Ihnen sämtliche Daten Ihres Haushalts auseinander brechen.

Um es konkret zu sagen: Sie haben in den Jahren 2000 bis 2004 2,5 Prozent Wachstum im Jahresdurchschnitt vorausgesagt. Im ersten Jahr dieser Voraussage sind 0,6 Prozent eingetreten. Das ist eine Fehlerquote mit dem Faktor 4. Sie haben für den Zeitraum 2001 bis 2005 ein Wachstum von 2,25 Prozent vorausgesagt. Im ersten Jahr des Prognosezeitraums gab es 0,2 Prozent, ein Fehler um den Faktor 12. Sie haben für den Zeitraum 2002 bis 2006 erneut 2,25 Prozent vorausgesagt. Bei der Verabschiedung des Haushalts im März 2003 waren wir bei 0,75 Prozent. Die tatsächliche Entwicklung im Jahr 2003 ist null. Das ist das Ergebnis grandioser Fehleinschätzungen der wirtschaftlichen Lage dieses Landes. Das ist nicht die Opposition, Herr Eichel, das sind Sie.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wer solche Fehleinschätzungen des Wachstums zum System erhebt, der darf sich anschließend nicht darüber beklagen, dass er in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als der Finanzminister eingehen wird, der den absolut und relativ höchsten Schuldenstand hinterlässt, den es jemals in der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat. Denn das ist die Lage.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Am Ende dieses Jahres werden wir eine Neuverschuldung allein des Bundes von rund 42 Milliarden Euro für das Jahr 2003 haben. Es liegt immer noch kein Nachtragshaushalt vor. Wir warten immer noch darauf. Für das Jahr 2004 werden die Zahlen nicht viel besser sein. Hören Sie auf, Theo Waigel zu beschimpfen! Sie sind derjenige, der den höchsten Schuldenstand der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten hat.

Ich sage es so, wie ich es denke, Herr Eichel: Sie sind als Bundesfinanzminister der Bundesrepublik Deutschland das größte finanzpolitische Risiko, das den Vordergrund des Bundesfinanzministeriums der Bundesrepublik Deutschland jemals betreten hat. Es wird Zeit, dass Sie gehen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

(C)

Das Wort hat nun die Kollegin Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir verabschieden heute das Haushaltsbegleitgesetz, welches ein Entlastungs- und Konsolidierungsvolumen von 4 Milliarden Euro beinhaltet. Dies ist ein Teil von insgesamt 14 Milliarden Euro, die in dem so genannten Haushaltsstabilisierungskonzept für den Haushalt 2004 enthalten sind.

Ich meine, es sollte in diesem Hause keine unterschiedlichen Meinungen über das Ziel geben, die Staatsausgaben zu begrenzen und einen mutigen Subventionsabbau zu betreiben. Mit Blick auf die Haushaltssituation sollten wir uns über diese Zielsetzung einig sein.

Ich denke auch, dass im Verlauf der Diskussionen in dieser Woche mit Blick auf die Entwicklung des Haushalts im Jahr 2003 jedem klar geworden sein muss, dass die vorgesehenen Ausgabenreduzierungen unumgänglich sind und dass wir es uns wahrhaftig nicht leisten können, einzelne Bausteine herauszuberechnen, wo immer es uns gerade passt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen auch in den laufenden Haushaltsberatungen noch vor großen Herausforderungen, was die Frage angeht, welche zusätzlichen Risiken noch zu berücksichtigen sind. Das möchte ich durchaus zugeben, weil sich daran die ein oder andere Kritik der Opposition aufhängt. Wir stehen nämlich noch vor der **November-Steuerschätzung** und es kann gut sein, dass das Ergebnis zu weiteren Korrekturen und zusätzlichen Belastungen für den Haushalt 2004 führen wird.

(D)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf zwei Punkte eingehen, den Subventionsabbau und die Rente. Die Regierung hat ihre Vorschläge dazu vorgelegt, in einem, wie ich finde, sehr weit gehenden Schritt **Subventionsabbau** zu betreiben. Dies ist mutig und es ist in unserer Gesellschaft nicht einfach durchzusetzen. Es leistet auch im Hinblick auf die nächsten Jahre einen großen Beitrag, eine Perspektive für die Konsolidierung der Staatsfinanzen zu schaffen. Das wird im Prinzip von der Opposition auch nicht bestritten. Die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück haben ebenfalls einen Beitrag zu einem Subventionsabbau mit Perspektive geleistet, der in der Tat notwendig ist.

Aber zu den Vorschlägen von Koch und Steinbrück weise ich darauf hin, dass sie nicht ausreichen. Unsere Vorschläge im Haushalt 2004 gehen im Volumen deutlich darüber hinaus. Das ist auch notwendig. Sie von der Union weisen in Ihren Beiträgen selber darauf hin, dass der Haushalt 2004 eher Risiken birgt, als dass er klar finanziert sei. Deswegen möchte ich deutlich machen, dass wir unsere Vorschläge zum Subventionsabbau – ich nenne als Stichworte die Eigenheimzulage und die Ent-

**Anja Hajduk**

- (A) fernungspauschale – aufrecht erhalten müssen und werden.

Im Zusammenhang mit den Ausführungen des Kollegen Merz möchte ich eines deutlich machen. Ich meine, es reicht heute nicht mehr aus zu sagen, wir können über die Eigenheimzulage und Entfernungspauschale sprechen. Wir können nicht jahrelang nur darüber sprechen; wir müssen vielmehr heute Entscheidungen treffen. Die Zeit des Redens muss irgendwann vorbei sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Merz, ich halte Ihre Äußerung, dass Sie uns nicht aus unseren Haushaltsproblemen heraushelfen wollen, für einen Riesenfehler. Es sind wahrhaft nicht nur unsere Haushaltsprobleme.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]:  
Sie sind das Problem!)

Es sind zwar auch unsere Probleme, aber – weil wir zu wenig Mut zu Veränderungen aufgebracht haben – es sind auch die der unionsgeführten Regierung bis 1998.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie haben doch  
die Veränderungen zurückgenommen!)

Deswegen ist es falsch, in diesem Bereich als Sprecher der größeren Oppositionspartei die Position zu vertreten, dass Sie uns nicht aus unseren Haushaltsproblemen heraushelfen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD – Hans  
Michelbach [CDU/CSU]: Es ist besser, Sie treten  
ab!)

(B)

Ich glaube auch, dass Ihnen das niemand so abnehmen wird.

Der von Ihnen geschätzte und erwähnte Experte Professor Homburg hat in der Anhörung auch für mich sehr überzeugende Argumente geliefert. In seiner Antwort auf meine Frage nach dem Subventionsabbau führte er Folgendes aus:

Ich appelliere an alle Abgeordneten – weil es auf das Zusammenwirken zweier Kammern ankommt –, beim Subventionsabbau jetzt wirklich voranzugehen. Man kann den Subventionsabbau nicht einfach wieder mit populären Argumenten aufschieben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn das so ist – ich weiß, dass Sie persönlich dafür einstehen und entsprechend inhaltlich argumentieren –, dann gebe ich Ihnen zu, dass wir eine Differenz über das richtige Ausmaß der Steuerreform und der Herabsetzung des Spitzensteuersatzes haben. Hier können wir im Wettbewerb stehen. Unsere diesbezüglichen Meinungsverschiedenheiten werden wir in den nächsten Jahren noch austragen müssen. Aber eines möchte ich deutlich sagen: Sie von der Union dürfen wegen einer Differenz über die Steuerreform den Subventionsabbau, über den wir uns heute einig sind, heute nicht durch Ihre Ablehnung ver-

hindern. Das wäre unlauter. Ich fordere Sie auf, sich anders zu entscheiden. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

Ich möchte noch kurz – mir bleibt nicht mehr viel Zeit – auf das Thema **Rente** eingehen. Angesichts der heutigen Berichterstattung stelle ich fest, dass wir uns nicht nur perspektivisch, sondern ganz aktuell in einer sehr schwierigen Situation befinden. Ich möchte auch mit Blick auf meine eigene Fraktion und die Regierung sagen: Wir müssen die Rentendebatte bereits heute noch ehrlicher führen. Angesichts der Gefahr, dass der Beitragssatz auf 20,5 Prozentpunkte steigt, sage ich, dass wir dieses Problem nicht dadurch in den Griff bekommen werden, dass wir die Schwankungsreserve nur ein bisschen weiter senken, dass wir den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung doch nicht um 2 Milliarden Euro kürzen und dass wir die Rentenanpassung ein bisschen verschieben. Das alles wird kaum ausreichen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie sprechen  
doch ganz gegen Ihren Gesetzentwurf!)

– Ich gehe gleich auch auf Sie ein.

Mit Blick auf die Entscheidungen, die am kommenden Wochenende getroffen werden sollen und die ein paar Jahre Bestand haben sollen, werden wir noch einmal über den Krankenversicherungsbeitrag der Rentner sprechen müssen. Wir sollten – dafür werbe ich – ehrlichere Entscheidungen treffen, die nicht in eine Salami-taktik münden.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Dann dürfen  
Sie nicht zustimmen!)

(D)

– Doch! Das, was heute zur Entscheidung ansteht, ist das Mindeste, was wir tun können. Das müssten Sie doch wissen! Schauen Sie sich den Haushalt nicht an? Es ist unglaublich, dass die CDU/CSU ankündigt – das hat sie sowohl gestern als auch heute getan –: Die Sofortmaßnahmen betreffend die Rentenversicherung würden Sie blockieren. Über die langfristige Perspektive sind Sie sich sowieso noch nicht einig. Wie können Sie angesichts Ihrer angekündigten Blockade es noch wagen, zu argumentieren, dass Sie die Einzigen seien, die auf die Einhaltung des Maastricht-Kriteriums achteten? Das ist peinlich, unehrlich und inkonsequent. Das werden wir Ihnen vorrechnen. Das wird auch die Öffentlichkeit verstehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Frau Kollegin Hajduk, Sie haben wahrscheinlich übersehen, dass Sie Ihre Redezeit bereits deutlich überschritten haben.

**Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Wir werden heute Arbeitsmarktreformen beschließen und am Wochenende Rentenreformen beraten. Ich sage mit Blick auf meine

Anja Hajduk

- (A) eigene Fraktion und die Regierung: Wir brauchen mehr Mut als bisher, um aus der heutigen Krise, die sehr groß ist und in der wir sehr tief stecken, herauszukommen. Ich hoffe, dass wir entsprechend handeln werden.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Nun hat das Wort der Kollege Dr. Hermann Otto Solms für die FDP-Fraktion.

**Dr. Hermann Otto Solms (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bundesfinanzminister, Sie sind nun wirklich der Letzte, der vor Blockade warnen darf. Sie waren als hessischer Ministerpräsident mit verantwortlich, dass 1998 unter Lafontaine die Steuerreform im Bundesrat blockiert worden ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wo stünden wir heute, wenn die damalige Steuerreform in Kraft getreten wäre?

(Hans Michelbach [CDU/CSU]:  
Haltet den Dieb!)

Dann würden wir uns über viele Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben, nicht mehr streiten müssen.

- (B) Das ist Ihre persönliche Verantwortung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Nach der Tagung der Bundesregierung in Neuhausen am Neckar, wo verkündet wurde, die letzte Stufe der Steuerreform solle um ein Jahr vorgezogen werden, hat unser Bundesvorsitzender Guido Westerwelle erklärt: Wenn es darum geht, **Wachstumsimpulse** auszulösen, werden wir das unterstützen. Diese Zusage ist damals gemacht worden. Was ist aber in der Zwischenzeit aus Ihren Vorhaben geworden? Können wir diese Zusage überhaupt noch einhalten? Ich sage es gleich: Das können wir nicht; denn das vorliegende Gesetzespaket wird überhaupt keine Wachstumsimpulse hervorrufen. Ganz im Gegenteil: Es hat eine deutlich dämpfende Wirkung. Sie machen den Menschen ständig vor, dass sie entlastet würden. Das Gegenteil ist der Fall: Es gibt Mehrbelastungen für die Bürger. Ich kann Ihnen das kurz vorrechnen. Allein das vorliegende Haushaltsbegleitgesetz, das heute zur Verabschiedung ansteht, enthält eine Reihe von steuerlichen Mehrbelastungen: die Streichung der Eigenheimzulage und die Senkung der Entfernungspauschale sowie die Maßnahmen betreffend die Landwirtschaft und den öffentlichen Dienst. Für den Bürger ist der Wegfall einer Steuerbegünstigung selbstverständlich eine Steuererhöhung. Sollte Herr Koch etwas anderes gesagt haben, hat er Unrecht. Das sind Steuererhöhungen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

Hinzu kommen die Erhöhungen der Tabaksteuer in einem Umfang von 2 Milliarden Euro sowie die Belastungen aus der Protokollerklärung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Euro. Zusammen sind das etwa 9 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen, denen Steuermindereinnahmen in Höhe von 15 Milliarden Euro aus dem Vorziehen der Steuerreform gegenüber stehen.

Hinzu kommt aber – das wird immer verschwiegen –, dass die Steuerreform längst gegenfinanziert war.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Richtig!)

Bis heute beträgt der Saldo für die Steuerpflichtigen in Deutschland eine Mehrbelastung von 15 Milliarden Euro. Rechnet man die oben genannten 9 Milliarden Euro hinzu, so beträgt die Mehrbelastung trotz Steuerreform 24 Milliarden Euro.

Das ist die Botschaft, die von Ihrer Steuerreform ausgeht. Sie wird dämpfende Wirkungen haben und zum Schluss zu großen Enttäuschungen führen, nämlich dazu, dass die Arbeitslosigkeit hoch bleibt oder gar noch weiter steigt und dass noch mehr Firmen in Konkurs gehen. Das wollen wir verhindern. Deswegen können wir Ihnen zu dieser falschen Maßnahme nicht die Hand reichen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Bundesfinanzminister, eingangs haben Sie gesagt, dass es um grundlegende Reformen geht. Ja, lassen Sie uns zusammen grundlegende Reformen angehen. Wir sind für eine radikale **Steuerreform**, durch die sämtliche Ausnahmen verschwinden. Wir haben einen Gesetzentwurf für eine neue Einkommensteuer ausgearbeitet, in der es überhaupt keine Ausnahmen, dafür aber einen niedrigeren Tarif gibt. Das können wir gemeinsam verabreden, nicht aber solche Mogelpackungen, bei denen verdeckte Steuererhöhungen beschlossen und Steuerensenkungen vermieden werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte noch etwas zum Kollegen Merz sagen. – Herr Kollege Merz, könnten Sie bitte einen Moment aufmerksam sein? – Er hat ja in vielen Zeitungen seine Vorstellungen über eine Steuerreform angekündigt, die unseren Auffassungen sehr nahe kommen. Ich begrüße das ausdrücklich und wünsche Ihnen, dass Sie dafür auch die Zustimmung der CDU/CSU und auf Ihren Parteitag die Mehrheit bekommen. Denn wenn ich sehe, dass Sie Haushaltsmittel in Höhe von 35 Milliarden Euro für die Gesundheitspolitik vorsehen, habe ich Zweifel, ob Sie das erreichen können. Denn wo soll dann noch Spielraum für eine Steuerreform bestehen? Daher sage ich auch an die CDU: Die Themen gehören zusammen. Man kann sie nicht isoliert betrachten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zum Thema **Gewerbesteuer** sagen. Mit Ihrem Gewerbesteuerreformvorschlag sind Sie schon in Ihren eigenen

**Dr. Hermann Otto Solms**

- (A) Reihen gescheitert. Er wird den Ansprüchen einer umfassenden Reform der Gemeindefinanzen nicht gerecht. Die Gewerbesteuer hat in unserem Rechtsraum nichts zu suchen. Sie ist eine einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Gemeinden müssen anders finanziert werden: durch einen höheren Umsatzsteueranteil und selbstverständlich durch einen Zuschlag auf die Körperschaftsteuer und die Einkommensteuer mit eigenem Hebesatzrecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das wäre ein vernünftiger Vorschlag. Dieses Vorgehen würde auch den Weg für eine radikale Einkommensteuerreform freimachen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Sehr richtig!)

Bei Beibehaltung der Gewerbesteuer geht das nicht.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Hans Michelbach [CDU/CSU])

Um die Ernsthaftigkeit Ihrer Bemühungen zur Verbesserung der Gemeindefinanzen zu überprüfen, geben wir Ihnen heute die Chance, der Einführung des **Konnexitätsprinzips** in namentlicher Abstimmung zuzustimmen. Das heißt nämlich, dass derjenige, der Ausgaben festlegt und bestimmt, dann auch die Zeche zu zahlen hat. Wenn also der Bund höhere Ausgaben der Gemeinden beschließt, dann muss er auch für die entsprechenden Finanzmittel sorgen. Gleiches gilt auch für die Länder.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In Hessen hat es dazu eine Volksabstimmung gegeben, die positiv entschieden worden ist. Daraufhin ist das Konnexitätsprinzip in die hessische Landesverfassung eingeführt worden. Das sollten wir auch auf Bundesebene tun.

Eine Bemerkung zu Ihrem Vorschlag bezüglich der Steueramnestie. Wir haben diesen Vorschlag immer begrüßt. Eigentlich geht er auch auf unsere Vorstellungen zurück. Aber er funktioniert nur, wenn Sie umfassendes Vertrauen in den Kapitalmarkt Deutschland herstellen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ja, sehr richtig!)

Das heißt selbstverständlich, dass Sie eine solche Regelung mit der Einführung einer dauerhaften Abgeltungssteuer bei der Zinsbesteuerung verbinden müssen, dass Sie ein Verbot der Vermögensteuer in die Verfassung aufnehmen müssen, dass die Diskussion über die Erhöhung der Erbschaftsteuer auf dem bevorstehenden Parteitag der SPD beendet werden muss, dass Sie die unsinnigen Kontrollmitteilungen fallen lassen müssen und dass das Bankgeheimnis gestärkt werden muss.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) Denn man braucht keine Kontrollmitteilungen, wenn die Zinsen schon an der Quelle, also bei der Bank, besteuert werden. Das ist völlig unnötig. Stellen Sie sich diesen Wahnsinn einmal bei Millionen Bankkonten in Europa vor. Wie soll die Anwendung solcher Kontrollmitteilungen dann funktionieren? Das ist, allein aus administrativen Gründen, überhaupt nicht zu leisten.

Herr Bundesfinanzminister, über den Haushalt will ich gar nicht reden. Das wird der Kollege Rexrodt tun. Dieses Thema ist noch schlimmer als das Thema Steuern. Sie haben am 9. November 2000 in der Humboldt-Universität gesagt:

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das ist lange her!)

„Zukunftsvorsorge statt Zinsausgaben“. Das ist das Motto für die Finanzpolitik der Zukunft. Schulden machen heißt die Zukunft verspielen.

Damit haben Sie sich damals den Ruf des Sparministers erworben. Heute haben Sie leider den Ruf des Pumpministers, des Schuldenministers, bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Warum haben Sie sich nicht an Ihre eigenen Vorstellungen gehalten? Jetzt kann Ihren Ruf niemand mehr retten. Sie haben ihn selbst verkommen lassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich bedauere das; aber es ist so.

(D) Wir halten im **Vermittlungsausschuss** die Tür für eine vernünftige Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform auf. Wir sagen heute nicht, dass wir das ablehnen werden. Aber ich weise schon jetzt darauf hin: Die Maßstäbe werden sehr streng sein. Wir sehen uns also im Dezember hier wieder.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile dem Kollegen Joachim Poß, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Joachim Poß (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Eingangsbemerkung von Herrn Merz war für die deutsche Öffentlichkeit sicherlich sehr aufschlussreich. Herr Merz hat sich wirklich als das entlarvt, was er in den letzten Wochen zunehmend geworden ist: als jemand, der auch zu den billigsten Mitteln greift, um der Koalition am Zeug zu flicken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Niveauverlust, den man sich schlimmer gar nicht vorstellen kann. Hier den billigen Jakob zu geben ist nicht nur die Methode Merz, sondern auch die

Joachim Poß

- (A) Methode CDU/CSU. Sie sind nämlich in wichtigen Fragen völlig uneinig. Das ist die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen hat der Kollege Merz auch noch die Übersicht verloren. Er hat gesagt, wir berieten die **Besteuerung der Lebens- und der Krankenversicherungen** gar nicht heute, sondern Anfang November. Er scheint sich mit den Details wohl nicht mehr so genau auszukennen. Natürlich beraten wir das heute. Im Übrigen waren die Verhandlungen mit der Union im Finanzausschuss einvernehmlich. Auch die Verhandlungen mit den Ländern waren einvernehmlich. Herr Austermann hat gesagt, wir stünden für eine Gesetzgebung auf Zuruf. Das ist nicht so. Wir haben die Regelung dieser Frage bereits im Frühjahr im Vermittlungsausschuss verabredet. Heute steht dieser Punkt auf der Tagesordnung und wir befinden darüber.

Wenn sich Herr Merz damals in der Frage der Besteuerung durchgesetzt hätte, dann hätten diese Versicherungsgesellschaften ihre Verluste in 2001 und 2002 in vollem Umfang geltend machen können. Durch den Börsencrash befinden wir uns seit dem Frühjahr 2001 in einer Situation, die man leider als wirtschaftliche Stagnation bezeichnen muss.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Poß, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dautzenberg?

- (B) **Joachim Poß (SPD):**

Ja, gerne.

**Leo Dautzenberg (CDU/CSU):**

Herr Kollege Poß, nehmen Sie zur Kenntnis, dass im Finanzausschuss gerade die Fragen der Lebens- und der Krankenversicherungen nicht einvernehmlich beraten worden sind? Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass die CDU/CSU-Fraktion einen weiter gehenden Antrag gestellt hat, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, gerade die Jahre 2001 und 2002 einzubeziehen?

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie darüber hinaus zur Kenntnis, dass nicht unser, sondern Ihr Antrag angenommen worden ist und dass die SPD-Fraktion nachher in Aussicht gestellt hat, das wieder in Abrede zu stellen, was sie einseitig durchgesetzt hat? Mit anderen Worten: Als Sie zu der Erkenntnis kamen, dass Ihre Entscheidung gerade für den Finanz- und Kapitalmarkt fatale Folgen hat, haben Sie sie zurückgenommen; andernfalls hätte keine Sondersitzung durchgeführt werden müssen.

**Joachim Poß (SPD):**

Herr Kollege, ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass wir diese Frage in Abstimmung mit den Ländern einer Lösung zugeführt haben.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Einer Lösung!)

(C)

Sie haben weiter gehende Vorstellungen, denen wir nicht folgen wollen, weil wir meinen, dass das im Interesse der Versicherten nicht erforderlich ist. Wir wollen der Versicherungswirtschaft in der Tat nicht zu weit entgegenkommen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie müssen das ganze System wieder ändern!)

Deswegen bitte ich Sie, den Kollegen Austermann über diesen Sachverhalt in Kenntnis zu setzen. Dass Ihr haushaltspolitischer Sprecher nicht einmal weiß, was im Finanzausschuss besprochen wird, ist ein Beleg dafür, wie chaotisch es bei Ihnen zugeht.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Nehmen Sie also zurück, dass es eine einvernehmliche Lösung war?)

– Ich möchte jetzt auf das nächste Thema zu sprechen können.

Im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung halte ich es für unverantwortlich, dass sich CDU und CSU über die Frage der **Vorzierung der Steuerreform** bis heute Morgen nicht im Klaren waren. Wo soll denn Sicherheit für Investoren, Unternehmer und Verbraucher herkommen, wenn eine große Volkspartei in einer für die weitere wirtschaftliche Stabilisierung so wichtigen Frage keine klare Position hat? Das ist doch die traurige Realität dieser CDU/CSU.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sagen wir: Sie haben nicht das Recht, sich einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung entgegenzustellen; denn es geht hier – auch da lag Herr Merz falsch – nicht nur um Nachfrageaspekte, sondern es geht auch um die Stärkung der Angebotsseite, um die Stärkung der Investitionskraft der mittelständischen Wirtschaft. Wer das nicht versteht, kann keinerlei Kompetenz in der Ökonomie oder Finanzpolitik vorweisen. Herr Merz hat heute Morgen demonstriert, dass er diese beiden Aspekte nicht versteht.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen darüber hinaus Klarheit über die Perspektiven für die Städte und Kommunen. Sie haben einen Anspruch darauf, dass wir ihnen zum 1. Januar 2004 umfassende Klarheit über ihre zukünftige Einnahmen- und Ausgabensituation verschaffen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Aber kein Geld!)

Das, was wir heute hier verabschieden, wird über den Tag hinaus Bestand haben. Das ist die erste umfassende **Gemeindefinanzreform** seit über 30 Jahren, mit der wir die Einnahmensituation der Kommunen stabilisieren und die Ausgabenseite – das ist für die Großstädte besonders wichtig, die hohe Sozialleistungen zu tragen haben – entlasten. Wir werden die Städte und Gemeinden von den Lasten der Langzeitarbeitslosigkeit befreien. Das ist

Joachim Poß

- (A) wahrlich historisch. Über dieses Gesamtprojekt befinden wir hier.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Dazu wollen Sie Nein sagen? Hier wollen Sie sich sperren und die Situation der Kommunen nicht verbessern? Eine solide Finanzsituation der Kommunen ist auch für die kleinen und mittleren Unternehmen wichtig; denn die Kommunen sind ein wichtiger Auftraggeber. Außerdem müssen sie auch in der Lage sein, die soziale und kulturelle Infrastruktur zu finanzieren. Aus parteitaktischen Gründen und weil Sie konzeptionell in der Frage der Gewerbesteuer zerstritten sind, verweigern Sie den Kommunen die notwendige Hilfestellung. Das ist schäbig, das ist gegenüber den Kommunen, dem Bund und den Ländern unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Es ist doch nicht so, dass sich nur Deutschland in einer Stagnationsphase befindet. Leider ist in ganz Europa seit drei Jahren Stagnation zu verzeichnen. Das spiegelt sich in den öffentlichen Finanzen auf allen Ebenen wider. Deshalb müssen Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden, das gilt insbesondere für Frau Merkel, aber auch für Herrn Stoiber. Herr Falthäuser wird gleich zu uns sprechen.

Wir stehen vor einer fundamentalen Herausforderung. Es geht um die Erhaltung und Sicherung der **finanziellen Handlungsfähigkeit** des Staates auf allen Ebenen. Dabei sind zwei Dinge von entscheidender Bedeutung: ein möglichst schnelles und nachhaltiges Wiederanspringen von Konjunktur und Wachstum und eine Weiterführung der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen.

Man kann Bundesfinanzminister Eichel überhaupt nicht absprechen, dass er in der Frage der nachhaltigen Finanzpolitik glaubwürdig ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Anders als Sie ist er glaubwürdig. Das haben auch die Zahlen, die er heute Morgen genannt hat, belegt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Herr Poß, das ist sogar unter Ihrem Niveau!)

Die Regierungskoalition geht dies alles konsequent und unbeirrt an und hat umfangreiche Gesetzentwürfe vorgelegt, mit denen Deutschland entscheidende Schritte vorankommen kann. Wir bieten mit diesen Gesetzentwürfen nicht nur erhebliche Entlastungen für den Bund, sondern auch für die Haushalte der Länder, Herr Falthäuser, und der Kommunen.

Die Länder würden, wenn sie den heute zu beschließenden Gesetzen im Bundesrat zustimmen würden, bereits im nächsten Haushaltsjahr um mehr als 4 Milliarden Euro entlastet, und zwar mit steigender Tendenz in den Folgejahren. Es ist also auch im Interesse CDU/CSU-geführter Länder, diesen Gesetzentwürfen zuzustimmen. Die Kommunen würden bereits im

kommenden Jahr um mehr als 1 Milliarden Euro entlastet. (C)

Hier stehen insbesondere Frau Merkel als Parteivorsitzende – Herr Merz spielt nicht die entscheidende Rolle –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und Herr Stoiber in der Verantwortung. Sie müssen sich über das klar werden, was sie wirtschafts- und finanzpolitisch eigentlich wollen. Die Obstruktion reicht nicht mehr aus, sie ist für die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben ein Paket geschnürt – mit der Reform der Gewerbesteuer und den Entlastungen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe –, das Verbesserungen für die Kommunen bedeutet: schon im nächsten Jahr um 4,5 Milliarden Euro und ab dem Jahr 2005 um 5,5 Milliarden Euro.

Wir beweisen, dass diese Koalition ein verlässlicher Partner für alle Städte und Gemeinden in Deutschland ist. Wir haben ein Konzept vorgelegt, mit dem wir die gemeindliche Finanzautonomie stärken. Es wird doch überall gefordert, die Städte und Gemeinden nicht ans Gängelband zu legen. Genau dieser Forderung entsprechen wir mit unserem Konzept. Wir stärken die gemeindliche Finanzautonomie.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Deshalb sind die Kommunalpolitiker von CDU/CSU mit Frau Roth an der Spitze auch dafür. (D)

Ich kann Sie hier nur dringend bitten, sich von dem Dogmatismus zu verabschieden, den Herr Merz heute Morgen wieder einmal bewiesen hat, und zu einer pragmatischen Lösung zu kommen, die sowohl im Interesse der **mittelständischen Wirtschaft** als auch im Interesse der Kommunen liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Deshalb entlasten Sie auch die Großunternehmen bei der Gewerbesteuer!)

– Wir entlasten die Großunternehmen nicht.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Schauen Sie sich einmal die Staffelstufen an!)

Wenn Sie sich das Modell einmal genauer anschauen, stellen Sie fest: Wir entlasten insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen. Schauen Sie sich das einmal genau an! Mein Kollege Scheelen wird Ihnen das auch noch im Einzelnen erläutern können. Machen Sie sich einmal sachkundig!

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Schauen Sie sich einmal die Staffelstufen an!)

Mit Ablauf des heutigen Tages tritt die Gesetzgebung in ihre abschließende Phase im Bundesrat. Damit ist der

Joachim Poß

- (A) Zeitpunkt erreicht, an dem die Union in der Finanzpolitik endlich Farbe bekennen muss.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn es die Union heute nicht macht, nicht machen kann, weil sie nicht sortiert ist, im Bundesrat muss sie zu jeder einzelnen Maßnahme konkret und abschließend sagen, wie sie dazu steht. Es liegt in der Verantwortung der CDU/CSU und insbesondere von Frau Merkel und Herrn Stoiber, endlich zu entscheiden, ob Sie an der Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung durch das Vorziehen der Steuerentlastung, die erst für das Jahr 2005 vorgesehen war, mitwirken wollen. Es ist Ihre Verantwortung, endlich zu entscheiden, ob Ihre Seite bei den nötigen **Strukturreformen** mitmacht oder ob Sie eine Sonthofen-Strategie à la Merz verfolgen wollen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das war Strauß!)

Sie müssen sich entscheiden und Sie müssen die Entscheidung allein treffen. Wir haben umfangreiche, gute Vorlagen geliefert, von denen nicht nur der Bund, sondern auch Länder und Kommunen profitieren. Heute ist ein guter Tag für die deutschen Kommunen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

- (B) Das Wort hat nun der Staatsminister Professor Falthäuser für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Kurt Falthäuser, Staatsminister (Bayern):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Städte und Gemeinden sind in Not. In manchen Bereichen haben bis zu einem Drittel der Städte und Gemeinden keine Chance, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen. Bundestag und Bundesrat, beide zusammen, haben nur noch knapp zwei Monate Zeit, Abhilfe zu schaffen.

Es gibt kaum einen Bereich, in dem die Politik unter so hohem Einigungszwang steht wie in diesem. Oder glauben Sie etwa, Herr Poß, dass Sie Ihren Oberbürgermeistern in Nordrhein-Westfalen sagen können: „Wir haben ja den Stein der Weisen gefunden, aber der Bundesrat war nicht einsichtig“? Tatsache ist also schlicht und einfach, dass sich Bundestag und Bundesrat zusammenraufen müssen.

Wenn das so ist, dann müssen wir zunächst einmal schauen, ob wir Gemeinsamkeiten haben. Ich glaube, dass wir eine Gemeinsamkeit im Grundsätzlichen haben: Wir sind mittlerweile auf einem gemeinsamen Trägerschiff, der Gewerbesteuer. Die Arbeitsgruppen der Kommission für die Gemeindefinanzreform haben eine Reihe von Daten und Fakten vorgelegt, die uns zu der Erkenntnis geführt haben, dass man zumindest in kurzer Zeit eine andere Reform, etwa ein **Zuschlagsystem**, nicht realisieren kann. Es ist ein Zeitproblem. Frühestens 2006 könnte ein Zuschlagsystem nach dem VCI-Vorschlag

realisiert werden, vielleicht auch erst später. Dabei – das hat eine andere Arbeitsgruppe festgestellt – gibt es administrative Probleme. Schließlich bestehen Verzerrungen zwischen Stadt und Umland. Deshalb ist diese Art der Regelung der Gemeindefinanz gegenwärtig – ich unterstreiche zweimal: gegenwärtig – nicht relevant. (C)

Dies, Herr Bundesfinanzminister, war die einzige relevante Gemeinsamkeit in der Kommission für die Gemeindefinanzreform. Ich bitte, den Konsens nicht dahin gehend zu interpretieren, dass über alle Einzelheiten Einigkeit geherrscht hätte; denn so war es nicht. Wir waren uns nur darüber einig, dass wir die Gemeindefinanzreform auf der Basis der Gewerbesteuer durchführen. Darüber hinausgehende Interpretationen können Sie in Ihrem Ortsverband machen, aber bitte nicht im Bundestag.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben mit unserer Mehrheit im Bundesrat ein **Sofortprogramm** beschlossen. Einer der Kernpunkte – ich bin noch immer bei den Gemeinsamkeiten – war die Senkung der Gewerbesteuerumlage von 28 auf 20 Prozent. Allein schon der Anstand gegenüber den Kommunen gebietet eine solche Entlastung. Die Anhebung erfolgte schließlich nur als Gegengewicht zu vermuteten Steuermehreinnahmen, zu denen es aber aufgrund der Streichung der Abschreibungstabellen gar nicht gekommen ist.

(Beifall des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

In diesem Punkt besteht ebenfalls Gemeinsamkeit. Auch wir haben die Senkung der Gewerbesteuerumlage gefordert. Hier sind wir uns ein Stück entgegengekommen. (D)

Aber es gab schon mehr Gemeinsamkeiten. Die Bundesregierung wollte den **Mehrwertsteueranteil** für die Kommunen von jetzt 2,2 Prozent auf 3,6 Prozent anheben. In dem Kompromissvorschlag, den offenbar die Vorkämpfer für den Fortschritt – wie Herr Poß – durchgesetzt haben, ist davon nichts mehr zu sehen. Das halte ich nicht nur für schade, sondern schlicht und einfach für einen Fehler.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Denn wenn Sie nur die Gewerbesteuerumlage senken, bringt das Vorteile lediglich für diejenigen Gemeinden, die durch die Gewerbesteuer große Einnahmen erzielen. Es gibt aber viele Gemeinden, gerade kleine, für die die Gewerbesteuer relativ irrelevant ist. Ein höherer Anteil von nichts bringt nichts.

(Bernd Scheelen [SPD]: Dann hatten sie ja auch fast nichts! Was ist das für eine Logik?)

Deshalb müssen Sie zusätzlich eine entsprechende Regelung für die Mehrwertsteuer schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Sofortprogramm ist in diesem Punkt sehr gut austariert. Wenn Sie mit Ihrem Gemeindeverband darüber sprechen, wird dieser Ihnen bestätigen, dass die Ge-

Staatsminister Dr. Kurt Faltlhauser (Bayern)

- (A) meinde allein von einer Senkung der Gewerbesteuerumlage nichts hat.

Die Bundesregierung war auch an einem anderen Punkt schon weiter, die Gemeinsamkeiten waren schon umfangreicher, zum Beispiel in der Frage der **Substanzbesteuerung**. Ich erinnere mich noch gut an eine denkwürdige Sitzung der Kommission für die Gemeindefinanzreform, in der zunächst einmal der Innenminister von Nordrhein-Westfalen gesagt hat, dass eine möglichst breite Bemessungsgrundlage hergestellt werden sollte. Darauf hat Bundeswirtschaftsminister Clement gegenüber seinem ehemaligen Minister eine bemerkenswerte Wortmeldung gewagt. Er hat darauf hingewiesen, dass das entscheidende Problem, das wir in diesem Lande hätten, das fehlende Wachstum sei; nur durch Wachstum könnten wir Arbeitsplätze schaffen. Wenn die Substanzbesteuerung in massiver Weise eingeführt würde, würde das Wachstum ebenso massiv behindert.

Das Ergebnis war, dass die Bundesregierung die Substanzbesteuerung aus dem ersten Entwurf wieder herausgenommen hat. Das war für uns ein erstaunlicher, aber auch erfreulicher Vorgang.

Jetzt Salto rückwärts, offenbar dank der „Fortschrittskräfte“ in der SPD-Fraktion. Es gibt in dem Vorentwurf keine wesentliche Differenzierung zwischen Groß und Klein. Im Gegenteil, eine Reihe von Dingen schaden gerade dem Mittelstand. Man muss zum Beispiel daran denken, dass eine gängige Finanzierungsform **mittelständischer Kapitalgesellschaften** folgende ist: Die Firma bekommt von der Bank nicht mehr so leicht Geld; also holt sich der Gesellschafter mit seinem Privatvermögen als Sicherheit Geld, weil er kreditwürdig ist, und gibt es an die Firma weiter. Dieser Vorgang wird durch die Vorlage unmöglich gemacht. Dadurch werden insbesondere mittelständische Firmen geschädigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es gibt also keine Vorteile für den Mittelstand. Durch das, was Sie vornehmen, ergibt sich ein massiver Rückschritt. Ich glaube, dieser Arbeitsgruppenkompromiss ist ein Sieg der Ideologie über wirtschaftspolitische Vernunft.

Herr Minister Clement, ich verstehe gar nicht, wie man in Berlin mit Ihnen umgeht. Trotz Ihrer Überzeugungen wird ein solcher Beschluss gefasst. Wir gehen mit unseren Superministern besser um.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die **Freiberufler** werden im Zuge der Kompromissfindung, die wir durchstehen müssen, ein harter Punkt sein. Herr Kollege Merz hat schon darauf hingewiesen: Etwa 10 Prozent der 780 000 Freiberufler werden zusätzlich belastet.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Mit welchen Beträgen? Gucken Sie sich doch die Beträge an!)

Ich füge noch hinzu, dass die Masse der Freiberufler, wie Rechtsanwälte und Steuerberater, vor allem in gro-

ßen Städten wie Frankfurt und München tätig ist. Wir haben es genau durchgerechnet: Bei einem Gewerbesteuerhebesatz von 490 Prozent ergibt sich für einen Freiberufler, der im Jahr 100 000 Euro verdient, eine zusätzliche Belastung von immerhin 2 693 Euro. Draußen im Land, wo die Hebesätze entsprechend niedriger sind, wird es diese Mehrbelastung nicht geben. Es kommt also zu einer dramatischen Verzerrung mit all ihren Folgewirkungen nicht nur im Hinblick auf die Gerechtigkeit, sondern auch auf die Verlagerung von Firmensitzen und Sitzen von Freiberuflern.

Entscheidend ist aber – Herr Kollege Merz hat richtigerweise darauf hingewiesen –: Für 90 Prozent der Freiberufler wird ein ungeheurer Aufwand betrieben, als hätten wir tatsächlich noch die Möglichkeit, mehr Steuerbeamte einzustellen. Wir haben sie nicht, Herr Eichel. Im Gegenteil: Wir müssen in allen Ländern schauen, dass wir Personal abbauen, weil wir uns aufgrund Ihrer Wachstumspolitik haushaltspolitisch übernommen haben.

Wenn wir nicht die Möglichkeit haben, zusätzliches Personal einzustellen, dann haben wir auch nicht die Möglichkeit, die Feststellungen zur Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler durchzuführen und diese Feststellungen an die Städte weiterzugeben. Dies geht nicht; der administrative Wust ist völlig unsinnig. Deshalb meinen wir, dass dies ein harter Punkt in der Auseinandersetzung ist. Einen derartigen Unsinn können und werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir sollten vielleicht etwas mehr auf die Ausgabenseite schauen. Die Kommunen werden durch eine Vielzahl sich ständig vermehrender Aufgaben belastet, die sich zudem noch unglaublich dynamisch entwickeln. Wir haben dies in unserem Sofortprogramm berücksichtigt. Das **Sozialgesetzbuch VIII** muss im Hinblick auf die Leistungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe unbedingt geändert werden. In diesem Bereich gibt es dynamische Entwicklungen, die keine Kommune mehr bewältigen kann.

Der Gesetzgeber schaut bis jetzt zu. Dieser Zustand muss beendet werden. Wir können den Kommunen doch nicht per Gesetz Pflichten auferlegen, deren Umfang von Jahr zu Jahr um 10, 15 oder 20 Prozent steigt. Da muss die Politik reagieren. Ich verlange, dass die Bundesregierung in diesem Punkt endlich reagiert. Wir können nicht immer von einer Verbesserung der Einnahmenseite für die Kommunen reden. Wir müssen auch von einer Entlastung der Kommunen auf der Ausgabenseite sprechen. Herr Poß, ich fordere Sie dringend auf, dass Sie uns bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss in diesem Punkt etwas entgegenkommen.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Damit könnt ihr in Bayern anfangen, in München!)

Sie haben gesagt, dass Sie nicht wissen, was die Union bei der Finanzreform eigentlich will. Ich will sagen, was wir unter dem Sofortprogramm verstehen. Es handelt sich um ein notwendigerweise kurzfristig wirkendes Hilfsprogramm. Eine dauerhafte Lösung kann es

Staatsminister Dr. Kurt Faltlhauser (Bayern)

- (A) schon deshalb nicht sein, weil wesentliche Elemente die Verschiebung von Lasten von den Kommunen auf den Bund und auf die Länder sind. Das ist keine Reform im Großen. Von einer großen Reform muss man mehr erwarten.

Nach der Verabschiedung eines entsprechenden Kompromisses müssen wir intensiv an die Arbeit gehen und eine große Reform unter der Überschrift „Vereinfachung und Konzentration des Steuerrechts“ angehen. Professor Kirchhof hat hier dankenswerte Vorarbeit geleistet, die wir massiv unterstützt haben. Die Vereinfachung, die im Vordergrund stehen sollte, bedeutet nicht nur eine Millimeterkorrektur bei den Sätzen. So wie es jedoch Kirchhof vorgeschlagen hat, wird es mit Sicherheit nicht umsetzbar sein. Ich persönlich hätte massive Bedenken, eine Flat Tax in Höhe von 25 Prozent in diesem Land zu akzeptieren.

Aber ich stelle fest – damit gehe ich auf das ein, was Herr Kollege Solms gesagt hat –: Die Oppositionsfraktionen sind hier aktiv und machen langfristige, konstruktive Vorschläge.

(Zurufe von der SPD: Wo denn?)

Das zeigen die Drucksachen, die von der Opposition vorgelegt worden sind, und das, was Herr Merz vorstellen wird und was die CSU ihrerseits erarbeiten und dann sicherlich gemeinsam mit der CDU vertreten wird.

(Joachim Poß [SPD]: Nur im Konkreten, da versagen Sie gänzlich! Da haben Sie keine Meinung!)

- (B) – Warten Sie es ab und prüfen Sie es! Auch Sie hätten genug Luft, Ihrerseits entsprechende Konzepte zu entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was tun Sie stattdessen? – Sie basteln herum, indem Sie erst die Steuerreform um ein Jahr vorziehen wollen und dann doch einen Kompromiss anstreben. Mit derartigen Basteleien werden Sie in diesem Land keinen Millimeter zusätzlichen Wachstums bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nur wenn Sie tatsächlich eine Perspektive eröffnen, wohin die Steuerpolitik in diesem Land langfristig geht,

(Joachim Poß [SPD]: Sie sind ja nicht mal in der Lage, sich über das Vorziehen zu verständigen!)

werden die Leute wieder Mut zu Investitionen haben. Nur dann werden wieder **Investoren** nach Deutschland kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In ein derartig langfristiges Konzept müssen wir sofort und schnell auch die Finanzierung der Kommunen einbauen. Das gehört sachnotwendig zusammen. Das sehen Sie an dem bereits vorliegenden Konzept von Herrn Kirchhof und das werden Sie sicherlich an den noch aus-

stehenden Konzepten sehen. Zu einem solchen großen Wurf muss es im Jahre 2004 kommen. (C)

(Joachim Poß [SPD]: Dann kommt noch Herzog! 34 Milliarden zusätzliche Steuern!)

Durch Millimeterstolpereien nach vorne, Herr Poß, werden Sie nichts erreichen. Wir müssen schnell, mutig und weitgreifend die Steuern reformieren

(Joachim Poß [SPD]: Und vor allem inkonkret!)

und die Gemeindefinanzen in dieses Reformkonzept einbauen. Die Kommunen sind in Not. Ihnen muss kurzfristig geholfen werden. Aber sie brauchen auch eine langfristige Perspektive. Wir werden daran mitarbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich bedanke mich beim letzten Redner insbesondere für den konstruktiven Beitrag zum Einspielen eines Teils der überschrittenen Redezeit, was es uns erleichtert, einigermassen im Zeitplan zu bleiben.

Nun hat das Wort die Kollegin Kerstin Andreae für Bündnis 90/Die Grünen.

**Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kommune ist Lebensqualität. Hier sind die Kindergärten, die Schulen, die Volkshochschulen, die Theater, die Parks und die Schwimmbäder. Wir haben schöne Städte und starke Städte. Wir haben eigenständige Städte. (D)

Aber um dies zu erhalten, brauchen die Kommunen eine bessere Finanzkraft.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Kommunen wollen eine Finanzkraft aus eigener Kraft. Sie wollen eine eigene Steuer. Herr Merz hat vorhin gesagt, die Kommunen seien damit zufrieden, wenn die Gewerbesteuer abgeschafft und ein entsprechender Ausgleich geschaffen werde. Das ist falsch. Die Kommunen haben immer gesagt, sie wollten eine eigene, wirtschaftskraftbezogene Steuer mit einem kommunalen Hebesatzrecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bei der Reform der Gemeindefinanzen, wie wir sie heute auf den Weg bringen, und der Entwicklung der Gewerbesteuer hin zu einer **Gemeindefinanzsteuer** sind vielleicht ein paar Details des vorliegenden Gesetzentwurfes durcheinander geraten. Natürlich belassen wir bei den nicht verbundenen Unternehmen die Bemessungsgrundlage so, wie sie derzeit festgelegt ist. Und wir senken die Steuermesszahl auf 3,2 Prozentpunkte.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Anheben tun Sie sie! Anheben für die Unteren!)

Kerstin Andreae

- (A) Natürlich sehen wir einen Freibetrag in Höhe von 25 000 Euro vor, der für alle, übrigens auch für die Freiberufler, gilt.

Es ist aber auch so, dass wir im Hinblick auf die verbundenen Unternehmen – hier besteht nun einmal ein ausgewiesener Steuergestaltungsspielraum – einer Forderung nachkommen, die im Übrigen in vielen Landtagswahlkämpfen und im Bundestagswahlkampf immer wieder aufgetaucht ist und die da hieß: Schließt diese Gestaltungsmöglichkeiten! Verhindert, dass Finanzierungspotenziale so genutzt werden, dass die großen Konzerne keine Gewerbesteuer mehr zahlen! Dies tun wir mit diesem Gesetzentwurf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Substanzbesteuerung ist doch keine Gestaltungsmöglichkeit!)

Das Ganze hat ja auch eine wirtschaftspolitische Komponente. Die Kommunen sind *der* große Auftraggeber im Bereich der **Bauwirtschaft**. Wenn wir die Kommunen mit einer ordentlichen Finanzkraft ausstatten, dann sind sie wieder in der Lage, Investitionen in die Infrastruktur, in Schulen und Straßen zu tätigen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Dafür muss man die Unternehmen kaputtmachen!)

Das wird genau so geschehen.

- (B) Jetzt komme ich zur Union. Seit Monaten ist diese Reform im Gespräch; aber die Union findet keine eigene Position. Man hat so das Gefühl, als ob Sie nach dem Motto handeln: Der Berg kreiße und gebar ein Mäuschen.

Dieses Sofortprogramm ist ein alter Hut und enthält zwei Punkte. Einer betrifft die **Senkung der Gewerbesteuerumlage**. Herr Michelbach, ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir hier am 4. Juli dieses Jahres darüber gesprochen haben. Ich habe Ihnen damals gesagt, dass die Senkung der Gewerbesteuerumlage für uns der richtige Weg ist. Daraufhin haben Sie einen Zuruf gemacht, der lautete: Dann tun Sie es! Herr Michelbach, wir tun es. Wir senken mit diesem Gesetzentwurf die Gewerbesteuerumlage auf 20 Prozent. Das ist der richtige Weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist aber auch richtig, dass die Kommunen gesagt haben, sie wollten keinen höheren Anteil an der Umsatzsteuer; stattdessen wollen sie die Senkung der Gewerbesteuerumlage. Aber eine Senkung der Gewerbesteuerumlage macht nur dann Sinn, wenn wir die Gewerbesteuer neu fassen. Sonst bekommen sie tatsächlich ein Mehr von nichts. Wir fassen die Gewerbesteuer neu, senken die Umlage und können damit die Einnahmen der Kommunen deutlich erhöhen.

Frau Kollegin Hajduk hat es vorhin im Zusammenhang mit der Eigenheimzulage gesagt: Sie von der Opposition können nicht ewig nur darüber reden und vielleicht irgendwann einmal ein Konzept entwickeln. Sie

- müssen jetzt springen; heute, nicht morgen! Sie müssen den Kommunen gegenüber Ihrer Verantwortung gerecht werden und dem Konzept, das wir vorgelegt haben, zustimmen. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Eichel soll springen!)

In den letzten Monaten haben wir aus den Kommunen Berge von Resolutionen bekommen, aber nicht nur von schwarzen Gemeinderäten. Darunter waren viele von grünen und roten, aber eben auch von schwarzen Gemeinderäten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Warum wohl?)

Diese haben uns aufgefordert: Ändert die Gewerbesteuer im Sinne des Kommunalmodells! Entwickelt euch in Richtung einer auf die Wirtschaftskraft bezogenen Steuer. Diese Resolutionen liegen bei uns auf dem Tisch und wir sind diesen nachgekommen. Ich kann den Gemeinderäten vor Ort nur sagen: Der Adressat ist neu, es sind nämlich die Ministerpräsidenten der schwarz regierten Länder. Appelliert an diese, unser Modell im Bundesrat nicht zu blockieren!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

- Es kann nicht sein, dass ein kleiner Teil – ich behaupte, es ist nur ein kleiner Teil – der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Kommunen die Zukunft verbaut. Die Union ist sich nicht einig. Es gibt in Ihren Reihen unterschiedlichste Positionen. Unser Modell ist richtig. So und nicht anders soll es gemacht werden. Ich kann nur an Sie appellieren, ihm zuzustimmen. (D)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich erteile der Kollegin Dr. Gesine Löttsch das Wort.

**Dr. Gesine Löttsch** (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Ich bin Abgeordnete der PDS.

(Lachen im ganzen Hause)

Der Kanzler und sein Finanzminister erklären immer wieder, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt, und dass wir alle über unsere Verhältnisse leben. Angesichts dessen stelle ich mir die Frage, warum die Steuerreform vorgezogen werden soll, wenn in diesem Jahr mit einer Rekordneuverschuldung von 40 Milliarden Euro gerechnet wird. Wie können Sie, Herr Eichel, es zulassen, dass auf Steuereinnahmen in Höhe von 22 Milliarden Euro verzichtet wird, wenn gleichzeitig klar ist, dass Sie damit eine noch höhere Neuverschuldung riskieren? Das ist Steuerpolitik nach Börsenlage.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Dr. Gesine Löttsch

- (A) Herr Eichel, Sie handeln nicht wie ein Finanzminister, sondern wie ein Spekulant an der Börse, der mit geborgtem Geld auf steigende Kurse setzt. Das Spekulieren an der Börse ist hoch riskant, das wissen wir alle. Da es auch nicht Ihr Geld, sondern das der Steuerzahler ist, ist diese Politik unverantwortlich.

Ich habe den Eindruck, dass sich die Argumentationen von Herrn Eichel von Fall zu Fall um 180 Grad drehen. Wenn es um einfache Lohn- und Gehaltsempfänger, um Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger geht, dann ist bei der SPD und der CDU das große Kürzen angesagt. Da wird unentwegt der Gürtel enger geschnallt. Wenn es aber um Steuersenkungen und insbesondere um Steuer geschenke für Konzerne und Großverdiener geht, wird mit vollen Händen ausgeteilt.

Das ist nicht nur so dahergesagt, sondern dafür gibt es harte Fakten: Die **Lohnquote**, die den Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen ausdrückt, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und hat im Jahre 2002 das Niveau der 70er-Jahre erreicht.

In Anbetracht dieser Tatsache, meine Damen und Herren von der FDP, finde ich es – um es höflich auszudrücken – sehr verwunderlich, wenn Sie in dem vorliegenden Entschließungsantrag die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land auffordern, länger unentgeltlich zu arbeiten. Wo leben wir denn?

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos] – Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das steht da nicht drin!)

- (B) – Natürlich steht es darin. In Drucksache 15/1753 schreibt die FDP unter Punkt 4 – ich darf zitieren –:

Der Deutsche Bundestag appelliert an Arbeitnehmer und Arbeitgeber, durch eine Verlängerung der unbezahlten Arbeitszeit zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts und damit zu höheren Steuereinnahmen beizutragen.

Sie fordern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer also auf, unentgeltlich länger zu arbeiten.

Die Bundesregierung ist offensichtlich nicht bereit, auf das Vorziehen der Steuerreform zu verzichten. Warum gehen Sie nicht wenigstens auf den Vorschlag der Bürgermeister von Hamburg und Bremen, von Beust und Scherf, ein, in diesem Jahr auf die Senkung der Spitzensteuersätze von 45 auf 42 Prozent zu verzichten? Diesen Kompromissvorschlag würde auch die PDS unterstützen; denn er wäre ein Signal an die Gesellschaft, dass wenigstens der Versuch unternommen wird, die soziale Schieflage dieser Politik etwas zu korrigieren.

Das von Ihnen vorgelegte Haushaltsbegleitgesetz sieht unter anderem vor, die **Entfernungspauschale** für Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu senken. Sie wollen die Eigenheimzulage abschaffen, die Bundeszuschüsse für die Rentenversicherung um 2 Milliarden Euro kürzen sowie beim Erziehungsgeld sparen. Insgesamt sollen 2004 durch Wirkungen dieses Gesetzes 10 Milliarden Euro weniger in die Kasse fließen und in den Folgejahren jeweils 11 bis 12 Milliarden Euro mehr eingenommen werden.

Angesichts dieser Zahlen könnte bei den Bürgerinnen und Bürgern der Eindruck entstehen, dass die Bundesregierung Geld in die eine Tasche steckt, um es aus einer anderen Tasche wieder herauszuziehen. Doch dieser Eindruck ist leider falsch. Richtig ist: Bei vielen Bürgern zieht die Bundesregierung Geld aus der Tasche, um es einigen wenigen – ich nenne das Stichwort Steuer geschenke für die Reichen – in die Tasche zu stecken.

Wir als PDS lehnen dieses Gesetz wegen seiner sozialen Schieflage ab. Ich bin mir sicher, dass das Gesetz, wenn es im Vermittlungsausschuss durch die Hände der CDU gegangen ist, nicht besser, sondern schlechter sein wird.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist ja unerhört!)

Von einigen Kollegen aus der CDU ist schon diskutiert worden, dass sie endlich eine Entsozialdemokratisierung der CDU wollen. Das kann man an Ihren Vorschlägen, wie zum Beispiel an den Vorschlägen der **Herzog-Kommission** zur Entsolidarisierung der Krankenversicherung, auch klar erkennen. Schlimm ist aber, dass nicht nur die CDU einen Prozess der Entsozialdemokratisierung durchmacht, sondern vor allen Dingen die Sozialdemokraten, die SPD selbst. Das werden Ihnen von der SPD Ihre Wählerinnen und Wähler nicht danken – das sehen Sie schon an den Umfragen –, sie werden Ihnen bei den nächsten Wahlen die Quittung erteilen.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun der Kollege Günter Rexrodt für die FDP-Fraktion.

**Dr. Günter Rexrodt (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Rahmen dieses wichtigen Gesetzgebungsverfahrens stehen zwei Fragen im Mittelpunkt: Kommt es zum Vorziehen der Steuerreform und wenn ja, wie wird sie finanziert? Ich sage eingangs: Es wird höchste Zeit, dass es eine Entlastung bei der **Einkommensteuer** gibt. Die Spreizung zwischen den Spitzensätzen bei der **Körperschaftsteuer** mit 38 Prozent und der Einkommensteuer mit 48,5 Prozent ist die Ursache für die Verdrossenheit im Mittelstand und den Attentismus bei den Investitionen in den letzten Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Nachdem 2002 der Bundesfinanzminister die Steuerreform, weil sie nicht zu finanzieren war, unter Hinweis auf die Flut verschoben hat, wollen Sie diese nun vorziehen. Die Weisheit, wie das solide zu finanzieren ist, bleibt uns verschlossen. Herr Diller und Herr Finanzminister Eichel, Verlässlichkeit drückt eine solche Politik nicht aus. In Ihrer Steuerpolitik wie auch in anderen Politikbereichen legen Sie keine Verlässlichkeit an den Tag. Es ist aber gerade Verlässlichkeit, was die Wirtschaft braucht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)  
(D)

**Dr. Günter Rexrodt**

- (A) Steuersenkungen werden vorgenommen, damit die Wirtschaft wieder investiert, damit sich das Rad wieder dreht. Aber wie soll daraus etwas werden, wenn den Entlastungen von 15,6 Milliarden Euro im Jahr 2004 durch Ihre Finanzierungsvorschläge zunächst 5,5 Milliarden Euro an neuen Belastungen gegenüberstehen und diese zusätzlichen Belastungen aufgrund von Steuererhöhungen in den Jahren 2005 bis 2007 auf sage und schreibe mehr als 12 Milliarden Euro steigen? Das ist keine Entlastung; das konterkariert den Effekt, aufgrund dessen man Steuern senkt.

Zur Klarstellung bezüglich der Finanzierung: Ein **Subventionsabbau** ist gut. Er macht aber wirklich nur Sinn und führt nur dann zu dem Effekt, den wir erreichen wollen, wenn ihm eine umfassende Steuerreform gegenübersteht, die zu klaren, berechenbaren, kalkulierbaren und niedrigen Steuersätzen führt, so wie wir als FDP sie immer angemahnt haben. Sie haben diese aber nicht durchgeführt. Weil eine solche fehlt, sind Ihre Finanzierungsvorschläge falsch und sogar kontraproduktiv.

(Beifall bei der FDP)

Wir können in dieser Diskussion erst recht nicht die Tatsache übersehen, dass das **Vorziehen der Steuerreform** in der vorgesehenen Art und Weise die enorm hohe Staatsverschuldung in dann astronomische Höhen treiben würde. 2003 beträgt die Neuverschuldung 42 Milliarden Euro. Im Jahre 2004 wird sie wahrscheinlich 50 Milliarden Euro betragen. Wie es so schön hieß, wollten Sie im Jahre 2004 close to balance sein, also einen fast ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Plötzlich hieß es nicht mehr 2004, sondern 2006. Heute sagt Herr Eichel kein Wort mehr darüber, weil seine Finanz- und seine Haushaltspolitik total gescheitert sind.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Bundeskanzler, der Finanzminister und die rot-grüne Koalition haben in den Jahren 1999 und 2000, als sie noch von der Konjunktur und den Privatisierungseinnahmen, die auf unsere Reformen zurückzuführen waren, lebten, nie ein Wort über die Finanzierung der Wiedervereinigung in den Mund genommen. Heute verschanzen Sie sich dahinter. Sie haben von Konsolidierung, Sparen und Generationengerechtigkeit gesprochen und dabei so getan, als ob Sie dies erfunden hätten. In Wirklichkeit hat die rot-grüne Koalition in der Haushaltspolitik von der Hand in den Mund gelebt und auf der Ausgabenseite nie wirklich konsolidiert.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Heinz Seiffert [CDU/CSU] – Walter Schöler [SPD]:  
Wissen Sie, wie viele Erhöhungsanträge Sie gestellt haben?)

Herr Eichel hat sich heute hier hingestellt und gesagt, dass wir bei den Ausgaben heute 1 Prozent niedriger als 1998 liegen – diese 1 Prozent sind vor dem Hintergrund dessen, was auf uns zugekommen ist, viel zu wenig. Sie sagen, dass die Weltwirtschaft schuld an der heutigen Situation ist. Das stimmt gar nicht. Von der Weltwirtschaft gehen Wachstumsimpulse auf die deutsche Wirtschaft

aus. Sie haben vier Jahre mit Bündnissen für Arbeit und für sonst etwas vertan. Das von ihnen gewollte Schmie-den von Bündnissen war ein Herummogeln um die wirklichen Probleme und um einschneidende Reformen. (C)

(Vorsitz: Präsident Wolfgang Thierse)

Nun sieht es so aus: Aus einem Land, das bei der wirtschaftlichen Entwicklung einen Spitzenplatz eingenommen hat, ist ein Land geworden, dem das Vertrauen in die Regierung fehlt. Wir sind ein Land, das nicht mehr zukunftsorientiert ist. Verzagtheit ist entstanden und Vertrauen wurde verspielt.

Meine Damen und Herren, niemand kann erwarten, dass wir dafür die Hand heben.

Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort Kollegen Bernd Scheelen, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Bernd Scheelen (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Heute ist ein guter Tag für die deutschen Kommunen.“

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Ein schwarzer Tag!)

(D)

Mit diesem Satz hat Joachim Poß seinen Redebeitrag beendet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will ihn an den Anfang stellen; denn wegen des Gesetzes, das wir gleich verabschieden werden – nicht unbedingt wegen der Redebeiträge der Opposition, Herr Kollege Michelbach –, ist es tatsächlich ein guter Tag für die deutschen Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Aufgabe besteht jetzt darin, in den verbleibenden fünf Minuten einen Teil des Unsinnns auszuräumen, den Sie diesem Hohen Hause zugemutet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will mit dem Kollegen Merz beginnen.

Der Kollege Merz hat gesagt, die **Gewerbsteuer** habe keine Zukunft. Herr Kollege Merz, ich weiß nicht, ob Sie das beobachtet haben: Bis auf zwei oder drei Hardliner hat daraufhin fast niemand aus Ihrer Fraktion geklatscht. Aber Sie hatten die FDP auf Ihrer Seite. Das ist in Ordnung. Bei der FDP weiß man wenigstens, woran man ist. Bei Ihnen weiß man nicht, worum es geht. Wollen Sie jetzt die Gewerbesteuer oder nicht?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Scheelen

- (A) Sie sind für die Abschaffung, Frau Merkel ist für die Beibehaltung der Gewerbesteuer. Auch Herr Koch war einmal für die Stärkung der Gewerbesteuer, aber aus taktischen Gründen ist er jetzt dagegen. Ich möchte Ihnen vorschlagen: Einigen Sie sich! Denken Sie daran: Union heißt Einheit. Das wollte ich Ihnen nur in Erinnerung rufen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Einigen Sie sich in der Frage der Gemeindefinanzen und machen Sie dann ein anständiges Konzept. Oder noch besser: Stimmen Sie heute unserem Gesetzentwurf zu; denn es ist ein guter Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweiter Punkt, Herr Merz. Sie haben von der **Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuer** gesprochen und beklagt, dass dabei Menschen mit einer neuen Steuer überzogen werden.

(Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Das stimmt ja auch!)

Ich werde Ihnen zwei Gründe nennen, warum die Einbeziehung der Freiberufler Sinn ergibt: Zum einen gleichen sich die Berufsbilder heutzutage immer mehr an. Sie können niemandem erklären, warum zum Beispiel der Inhaber eines Zahnlabors Gewerbesteuer zahlt, aber der Zahnarzt mit eigenem Labor nicht. Das heißt, dabei wird dieselbe Arbeit steuerlich unterschiedlich bewertet. Das ist in vielen anderen Bereichen auch so. Deswegen ergibt es aus Gerechtigkeitsgründen Sinn, auch die Freiberufler in die Gemeindefinanzsteuer einzubeziehen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum anderen wollen wir dieser Gruppe von fast 800 000 Menschen nicht zumuten, diese Steuer separat und neu zu zahlen, also eine Steuererhöhung in Kauf zu nehmen. Daher schlagen wir vor, das Verfahren, das bisher schon für Personengesellschaften gilt, nämlich die Verrechnung mit der Einkommensteuer, auch hier durchzuführen. Sie haben gefragt: Was soll der Unsinn, Geld aus der einen Steuer einer anderen Steuer zuzurechnen? Ich werde Ihnen genau sagen, was der Sinn dieser Sache ist. Wir verschieben damit Einnahmen aus der Einkommensteuer, auf die die Kommunen überhaupt keinen Einfluss haben, in die Gemeindefinanzsteuer, die die Gemeinde selber verwalten und gestalten können. Damit stärken wir die kommunale Selbstverwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was die Frage einer eventuellen Mehrbelastung von Freiberuflern angeht, so will ich Ihnen hier ein paar Zahlen eines Steuerberaters aus Berlin nennen, der für seine Mandatschaft ein Rundschreiben verfasst hat. Er hat verschiedene Gewinnlagen zwischen 50 000 und 150 000 Euro durchgespielt. Er kommt bei dem Maximalsatz von 150 000 Euro zu dem Ergebnis: Die Mehrbelastung beträgt 1 125 Euro. Fazit: Wenn die Gemeindefinanzsteuer eingeführt wird, dann wird sie eben nicht zu der viel angekündigten Pleitewelle führen.

Der Mann hat Recht. Man muss noch einmal deutlich herausstellen, dass es in den Ballungszentren um marginale Mehrbeträge geht. Vorhin sind hier München, Frankfurt und andere Städte angesprochen worden. Für Berlin stellt sich das wie gehabt dar.

(C)

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Was ist mit Mieten und Pachten?)

– Herr Michelbach, ich habe noch fast zwei Minuten Redezeit. Ich sage Ihnen gleich noch etwas zu Mieten und Pachten.

Vorher möchte ich noch ein Wort zu Herrn Solms sagen. Damit dieses Märchen von der **Steuerreform 1998**, die angeblich das Paradies der Glückseligen in Deutschland gebracht hat, nicht ständig wiederholt wird und unkommentiert bleibt, will ich Ihnen sagen, Herr Solms, warum wir diese Steuerreform 1998 im Bundesrat mit unserer Mehrheit abgelehnt haben. Sie haben nämlich die Entlastung der Spitzenverdiener durch eine Belastung der unteren Einkommen erreichen wollen. Wir sind stolz darauf, das verhindert zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollten die Nacht- und Feiertagszuschläge abschaffen, was eine Mehrbelastung der unteren Einkommen bedeutet hätte, und damit die Senkung des Spitzensteuersatzes finanzieren.

Jetzt komme ich zu Herrn Fallthäuser, der einmal in diesem Hause tätig war. Er hat auf die Gemeinsamkeiten hingewiesen. Er war der Ansicht, die Rückführung der **Gewerbsteuerumlage** sei eine Frage des Anstandes. Wenn das stimmt, dann stelle ich fest, dass Bayern relativ unanständig ist.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In Bayern hat es im Landtag mehrere Anträge der SPD-Opposition gegeben, den bayerischen Anteil der erhöhten Gewerbesteuerumlage an die bayerischen Kommunen zurückzuzahlen. Diesen Antrag hat die CSU jedes Mal abgelehnt. Das finde ich unanständig.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zur **Substanzbesteuerung**, Herr Michelbach. Diesen Vorwurf hat auch Herr Fallthäuser vorgetragen. Wenn Sie unseren Gesetzentwurf genau lesen, dann werden Sie feststellen, dass er mit Substanzbesteuerung überhaupt nichts zu tun hat. Wir wollen nur in den Fällen, in denen Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren benutzt werden, um Gewinne zu verstecken und sie der Besteuerung zu entziehen, die Gemeindefinanzsteuer erheben. Das hat nichts mit Substanzbesteuerung, sondern mit dem Schließen von Steuerschlupflöchern zu tun. Das ist sinnvoll.

(Beifall bei der SPD – Hans Michelbach [CDU/CSU]: Nein!)

Interessant war in diesem Zusammenhang eine Frage, die Sie vorgestern im Finanzausschuss gestellt haben. Sie wollten wissen, ob diese unterschiedliche Behandlung von Unternehmen eventuell verfassungswidrig sei. Dazu kann ich nur sagen: Was ist das für ein Verständnis

**Bernd Scheelen**

- (A) von Steuerpolitik in Deutschland, wenn das Schließen von Steuerschlupflöchern von Ihrer Seite als verfassungswidrig angesehen wird? Das ist Ihre Art, mit Steuern umzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage am Ende noch einmal: Heute ist ein guter Tag für die deutschen Kommunen. Petra Roth, die nicht der SPD angehört, sondern CDU-Mitglied ist – sie ist Präsidentin des Deutschen Städtetages und Frankfurter Oberbürgermeisterin –, hofft, dass dieses Gesetz heute beschlossen wird. Sie fordert Sie öffentlich auf: Stimmen Sie zu! Wenn Sie heute nicht zustimmen, dann stimmen Sie zumindest im Bundesrat zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich schließe die Aussprache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise noch einmal darauf hin, dass wir, wie bereits angekündigt, die namentlichen Abstimmungen zu den Entwürfen eines Dritten und Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt im Anschluss an die Abstimmungen zu diesem Tagesordnungspunkt wiederholen werden.

- (B) Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 20 a und zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004, Drucksachen 15/1502 und 15/1639. Der Haushaltsausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1750, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD gegen die Stimmen des übrigen Hauses angenommen.

**Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung. Die Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen verlangen namentliche Abstimmung. Zu dieser Abstimmung sind eine Reihe von Erklärungen von Abgeordneten nach § 31 der Geschäftsordnung abgegeben worden.<sup>1)</sup>

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Anlagen 10 bis 12

<sup>2)</sup> Ergebnis Seite 5784 D

- (C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Wir haben noch eine Reihe von Abstimmungen vor uns. Es wird einen kleinen Moment bis zur nächsten namentlichen Abstimmung dauern.

Wir setzen die Abstimmungen fort und kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1752. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP abgelehnt.

Zusatzpunkt 7: Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses auf Drucksache 15/1750 zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Regierung muss Haushaltssicherungsgesetz vorlegen“. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung, den Antrag auf Drucksache 15/997 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP und eines Teils der CDU/CSU-Fraktion bei Enthaltung eines anderen Teils der CDU/CSU-Fraktion angenommen.

Zusatzpunkt 8: Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/1731 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

- (D) Tagesordnungspunkt 20 b: Abstimmung über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen eingebrachten Gesetzentwurfs zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze, Drucksache 15/1313. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1726, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

**Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung: Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP bei Stimmenthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 c: Abstimmung über die von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen sowie von der Bundesregierung eingebrachten Entwürfe eines Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit, auf Drucksachen 15/1309, 15/1521 und 15/1661. Der Finanzausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1722, die

**Präsident Wolfgang Thierse**

- (A) genannten Gesetzentwürfe als Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Zurufe von der SPD: Gegen Steuerehrlichkeit!)

Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen des übrigen Hauses angenommen.

**Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit mit der gleichen Mehrheit wie eben angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1745. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen des übrigen Hauses abgelehnt.

- (B) Noch zu Tagesordnungspunkt 20 c: Abstimmung über den von der Fraktion der FDP eingebrachten Gesetzentwurf zur vereinfachten Nachversteuerung als Brücke in die Steuerehrlichkeit, Drucksache 15/470. Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1722 empfiehlt der Finanzausschuss den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und den beiden fraktionslosen Abgeordneten bei Enthaltung der CDU/CSU-Fraktion und Zustimmung der FDP-Fraktion abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Tagesordnungspunkt 20 d: Wir setzen die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 15/1722 fort. Der Finanzausschuss empfiehlt unter Nr. 3 seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/217 mit dem Titel „Zinsabgeltungsteuer einführen – Fluchtkapital zurückholen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? –

- (C) Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der beiden fraktionslosen Abgeordneten gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU/CSU-Fraktion angenommen.

Tagesordnungspunkt 20 e: Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz, Drucksachen 15/1518 und 15/1665. Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1684, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

**Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie bei der zweiten Beratung angenommen.

- (D) Wir setzen die Abstimmungen fort und kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 15/1762. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Ich teile das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004, Drucksachen 15/1502, 15/1639 und 15/1750, mit. Abgegebene Stimmen 602. Mit Ja haben gestimmt 305, mit Nein haben gestimmt 297, Enthaltungen keine. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse**

(A)	<b>Endgültiges Ergebnis</b>	Angelika Graf (Rosenheim)	Dr. Elke Leonhard	Karsten Schönfeld	(C)
	Abgegebene Stimmen: 602;	Dieter Grasedieck	Eckhart Lewering	Fritz Schösser	
	davon	Monika Griefahn	Götz-Peter Lohmann	Wilfried Schreck	
	ja: 306	Kerstin Griese	Gabriele Lösekrug-Möller	Ottmar Schreiner	
	nein: 296	Gabriele Groneberg	Erika Lotz	Gerhard Schröder	
		Achim Großmann	Dr. Christine Lucyga	Gisela Schröter	
		Wolfgang Grothaus	Dirk Manzewski	Brigitte Schulte (Hameln)	
		Karl-Hermann Haack (Extertal)	Tobias Marhold	Reinhard Schultz (Everswinkel)	
		Hans-Joachim Hacker	Lothar Mark	Swen Schulz (Spandau)	
	<b>Ja</b>	Bettina Hagedorn	Caren Marks	Dr. Angelica Schwall-Düren	
	<b>SPD</b>	Klaus Hagemann	Christoph Matschie	Dr. Martin Schwanholz	
	Dr. Lale Akgün	Alfred Hartenbach	Hilde Mattheis	Rolf Schwanitz	
	Gerd Andres	Michael Hartmann (Wackernheim)	Markus Meckel	Erika Simm	
	Ingrid Arndt-Brauer	Anke Hartnagel	Ulrike Mehl	Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk	
	Rainer Arnold	Nina Hauer	Petra-Evelyne Merkel	Dr. Cornelia Sonntag- Wolgast	
	Hermann Bachmaier	Hubertus Heil	Ulrike Merten	Wolfgang Spanier	
	Ernst Bahr (Neuruppin)	Reinhold Hemker	Angelika Mertens	Dr. Margrit Spielmann	
	Doris Barnett	Rolf Hempelmann	Ursula Mogg	Jörg-Otto Spiller	
	Dr. Hans-Peter Bartels	Dr. Barbara Hendricks	Michael Müller (Düsseldorf)	Dr. Ditmar Staffelt	
	Eckhardt Barthel (Berlin)	Gustav Herzog	Christian Müller (Zittau)	Ludwig Stiegler	
	Klaus Barthel (Starnberg)	Petra Heß	Gesine Multhaupt	Rolf Stöckel	
	Sören Bartol	Monika Heubaum	Franz Müntefering	Christoph Strässer	
	Sabine Bätzing	Gabriele Hiller-Ohm	Dr. Rolf Mützenich	Rita Streb-Hesse	
	Uwe Beckmeyer	Stephan Hilsberg	Volker Neumann (Bramsche)	Dr. Peter Struck	
	Klaus Uwe Benneter	Gerd Höfer	Dietmar Nietan	Joachim Stünker	
	Dr. Axel Berg	Jelena Hoffmann (Chemnitz)	Dr. Erika Ober	Jörg Tauss	
	Ute Berg	Walter Hoffmann (Darmstadt)	Holger Ortel	Jella Teuchner	
	Hans-Werner Bertl	Iris Hoffmann (Wismar)	Heinz Paula	Dr. Gerald Thalheim	
	Petra Bierwirth	Frank Hofmann (Volkach)	Johannes Pflug	Wolfgang Thierse	
	Rudolf Bindig	Eike Hovermann	Joachim Poß	Franz Thönnies	
	Lothar Binding (Heidelberg)	Klaas Hübner	Dr. Wilhelm Priesmeier	Hans-Jürgen Uhl	
	Kurt Bodewig	Christel Humme	Karin Rehbock-Zureich	Rüdiger Veit	
	Gerd Friedrich Bollmann	Lothar Ibrügger	Gerold Reichenbach	Simone Violka	(D)
	Klaus Brandner	Brunhilde Irber	Dr. Carola Reimann	Jörg Vogelsänger	
	Willi Brase	Renate Jäger	Christel Riemann- Hanewinkel	Ute Vogt (Pforzheim)	
(B)	Bernhard Brinkmann (Hildesheim)	Jann-Peter Janssen	Walter Riestler	Dr. Marlies Volkmer	
	Hans-Günter Bruckmann	Klaus-Werner Jonas	Reinhold Robbe	Hans Georg Wagner	
	Edelgard Bulmahn	Johannes Kahrs	René Röspel	Hedi Wegener	
	Marco Bülow	Ulrich Kasparick	Dr. Ernst Dieter Rossmann	Andreas Weigel	
	Ulla Burchardt	Dr. h.c. Susanne Kastner	Karin Roth (Esslingen)	Reinhard Weis (Stendal)	
	Dr. Michael Bürsch	Ulrich Kelber	Michael Roth (Heringen)	Petra Weis	
	Hans Martin Bury	Hans-Peter Kemper	Gerhard Rübenkönig	Gunter Weißberger	
	Hans Büttner (Ingolstadt)	Klaus Kirschner	Ortwin Runde	Matthias Weisheit	
	Marion Caspers-Merk	Hans-Ulrich Klose	Marlene Rupprecht (Tuchenbach)	Gert Weisskirchen (Wiesloch)	
	Dr. Peter Danckert	Astrid Klug	Thomas Sauer	Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker	
	Dr. Herta Däubler-Gmelin	Dr. Heinz Köhler (Coburg)	Anton Schaaf	Jochen Welt	
	Karl Diller	Walter Kolbow	Axel Schäfer (Bochum)	Dr. Rainer Wend	
	Martin Dörmann	Fritz Rudolf Körper	Gudrun Schaich-Walch	Lydia Westrich	
	Peter Dreßen	Karin Kortmann	Rudolf Scharping	Inge Wettig-Danielmeier	
	Detlef Dzembritzki	Rolf Kramer	Bernd Scheelen	Dr. Margrit Wetzel	
	Sebastian Edathy	Anette Kramme	Dr. Hermann Scheer	Andrea Wicklein	
	Siegmond Ehrmann	Ernst Kranz	Siegfried Scheffler	Jürgen Wieczorek (Böhlen)	
	Hans Eichel	Nicolette Kressl	Horst Schild	Heidemarie Wieczorek-Zeul	
	Marga Elser	Volker Kröning	Otto Schily	Dr. Dieter Wiefelspütz	
	Gernot Erler	Angelika Krüger-Leißner	Horst Schmidbauer (Nürnberg)	Brigitte Wimmer (Karlsruhe)	
	Petra Ernstberger	Dr. Hans-Ulrich Krüger	Ulla Schmidt (Aachen)	Engelbert Wistuba	
	Karin Evers-Meyer	Horst Kubatschka	Silvia Schmidt (Eisleben)	Barbara Wittig	
	Annette Faße	Ernst Küchler	Dagmar Schmidt (Meschede)	Dr. Wolfgang Wodarg	
	Elke Ferner	Helga Kühn-Mengel	Wilhelm Schmidt (Salzgitter)	Verena Wohlleben	
	Gabriele Fograscher	Ute Kumpf	Heinz Schmitt (Landau)	Waltraud Wolff (Wolmirstedt)	
	Rainer Fornahl	Dr. Uwe Küster	Carsten Schneider	Heidi Wright	
	Gabriele Frechen	Christine Lambrecht	Walter Schöler	Uta Zapf	
	Dagmar Freitag	Christian Lange (Backnang)	Olaf Scholz	Manfred Helmut Zöllmer	
	Lilo Friedrich (Mettmann)	Christine Lehder			
	Iris Gleicke	Waltraud Lehn			
	Günter Gloser				
	Uwe Göllner				
	Renate Gradistanac				

**Präsident Wolfgang Thierse**

- |     |  |   |  |  |     |
|-----|--|---|--|--|-----|
| (A) | Dr. Christoph Zöpel  | Norbert Barthle<br>Dr. Wolf Bauer<br>Günter Baumann<br>Ernst-Reinhard Beck<br>(Reutlingen)<br>Veronika Bellmann<br>Dr. Christoph Bergner<br>Otto Bernhardt<br>Dr. Rolf Bietmann<br>Clemens Binninger<br>Renate Blank<br>Peter Bleser<br>Antje Blumenthal<br>Dr. Maria Böhmer<br>Jochen Borchert<br>Wolfgang Börnsen<br>(Bönstrup)<br>Wolfgang Bosbach<br>Dr. Wolfgang Bötsch<br>Klaus Brähmig<br>Dr. Ralf Brauksiepe<br>Helge Braun<br>Monika Brüning<br>Georg Brunnhuber<br>Verena Butalikakis<br>Hartmut Büttner<br>(Schönebeck)<br>Cajus Caesar<br>Manfred Carstens (Emstek)<br>Peter H. Carstensen<br>(Nordstrand)<br>Gitta Connemann<br>Leo Dautzenberg<br>Hubert Deittert<br>Albert Deß<br>Alexander Dobrindt<br>Vera Dominke<br>Thomas Dörflinger<br>Marie-Luise Dött<br>Maria Eichhorn<br>Rainer Eppelmann<br>Anke Eymer (Lübeck)<br>Georg Fahrenschon<br>Ilse Falk<br>Dr. Hans Georg Faust<br>Albrecht Feibel<br>Enak Ferlemann<br>Ingrid Fischbach<br>Hartwig Fischer (Göttingen)<br>Dirk Fischer (Hamburg)<br>Axel E. Fischer (Karlsruhe-<br>Land)<br>Dr. Maria Flachsbarth<br>Klaus-Peter Flosbach<br>Herbert Frankenhauser<br>Dr. Hans-Peter Friedrich<br>(Hof)<br>Erich G. Fritz<br>Jochen-Konrad Fromme<br>Dr. Michael Fuchs<br>Hans-Joachim Fuchtel<br>Dr. Peter Gauweiler<br>Dr. Jürgen Gehb<br>Norbert Geis<br>Roland Gewalt<br>Eberhard Gienger<br>Georg Girisch<br>Michael Glos | Ralf Göbel<br>Dr. Reinhard Göhner<br>Tanja Gönner<br>Josef Göppel<br>Peter Götz<br>Dr. Wolfgang Götzer<br>Ute Granold<br>Kurt-Dieter Grill<br>Reinhard Grindel<br>Hermann Gröhe<br>Michael Grosse-Brömer<br>Markus Grübel<br>Manfred Grund<br>Karl-Theodor Freiherr von<br>und zu Guttenberg<br>Olav Gutting<br>Holger-Heinrich Haibach<br>Gerda Hasselfeldt<br>Klaus-Jürgen Hedrich<br>Helmut Heiderich<br>Ursula Heinen<br>Siegfried Helias<br>Uda Carmen Freia Heller<br>Michael Hennrich<br>Jürgen Herrmann<br>Bernd Heynemann<br>Ernst Hinsken<br>Peter Hintze<br>Robert Hochbaum<br>Klaus Hofbauer<br>Martin Hohmann<br>Joachim Hörster<br>Hubert Hüppe<br>Susanne Jaffke<br>Dr. Dieter Jahr<br>Dr. Egon Jüttner<br>Bartholomäus Kalb<br>Steffen Kampeter<br>Irmgard Karwatzki<br>Bernhard Nikolaus Kaster<br>Siegfried Kauder (Bad<br>Dürnheim)<br>Volker Kauder<br>Gerlinde Kaupa<br>Eckart von Klaeden<br>Jürgen Klimke<br>Julia Klöckner<br>Kristina Köhler (Wiesbaden)<br>Manfred Kolbe<br>Norbert Königshofen<br>Hartmut Koschyk<br>Thomas Kossendey<br>Rudolf Kraus<br>Michael Kretschmer<br>Günther Krichbaum<br>Günter Krings<br>Dr. Martina Krogmann<br>Dr. Hermann Kues<br>Werner Kuhn (Zingst)<br>Dr. Karl A. Lamers<br>(Heidelberg)<br>Dr. Norbert Lammert<br>Helmut Lamp<br>Barbara Lanzinger<br>Karl-Josef Laumann<br>Vera Lengsfeld<br>Peter Letzgus<br>Ursula Lietz<br>Walter Link (Diepholz)<br>Eduard Lintner | Dr. Klaus W. Lippold<br>(Offenbach)<br>Patricia Lips<br>Dr. Michael Luther<br>Dorothee Mantel<br>Erwin Marschewski<br>(Recklinghausen)<br>Stephan Mayer (Altötting)<br>Conny Mayer (Baiersbronn)<br>Dr. Martin Mayer<br>(Siegertsbrunn)<br>Wolfgang Meckelburg<br>Dr. Michael Meister<br>Dr. Angela Merkel<br>Friedrich Merz<br>Laurenz Meyer (Hamm)<br>Doris Meyer (Tapfheim)<br>Maria Michalk<br>Hans Michelbach<br>Klaus Minkel<br>Marlene Mortler<br>Stefan Müller (Erlangen)<br>Bernward Müller (Gera)<br>Dr. Gerd Müller<br>Hildegard Müller<br>Bernd Neumann (Bremen)<br>Henry Nitzsche<br>Michaela Noll<br>Claudia Nolte<br>Günter Nooke<br>Dr. Georg Nüblein<br>Franz Obermeier<br>Eduard Oswald<br>Melanie Oßwald<br>Rita Pawelski<br>Dr. Peter Paziorek<br>Ulrich Petzold<br>Dr. Joachim Pfeiffer<br>Sibylle Pfeiffer<br>Dr. Friedbert Pflüger<br>Beatrix Philipp<br>Ronald Pofalla<br>Ruprecht Polenz<br>Daniela Raab<br>Thomas Rachel<br>Hans Raidel<br>Dr. Peter Ramsauer<br>Helmut Rauber<br>Peter Rauen<br>Christa Reichard (Dresden)<br>Katherina Reiche<br>Hans-Peter Repnik<br>Klaus Riegert<br>Dr. Heinz Riesenhuber<br>Hannelore Roedel<br>Franz-Xaver Romer<br>Heinrich-Wilhelm Ronsöhr<br>Dr. Klaus Rose<br>Kurt J. Rossmannith<br>Dr. Norbert Röttgen<br>Dr. Christian Ruck<br>Volker Rühe<br>Albert Rupprecht (Weiden)<br>Peter Rzepka<br>Anita Schäfer (Saalstadt)<br>Dr. Wolfgang Schäuble<br>Hartmut Schauerte<br>Andreas Scheuer<br>Norbert Schindler<br>Georg Schirmbeck | (C) |
| (B) | Kerstin Müller (Köln)<br>Winfried Nachtwei<br>Christa Nickels<br>Friedrich Ostendorff<br>Simone Probst<br>Claudia Roth (Augsburg)<br>Krista Sager<br>Christine Scheel<br>Irmgard Schewe-Gerigk<br>Rezzo Schlauch<br>Albert Schmidt (Ingolstadt)<br>Werner Schulz (Berlin)<br>Petra Selg<br>Ursula Sowa<br>Rainer Steenblock<br>Silke Stokar von Neuforn<br>Hans-Christian Ströbele<br>Jürgen Trittin<br>Marianne Tritz<br>Hubert Ulrich<br>Dr. Antje Vogel-Sperl<br>Dr. Antje Vollmer<br>Dr. Ludger Volmer<br>Josef Philip Winkler<br>Margareta Wolf (Frankfurt) |   |  | (D)  |     |

**Nein****CDU/CSU**

Ulrich Adam  
Ilse Aigner  
Peter Altmaier  
Dietrich Austermann

**Präsident Wolfgang Thierse**

(A)	Bernd Schmidbauer Christian Schmidt (Fürth) Andreas Schmidt (Mülheim) Dr. Andreas Schockenhoff Dr. Ole Schröder Bernhard Schulte-Drüggelte Uwe Schummer Wilhelm Josef Sebastian Horst Seehofer Kurt Segner Matthias Sehling Marion Seib Heinz Seiffert Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Jens Spahn Erika Steinbach Christian von Stetten Gero Storjohann Andreas Storm Max Straubinger Matthäus Strebl Thomas Strobl (Heilbronn) Lena Strohmann Michael Stübgen	Antje Tillmann Edeltraut Töpfer Dr. Hans-Peter Uhl Arnold Vaatz Volkmar Uwe Vogel Andrea Astrid Voßhoff Gerhard Wächter Marko Wanderwitz Peter Weiß (Emmendingen) Gerald Weiß (Groß-Gerau) Ingo Wellenreuther Annette Widmann-Mauz Klaus-Peter Willsch Willy Wimmer (Neuss) Matthias Wissmann Werner Wittlich Dagmar Wöhl Elke Wülfing Wolfgang Zeitlmann Wolfgang Zöller Willi Zylajew	Angelika Brunkhorst Ernst Burgbacher Helga Daub Jörg van Essen Ulrike Flach Otto Fricke Horst Friedrich (Bayreuth) Rainer Funke Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Joachim Günther (Plauen) Dr. Karlheinz Guttmacher Dr. Christel Happach-Kasan Christoph Hartmann (Homburg) Klaus Haupt Ulrich Heinrich Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Michael Kauch Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Jürgen Koppelin Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Ina Lenke	Sabine Leutheusser- Schnarrenberger Markus Löning Dirk Niebel Günther Friedrich Nolting Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Eberhard Otto (Gödern) Detlef Parr Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Andreas Pinkwart Dr. Günter Rexrodt Marita Sehn Dr. Hermann Otto Solms Dr. Max Stadler Dr. Rainer Stinner Carl-Ludwig Thiele Dr. Dieter Thomae Jürgen Türk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein	(C)
	<b>FDP</b>		<b>Fraktionslose Abgeordnete</b>		
	Daniel Bahr (Münster) Rainer Brüderle		Dr. Gesine Lötzsch Petra Pau		

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 20f: Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer, Drucksachen 15/1517 und 15/1664. Der Finanzausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1727, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen des Hauses im Übrigen angenommen.

**Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung. Die Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen verlangen namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben<sup>1)</sup>.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir mit unserem Ab-

stimmungsmarathon fortfahren und die Abstimmungen ordnungsgemäß durchführen können.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Entschließungsanträge. Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1746? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP abgelehnt. (D)

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1753. Dieser Entschließungsantrag bezieht sich nicht nur auf das Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer, sondern auch auf das Haushaltsbegleitgesetz 2004 sowie die Gesetze zur Änderung des Tabaksteuergesetzes, zur Förderung der Steuerehrlichkeit und zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz, über die wir soeben abgestimmt haben. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen des Hauses gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

Abstimmung über den vom Bundesrat eingebrachten Entwurf eines Soforthilfegesetzes für die Gemeinden, Drucksache 15/1470. Der Finanzausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1727, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 5788 C

## Präsident Wolfgang Thierse

- (A) Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Tagesordnungspunkt 20 g: Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 15/1727 zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Finanzkraft der Kommunen stärken – Kommunale Selbstverwaltung sichern“. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung, den Antrag auf Drucksache 15/1217 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU/CSU bei Enthaltung der FDP-Fraktion angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1247 zur Änderung des Grundgesetzes – Kommunale Finanzreform. Der Rechtsausschuss empfiehlt auf Drucksache 15/1729, den Gesetzentwurf abzulehnen. Die Fraktion der FDP hat getrennte Abstimmung zu einigen Vorschriften verlangt.

Art. 1 Nr. 1 Buchstabe a: Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Art. 1 Nr. 1 Buchstabe a ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

bei Enthaltung der CDU/CSU-Fraktion und Zustimmung der FDP abgelehnt. (C)

Art. 1 Nr. 1 Buchstabe b: Die Fraktion der FDP verlangt namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das noch nicht abgestimmt hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.<sup>1)</sup>

Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer bekannt; das sind die Drucksachen 15/1517, 15/1664 und 15/1727. Abgegebene Stimmen 603. Mit Ja haben gestimmt 306, mit Nein haben gestimmt 297, Enthaltungen keine. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 5791 C

(B)	<p><b>Endgültiges Ergebnis</b></p> <p>Abgegebene Stimmen: 601; davon ja: 305 nein: 296</p> <p><b>Ja</b></p> <p><b>SPD</b></p> <p>Dr. Lale Akgün Gerd Andres Ingrid Arndt-Brauer Rainer Arnold Hermann Bachmaier Ernst Bahr (Neuruppin) Doris Barnett Dr. Hans-Peter Bartels Eckhardt Barthel (Berlin) Klaus Barthel (Starnberg) Sören Bartol Sabine Bätzing Uwe Beckmeyer Klaus Uwe Benneter Dr. Axel Berg Ute Berg Hans-Werner Bertl Petra Bierwirth Rudolf Bindig Lothar Binding (Heidelberg) Kurt Bodewig Gerd Friedrich Bollmann</p>	<p>Klaus Brandner Willi Brase Bernhard Brinkmann (Hildesheim) Hans-Günter Bruckmann Edelgard Bulmahn Marco Bülow Ulla Burchardt Dr. Michael Bürsch Hans Martin Bury Hans Büttner (Ingolstadt) Marion Caspers-Merk Dr. Peter Danckert Dr. Herta Däubler-Gmelin Karl Diller Martin Dörmann Peter Dreßen Detlef Dzembitzki Sebastian Edathy Siegmond Ehrmann Hans Eichel Marga Elser Gernot Erler Petra Ernstberger Karin Evers-Meyer Annette Faß Elke Ferner Gabriele Fograscher Rainer Fornahl Gabriele Frechen Dagmar Freitag Lilo Friedrich (Mettmann) Iris Gleicke</p>	<p>Günter Gloser Uwe Göllner Renate Gradistanac Angelika Graf (Rosenheim) Dieter Grasedieck Monika Griefahn Kerstin Griese Gabriele Gronenberg Achim Großmann Wolfgang Grotthaus Karl-Hermann Haack (Extertal) Hans-Joachim Hacker Bettina Hagedorn Klaus Hagemann Alfred Hartenbach Michael Hartmann (Wackernheim) Anke Hartnagel Nina Hauer Hubertus Heil Reinhold Hemker Rolf Hempelmann Dr. Barbara Hendricks Gustav Herzog Petra Heß Monika Heubaum Gabriele Hiller-Ohm Stephan Hilsberg Gerd Höfer Jelena Hoffmann (Chemnitz) Walter Hoffmann (Darmstadt)</p>	<p>Iris Hoffmann (Wismar) Frank Hofmann (Volkach) Eike Hovermann Klaas Hübner Christel Humme Lothar Ibrügger Brunhilde Irber Renate Jäger Jann-Peter Janssen Klaus-Werner Jonas Johannes Kahrs Ulrich Kasparick Dr. h. c. Susanne Kastner Ulrich Kelber Hans-Peter Kemper Klaus Kirschner Hans-Ulrich Klose Astrid Klug Dr. Heinz Köhler (Coburg) Walter Kolbow Fritz Rudolf Körper Karin Kortmann Rolf Kramer Anette Kramme Ernst Kranz Nicolette Kressl Volker Kröning Angelika Krüger-Leißner Dr. Hans-Ulrich Krüger Horst Kubatschka Ernst Küchler Helga Kühn-Mengel Ute Kumpf</p>	(D)
-----	--	--	---	--	-----

**Präsident Wolfgang Thierse**

- |     |   |  |  |  |     |
|-----|---|--|--|--|-----|
| (A) | Dr. Uwe Küster<br>Christine Lambrecht<br>Christian Lange (Backnang)<br>Christine Lehder<br>Waltraud Lehn<br>Dr. Elke Leonhard<br>Eckhart Lewering<br>Götz-Peter Lohmann<br>Erika Lotz<br>Dr. Christine Lucyga<br>Dirk Manzewski<br>Tobias Marhold<br>Lothar Mark<br>Caren Marks<br>Christoph Matschie<br>Hilde Mattheis<br>Markus Meckel<br>Ulrike Mehl<br>Petra-Evelyne Merkel<br>Ulrike Merten<br>Angelika Mertens<br>Ursula Mogg<br>Michael Müller (Düsseldorf)<br>Christian Müller (Zittau)<br>Gesine Multhaupt<br>Franz Müntefering<br>Dr. Rolf Mützenich<br>Volker Neumann (Bramsche)<br>Dietmar Nietan<br>Dr. Erika Ober<br>Holger Ortel<br>Heinz Paula<br>Johannes Pflug<br>Joachim Poß   | Heinz Schmitt (Landau)<br>Carsten Schneider<br>Walter Schöler<br>Olaf Scholz<br>Karsten Schönfeld<br>Fritz Schösser<br>Wilfried Schreck<br>Ottmar Schreiner<br>Gerhard Schröder<br>Gisela Schröter<br>Brigitte Schulte (Hameln)<br>Reinhard Schultz<br>(Everswinkel)<br>Swen Schulz (Spandau)<br>Dr. Angelica Schwall-Düren<br>Dr. Martin Schwanholz<br>Rolf Schwanitz<br>Erika Simm<br>Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk<br>Dr. Cornelia Sonntag-<br>Wolgast<br>Wolfgang Spanier<br>Dr. Margrit Spielmann<br>Jörg-Otto Spiller<br>Dr. Ditmar Staffelt<br>Ludwig Stiegler<br>Rolf Stöckel<br>Christoph Strässer<br>Rita Streb-Hesse<br>Dr. Peter Struck<br>Joachim Stünker<br>Jörg Tauss<br>Jella Teuchner<br>Dr. Gerald Thalheim<br>Wolfgang Thierse<br>Franz Thönnies<br>Hans-Jürgen Uhl<br>Rüdiger Veit<br>Simone Viola<br>Jörg Vogelsänger<br>Ute Vogt (Pforzheim)<br>Dr. Marlies Volkmer<br>Hans Georg Wagner<br>Hedi Wegener<br>Andreas Weigel<br>Reinhard Weis (Stendal)<br>Petra Weis<br>Gunter Weißgerber<br>Matthias Weisheit<br>Gert Weisskirchen<br>(Wiesloch)<br>Dr. Ernst Ulrich von<br>Weizsäcker<br>Jochen Welt<br>Dr. Rainer Wend<br>Lydia Westrich<br>Inge Wettig-Danielmeier<br>Dr. Margrit Wetzel<br>Andrea Wicklein<br>Jürgen Wiczorek (Böhlen)<br>Heidemarie Wiczorek-Zeul<br>Dr. Dieter Wiefelspütz<br>Brigitte Wimmer (Karlsruhe)<br>Engelbert Wistuba<br>Barbara Wittig<br>Dr. Wolfgang Wodarg<br>Verena Wohlleben | Waltraud Wolff<br>(Wolmirstedt)<br>Heidi Wright<br>Uta Zapf<br>Manfred Helmut Zöllmer<br>Dr. Christoph Zöpel<br><br><b>BÜNDNIS 90/DIE<br/>GRÜNEN</b><br><br>Kerstin Andreae<br>Marieluise Beck (Bremen)<br>Volker Beck (Köln)<br>Cornelia Behm<br>Birgitt Bender<br>Matthias Berninger<br>Grietje Bettin<br>Alexander Bonde<br>Ekin Deligöz<br>Dr. Thea Dückert<br>Jutta Dümpe-Krüger<br>Franziska Eichstädt-Bohlig<br>Dr. Uschi Eid<br>Hans-Josef Fell<br>Joseph Fischer (Frankfurt)<br>Katrin Göring-Eckardt<br>Anja Hajduk<br>Winfried Hermann<br>Antje Hermenau<br>Peter Hettlich<br>Ulrike Höfken<br>Thilo Hoppe<br>Michael Hustedt<br>Fritz Kuhn<br>Renate Künast<br>Undine Kurth (Quedlinburg)<br>Markus Kurth<br>Dr. Reinhard Loske<br>Anna Lührmann<br>Jerzy Montag<br>Kerstin Müller (Köln)<br>Winfried Nachtwei<br>Christa Nickels<br>Friedrich Ostendorff<br>Simone Probst<br>Claudia Roth (Augsburg)<br>Krista Sager<br>Christine Scheel<br>Irmgard Schewe-Gerigk<br>Rezzo Schlauch<br>Albert Schmidt (Ingolstadt)<br>Werner Schulz (Berlin)<br>Petra Selg<br>Ursula Sowa<br>Rainer Steenblock<br>Silke Stokar von Neuforn<br>Hans-Christian Ströbele<br>Jürgen Trittin<br>Marianne Tritz<br>Hubert Ulrich<br>Dr. Antje Vogel-Sperl<br>Dr. Antje Vollmer<br>Dr. Ludger Volmer<br>Josef Philip Winkler<br>Margareta Wolf (Frankfurt) | <b>Nein</b><br><br><b>CDU/CSU</b><br><br>Ulrich Adam<br>Ilse Aigner<br>Peter Altmaier<br>Dietrich Austermann<br>Norbert Barthle<br>Dr. Wolf Bauer<br>Günter Baumann<br>Ernst-Reinhard Beck<br>(Reutlingen)<br>Veronika Bellmann<br>Dr. Christoph Bergner<br>Otto Bernhardt<br>Dr. Rolf Bietmann<br>Clemens Binninger<br>Renate Blank<br>Peter Bleser<br>Antje Blumenthal<br>Dr. Maria Böhmer<br>Jochen Borchert<br>Wolfgang Börnsen<br>(Bönstrup)<br>Wolfgang Bosbach<br>Dr. Wolfgang Bötsch<br>Klaus Brähmig<br>Dr. Ralf Brauksiepe<br>Helge Braun<br>Monika Brünig<br>Georg Brunnhuber<br>Verena Butalikakis<br>Hartmut Büttner<br>(Schönebeck)<br>Cajus Caesar<br>Manfred Carstens (Emstek)<br>Peter H. Carstensen<br>(Nordstrand)<br>Gitta Connemann<br>Leo Dautzenberg<br>Hubert Deitert<br>Albert Deß<br>Alexander Dobrindt<br>Vera Dominik<br>Thomas Dörflinger<br>Marie-Luise Dött<br>Maria Eichhorn<br>Rainer Eppelmann<br>Anke Eymer (Lübeck)<br>Georg Fahrenschohn<br>Ilse Falk<br>Dr. Hans Georg Faust<br>Albrecht Feibel<br>Enak Ferlemann<br>Ingrid Fischbach<br>Hartwig Fischer (Göttingen)<br>Dirk Fischer (Hamburg)<br>Axel E. Fischer (Karlsruhe-<br>Land)<br>Dr. Maria Flachsbarth<br>Klaus-Peter Flosbach<br>Herbert Frankenhauser<br>Dr. Hans-Peter Friedrich<br>(Hof)<br>Erich G. Fritz<br>Jochen-Konrad Fromme<br>Dr. Michael Fuchs<br>Hans-Joachim Fuchtel | (C) |
| (B) | Dr. Wilhelm Priesmeier<br>Florian Pronold<br>Dr. Sascha Raabe<br>Karin Rehbock-Zureich<br>Gerold Reichenbach<br>Dr. Carola Reimann<br>Christel Riemann-<br>Hanewinkel<br>Walter Riester<br>Reinhold Robbe<br>René Rösper<br>Dr. Ernst Dieter Rossmann<br>Karin Roth (Esslingen)<br>Michael Roth (Heringen)<br>Gerhard Rübenkönig<br>Ortwin Runde<br>Marlene Rupprecht<br>(Tuchenbach)<br>Thomas Sauer<br>Anton Schaaf<br>Axel Schäfer (Bochum)<br>Gudrun Schleich-Walch<br>Rudolf Scharping<br>Bernd Scheelen<br>Dr. Hermann Scheer<br>Siegfried Scheffler<br>Horst Schild<br>Otto Schily<br>Horst Schmidbauer<br>(Nürnberg)<br>Ulla Schmidt (Aachen)<br>Silvia Schmidt (Eisleben)<br>Dagmar Schmidt (Meschede)<br>Wilhelm Schmidt (Salzgitter) |  |  |  | (D) |

**Präsident Wolfgang Thierse**

- |     |   |   |   |   |     |
|-----|---|---|---|---|-----|
| (A) | Dr. Peter Gauweiler<br>Dr. Jürgen Gehb<br>Norbert Geis<br>Roland Gewalt<br>Eberhard Gienger<br>Georg Girisch<br>Michael Glos<br>Ralf Göbel<br>Dr. Reinhard Göhner<br>Tanja Gönner<br>Josef Göppel<br>Peter Götz<br>Dr. Wolfgang Götzer<br>Ute Granold<br>Kurt-Dieter Grill<br>Reinhard Grindel<br>Hermann Gröhe<br>Michael Grosse-Brömer<br>Markus Grübel<br>Manfred Grund<br>Karl-Theodor Freiherr von<br>und zu Guttenberg<br>Olav Gutting<br>Holger-Heinrich Haibach<br>Gerda Hasselfeldt<br>Klaus-Jürgen Hedrich<br>Helmut Heiderich<br>Ursula Heinen<br>Siegfried Helias<br>Uda Carmen Freia Heller<br>Michael Hennrich<br>Jürgen Herrmann<br>Bernd Heynemann<br>Ernst Hinsken<br>Peter Hintze | Dr. Martina Krogmann<br>Dr. Hermann Kues<br>Werner Kuhn (Zingst)<br>Dr. Karl A. Lamers<br>(Heidelberg)<br>Dr. Norbert Lammert<br>Helmut Lamp<br>Barbara Lanzinger<br>Karl-Josef Laumann<br>Vera Lengsfeld<br>Peter Letzgas<br>Ursula Lietz<br>Walter Link (Diepholz)<br>Eduard Lintner<br>Dr. Klaus W. Lippold<br>(Offenbach)<br>Patricia Lips<br>Dr. Michael Luther<br>Dorothee Mantel<br>Erwin Marschewski<br>(Recklinghausen)<br>Stephan Mayer (Altötting)<br>Conny Mayer (Baiersbronn)<br>Dr. Martin Mayer<br>(Siegertsbrunn)<br>Wolfgang Meckelburg<br>Dr. Michael Meister<br>Dr. Angela Merkel<br>Friedrich Merz<br>Laurenz Meyer (Hamm)<br>Doris Meyer (Tapfheim)<br>Maria Michalk<br>Hans Michelbach<br>Klaus Minkel<br>Marlene Mortler<br>Stefan Müller (Erlangen)<br>Bernward Müller (Gera)<br>Dr. Gerd Müller<br>Hildegard Müller<br>Bernd Neumann (Bremen)<br>Henry Nitzsche<br>Michaela Noll<br>Claudia Nolte<br>Günter Nooke<br>Dr. Georg Nüßlein<br>Franz Obermeier<br>Eduard Oswald<br>Melanie Oßwald<br>Rita Pawelski<br>Dr. Peter Paziorek<br>Ulrich Petzold<br>Dr. Joachim Pfeiffer<br>Sibylle Pfeiffer<br>Dr. Friedbert Pflüger<br>Beatrix Philipp<br>Ronald Pofalla<br>Ruprecht Polenz<br>Daniela Raab<br>Thomas Rachel<br>Hans Raidel<br>Dr. Peter Ramsauer<br>Helmut Rauber<br>Peter Rauen | Christa Reichard (Dresden)<br>Katherina Reiche<br>Hans-Peter Repnik<br>Klaus Riegert<br>Dr. Heinz Riesenhuber<br>Hannelore Roedel<br>Franz-Xaver Romer<br>Heinrich-Wilhelm Ronsöhr<br>Dr. Klaus Rose<br>Kurt J. Rossmann<br>Dr. Norbert Röttgen<br>Dr. Christian Ruck<br>Volker Rühle<br>Albert Rupprecht (Weiden)<br>Peter Rzepka<br>Anita Schäfer (Saalstadt)<br>Dr. Wolfgang Schäuble<br>Hartmut Schauerte<br>Andreas Scheuer<br>Norbert Schindler<br>Georg Schirmbeck<br>Bernd Schmidbauer<br>Christian Schmidt (Fürth)<br>Andreas Schmidt (Mülheim)<br>Dr. Andreas Schockenhoff<br>Dr. Ole Schröder<br>Bernhard Schulte-Drüggelte<br>Uwe Schummer<br>Wilhelm Josef Sebastian<br>Horst Seehofer<br>Kurt Segner<br>Matthias Sehling<br>Marion Seib<br>Heinz Seiffert<br>Bernd Siebert<br>Thomas Silberhorn<br>Johannes Singhammer<br>Jens Spahn<br>Erika Steinbach<br>Christian von Stetten<br>Gero Storjohann<br>Andreas Storm<br>Max Straubinger<br>Matthäus Strebl<br>Thomas Strobl (Heilbronn)<br>Lena Strothmann<br>Michael Stübgen<br>Antje Tillmann<br>Edeltraut Töpfer<br>Dr. Hans-Peter Uhl<br>Arnold Vaatz<br>Volkmar Uwe Vogel<br>Andrea Astrid Voßhoff<br>Gerhard Wächter<br>Marko Wanderwitz<br>Peter Weiß (Emmendingen)<br>Gerald Weiß (Groß-Gerau)<br>Ingo Wellenreuther<br>Annette Widmann-Mauz<br>Klaus-Peter Willsch<br>Willy Wimmer (Neuss)<br>Matthias Wissmann<br>Werner Wittlich | Dagmar Wöhrl<br>Elke Wülfing<br>Wolfgang Zeitlmann<br>Wolfgang Zöllner<br>Willi Zylajew | (C) |
|     |   |   | <b>FDP</b><br>Daniel Bahr (Münster)<br>Rainer Brüderle<br>Angelika Brunkhorst<br>Ernst Burgbacher<br>Helga Daub<br>Jörg van Essen<br>Ulrike Flach<br>Otto Fricke<br>Horst Friedrich (Bayreuth)<br>Rainer Funke<br>Dr. Wolfgang Gerhardt<br>Hans-Michael Goldmann<br>Joachim Günther (Plauen)<br>Dr. Karlheinz Gutmacher<br>Dr. Christel Happach-Kasan<br>Christoph Hartmann<br>(Homburg)<br>Klaus Haupt<br>Ulrich Heinrich<br>Birgit Homburger<br>Dr. Werner Hoyer<br>Michael Kauch<br>Dr. Heinrich L. Kolb<br>Gudrun Kopp<br>Jürgen Koppelin<br>Sibylle Laurischk<br>Harald Leibrecht<br>Ina Lenke<br>Sabine Leutheusser-<br>Schnarrenberger<br>Markus Löning<br>Dirk Niebel<br>Günther Friedrich Nolting<br>Hans-Joachim Otto<br>(Frankfurt)<br>Eberhard Otto (Gödern)<br>Detlef Parr<br>Cornelia Pieper<br>Gisela Piltz<br>Dr. Andreas Pinkwart<br>Dr. Günter Rexrodt<br>Marita Sehn<br>Dr. Hermann Otto Solms<br>Dr. Max Stadler<br>Dr. Rainer Stinner<br>Carl-Ludwig Thiele<br>Dr. Dieter Thomae<br>Jürgen Türk<br>Dr. Guido Westerwelle<br>Dr. Claudia Winterstein  |   |     |
| (B) |   |   | <b>FDP</b><br>Daniel Bahr (Münster)<br>Rainer Brüderle<br>Angelika Brunkhorst<br>Ernst Burgbacher<br>Helga Daub<br>Jörg van Essen<br>Ulrike Flach<br>Otto Fricke<br>Horst Friedrich (Bayreuth)<br>Rainer Funke<br>Dr. Wolfgang Gerhardt<br>Hans-Michael Goldmann<br>Joachim Günther (Plauen)<br>Dr. Karlheinz Gutmacher<br>Dr. Christel Happach-Kasan<br>Christoph Hartmann<br>(Homburg)<br>Klaus Haupt<br>Ulrich Heinrich<br>Birgit Homburger<br>Dr. Werner Hoyer<br>Michael Kauch<br>Dr. Heinrich L. Kolb<br>Gudrun Kopp<br>Jürgen Koppelin<br>Sibylle Laurischk<br>Harald Leibrecht<br>Ina Lenke<br>Sabine Leutheusser-<br>Schnarrenberger<br>Markus Löning<br>Dirk Niebel<br>Günther Friedrich Nolting<br>Hans-Joachim Otto<br>(Frankfurt)<br>Eberhard Otto (Gödern)<br>Detlef Parr<br>Cornelia Pieper<br>Gisela Piltz<br>Dr. Andreas Pinkwart<br>Dr. Günter Rexrodt<br>Marita Sehn<br>Dr. Hermann Otto Solms<br>Dr. Max Stadler<br>Dr. Rainer Stinner<br>Carl-Ludwig Thiele<br>Dr. Dieter Thomae<br>Jürgen Türk<br>Dr. Guido Westerwelle<br>Dr. Claudia Winterstein  | (D)   |     |
|     |   |   | <b>Fraktionslose Abgeordnete</b><br>Dr. Gesine Löttsch<br>Petra Pau   |   |     |

**Präsident Wolfgang Thierse**

(A) Wir fahren in den Abstimmungen fort.

Art. 1 Nr. 2 bis Nr. 5 und Art. 2 sowie Einleitung und Überschrift: Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Art. 1 Nr. 2 bis Nr. 5 und Art. 2 sowie Einleitung und Überschrift sind mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU/CSU und Zustimmung der FDP abgelehnt.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Art. 1 Nr. 1 Buchstabe b steht noch aus.

Tagesordnungspunkt 20 i: Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 15/1261 zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Antragsverfahren bei Agrardiesel deutlich vereinfachen“.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 15/833 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommen.

Wir werden jetzt die Sitzung unterbrechen und das Ergebnis der namentlichen Abstimmung abwarten. Danach wiederholen wir die beiden namentlichen Abstimmungen, bei denen es vorhin bei der Auszählung Probleme gegeben hat. Ich unterbreche die Sitzung für einige Minuten.

(Unterbrechung von 13.44 bis 13.46 Uhr)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über Art. 1 Nr. 1 Buchstabe b des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP zur Änderung des Grundgesetzes – Kommunale Finanzreform – bekannt. Abgegebene Stimmen 600. Mit Ja haben gestimmt 47, mit Nein haben gestimmt 553, Enthaltungen keine. Damit ist Art. 1 Nr. 1 Buchstabe b abgelehnt. Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung insgesamt abgelehnt. Nach unserer Geschäftsordnung entfällt die weitere Beratung.

<b>Endgültiges Ergebnis</b>	
Abgegebene Stimmen:	598;
davon	
ja:	46
nein:	552

(B)	<b>Ja</b>	Markus Löning Dirk Niebel Günther Friedrich Nolting Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Eberhard Otto (Godern) Detlef Parr Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Andreas Pinkwart Dr. Günter Rexrodt Marita Sehn Dr. Hermann Otto Solms Dr. Max Stadler Dr. Rainer Stinner Carl-Ludwig Thiele Dr. Dieter Thomae Jürgen Türk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein	Ute Berg Hans-Werner Bertl Petra Bierwirth Rudolf Bindig Lothar Binding (Heidelberg) Kurt Bodewig Gerd Friedrich Bollmann Klaus Brandner Willi Brase Bernhard Brinkmann (Hildesheim) Hans-Günter Bruckmann Edelgard Bulmahn Marco Bülow Ulla Burchardt Dr. Michael Bürsch Hans Martin Bury Hans Büttner (Ingolstadt) Marion Caspers-Merk Dr. Peter Danckert Dr. Herta Däubler-Gmelin Karl Diller Martin Dörmann Peter Dreßen Detlef Dzembitzki Sebastian Edathy Siegmund Ehrmann Hans Eichel Marga Elser Gernot Erler Petra Ernstberger Karin Evers-Meyer Annette Faße Elke Ferner Gabriele Fograscher Rainer Fornahl Gabriele Frechen Dagmar Freitag Lilo Friedrich (Mettmann)	Iris Gleicke Günter Gloser Uwe Göllner Renate Gradistanac Angelika Graf (Rosenheim) Dieter Grasedieck Monika Griefahn Kerstin Griese Gabriele Groneberg Achim Großmann Wolfgang Grotthaus Karl-Hermann Haack (Extertal) Hans-Joachim Hacker Bettina Hagedorn Klaus Hagemann Alfred Hartenbach Michael Hartmann (Wackernheim) Anke Hartnagel Nina Hauer Hubertus Heil Reinhold Hemker Rolf Hempelmann Dr. Barbara Hendricks Gustav Herzog Petra Heß Monika Heubaum Gabriele Hiller-Ohm Stephan Hilsberg Gerd Höfer Jelena Hoffmann (Chemnitz) Walter Hoffmann (Darmstadt) Iris Hoffmann (Wismar) Frank Hofmann (Volkach) Eike Hovermann Klaas Hübner Christel Humme	(D)
	<b>Nein</b>				
	<b>SPD</b>	Dr. Lale Akgün Gerd Andres Ingrid Arndt-Brauer Rainer Arnold Hermann Bachmaier Ernst Bahr (Neuruppin) Doris Barnett Dr. Hans-Peter Bartels Klaus Barthel (Starnberg) Sören Bartol Sabine Bätzing Uwe Beckmeyer Klaus Uwe Benneter Dr. Axel Berg			

**Präsident Wolfgang Thierse**

- |     |  |   |   |   |     |
|-----|--|---|---|---|-----|
| (A) | Lothar Ibrügger<br>Brunhilde Irber<br>Renate Jäger<br>Jann-Peter Janssen<br>Klaus-Werner Jonas<br>Johannes Kahrs<br>Ulrich Kasparick<br>Dr. h.c. Susanne Kastner<br>Ulrich Kelber<br>Hans-Peter Kemper<br>Klaus Kirschner<br>Hans-Ulrich Klose<br>Astrid Klug<br>Dr. Heinz Köhler (Coburg)<br>Walter Kolbow<br>Fritz Rudolf Körper<br>Karin Kortmann<br>Rolf Kramer<br>Anette Kramme<br>Ernst Kranz<br>Nicolette Kressl<br>Volker Kröning<br>Angelika Krüger-Leißner<br>Dr. Hans-Ulrich Krüger<br>Horst Kubatschka<br>Ernst Küchler<br>Helga Kühn-Mengel<br>Ute Kumpf<br>Dr. Uwe Küster<br>Christine Lambrecht<br>Christian Lange (Backnang)<br>Christine Lehder<br>Waltraud Lehn<br>Dr. Elke Leonhard     | Dr. Carola Reimann<br>Christel Riemann-<br>Hanewinkel<br>Walter Riester<br>Reinhold Robbe<br>René Röspel<br>Dr. Ernst Dieter Rossmann<br>Karin Roth (Esslingen)<br>Michael Roth (Heringen)<br>Gerhard Rübenkönig<br>Ortwin Runde<br>Marlene Rupprecht<br>(Tuchenbach)<br>Thomas Sauer<br>Anton Schaaf<br>Axel Schäfer (Bochum)<br>Gudrun Schaich-Walch<br>Rudolf Scharping<br>Bernd Scheelen<br>Dr. Hermann Scheer<br>Siegfried Scheffler<br>Horst Schild<br>Otto Schily<br>Horst Schmidbauer<br>(Nürnberg)<br>Ulla Schmidt (Aachen)<br>Silvia Schmidt (Eisleben)<br>Dagmar Schmidt (Meschede)<br>Wilhelm Schmidt (Salzgitter)<br>Heinz Schmitt (Landau)<br>Carsten Schneider<br>Walter Schöler<br>Olaf Scholz<br>Karsten Schönfeld | Jörg Vogelsänger<br>Ute Vogt (Pforzheim)<br>Dr. Marlies Volkmer<br>Hans Georg Wagner<br>Hedi Wegener<br>Andreas Weigel<br>Reinhard Weis (Stendal)<br>Petra Weis<br>Gunter Weißgerber<br>Matthias Weisheit<br>Gert Weisskirchen<br>(Wiesloch)<br>Dr. Ernst Ulrich von<br>Weizsäcker<br>Jochen Welt<br>Dr. Rainer Wend<br>Lydia Westrich<br>Inge Wettig-Danielmeier<br>Dr. Margrit Wetzel<br>Andrea Wicklein<br>Jürgen Wieczorek (Böhlen)<br>Heidemarie Wieczorek-Zeul<br>Dr. Dieter Wiefelspütz<br>Brigitte Wimmer (Karlsruhe)<br>Engelbert Wistuba<br>Barbara Wittig<br>Dr. Wolfgang Wodarg<br>Verena Wohlleben<br>Waltraud Wolff<br>(Wolmirstedt)<br>Heidi Wright<br>Manfred Helmut Zöllmer<br>Dr. Christoph Zöpel | Peter H. Carstensen<br>(Nordstrand)<br>Gitta Connemann<br>Leo Dautzenberg<br>Hubert Deittert<br>Albert Deß<br>Alexander Dobrindt<br>Vera Dominke<br>Thomas Dörflinger<br>Marie-Luise Dött<br>Maria Eichhorn<br>Rainer Eppelmann<br>Anke Eymer (Lübeck)<br>Georg Fahrenschohn<br>Ilse Falk<br>Dr. Hans Georg Faust<br>Albrecht Feibel<br>Enak Ferlemann<br>Ingrid Fischbach<br>Hartwig Fischer (Göttingen)<br>Dirk Fischer (Hamburg)<br>Axel E. Fischer (Karlsruhe-<br>Land)<br>Dr. Maria Flachsbarth<br>Klaus-Peter Flosbach<br>Herbert Frankenhauser<br>Dr. Hans-Peter Friedrich<br>(Hof)<br>Erich G. Fritz<br>Jochen-Konrad Fromme<br>Dr. Michael Fuchs<br>Hans-Joachim Fuchtel<br>Dr. Peter Gauweiler<br>Dr. Jürgen Gehb | (C) |
| (B) | Eckhart Lewering<br>Götz-Peter Lohmann<br>Gabriele Lösekrug-Möller<br>Erika Lotz<br>Dr. Christine Lucyga<br>Dirk Manzewski<br>Tobias Marhold<br>Lothar Mark<br>Caren Marks<br>Christoph Matschie<br>Hilde Mattheis<br>Markus Meckel<br>Ulrike Mehl<br>Petra-Evelyne Merkel<br>Ulrike Merten<br>Angelika Mertens<br>Ursula Mogg<br>Michael Müller (Düsseldorf)<br>Christian Müller (Zittau)<br>Gesine Multhaupt<br>Franz Müntefering<br>Dr. Rolf Mützenich<br>Volker Neumann (Bramsche)<br>Dietmar Nietan<br>Dr. Erika Ober<br>Holger Ortel<br>Heinz Paula<br>Johannes Pflug<br>Joachim Poß<br>Dr. Wilhelm Priesmeier<br>Florian Pronold<br>Dr. Sascha Raabe<br>Karin Rehbock-Zureich<br>Gerold Reichenbach | Fritz Schösser<br>Wilfried Schreck<br>Ottmar Schreiner<br>Gerhard Schröder<br>Gisela Schröter<br>Brigitte Schulte (Hameln)<br>Reinhard Schultz<br>(Everswinkel)<br>Swen Schulz (Spandau)<br>Dr. Angelica Schwall-Düren<br>Dr. Martin Schwanholz<br>Rolf Schwanitz<br>Erika Simm<br>Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk<br>Dr. Cornelia Sonntag-<br>Wolgast<br>Wolfgang Spanier<br>Dr. Margrit Spielmann<br>Jörg-Otto Spiller<br>Dr. Ditmar Staffelt<br>Ludwig Stiegler<br>Rolf Stöckel<br>Christoph Strässer<br>Rita Streb-Hesse<br>Dr. Peter Struck<br>Joachim Stünker<br>Jörg Tauss<br>Jella Teuchner<br>Dr. Gerald Thalheim<br>Wolfgang Thierse<br>Franz Thönnies<br>Hans-Jürgen Uhl<br>Rüdiger Veit<br>Simone Viola                      | <b>CDU/CSU</b><br>Ulrich Adam<br>Ilse Aigner<br>Peter Altmaier<br>Dietrich Austermann<br>Norbert Barthle<br>Dr. Wolf Bauer<br>Günter Baumann<br>Ernst-Reinhard Beck<br>(Reutlingen)<br>Veronika Bellmann<br>Dr. Christoph Bergner<br>Otto Bernhardt<br>Dr. Rolf Bietmann<br>Clemens Binninger<br>Renate Blank<br>Peter Bleser<br>Antje Blumenthal<br>Dr. Maria Böhmer<br>Jochen Borchert<br>Wolfgang Börnsen<br>(Bönstrup)<br>Wolfgang Bosbach<br>Dr. Wolfgang Bötsch<br>Klaus Brähmig<br>Dr. Ralf Brauksiepe<br>Helge Braun<br>Monika Brünning<br>Georg Brunnhuber<br>Verena Butalikakis<br>Hartmut Büttner<br>(Schönebeck)<br>Cajus Caesar<br>Manfred Carstens (Emstek)   | Norbert Geis<br>Roland Gewalt<br>Eberhard Gienger<br>Georg Girisch<br>Michael Glos<br>Ralf Göbel<br>Dr. Reinhard Göhner<br>Tanja Gönner<br>Josef Göppel<br>Peter Götz<br>Dr. Wolfgang Götzer<br>Ute Granold<br>Kurt-Dieter Grill<br>Reinhard Grindel<br>Hermann Gröhe<br>Michael Grosse-Brömer<br>Markus Grübel<br>Manfred Grund<br>Karl-Theodor Freiherr von<br>und zu Guttenberg<br>Olav Gutting<br>Holger-Heinrich Haibach<br>Gerda Hasselfeldt<br>Klaus-Jürgen Hedrich<br>Helmut Heiderich<br>Ursula Heinen<br>Siegfried Helias<br>Uda Carmen Freia Heller<br>Michael Hennrich<br>Jürgen Herrmann<br>Bernd Heynemann<br>Ernst Hinsken<br>Peter Hintze<br>Robert Hochbaum  | (D) |

**Präsident Wolfgang Thierse**

- |     |  |  |  |  |     |
|-----|--|--|--|--|-----|
| (A) | <p>Klaus Hofbauer<br/>Martin Hohmann<br/>Joachim Hörster<br/>Hubert Hüppe<br/>Susanne Jaffke<br/>Dr. Peter Jahr<br/>Dr. Egon Jüttner<br/>Bartholomäus Kalb<br/>Steffen Kampeter<br/>Irmgard Karwatzki<br/>Bernhard Kaster<br/>Siegfried Kauder (Bad Dürrenheim)<br/>Volker Kauder<br/>Gerlinde Kaupa<br/>Eckart von Klaeden<br/>Jürgen Klimke<br/>Julia Klöckner<br/>Kristina Köhler (Wiesbaden)<br/>Manfred Kolbe<br/>Norbert Königshofen<br/>Hartmut Koschyk<br/>Thomas Kossendey<br/>Rudolf Kraus<br/>Michael Kretschmer<br/>Günther Krichbaum<br/>Günter Krings<br/>Dr. Martina Krogmann<br/>Dr. Hermann Kues<br/>Werner Kuhn (Zingst)<br/>Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)<br/>Dr. Norbert Lammert<br/>Helmut Lamp<br/>Barbara Lanzinger<br/>Karl-Josef Laumann<br/>Vera Lengsfeld<br/>Peter Letzgas<br/>Ursula Lietz<br/>Walter Link (Diepholz)<br/>Eduard Lintner<br/>Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)<br/>Patricia Lips<br/>Dr. Michael Luther<br/>Dorothee Mantel<br/>Erwin Marschewski (Recklinghausen)<br/>Stephan Mayer (Altötting)<br/>Conny Mayer (Baiersbronn)<br/>Dr. Martin Mayer (Siegersbrunn)<br/>Wolfgang Meckelburg<br/>Dr. Michael Meister<br/>Dr. Angela Merkel</p> | <p>Friedrich Merz<br/>Laurenz Meyer (Hamm)<br/>Doris Meyer (Tapfheim)<br/>Maria Michalk<br/>Hans Michelbach<br/>Klaus Minkel<br/>Marlene Mortler<br/>Stefan Müller (Erlangen)<br/>Bernward Müller (Gera)<br/>Dr. Gerd Müller<br/>Hildegard Müller<br/>Bernd Neumann (Bremen)<br/>Henry Nitzsche<br/>Michaela Noll<br/>Claudia Nolte<br/>Günter Nooke<br/>Dr. Georg Nüßlein<br/>Franz Obermeier<br/>Eduard Oswald<br/>Melanie Oßwald<br/>Rita Pawelski<br/>Dr. Peter Paziorek<br/>Ulrich Petzold<br/>Dr. Joachim Pfeiffer<br/>Sibylle Pfeiffer<br/>Dr. Friedbert Pflüger<br/>Beatrix Philipp<br/>Ronald Pofalla<br/>Ruprecht Polenz<br/>Daniela Raab<br/>Thomas Rachel<br/>Hans Raidel<br/>Dr. Peter Ramsauer<br/>Helmut Rauber<br/>Peter Rauen<br/>Christa Reichard (Dresden)<br/>Katherina Reiche<br/>Hans-Peter Repnik<br/>Klaus Riegert<br/>Dr. Heinz Riesenhuber<br/>Hannelore Roedel<br/>Franz-Xaver Romer<br/>Heinrich-Wilhelm Ronsöhr<br/>Dr. Klaus Rose<br/>Kurt J. Rossmann<br/>Dr. Norbert Röttgen<br/>Dr. Christian Ruck<br/>Volker Rühe<br/>Albert Rupprecht (Weiden)<br/>Peter Rzepka<br/>Anita Schäfer (Saalstadt)<br/>Dr. Wolfgang Schäuble<br/>Hartmut Schauerte<br/>Andreas Scheuer<br/>Norbert Schindler</p> | <p>Georg Schirmbeck<br/>Bernd Schmidbauer<br/>Christian Schmidt (Fürth)<br/>Andreas Schmidt (Mülheim)<br/>Dr. Andreas Schockenhoff<br/>Dr. Ole Schröder<br/>Bernhard Schulte-Drüggelte<br/>Uwe Schummer<br/>Wilhelm Josef Sebastian<br/>Horst Seehofer<br/>Kurt Segner<br/>Matthias Sehling<br/>Marion Seib<br/>Heinz Seiffert<br/>Bernd Siebert<br/>Thomas Silberhorn<br/>Johannes Singhammer<br/>Jens Spahn<br/>Erika Steinbach<br/>Christian von Stetten<br/>Gero Storjohann<br/>Andreas Storm<br/>Max Straubinger<br/>Matthäus Strebl<br/>Thomas Strobl (Heilbronn)<br/>Lena Strothmann<br/>Michael Stübgen<br/>Antje Tillmann<br/>Edeltraut Töpfer<br/>Dr. Hans-Peter Uhl<br/>Arnold Vaatz<br/>Volkmar Uwe Vogel<br/>Andrea Astrid Voßhoff<br/>Gerhard Wächter<br/>Marko Wanderwitz<br/>Peter Weiß (Emmendingen)<br/>Gerald Weiß (Groß-Gerau)<br/>Ingo Wellenreuther<br/>Annette Widmann-Mauz<br/>Klaus-Peter Willsch<br/>Willy Wimmer (Neuss)<br/>Matthias Wissmann<br/>Werner Wittlich<br/>Dagmar Wöhr<br/>Elke Wülfing<br/>Wolfgang Zeitlmann<br/>Wolfgang Zöllner</p> | <p>Birgitt Bender<br/>Matthias Berninger<br/>Grietje Bettin<br/>Alexander Bonde<br/>Ekin Deligöz<br/>Dr. Thea Dückert<br/>Jutta Dümpe-Krüger<br/>Franziska Eichstädt-Bohlig<br/>Dr. Uschi Eid<br/>Hans-Josef Fell<br/>Joseph Fischer (Frankfurt)<br/>Katrin Göring-Eckardt<br/>Anja Hajduk<br/>Winfried Hermann<br/>Antje Hermenau<br/>Peter Hettlich<br/>Ulrike Höfken<br/>Thilo Hoppe<br/>Michaele Hustedt<br/>Fritz Kuhn<br/>Renate Künast<br/>Undine Kurth (Quedlinburg)<br/>Markus Kurth<br/>Dr. Reinhard Loske<br/>Anna Lührmann<br/>Jerzy Montag<br/>Kerstin Müller (Köln)<br/>Winfried Nachtwei<br/>Christa Nickels<br/>Friedrich Ostendorff<br/>Simone Probst<br/>Claudia Roth (Augsburg)<br/>Krista Sager<br/>Christine Scheel<br/>Irmgard Schewe-Gerigk<br/>Rezzo Schlauch<br/>Albert Schmidt (Ingolstadt)<br/>Werner Schulz (Berlin)<br/>Petra Selg<br/>Ursula Sowa<br/>Rainer Steenblock<br/>Silke Stokar von Neuforn<br/>Hans-Christian Ströbele<br/>Jürgen Trittin<br/>Marianne Tritz<br/>Hubert Ulrich<br/>Dr. Antje Vogel-Sperl<br/>Dr. Antje Vollmer<br/>Dr. Ludger Volmer<br/>Josef Philip Winkler<br/>Margareta Wolf (Frankfurt)</p> | (C) |
| (B) |  | <p><b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b><br/>Kerstin Andreae<br/>Marieluise Beck (Bremen)<br/>Volker Beck (Köln)<br/>Cornelia Behm</p>  | <p><b>Fraktionslose Abgeordnete</b><br/>Dr. Gesine Löttsch<br/>Petra Pau</p>   | (D)  |     |

## Präsident Wolfgang Thierse

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu Tagesordnungspunkt 19 a zurück, und zwar zur Abstimmung über die von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen sowie von der Bundesregierung eingebrachten Entwürfe eines Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Drucksachen 15/1515 und 15/1637. Wir wiederholen die namentliche Schlussabstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Das ist erfolgt. Ich eröffne die Abstimmung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das noch nicht abgestimmt hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.<sup>1)</sup>

Wir setzen die Abstimmungen fort und wiederholen nun die namentliche Schlussabstimmung über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen eingebrachten Entwurf eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Drucksache 15/1516. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Ist das erfolgt? – Die Plätze sind besetzt. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen werden Ihnen später bekannt gegeben.<sup>2)</sup>

- (B) Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte 21 a und 21 b auf:

- a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch**  
– Drucksache 15/1514 –  
(Erste Beratung 58. Sitzung)
- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch**  
– Drucksache 15/1636 –  
(Erste Beratung 65. Sitzung)

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 5794 D

<sup>2)</sup> Ergebnis Seite 5799 C

- aa) **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung (13. Ausschuss)** (C)

– Drucksachen 15/1734, 15/1761 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Verena Butalikakis

- bb) **Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

– Drucksache 15/1740 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Michael Luther

Otto Fricke

Waltraud Lehn

Anja Hajduk

- b) **Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung**

**Nationaler Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003 bis 2005**

**Strategien zur Stärkung der sozialen Integration**

– Drucksache 15/1420 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

- Über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch, zu dem ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU vorliegt, werden wir später namentlich abstimmen. (D)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, kann ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen sowie der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Dritten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Drucksachen 15/1515, 15/1637 und 15/1728, mitteilen. Abgegebene Stimmen 599. Mit Ja haben gestimmt 304, mit Nein haben gestimmt 294, Enthaltungen 1. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse**

(A)	<b>Endgültiges Ergebnis</b>				(C)
	Abgegebene Stimmen:	599;	Renate Gradistanac	Waltraud Lehn	Olaf Scholz
	davon		Angelika Graf (Rosenheim)	Dr. Elke Leonhard	Karsten Schönfeld
	ja:	304	Dieter Grasedieck	Eckhart Lewering	Fritz Schösser
	nein:	294	Monika Griefahn	Götz-Peter Lohmann	Ulfrid Schreck
	enthaltene:	1	Kerstin Griese	Gabriele Lösekrug-Möller	Ottmar Schreiner
			Gabriele Groneberg	Erika Lotz	Gerhard Schröder
			Achim Großmann	Dr. Christine Lucyga	Gisela Schröter
			Wolfgang Grothaus	Dirk Manzewski	Brigitte Schulte (Hameln)
			Karl-Hermann Haack	Tobias Marhold	Reinhard Schultz
			(Extertal)	Lothar Mark	(Everswinkel)
			Hans-Joachim Hacker	Caren Marks	Swen Schulz (Spandau)
			Bettina Hagedorn	Christoph Matschie	Dr. Angelica Schwall-Düren
			Klaus Hagemann	Hilde Mattheis	Dr. Martin Schwanholz
			Alfred Hartenbach	Markus Meckel	Rolf Schwanitz
			Michael Hartmann	Ulrike Mehl	Erika Simm
			(Wackernheim)	Petra-Evelyne Merkel	Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
			Anke Hartnagel	Ulrike Merten	Dr. Cornelia Sonntag-
			Nina Hauer	Angelika Mertens	Wolgast
			Hubertus Heil	Ursula Mogg	Wolfgang Spanier
			Reinhold Hemker	Michael Müller (Düsseldorf)	Dr. Margrit Spielmann
			Rolf Hempelmann	Christian Müller (Zittau)	Jörg-Otto Spiller
			Dr. Barbara Hendricks	Gesine Mulhaupt	Dr. Ditmar Staffelt
			Gustav Herzog	Franz Müntefering	Ludwig Stiegler
			Petra Heß	Dr. Rolf Mützenich	Rolf Stöckel
			Monika Heubaum	Volker Neumann (Bramsche)	Christoph Strässer
			Gabriele Hiller-Ohm	Dietmar Nietan	Rita Streb-Hesse
			Stephan Hilsberg	Dr. Erika Ober	Dr. Peter Struck
			Gerd Höfer	Holger Ortel	Joachim Stünker
			Jelena Hoffmann (Chemnitz)	Heinz Paula	Jörg Tauss
			Walter Hoffmann	Johannes Pflug	Jella Teuchner
			(Darmstadt)	Joachim Poß	Dr. Gerald Thalheim
			Iris Hoffmann (Wismar)	Dr. Wilhelm Priesmeier	Wolfgang Thierse
			Frank Hofmann (Volkach)	Florian Pronold	Franz Thönnies
			Eike Hovermann	Dr. Sascha Raabe	Hans-Jürgen Uhl
			Klaas Hübner	Karin Rehbock-Zureich	Rüdiger Veit
			Christel Humme	Gerold Reichenbach	Simone Violka
			Lothar Ibrügger	Dr. Carola Reimann	Jörg Vogelsänger
			Brunhilde Irber	Christel Riemann-	Ute Vogt (Pforzheim)
			Renate Jäger	Hanewinkel	Dr. Marlies Volkmer
			Jann-Peter Janssen	Walter Riester	Hans Georg Wagner
			Klaus-Werner Jonas	Reinhold Robbe	Hedi Wegener
			Johannes Kahrs	René Röspel	Andreas Weigel
			Ulrich Kasparick	Dr. Ernst Dieter Rossmann	Reinhard Weis (Stendal)
			Dr. h.c. Susanne Kastner	Karin Roth (Esslingen)	Petra Weis
			Ulrich Kelber	Michael Roth (Heringen)	Gunter Weißgerber
			Hans-Peter Kemper	Gerhard Rübenkönig	Matthias Weisheit
			Klaus Kirschner	Ortwin Runde	Gert Weisskirchen
			Hans-Ulrich Klose	Marlene Rupprecht	(Wiesloch)
			Astrid Klug	(Tuchenbach)	Dr. Ernst Ulrich von
			Dr. Heinz Köhler (Coburg)	Thomas Sauer	Weizsäcker
			Walter Kolbow	Anton Schaaf	Jochen Welt
			Fritz Rudolf Körper	Axel Schäfer (Bochum)	Dr. Rainer Wend
			Karin Kortmann	Gudrun Schaich-Walch	Lydia Westrich
			Rolf Kramer	Rudolf Scharping	Inge Wettig-Danielmeier
			Anette Kramme	Bernd Scheelen	Dr. Margrit Wetzel
			Ernst Kranz	Dr. Hermann Scheer	Andrea Wicklein
			Nicolette Kressl	Siegfried Scheffler	Jürgen Wieczorek (Böhlen)
			Volker Kröning	Horst Schild	Heidemarie Wieczorek-Zeul
			Angelika Krüger-Leißner	Otto Schily	Dr. Dieter Wiefelspütz
			Dr. Hans-Ulrich Krüger	Horst Schmidbauer	Brigitte Wimmer (Karlsruhe)
			Horst Kubatschka	(Nürnberg)	Engelbert Wistuba
			Ernst Küchler	Ulla Schmidt (Aachen)	Barbara Wittig
			Helga Kühn-Mengel	Silvia Schmidt (Eisleben)	Dr. Wolfgang Wodarg
			Ute Kumpf	Dagmar Schmidt (Meschede)	Verena Wohlleben
			Dr. Uwe Küster	Wilhelm Schmidt (Salzgitter)	Waltraud Wolff
			Christine Lambrecht	Heinz Schmitt (Landau)	(Wolmirstedt)
			Christian Lange (Backnang)	Carsten Schneider	Heidi Wright
			Christine Lehder	Walter Schöler	Uta Zapf
(B)					(D)

**Präsident Wolfgang Thierse**

- |     |  |   |  |   |     |
|-----|--|---|--|---|-----|
| (A) | <p>Manfred Helmut Zöllmer<br/>Dr. Christoph Zöpel</p> <p><b>BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN</b></p> <p>Kerstin Andreae<br/>Marieluise Beck (Bremen)<br/>Volker Beck (Köln)<br/>Cornelia Behm<br/>Birgitt Bender<br/>Matthias Berninger<br/>Grietje Bettin<br/>Alexander Bonde<br/>Ekin Deligöz<br/>Dr. Thea Dückert<br/>Jutta Dümpe-Krüger<br/>Franziska Eichstädt-Bohlig<br/>Dr. Uschi Eid<br/>Hans-Josef Fell<br/>Joseph Fischer (Frankfurt)<br/>Katrin Göring-Eckardt<br/>Anja Hajduk<br/>Winfried Hermann<br/>Antje Hermenau<br/>Peter Hettlich<br/>Ulrike Höfken<br/>Thilo Hoppe<br/>Fritz Kuhn<br/>Renate Künast<br/>Undine Kurth (Quedlinburg)<br/>Markus Kurth<br/>Dr. Reinhard Loske<br/>Anna Lührmann<br/>Jerzy Montag<br/>Kerstin Müller (Köln)<br/>Winfried Nachtwei<br/>Christa Nickels<br/>Friedrich Ostendorff<br/>Simone Probst<br/>Claudia Roth (Augsburg)<br/>Krista Sager<br/>Christine Scheel<br/>Irmingard Schewe-Gerigk<br/>Rezzo Schlauch<br/>Albert Schmidt (Ingolstadt)<br/>Petra Selg<br/>Ursula Sowa<br/>Rainer Steenblock<br/>Silke Stokar von Neuforn<br/>Hans-Christian Ströbele<br/>Jürgen Trittin<br/>Marianne Tritz<br/>Hubert Ulrich<br/>Dr. Antje Vogel-Sperl<br/>Dr. Antje Vollmer<br/>Dr. Ludger Volmer<br/>Josef Philip Winkler<br/>Margareta Wolf (Frankfurt)</p> <p><b>Nein</b></p> <p><b>CDU/CSU</b></p> <p>Ulrich Adam<br/>Ilse Aigner<br/>Peter Altmaier<br/>Dietrich Austermann<br/>Norbert Barthle<br/>Dr. Wolf Bauer</p> | <p>Günter Baumann<br/>Ernst-Reinhard Beck<br/>(Reutlingen)<br/>Veronika Bellmann<br/>Dr. Christoph Bergner<br/>Otto Bernhardt<br/>Dr. Rolf Bietmann<br/>Clemens Binninger<br/>Renate Blank<br/>Peter Bleser<br/>Antje Blumenthal<br/>Dr. Maria Böhmer<br/>Jochen Borchert<br/>Wolfgang Börnsen<br/>(Bönstrup)<br/>Wolfgang Bosbach<br/>Dr. Wolfgang Bötsch<br/>Klaus Brähmig<br/>Dr. Ralf Brauksiepe<br/>Helge Braun<br/>Monika Brüning<br/>Georg Brunnhuber<br/>Verena Butalikakis<br/>Hartmut Büttner<br/>(Schönebeck)<br/>Cajus Caesar<br/>Manfred Carstens (Emstek)<br/>Peter H. Carstensen<br/>(Nordstrand)<br/>Gitta Connemann<br/>Leo Dautzenberg<br/>Hubert Deittert<br/>Albert Deß<br/>Alexander Dobrindt<br/>Vera Dominke<br/>Thomas Dörflinger<br/>Marie-Luise Dött<br/>Maria Eichhorn<br/>Rainer Eppelmann<br/>Anke Eymer (Lübeck)<br/>Georg Fahrenschohn<br/>Ilse Falk<br/>Dr. Hans Georg Faust<br/>Albrecht Feibel<br/>Enak Ferlemann<br/>Ingrid Fischbach<br/>Hartwig Fischer (Göttingen)<br/>Dirk Fischer (Hamburg)<br/>Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)<br/>Dr. Maria Flachsbarth<br/>Klaus-Peter Flosbach<br/>Herbert Frankenhauser<br/>Dr. Hans-Peter Friedrich<br/>(Hof)<br/>Erich G. Fritz<br/>Jochen-Konrad Fromme<br/>Dr. Michael Fuchs<br/>Hans-Joachim Fuchtel<br/>Dr. Peter Gauweiler<br/>Dr. Jürgen Gehb<br/>Norbert Geis<br/>Roland Gewalt<br/>Eberhard Gienger<br/>Georg Girisch<br/>Michael Glos<br/>Ralf Göbel<br/>Dr. Reinhard Göhner</p> | <p>Tanja Gönner<br/>Josef Göppel<br/>Peter Götz<br/>Dr. Wolfgang Götzer<br/>Ute Granold<br/>Kurt-Dieter Grill<br/>Reinhard Grindel<br/>Hermann Gröhe<br/>Michael Grosse-Brömer<br/>Markus Grübel<br/>Manfred Grund<br/>Karl-Theodor Freiherr von<br/>und zu Guttenberg<br/>Olav Gutting<br/>Holger-Heinrich Haibach<br/>Gerda Hasselfeldt<br/>Klaus-Jürgen Hedrich<br/>Helmut Heiderich<br/>Ursula Heinen<br/>Siegfried Helias<br/>Uda Carmen Freia Heller<br/>Michael Hennrich<br/>Jürgen Herrmann<br/>Bernd Heynemann<br/>Ernst Hinsken<br/>Peter Hintze<br/>Robert Hochbaum<br/>Klaus Hofbauer<br/>Martin Hohmann<br/>Joachim Hörster<br/>Hubert Hüppe<br/>Susanne Jaffke<br/>Dr. Dieter Jahr<br/>Dr. Egon Jüttner<br/>Bartholomäus Kalb<br/>Steffen Kampeter<br/>Irmgard Karwatzki<br/>Bernhard Nikolaus Kaster<br/>Siegfried Kauder (Bad<br/>Dürkheim)<br/>Volker Kauder<br/>Gerlinde Kaupa<br/>Eckart von Klaeden<br/>Jürgen Klimke<br/>Julia Klöckner<br/>Kristina Köhler (Wiesbaden)<br/>Manfred Kolbe<br/>Norbert Königshofen<br/>Hartmut Koschyk<br/>Thomas Kossendey<br/>Rudolf Kraus<br/>Michael Kretschmer<br/>Günther Krichbaum<br/>Günter Krings<br/>Dr. Martina Krogmann<br/>Dr. Hermann Kues<br/>Werner Kuhn (Zingst)<br/>Dr. Karl A. Lamers<br/>(Heidelberg)<br/>Dr. Norbert Lammert<br/>Helmut Lamp<br/>Barbara Lanzinger<br/>Karl-Josef Laumann<br/>Vera Lengsfeld<br/>Peter Letzger<br/>Ursula Lietz<br/>Walter Link (Diepholz)<br/>Eduard Lintner<br/>Dr. Klaus W. Lippold<br/>(Offenbach)</p> | <p>Patricia Lips<br/>Dr. Michael Luther<br/>Dorothee Mantel<br/>Erwin Marschewski<br/>(Recklinghausen)<br/>Stephan Mayer (Altötting)<br/>Conny Mayer (Baiersbronn)<br/>Dr. Martin Mayer<br/>(Siegertsbrunn)<br/>Wolfgang Meckelburg<br/>Dr. Michael Meister<br/>Dr. Angela Merkel<br/>Friedrich Merz<br/>Laurenz Meyer (Hamm)<br/>Doris Meyer (Tapfheim)<br/>Maria Michalk<br/>Hans Michelbach<br/>Klaus Minkel<br/>Marlene Mortler<br/>Stefan Müller (Erlangen)<br/>Bernward Müller (Gera)<br/>Dr. Gerd Müller<br/>Hildegard Müller<br/>Bernd Neumann (Bremen)<br/>Henry Nitzsche<br/>Michaela Noll<br/>Claudia Nolte<br/>Günter Nooke<br/>Dr. Georg Nüßlein<br/>Franz Obermeier<br/>Eduard Oswald<br/>Melanie Obwald<br/>Rita Pawelski<br/>Dr. Peter Paziorek<br/>Ulrich Petzold<br/>Dr. Joachim Pfeiffer<br/>Sibylle Pfeiffer<br/>Dr. Friedbert Pflüger<br/>Beatrix Philipp<br/>Ronald Pofalla<br/>Ruprecht Polenz<br/>Daniela Raab<br/>Thomas Rachel<br/>Hans Raidel<br/>Dr. Peter Ramsauer<br/>Helmut Rauber<br/>Peter Rauen<br/>Christa Reichard (Dresden)<br/>Katherina Reiche<br/>Hans-Peter Repnik<br/>Klaus Riegert<br/>Dr. Heinz Riesenhuber<br/>Hannelore Roedel<br/>Franz-Xaver Romer<br/>Heinrich-Wilhelm Ronsöhr<br/>Dr. Klaus Rose<br/>Kurt J. Rossmannith<br/>Dr. Norbert Röttgen<br/>Volker Rühle<br/>Albert Rupprecht (Weiden)<br/>Peter Rzepka<br/>Anita Schäfer (Saalstadt)<br/>Dr. Wolfgang Schäuble<br/>Hartmut Schauerte<br/>Andreas Scheuer<br/>Norbert Schindler<br/>Georg Schirmbeck<br/>Bernd Schmidbauer<br/>Christian Schmidt (Fürth)<br/>Andreas Schmidt (Mülheim)</p> | (C) |
| (B) | <p>Kerstin Müller (Köln)<br/>Winfried Nachtwei<br/>Christa Nickels<br/>Friedrich Ostendorff<br/>Simone Probst<br/>Claudia Roth (Augsburg)<br/>Krista Sager<br/>Christine Scheel<br/>Irmingard Schewe-Gerigk<br/>Rezzo Schlauch<br/>Albert Schmidt (Ingolstadt)<br/>Petra Selg<br/>Ursula Sowa<br/>Rainer Steenblock<br/>Silke Stokar von Neuforn<br/>Hans-Christian Ströbele<br/>Jürgen Trittin<br/>Marianne Tritz<br/>Hubert Ulrich<br/>Dr. Antje Vogel-Sperl<br/>Dr. Antje Vollmer<br/>Dr. Ludger Volmer<br/>Josef Philip Winkler<br/>Margareta Wolf (Frankfurt)</p>   | <p>Vera Dominke<br/>Thomas Dörflinger<br/>Marie-Luise Dött<br/>Maria Eichhorn<br/>Rainer Eppelmann<br/>Anke Eymer (Lübeck)<br/>Georg Fahrenschohn<br/>Ilse Falk<br/>Dr. Hans Georg Faust<br/>Albrecht Feibel<br/>Enak Ferlemann<br/>Ingrid Fischbach<br/>Hartwig Fischer (Göttingen)<br/>Dirk Fischer (Hamburg)<br/>Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)<br/>Dr. Maria Flachsbarth<br/>Klaus-Peter Flosbach<br/>Herbert Frankenhauser<br/>Dr. Hans-Peter Friedrich<br/>(Hof)<br/>Erich G. Fritz<br/>Jochen-Konrad Fromme<br/>Dr. Michael Fuchs<br/>Hans-Joachim Fuchtel<br/>Dr. Peter Gauweiler<br/>Dr. Jürgen Gehb<br/>Norbert Geis<br/>Roland Gewalt<br/>Eberhard Gienger<br/>Georg Girisch<br/>Michael Glos<br/>Ralf Göbel<br/>Dr. Reinhard Göhner</p>   | <p>Bartholomäus Kalb<br/>Steffen Kampeter<br/>Irmgard Karwatzki<br/>Bernhard Nikolaus Kaster<br/>Siegfried Kauder (Bad<br/>Dürkheim)<br/>Volker Kauder<br/>Gerlinde Kaupa<br/>Eckart von Klaeden<br/>Jürgen Klimke<br/>Julia Klöckner<br/>Kristina Köhler (Wiesbaden)<br/>Manfred Kolbe<br/>Norbert Königshofen<br/>Hartmut Koschyk<br/>Thomas Kossendey<br/>Rudolf Kraus<br/>Michael Kretschmer<br/>Günther Krichbaum<br/>Günter Krings<br/>Dr. Martina Krogmann<br/>Dr. Hermann Kues<br/>Werner Kuhn (Zingst)<br/>Dr. Karl A. Lamers<br/>(Heidelberg)<br/>Dr. Norbert Lammert<br/>Helmut Lamp<br/>Barbara Lanzinger<br/>Karl-Josef Laumann<br/>Vera Lengsfeld<br/>Peter Letzger<br/>Ursula Lietz<br/>Walter Link (Diepholz)<br/>Eduard Lintner<br/>Dr. Klaus W. Lippold<br/>(Offenbach)</p>  | (D)   |     |

**Präsident Wolfgang Thierse**

(A)	Dr. Andreas Schockenhoff Dr. Ole Schröder Bernhard Schulte-Drüggelte Uwe Schummer Wilhelm Josef Sebastian Horst Seehofer Kurt Segner Matthias Sehling Marion Seib Heinz Seiffert Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Jens Spahn Erika Steinbach Christian von Stetten Gero Storjohann Andreas Storm Max Straubinger Matthäus Strebl Thomas Strobl (Heilbronn) Lena Strothmann Michael Stübgen Antje Tillmann Edeltraut Töpfer Dr. Hans-Peter Uhl Arnold Vaatz	Volkmar Uwe Vogel Andrea Astrid Voßhoff Gerhard Wächter Marko Wanderwitz Peter Weiß (Emmendingen) Gerald Weiß (Groß-Gerau) Ingo Wellenreuther Annette Widmann-Mauz Klaus-Peter Willsch Willy Wimmer (Neuss) Matthias Wissmann Werner Wittlich Dagmar Wöhrl Elke Wülfing Wolfgang Zeitlmann Wolfgang Zöllner Willi Zylajew	Horst Friedrich (Bayreuth) Rainer Funke Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Joachim Günther (Plauen) Dr. Karlheinz Guttmacher Dr. Christel Happach-Kasan Christoph Hartmann (Homburg) Klaus Haupt Ulrich Heinrich Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Michael Kauch Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Jürgen Koppelin Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Ina Lenke Sabine Leutheusser- Schnarrenberger Dirk Niebel Günther Friedrich Nolting Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Eberhard Otto (Gödern)	Detlef Parr Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Andreas Pinkwart Dr. Günter Rexrodt Marita Sehn Dr. Hermann Otto Solms Dr. Max Stadler Dr. Rainer Stinner Carl-Ludwig Thiele Dr. Dieter Thomae Jürgen Türk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein	(C)
	<b>FDP</b>		<b>Fraktionslose Abgeordnete</b>		
	Daniel Bahr (Münster) Rainer Brüderle Angelika Brunkhorst Ernst Burgbacher Helga Daub Jörg van Essen Ulrike Flach Otto Fricke		Dr. Gesine Lötzsch Petra Pau		
			<b>Enthalten</b>		
			<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>		
			Werner Schulz (Berlin) Petra Pau		

- (B) Ich eröffne die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 21 a und 21 b und erteile dem Kollegen Rolf Stöckel, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Rolf Stöckel (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wohl Zufall, aber es ehrt dieses Haus, dass wir heute, am Internationalen Tag der Bekämpfung der Armut der Vereinten Nationen, die längst überfällige Novelle der Sozialhilfe beschließen.

Die Sozialhilfe wird meist auf zwei Ebenen diskutiert: Da ist zum einen der Missbrauch – das aktuelle Beispiel Florida-Rolf kennen alle – und da ist zum anderen die Sicht der Wohlfahrt, dass die Höhe der finanziellen Leistung den Grad der Bekämpfung der Armut oder den Grad der sozialen Gerechtigkeit ausmacht.

Alle Fachleute bestätigen, dass die Sozialhilfe vor allem daran krankt, dass sie ihre Ziele als Hilfe zur Selbsthilfe zu wenig erreicht und seit Jahrzehnten als Notnagel erhalten muss, wenn es um Massenarbeitslosigkeit, mangelnde Integration und fehlende Kinderbetreuung geht. Das alles geschieht auf Kosten der Kommunen, aber vor allem auch der Betroffenen selbst.

Falsche Anreize, Verfestigung von Armutslagen und Ausgrenzung sind die Folge. Vieles, was schon lange an aktivierenden Hilfen zur Selbsthilfe hätte getan werden müssen, wurde nicht angeboten. Dies geschah erst unter dem enormen Finanzdruck und das meist unzulänglich.

Jahrzehntlang wurde die Sozialhilfe als reine Armutsverwaltung durchgeführt.

Die Würde und Selbstachtung der Betroffenen, aber auch das Gemüt der Fachkräfte, die über diese Hilfen entscheiden müssen, blieben dabei meist auf der Strecke. Nicht wenige – wer will es in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und fehlender aktivierender Hilfen verdenken – haben die Sozialhilfe legal genutzt, obwohl sie eigene Kräfte hätten einsetzen können. Eine Minderheit hat die komplizierten Regelungen mit kleinen Betrügereien ausgenutzt. Warum sollten gerade sie sich anders verhalten als jene, die eine Steuererklärung machen müssen? Warum sollten sie solidarischer sein mit dem Gemeinwohl als die Steuerjuristen großer Unternehmen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich hat die Sozialhilfe jahrzehntlang für viele Betroffene ihren ursprünglichen Zweck erfüllt, zum Beispiel für circa 1,5 Millionen **Behinderte und Pflegebedürftige** in und außerhalb von Einrichtungen, die sich aus eigener Kraft nicht oder nur unzureichend helfen können. Sie ist für diese Menschen als unterstes soziales Netz gar nicht wegzudenken.

Die Regierungskoalition hat sich die Aufgabe gestellt, die Sozialhilfe im Zusammenhang mit den Hartz-Reformen und der seit 2003 eingerichteten Grundsicherung für Bedürftige über 65 Jahre und auf Dauer Erwerbsunfähige ab 18 Jahre so zu erneuern, dass sie ihrem eigentlichen Ziel gerecht werden kann: das Referenzsystem für alle vorrangigen staatlichen Fürsorgeleistungen und die unterste Sicherung für die kleine Zahl jener zu sein, die

(D)

Rolf Stöckel

- (A) nicht unter die Leistungsberechtigung der anderen Grundsicherungen fallen.

Kritisiert wird von der Opposition und von einigen Bundesländern, dass nicht gleich alle Fürsorgeleistungen zusammengepackt werden oder – wahlweise – dass die Sozialhilfe erst nach Erfahrungen mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende reformiert wird. Diese Bedenken sind aber im Grunde den jeweiligen finanzpolitischen Interessen und taktischen Erwägungen geschuldet. Die Städte und Gemeinden sehen das im Grunde genauso.

Das Konzept der Union, das **Existenzgrundlagengesetz** von Herrn Koch, abgekürzt EGG – das ist wirklich ein faules Ei –, bedeutet nicht nur die Rückkehr zum Almosenstaat und zu Zwangsarbeit, sondern ist auch völlig unzureichend, was die aktuellen Herausforderungen angeht. Das mangelnde Engagement, mit dem die Sozialpolitiker der Union diese Bundesratsinitiative unterstützen, spricht Bände.

Sie sollten sich einmal vorstellen, was in Deutschland passiert, wenn die Kommunen ab 1. Juli 2004 verpflichtet würden – so Herr Kochs Vorschlag –, ad hoc 1,5 Millionen neue öffentliche Beschäftigungsangebote bereitzustellen, was das kostet und wie sich das örtliche Handwerkswesen darauf freuen wird. Meine Damen und Herren von der Union, Sie schaffen weder die Doppelzuständigkeiten der Kommunen und der Bundesanstalt für Arbeit ab noch haben Sie wirklich Ideen dafür, wie Bürokratieschnüffelei vermieden und die Eigenverantwortung und das Selbstwertgefühl behinderter Menschen gestärkt werden können.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Nein, Sie wollen die Sozialhilfe kürzen oder ganz abschaffen. Das gehört sich nun wirklich nicht für die Partei mit dem großen „C“ im Namen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ich möchte feststellen, dass wir mit der Zustimmung des Hauses bei der gerade wiederholten namentlichen Abstimmung die Basis dafür gelegt haben, dass alle bisherigen erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger und ihre Angehörigen, also annähernd 1,3 Millionen Menschen, in das neue bundesfinanzierte **Arbeitslosengeld II** überführt werden und sie damit alle persönlichen aktivierenden Hilfen erhalten werden, die zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit beitragen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des  
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die meisten werden nicht nur in Hinsicht auf qualifizierende Angebote, sondern auch in der finanziellen Leistung besser gestellt. Wir stellen mit der Sozialhilfereform sicher, dass alle, auch diejenigen, die als erwerbsunfähig oder -gemindert gelten, aktivierende Hilfen erhalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir erreichen die lange geforderte Verwaltungsvereinfachung durch eine Pauschalisierung einmaliger Leistungen und die Anpassung der Grundsicherungen, sodass keine ergänzende Sozialhilfe mehr geleistet werden muss und eine ausufernde Bürokratie sowie Verschiebebahnhöfe der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das Regelsatzsystem wird durch Anbindung an die Einkommens- und Verbrauchsstichproben nicht nur transparenter und für alle nachvollziehbarer, sondern zukünftig auch regelmäßig angepasst und so für die Betroffenen gerechter. Für die Behinderten und Pflegebedürftigen – darauf gibt Ihr Existenzgrundlagengesetz auch keine Antwort – verwirklichen wir die Leitbilder „ambulant vor stationär“ und „mehr Selbstbestimmung“ durch das persönliche Budget mit einer freiwilligen Einführungsphase.

(Beifall bei der SPD)

Damit legen wir die entscheidenden Grundlagen für ein zukünftiges System der **Hilfe aus einer Hand**.

Wenn die beteiligten Akteure im unvermeidbaren Vermittlungsverfahren – das wissen wir alle – klug handeln und diejenigen, die letztlich vor Ort für die Umsetzung sorgen müssen, wirklich zusammenarbeiten, wird es einen effizienten Umbau unseres untersten sozialen Sicherungssystems im Interesse der Betroffenen und des Gemeinwesens geben. Es wird ein Gesetz möglich, das in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik wirklich einmalig sein wird, weil es dem Prinzip des Förderns und Forderns sowie den Zielen der Agenda 2010 gerecht wird.

(D)

Denjenigen, die uns aus Unverständnis oder wider besseres Wissen – das gilt teilweise auch für die eigenen Reihen – vorwerfen, wir setzten den Sozialstaat aufs Spiel, kann ich nur entgegnen: Es ist nicht sozial gerecht und demokratisch, Millionen Menschen vom Arbeitsmarkt, von selbstbewusster gesellschaftlicher Teilhabe auszuschließen und Sozialhilfedynastien zu verfestigen, unabhängig davon, wie hoch die Transferleistungen auch sein mögen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Mit dieser Novelle des Sozialhilferechts und den Reformen auf dem Arbeitsmarkt machen wir den Sozialstaat des Grundgesetzes, den Herr Koch abschaffen möchte, auch unter veränderten Bedingungen zukunftsfest und zielgenauer.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Wir achten den Grundsatz, dass auch diejenigen ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe beanspruchen und verwirklichen können, die das aus eigener Kraft nicht schaffen. Die für beide Seiten entwürdigende und für die Betroffenen entmündigende Bürokratie wird endlich ein Ende haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Rolf Stöckel**

(A) Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, der hier heute vorgestellt wird, ist die Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch ein wichtiger und mutiger Schritt. Ich möchte mich herzlich bei allen bedanken: bei der zuständigen Abteilung des neuen Ministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, bei der Koalitionsarbeitsgruppe und bei meiner Fraktion, die gut ein Jahr lang daran gearbeitet haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen hier mit gutem Gewissen raten: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

(C)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen eingebrachten Entwurf eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Drucksachen 15/1516 und 15/1728, mitteilen. Abgegebene Stimmen 598. Mit Ja haben gestimmt 306, mit Nein haben gestimmt 291, Enthaltungen 1. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Endgültiges Ergebnis**

Abgegebene Stimmen: 597;  
davon  
ja: 305  
nein: 291  
enthalten: 1

Karl Diller  
Martin Dörmann  
Peter Dreßen  
Detlef Dzembitzki  
Sebastian Edathy  
Siegmund Ehrmann  
Hans Eichel  
Marga Elser  
Gernot Erler  
Petra Ernstberger  
Karin Evers-Meyer  
Annette Faß  
Elke Ferner  
Gabriele Fograscher  
Rainer Fornahl  
Gabriele Frechen  
Dagmar Freitag  
Lilo Friedrich (Mettmann)  
Iris Gleicke  
Günter Gloser  
Uwe Göllner  
Renate Gradistanac  
Angelika Graf (Rosenheim)  
Dieter Grasedieck  
Monika Griefahn  
Kerstin Griese  
Gabriele Groneberg  
Achim Großmann  
Wolfgang Grothaus  
Karl-Hermann Haack  
(Extertal)  
Hans-Joachim Hacker  
Bettina Hagedorn  
Klaus Hagemann  
Alfred Hartenbach  
Michael Hartmann  
(Wackernheim)  
Anke Hartnagel  
Nina Hauer  
Hubertus Heil  
Reinhold Hemker  
Rolf Hempelmann  
Dr. Barbara Hendricks  
Gustav Herzog  
Petra Heß  
Monika Heubaum  
Gabriele Hiller-Ohm  
Stephan Hilsberg

**Ja**

**SPD**

Dr. Lale Akgün  
Gerd Andres  
(B) Ingrid Arndt-Brauer  
Rainer Arnold  
Hermann Bachmaier  
Ernst Bahr (Neuruppin)  
Doris Barnett  
Dr. Hans-Peter Bartels  
Eckhardt Barthel (Berlin)  
Klaus Barthel (Starnberg)  
Sören Bartol  
Sabine Bätzing  
Uwe Beckmeyer  
Klaus Uwe Benneter  
Dr. Axel Berg  
Ute Berg  
Hans-Werner Bertl  
Petra Bierwirth  
Rudolf Bindig  
Lothar Binding (Heidelberg)  
Kurt Bodewig  
Gerd Friedrich Bollmann  
Klaus Brandner  
Willi Brase  
Bernhard Brinkmann  
(Hildesheim)  
Hans-Günter Bruckmann  
Edelgard Bulmahn  
Marco Bülow  
Ulla Burchardt  
Dr. Michael Bürsch  
Hans Martin Bury  
Hans Büttner (Ingolstadt)  
Marion Caspers-Merk  
Dr. Peter Danckert  
Dr. Herta Däubler-Gmelin

Gerd Höfer  
Jelena Hoffmann (Chemnitz)  
Walter Hoffmann  
(Darmstadt)  
Iris Hoffmann (Wismar)  
Frank Hofmann (Volkach)  
Eike Hovermann  
Klaas Hübner  
Christel Humme  
Lothar Ibrügger  
Brunhilde Irber  
Renate Jäger  
Jann-Peter Janssen  
Klaus-Werner Jonas  
Johannes Kahrs  
Ulrich Kasparick  
Dr. h.c. Susanne Kastner  
Ulrich Kelber  
Hans-Peter Kemper  
Klaus Kirschner  
Hans-Ulrich Klose  
Astrid Klug  
Dr. Heinz Köhler (Coburg)  
Walter Kolbow  
Fritz Rudolf Körper  
Karin Kortmann  
Rolf Kramer  
Anette Kramme  
Ernst Kranz  
Nicolette Kressl  
Volker Kröning  
Angelika Krüger-Leißner  
Dr. Hans-Ulrich Krüger  
Horst Kubatschka  
Ernst Kuchler  
Helga Kühn-Mengel  
Ute Kumpf  
Dr. Uwe Küster  
Christine Lambrecht  
Christian Lange (Backnang)  
Christine Lehder  
Waltraud Lehn  
Dr. Elke Leonhard  
Eckhart Lewering  
Götz-Peter Lohmann  
Gabriele Lösekrug-Möller  
Erika Lotz  
Dr. Christine Lucyga

Dirk Manzewski  
Tobias Marhold  
Lothar Mark  
Caren Marks  
Christoph Matschie  
Hilde Mattheis  
Markus Meckel  
Ulrike Mehl  
Petra-Evelyne Merkel  
Ulrike Merten  
Angelika Mertens  
Ursula Mogg  
Michael Müller (Düsseldorf)  
Christian Müller (Zittau)  
Gesine Mulhaupt  
Franz Müntefering  
Dr. Rolf Mützenich  
Volker Neumann (Bramsche)  
Dietmar Nietan  
Dr. Erika Ober  
Holger Ortel  
Heinz Paula  
Johannes Pflug  
Joachim Poß  
Dr. Wilhelm Priesmeier  
Florian Pronold  
Dr. Sascha Raabe  
Karin Rehbock-Zureich  
Gerold Reichenbach  
Dr. Carola Reimann  
Christel Riemann-  
Hanewinckel  
Walter Riester  
Reinhold Robbe  
René Rösper  
Dr. Ernst Dieter Rossmann  
Karin Roth (Esslingen)  
Michael Roth (Heringen)  
Gerhard Rübenkönig  
Ortwin Runde  
Marlene Rupprecht  
(Tuchenbach)  
Thomas Sauer  
Anton Schaaf  
Axel Schäfer (Bochum)  
Gudrun Schaich-Walch  
Rudolf Scharping  
Bernd Scheelen

(D)

**Präsident Wolfgang Thierse**

- |     |   |  |  |  |     |
|-----|---|--|--|--|-----|
| (A) | Dr. Hermann Scheer<br>Siegfried Scheffler<br>Horst Schild<br>Otto Schily<br>Horst Schmidbauer<br>(Nürnberg)<br>Ulla Schmidt (Aachen)<br>Silvia Schmidt (Eisleben)<br>Dagmar Schmidt (Meschede)<br>Wilhelm Schmidt (Salzgitter)<br>Heinz Schmitt (Landau)<br>Carsten Schneider<br>Walter Schöler<br>Olaf Scholz<br>Karsten Schönfeld<br>Fritz Schösser<br>Wilfried Schreck<br>Ottmar Schreiner<br>Gerhard Schröder<br>Gisela Schröter<br>Brigitte Schulte (Hamel)<br>Reinhard Schultz<br>(Everswinkel)<br>Swen Schulz (Spandau)<br>Dr. Angelica Schwall-Düren<br>Dr. Martin Schwanholz<br>Rolf Schwanzitz<br>Erika Simm<br>Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk<br>Dr. Cornelia Sonntag-<br>Wolgast<br>Wolfgang Spanier<br>Dr. Margrit Spielmann<br>Jörg-Otto Spiller<br>Dr. Ditmar Staffelt   | Heidemarie Wieczorek-Zeul<br>Dr. Dieter Wiefelspütz<br>Brigitte Wimmer (Karlsruhe)<br>Engelbert Wistuba<br>Barbara Wittig<br>Dr. Wolfgang Wodarg<br>Verena Wohlleben<br>Waltraud Wolff<br>(Wolmirstedt)<br>Heidi Wright<br>Uta Zapf<br>Manfred Helmut Zöllmer<br>Dr. Christoph Zöpel   | Josef Philip Winkler<br>Margareta Wolf (Frankfurt) | Jochen-Konrad Fromme<br>Dr. Michael Fuchs<br>Hans-Joachim Fuchtel<br>Dr. Jürgen Gehb<br>Norbert Geis<br>Roland Gewalt<br>Eberhard Gienger<br>Georg Girisch<br>Michael Glos<br>Ralf Göbel<br>Dr. Reinhard Göhner<br>Tanja Gönner<br>Peter Götz<br>Dr. Wolfgang Götzer<br>Ute Granold<br>Kurt-Dieter Grill<br>Reinhard Grindel<br>Hermann Gröhe<br>Michael Grosse-Brömer<br>Markus Grübel<br>Manfred Grund<br>Karl-Theodor Freiherr von<br>und zu Guttenberg<br>Olav Gutting<br>Holger-Heinrich Haibach<br>Gerda Hasselfeldt<br>Klaus-Jürgen Hedrich<br>Helmuth Heiderich<br>Ursula Heinen<br>Siegfried Helias<br>Uda Carmen Freia Heller<br>Michael Hennrich<br>Jürgen Herrmann<br>Bernd Heynemann<br>Ernst Hinsken<br>Peter Hintze<br>Robert Hochbaum<br>Klaus Hofbauer<br>Martin Hohmann<br>Joachim Hörster<br>Hubert Hüppe<br>Susanne Jaffke<br>Dr. Dieter Jahr<br>Dr. Egon Jüttner<br>Bartholomäus Kalb<br>Steffen Kampeter<br>Irmgard Karwatzki<br>Bernhard Nikolaus Kaster<br>Siegfried Kauder (Bad<br>Dürrenheim)<br>Volker Kauder<br>Gerlinde Kaupa<br>Eckart von Klaeden<br>Jürgen Klimke<br>Julia Klöckner<br>Kristina Köhler (Wiesbaden)<br>Manfred Kolbe<br>Norbert Königshofen<br>Hartmut Koschyk<br>Thomas Kossendy<br>Rudolf Kraus<br>Michael Kretschmer<br>Günther Krichbaum<br>Günter Krings<br>Dr. Martina Krogmann<br>Dr. Hermann Kues<br>Werner Kuhn (Zingst)<br>Dr. Karl A. Lamers<br>(Heidelberg) | (C) |
|     | <b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b><br><br>Kerstin Andreae<br>Marieluise Beck (Bremen)<br>Volker Beck (Köln)<br>Cornelia Behm<br>Birgitt Bender<br>Matthias Berninger<br>Grietje Bettin<br>Alexander Bonde<br>Ekin Deligöz<br>Dr. Thea Dückert<br>Jutta Dümpe-Krüger<br>Franziska Eichstädt-Bohlig<br>Dr. Uschi Eid<br>Hans-Josef Fell<br>Joseph Fischer (Frankfurt)<br>Katrin Göring-Eckardt<br>Anja Hajduk<br>Winfried Hermann<br>Antje Hermenau<br>Peter Hettlich<br>Ulrike Höfken<br>Thilo Hoppe<br>Michaele Hustedt<br>Fritz Kuhn<br>Renate Künast<br>Undine Kurth (Quedlinburg)<br>Markus Kurth<br>Dr. Reinhard Loske<br>Anna Lührmann<br>Jerzy Montag<br>Kerstin Müller (Köln)<br>Winfried Nachtwei<br>Christa Nickels<br>Friedrich Ostendorff<br>Simone Probst<br>Claudia Roth (Augsburg)<br>Krista Sager<br>Christine Scheel<br>Irmgard Schewe-Gerigk<br>Rezzo Schlauch<br>Albert Schmidt (Ingolstadt)<br>Petra Selg<br>Ursula Sowa<br>Rainer Steenblock<br>Silke Stokar von Neuforn<br>Hans-Christian Ströbele<br>Jürgen Trittin<br>Marianne Tritz<br>Hubert Ulrich<br>Dr. Antje Vogel-Sperl<br>Dr. Antje Vollmer<br>Dr. Ludger Volmer | <b>Nein</b><br><br><b>CDU/CSU</b><br><br>Ulrich Adam<br>Ilse Aigner<br>Peter Altmaier<br>Dietrich Austermann<br>Norbert Barthle<br>Dr. Wolf Bauer<br>Günter Baumann<br>Ernst-Reinhard Beck<br>(Reutlingen)<br>Veronika Bellmann<br>Dr. Christoph Bergner<br>Otto Bernhardt<br>Dr. Rolf Bietmann<br>Clemens Binninger<br>Renate Blank<br>Peter Bleser<br>Antje Blumenthal<br>Dr. Maria Böhmer<br>Jochen Borchert<br>Wolfgang Börnsen<br>(Bönstrup)<br>Wolfgang Bosbach<br>Dr. Wolfgang Bötsch<br>Klaus Brähmig<br>Dr. Ralf Brauksiepe<br>Helge Braun<br>Monika Brüning<br>Georg Brunnhuber<br>Verena Butalikakis<br>Hartmut Büttner<br>(Schönebeck)<br>Cajus Caesar<br>Manfred Carstens (Emstek)<br>Peter H. Carstensen<br>(Nordstrand)<br>Gitta Connemann<br>Leo Dautzenberg<br>Hubert Deittert<br>Albert Deß<br>Alexander Dobrindt<br>Vera Dominke<br>Thomas Dörflinger<br>Marie-Luise Dött<br>Maria Eichhorn<br>Rainer Eppelmann<br>Anke Eymmer (Lübeck)<br>Georg Fahrenschohn<br>Ilse Falk<br>Dr. Hans Georg Faust<br>Albrecht Feibel<br>Enak Ferlemann<br>Ingrid Fischbach<br>Hartwig Fischer (Göttingen)<br>Dirk Fischer (Hamburg)<br>Axel E. Fischer (Karlsruhe-<br>Land)<br>Dr. Maria Flachsbarth<br>Klaus-Peter Flosbach<br>Herbert Frankenhauser<br>Dr. Hans-Peter Friedrich<br>(Hof)<br>Erich G. Fritz |  |  |     |
| (B) | Ludwig Stiegler<br>Rolf Stöckel<br>Christoph Strässer<br>Rita Streb-Hesse<br>Dr. Peter Struck<br>Joachim Stünker<br>Jörg Tauss<br>Jella Teuchner<br>Dr. Gerald Thalheim<br>Wolfgang Thierse<br>Franz Thönnes<br>Hans-Jürgen Uhl<br>Rüdiger Veit<br>Simone Viola<br>Jörg Vogelsänger<br>Ute Vogt (Pforzheim)<br>Dr. Marlies Volkmer<br>Hans Georg Wagner<br>Hedi Wegener<br>Andreas Weigel<br>Reinhard Weis (Stendal)<br>Petra Weis<br>Gunter Weißberger<br>Matthias Weisheit<br>Gert Weisskirchen<br>(Wiesloch)<br>Dr. Ernst Ulrich von<br>Weizsäcker<br>Jochen Welt<br>Dr. Rainer Wend<br>Lydia Westrich<br>Inge Wettig-Danielmeier<br>Dr. Margrit Wetzel<br>Andrea Wicklein<br>Jürgen Wieczorek (Böhlen)  |  |  |  | (D) |

**Präsident Wolfgang Thierse**

- |     |  |  |   |   |     |
|-----|--|--|---|---|-----|
| (A) | Dr. Norbert Lammert<br>Helmut Lamp<br>Barbara Lanzinger<br>Karl-Josef Laumann<br>Vera Lengsfeld<br>Peter Letzgus<br>Ursula Lietz<br>Walter Link (Diepholz)<br>Eduard Lintner<br>Dr. Klaus W. Lippold<br>(Offenbach)<br>Patricia Lips<br>Dr. Michael Luther<br>Dorothee Mantel<br>Erwin Marschewski<br>(Recklinghausen)<br>Stephan Mayer (Altötting)<br>Conny Mayer (Baiersbronn)<br>Dr. Martin Mayer<br>(Siegertsbrunn)<br>Wolfgang Meckelburg<br>Dr. Michael Meister<br>Dr. Angela Merkel<br>Friedrich Merz<br>Laurenz Meyer (Hamm)<br>Doris Meyer (Tapfheim)<br>Maria Michalk<br>Hans Michelbach<br>Klaus Minkel<br>Marlene Mortler<br>Stefan Müller (Erlangen)<br>Bernward Müller (Gera)<br>Dr. Gerd Müller<br>Hildegard Müller | Sibylle Pfeiffer<br>Dr. Friedbert Pflüger<br>Beatrix Philipp<br>Ronald Pofalla<br>Ruprecht Polenz<br>Daniela Raab<br>Thomas Rachel<br>Hans Raidel<br>Dr. Peter Ramsauer<br>Helmut Rauber<br>Peter Rauen<br>Christa Reichard (Dresden)<br>Katherina Reiche<br>Hans-Peter Repnik<br>Klaus Riegert<br>Dr. Heinz Riesenhuber<br>Hannelore Roedel<br>Franz-Xaver Romer<br>Heinrich-Wilhelm Ronsöhr<br>Dr. Klaus Rose<br>Kurt J. Rossmanith<br>Dr. Norbert Röttgen<br>Dr. Christian Ruck<br>Volker Rühle<br>Albert Rupprecht (Weiden)<br>Peter Rzepka<br>Anita Schäfer (Saalstadt)<br>Dr. Wolfgang Schäuble<br>Hartmut Schauerte<br>Andreas Scheuer<br>Norbert Schindler<br>Georg Schirmbeck<br>Bernd Schmidbauer<br>Christian Schmidt (Fürth)<br>Andreas Schmidt (Mülheim)<br>Dr. Andreas Schockenhoff<br>Dr. Ole Schröder<br>Bernhard Schulte-Drüggelte<br>Uwe Schummer<br>Wilhelm Josef Sebastian<br>Horst Seehofer<br>Kurt Segner<br>Matthias Sehling<br>Marion Seib<br>Heinz Seiffert<br>Bernd Siebert<br>Thomas Silberhorn | Johannes Singhammer<br>Jens Spahn<br>Erika Steinbach<br>Christian von Stetten<br>Gero Storjohann<br>Andreas Storm<br>Max Straubinger<br>Matthäus Strebl<br>Thomas Strobl (Heilbronn)<br>Lena Strothmann<br>Michael Stübgen<br>Antje Tillmann<br>Edeltraut Töpfer<br>Dr. Hans-Peter Uhl<br>Arnold Vaatz<br>Volkmar Uwe Vogel<br>Andrea Astrid Voßhoff<br>Gerhard Wächter<br>Marko Wanderwitz<br>Peter Weiß (Emmendingen)<br>Gerald Weiß (Groß-Gerau)<br>Ingo Wellenreuther<br>Annette Widmann-Mauz<br>Klaus-Peter Willsch<br>Willy Wimmer (Neuss)<br>Matthias Wissmann<br>Werner Wittlich<br>Dagmar Wöhrl<br>Elke Wülfing<br>Wolfgang Zeitlmann<br>Wolfgang Zöllner<br>Willi Zylajew | Christoph Hartmann<br>(Homburg)<br>Klaus Haupt<br>Ulrich Heinrich<br>Birgit Homburger<br>Dr. Werner Hoyer<br>Michael Kauch<br>Dr. Heinrich L. Kolb<br>Gudrun Kopp<br>Jürgen Koppelin<br>Sibylle Laurischk<br>Harald Leibrecht<br>Ina Lenke<br>Sabine Leutheusser-<br>Schnarrenberger<br>Markus Löning<br>Dirk Niebel<br>Günther Friedrich Nolting<br>Hans-Joachim Otto<br>(Frankfurt)<br>Eberhard Otto (Godern)<br>Detlef Parr<br>Cornelia Pieper<br>Gisela Piltz<br>Dr. Günter Rexrodt<br>Marita Sehn<br>Dr. Hermann Otto Solms<br>Dr. Max Stadler<br>Dr. Rainer Stinner<br>Carl-Ludwig Thiele<br>Dr. Dieter Thomae<br>Jürgen Türk<br>Dr. Guido Westerwelle<br>Dr. Claudia Winterstein | (C) |
| (B) | Bernd Neumann (Bremen)<br>Henry Nitzsche<br>Michaela Noll<br>Claudia Nolte<br>Günter Nooke<br>Dr. Georg Nüßlein<br>Franz Obermeier<br>Eduard Oswald<br>Melanie Oßwald<br>Rita Pawelski<br>Dr. Peter Paziorek<br>Ulrich Petzold<br>Dr. Joachim Pfeiffer   | Dr. Andreas Schindler<br>Georg Schirmbeck<br>Bernd Schmidbauer<br>Christian Schmidt (Fürth)<br>Andreas Schmidt (Mülheim)<br>Dr. Andreas Schockenhoff<br>Dr. Ole Schröder<br>Bernhard Schulte-Drüggelte<br>Uwe Schummer<br>Wilhelm Josef Sebastian<br>Horst Seehofer<br>Kurt Segner<br>Matthias Sehling<br>Marion Seib<br>Heinz Seiffert<br>Bernd Siebert<br>Thomas Silberhorn  | <b>FDP</b><br>Daniel Bahr (Münster)<br>Angelika Brunkhorst<br>Ernst Burgbacher<br>Helga Daub<br>Jörg van Essen<br>Otto Fricke<br>Horst Friedrich (Bayreuth)<br>Rainer Funke<br>Dr. Wolfgang Gerhardt<br>Hans-Michael Goldmann<br>Joachim Günther (Plauen)<br>Dr. Karlheinz Gutmacher<br>Dr. Christel Happach-Kasan  | <b>Fraktionslose Abgeordnete</b><br>Dr. Gesine Lötzsch<br>Petra Pau   | (D) |
|     |  |  | <b>Enthalten</b><br><b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b><br>Werner Schulz (Berlin)  |   |     |

Nun erteile ich der Kollegin Verena Butalikakis, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

**Verena Butalikakis (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns inhaltlich eigentlich in einer Fortsetzung der Diskussion zum ersten Punkt unserer heutigen Tagesordnung. Es geht um die Reform des Sozialhilferechts. Derzeit bestimmt das Bundessozialhilfegesetz entsprechend dem Gedanken des Grundgesetzes, welche Hilfen Menschen in bestimmten Notlagen erhalten, um ein Leben führen zu können, das der Würde des Menschen entspricht.

Durch die von allen Fraktionen in diesem Hause gewollte und zukünftig auch im Gesetz verankerte Gleichbehandlung von Menschen, die aufgrund längerfristiger Arbeitslosigkeit aus Steuergeldern finanzierte Leistungen beziehen, nämlich die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe, werden zwangsläufig Änderungen beim derzeit gültigen Bundessozialhilfegesetz notwendig. Dieser Änderungsbedarf besteht grundsätzlich, unabhängig davon, welche gesetzliche Grundlage – ob nun das SGB II der Bundesregierung bzw. der Regierungskoalition oder der Vorschlag der CDU/CSU für ein Existenzgrundlagengesetz – zukünftig für diese Personengruppen gilt.

## Verena Butalikakis

- (A) Damit stehen wir vor der entscheidenden Frage: Welche rechtlichen Regelungen brauchen wir für die Menschen, die bisher und weiterhin Hilfe zum Lebensunterhalt brauchen, Hilfen finanzieller, aber auch anderer Art, wie sie das Bundessozialhilfegesetz derzeit vorsieht?

Der von der rot-grünen Regierungskoalition vorgelegte Entwurf eines SGB XII sieht neben der formalen Eingliederung des Sozialhilferechts in die Sozialgesetzgebung einige wenige inhaltliche Änderungen des bisherigen Bundessozialhilfegesetzes vor.

Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion sind einige Ansätze davon in ihrer Zielsetzung sinnvoll, wie beispielsweise die **Stärkung der Selbstverantwortung** des Leistungsberechtigten durch die Pauschalierung von Sozialhilfeleistungen oder das Festschreiben der Zielsetzung eines selbstbestimmten Lebens durch ein persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen. Aber schon in der ersten Lesung des Gesetzentwurfes hier in diesem Hause haben wir erheblichen Klärungs- und Änderungsbedarf gesehen, und zwar grundsätzlicher Art wie auch hinsichtlich von Einzelregelungen und vor allem auch in Abgrenzung zu anderen Gesetzen.

Wie war das noch bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes? Die rot-grüne Regierungskoalition überschlug sich förmlich beim Eigenlob. Es war von einer „neuen Systematik“ mit „Verlässlichkeit und Klarheit“ die Rede, von einer „Strukturreform mit Nachhaltigkeit“. Es fiel der Satz – auch das ist ein Zitat aus dem Wortprotokoll der entsprechenden Sitzung –: „Finanzielle Leistungen werden bedarfsgerechter und nachvollziehbarer bemessen“.

(B)

Die Anhörung der Sachverständigen am 24. September hat aber sehr deutlich gemacht, dass so wie die CDU/CSU-Fraktion alle Experten, von den Vertretern der Wohlfahrtsverbände über die des DGB bis zu den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, eine **gründliche Überarbeitung** des vorliegenden Gesetzentwurfes für erforderlich halten.

Im Folgenden nenne ich nur die gravierendsten Punkte, die bei der Befragung von den Sachverständigen – trotz der Vertretung unterschiedlicher Interessen – übereinstimmend genannt worden sind:

Erstens. Das Finanztableau zu diesem Gesetz ist völlig unverständlich. Die ausgewiesenen Einsparungen für Länder und Kommunen in Höhe von 66 Millionen Euro in 2004 sind in keiner Weise nachvollziehbar.

Zweitens. Eine Pauschalierung der einmaligen Leistung wird ebenso wie die Einführung eines personenbezogenen Budgets grundsätzlich begrüßt. Unbedingt notwendig sind dabei aber, wie im Übrigen auch an anderen Stellen des Gesetzes, weitere Klärungen der Details.

Drittens. Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Entwurf des SGB II. Eine eindeutige Abstimmung und Abgrenzung beider Entwürfe und die Abgrenzung zu anderen Gesetzen – angesprochen wurde in der Anhörung das Grundsicherungsgesetz – muss unbedingt erfolgen.

(C) Viertens. Nachdrücklich bemängelten die Sachverständigen, dass die Regelsatzverordnung von der Bundesregierung noch nicht vorgelegt worden ist; sie fehle bei der Anhörung. So waren für die Sachverständigen Ausführungen sowohl zu den finanziellen Auswirkungen – immerhin sind im Finanztableau 5 Millionen Euro an Einsparungen in 2004 ausgewiesen – wie auch zu der grundsätzlichen Einschätzung, ob zum Beispiel mit dem zukünftigen Regelsatz das Existenzminimum abgesichert wird, nicht möglich.

Fünftens. Alle Sachverständigen plädierten für eine Aussetzung des Gesetzesvorhabens – Kollege Stöckel hat das eben erwähnt –, bis die grundsätzliche Entscheidung für die Personengruppe der Arbeitsfähigen getroffen ist, sprich, bis klar ist, wie es mit Hartz IV nach der Behandlung im Vermittlungsausschuss weitergeht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

So weit einstimmig die Sachverständigen! Ich betone noch einmal: Es ist völlig klar, dass sie unterschiedliche Interessen vertreten. Ein Vertreter eines Wohlfahrtsverbandes verfolgt natürlich andere Interessen als ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände. Trotzdem waren alle dieser Auffassung. Nachzulesen ist das im Wortprotokoll der Anhörung.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Jeder will seinen Vorgarten retten!)

– Herr Kollege Kurth, Sie haben schon im Ausschuss eine solche Bemerkung gemacht. Ich habe mir lange überlegt, ob ich Sie heute zitiere oder nicht. Eigentlich hatte ich es beiseite geschoben, aber Sie ermuntern mich jetzt fast dazu.

(D)

Zur abschließenden Beratung am Mittwoch im Ausschuss hat die Regierungskoalition mehrere Änderungsanträge vorgelegt. Dazugelernt? Argumente der Sachverständigen aufgegriffen? – Nein!

Die Änderungen betrafen Marginalien, sie betrafen die Abgrenzung zu anderen Gesetzen – allerdings auch nur teilweise – und sie betrafen eine Neuerung, nämlich die Änderung des § 24 im Gesetzentwurf. Dazu sage ich nachher noch etwas.

Also: Wozu werden Anhörungen zu Gesetzesentwürfen durchgeführt, wenn die Regierungsmehrheit die Aussagen aller Experten zu gravierenden Tatbeständen vollständig ignoriert? Diese Frage habe ich schon im Ausschuss sehr verärgert gestellt, weil ich es wirklich nicht richtig finde.

(Rolf Stöckel [SPD]: Das ist pauschal, aber keine Leistung! – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Diese Frage stellt sich wirklich!)

– Danke schön, Herr Kollege Kolb. – Im Prinzip stellt sich natürlich auch die Frage, wie die Gesetze in unserem Land mittlerweile gemacht werden. Das Zauberwort, das diese Regierung im Jahre 1999 geprägt hat, drängt sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf sofort auf: die Nachbesserung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Verena Butalikakis

- (A) Nein, die CDU/CSU geht einen anderen Weg. Wer die Arbeit eines Sozialamtes und die Arbeit im Sozialamt kennt – in hatte in Berlin häufig Gelegenheit dazu, sie mir anzuschauen –, weiß, wie wichtig es sowohl für die Bezieher von Leistungen als auch für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist, eindeutige, einfache und klare Regelungen festzulegen.

(Erika Lotz [SPD]: Sagen Sie doch mal was zu Hartz!)

Wer das Bundessozialhilferecht kennt, das seit 1961 zahlreiche Änderungen, teilweise auch Auslagerungen, wie zum Beispiel das Asylbewerberleistungsgesetz, erlebt hat, der weiß, dass jetzt grundlegende Änderungen angegangen werden müssen und dass jetzt der richtige Zeitpunkt für eine wirkliche Strukturreform ist. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger ist dabei der erste Schritt.

Die Einordnung der **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen** in das Sozialhilferecht ist fachlich nicht stimmig. Das ist bisher von allen Fraktionen in diesem Hause auch immer unbestritten so gesehen worden. Bei der Eingliederungshilfe geht es nämlich in erster Linie um einen Nachteilsausgleich und nicht um Fürsorge im herkömmlichen Sinne. Deshalb muss es das Ziel sein, dass die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung aus dem Recht der Sozialhilfe herausgelöst wird. Wir wollen für Menschen mit Behinderung ein eigenständiges, steuerfinanziertes Leistungsgesetz schaffen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Gewährung von **Sozialhilfe im Ausland** – selbstverständlich abgesehen von den aus unserer Geschichte begründeten Altfällen – ist systemfremd. Auch hier wollen wir eine Ausgliederung, nämlich die Übernahme der Regelungen ins Konsulargesetz.

Den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts folgend, im Steuer- und Sozialrecht Benachteiligungen der Familien weiter abzubauen, wollen wir beim Strukturwechsel einen ersten Schritt in das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits in der letzten Legislaturperiode entwickelte **Familiengeldkonzept** vollziehen.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Ja!)

Ziel dabei ist, Kindern unabhängig von sozialen Transferleistungen eine eigenständige finanzielle Sicherheit und damit auch den Familien verlässliche Rahmenbedingungen zu geben.

Diese von mir dargestellten Elemente unserer Strukturreform haben wir in unserem heute zur Abstimmung vorliegenden Entschließungsantrag zum SGB XII aufgeführt. Ich kann Sie alle nur bitten, diesen Vorgaben für eine grundlegende Strukturreform zuzustimmen.

Da Herr Stöckel es schon angesprochen hat, will ich noch auf Folgendes eingehen: Bei der Vorlage unseres Gesetzentwurfs – dem EGG, Existenzgrundlagengesetz – haben wir ganz bewusst keine Änderungen außer jener der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger vorgenom-

men; denn wir sind der Meinung, dass erst nach der abschließenden Klärung darüber, wie diese Zusammenführung aussieht, weitere Änderungen angegangen werden können. Dabei sind wir im Gegensatz zu anderen der Meinung – Ihre Bemerkung hat mich darin wieder bestärkt, Herr Kurth –, dass man sehr wohl auf die Fachleute aus der Praxis hören sollte. Eine Menge schriftlicher Vorschläge und Änderungswünsche zum jetzigen BSHG und zum Entwurf der Regierungskoalition liegen auf dem Tisch.

Wir wollen gemeinsam mit den Fachleuten einige Punkte ändern und legen größten Wert darauf, dass dies zum Wohle der **Kommunen** geschieht. Mit uns wird es kein Gesetz geben, bei dem die finanziellen Fragen, die die Kommunen unmittelbar betreffen, so ungeklärt sind wie in dem vorliegenden Regierungsentwurf.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei der Gesetzgebung muss man in kleinen Schritten vorgehen. Das vorliegende Gesetz ist dafür ein schlechtes Beispiel. Dass wir den Gesetzentwurf der Regierungskoalition ablehnen, brauche ich wohl nicht weiter zu betonen.

Ich will aber den Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Satz mitgeben, der für die Abstimmung vielleicht nicht unwichtig ist. Ein Sachverständiger in der Anhörung wandte sich an alle und erklärte Folgendes: Unsere herzliche Bitte an den Gesetzgeber ist, in dieser Situation endlich einmal auf die Praxis zu hören und nicht am grünen Tisch Dinge zu entwerfen, die entweder nicht praxistauglich oder die für die Praxis so abwegig sind, dass sie von vornherein zu ignorieren sind.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile Kollegen Markus Kurth, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

**Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Butalikakis, zunächst einmal freue ich mich, dass wir uns wenigstens darin einig sind, dass das persönliche Budget und die Pauschalierung der einmaligen Leistungen einen wichtigen Bestandteil zur Erhöhung von Selbstbestimmung und Teilhabe darstellen. Ich kann nur an Sie appellieren, bei einer Verhandlung im Vermittlungsausschuss als Ergebnis des Gesetzgebungsprozesses daran festzuhalten.

Jenseits dieser grundsätzlichen Einigkeit über diese Punkte hört die Gemeinsamkeit schon auf. Ich kann den Einwand nicht verstehen – ich finde es nicht gut, dass Sie das immer wieder behaupten –, dass der Entwurf keine **Systematik** enthält.

(Andreas Storm [CDU/CSU]: Es ist auch keine da!)

## Markus Kurth

- (A) Auch den Vorwurf, es fehle eine Abgrenzung zu anderen Gesetzen, insbesondere zum neu geplanten Sozialgesetzbuch II, kann ich nicht nachvollziehen.

Der Gesetzentwurf enthält eine klare Zuordnung bestimmter Gruppen von Hilfebedürftigen und Leistungsbeziehern. Sie sind jeweils einem spezifischen Leistungssystem zugeordnet. Es gibt das Arbeitslosengeld I und das Arbeitslosengeld II, die Sozialhilfe für die vorübergehend voll erwerbsgeminderten Menschen und die Grundsicherung.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Warum legen Sie die Regelsatzverordnung nicht vor?)

– Die Regelsatzverordnung, Herr Kolb, ist eine Rechtsverordnung; das kommt nach der Verabschiedung dieses Gesetzes.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie müssen doch wissen, in welcher Reihenfolge so etwas ablaufen muss. Sie waren doch einmal Staatssekretär.

Ihr so genanntes zweigliedriges System – Sie wollen als Leistungen nur noch die Arbeitslosenhilfe anbieten und den Rest in einen Topf werfen – wird die Verschiebepunkte nicht abschaffen. Im Gegenteil: Es wird zu Wucherungen im System kommen, und zwar unterhalb der gesetzlichen Festlegungen. Die Kommunen, die die ganzen Angebote machen sollen, von denen Herr Koch heute Morgen gesprochen hat, haben nicht das Geld und die Möglichkeiten, dies zu tun.

(B)

Das **Land Hessen** speziell ist dabei, eine Reihe sozialer Dienstleistungen abzuschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In vielen Bereichen sind die Landesmittel komplett gestrichen worden, zum Beispiel bei der Zuwendung zur Jugendberufshilfe, bei der Landesmittelschuldnerberatung, der Drogenberatung, der Jugendhilfe, der Eingliederung Behinderter und natürlich bei lokalen Beschäftigungsinitiativen. Das ist die Situation in Hessen. Ihrer Ansicht nach sollen diese Leistungen in einem System zusammengefasst werden, in dem munter Kahlschlag betrieben wird. Die Kommunen werden – das prophezeie ich Ihnen – viele Hilfebedürftige als voll erwerbsgemindert deklarieren und sie so innerhalb des Systems in die Perspektivlosigkeit entlassen.

Da ich gerade bei der Opposition bin: Der **FDP** fällt außer Absenkung überhaupt nichts ein.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: So ein Quatsch!)

Ich habe mir Gedanken über Ihre Forderung gemacht, dass ein Sozialhilfeempfänger in Zukunft nachweisen muss, dass er wirklich bedürftig ist, um eine Leistung zu bekommen. Ich frage mich, wo Sie im Vergleich zur heutigen Gesetzgebung eigentlich eine Lücke sehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Man muss doch schon jetzt alle möglichen Bescheinigungen vom Vermieter bis zur Oma unterschreiben lassen und beibringen, bevor man überhaupt Anspruch auf Sozialhilfe hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie vernebeln also die gegenwärtige Gesetzeslage, um dann aus dem Nebel hervorzuspringen und zu rufen: Wir fordern aber den Nachweis der Hilfebedürftigkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Sie wissen doch genau, wie es bei den Sozialämtern vor Ort aussieht!)

Auf diese Weise führen Sie ein politisches Täuschungsmanöver aus. Das muss man einmal klar sagen. Das erinnert mich an das Vorgehen von Herrn Stoiber, auf dessen Aussage von der Abschaffung des Datenschutzes ich in der letzten Debatte eingegangen bin. Von der Struktur her hat er in gleicher Weise argumentiert: Er hat zunächst die geltende Rechtslage vernebelt und behauptet, es gebe keinen Datenabgleich zwischen den Ämtern, um diesen dann nach außen hin lauthals zu fordern und auf den Zug des Geredes von der sozialen Hängematte aufzuspringen. Das ist keine seriöse politische Argumentation.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D) Mir bleibt jetzt leider nur noch wenig Zeit, um auf unser Gesetz an sich einzugehen. Ich möchte aber noch einmal betonen, dass es sehr wohl eine ganze Reihe an wichtigen **Änderungen** gegeben hat, die keinesfalls als Marginalien zu bezeichnen sind. So haben wir eindeutig geklärt – ich nenne jetzt nur die wichtigsten Dinge –, dass sich die Wohnkostenpauschalen am Mietspiegel orientieren müssen. Das war vielen ein wichtiges Anliegen, damit eine bedarfsgerechte Miete errechnet werden kann. Wir haben noch deutlicher herausgestellt, dass Kommunen im Bereich der Sozialhilfe weiterhin aktivierende Angebote machen können. Wir haben auch klargestellt, dass das Nichtwahrnehmen von Angeboten, deren Erfolg von einer freiwilligen Teilnahme abhängt, nicht sanktioniert wird, sondern nur das Verweigern der Aufnahme einer zumutbaren Tätigkeit.

Im Übrigen habe ich vorgestern mit einer Sachverständigen noch einmal gesprochen, die bei der Anhörung gerade auf den Bereich der aktivierenden Hilfen und Angebote hingewiesen hat. Als ich ihr gesagt habe, dass wir das so ins Gesetz aufgenommen haben, war sie erfreut. Das war die Sozialdezernentin von Potsdam, Frau Müller. So weit zum Meinungsspektrum der Sachverständigen.

Wir haben zudem bei der Anrechnung des Einkommens von Menschen mit Behinderungen oberhalb der Einkommensgrenze eine Differenzierung nach Art und Schwere der Behinderung vorgenommen. Die Einkommensgrenzen sind ja abgesenkt worden; das brachte sicherlich für einige Härten mit sich. Wir haben aber hier jetzt noch einmal für größere Einzelfallgerechtigkeit ge-

**Markus Kurth**

- (A) sorgt. Nicht zuletzt sind natürlich die Beschränkungen für Ausländer, die in dem Entwurf zum Teil noch enthalten waren, wieder entschärft bzw. aufgehoben worden. So können beispielsweise die wenigen Asylbewerber, die Pflegefälle sind, Pflegeleistungen bekommen.

Ich bitte Sie noch einmal: Unterstützen Sie wenigstens den Ansatz, jedem ein persönliches Budget zu geben. Unterstützen Sie uns auch im Punkt Regelsatzverordnung.

(Verena Butalikakis [CDU/CSU]: Sie können ja unserem Entschließungsantrag zustimmen!)

Da können Sie Einfluss nehmen und unter Beweis stellen, dass das große „C“ im Namen Ihrer Partei noch aktuell ist. Wenn man sich manche Vorschläge der Herzog-Kommission anschaut, könnte man zu dem Schluss kommen, dass das nicht mehr der Fall ist. Wir hingegen verfolgen in Bezug auf Systematik und Bedarfsgerechtigkeit eine klare Linie.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort dem Kollegen Heinrich Kolb, FDP-Fraktion.

**Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):**

- (B) Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kurth, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht: Der hier zu beratende Gesetzentwurf zur Änderung des SGB XII ist nichts anderes als der kranke Wurmfortsatz der Arbeitsmarktreformen im Zuge von Hartz IV, die wir heute Morgen hier schon beraten haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ganz nach dem Motto „Avanti dilettanti!“ leidet dieses Gesetz an eben dem Grundfehler, den wir auch heute Morgen schon kritisiert haben,

(Widerspruch bei der SPD)

nämlich dass Sie auf eine zentralistische Lösung setzen, statt den Kommunen weitgehend die Ausgestaltung der Sozialhilfe zu überlassen.

(Rolf Stöckel [SPD]: Die Kommunen sind doch Träger der Sozialhilfe!)

– Das wissen wir doch, Herr Stöckel. Aber in der Anhörung zu Ihrem Gesetzentwurf wurde so deutliche Kritik geäußert, dass Sie sich hier mit Zwischenrufen absolut zurückhalten sollten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist ohnehin verwunderlich, dass Sie nicht unserem Antrag im Ausschuss gefolgt sind, die Beratung dieses Gesetzentwurfs auszusetzen, bis man einigermaßen absehen kann, was bei der Zusammenlegung von Arbeits-

losen- und Sozialhilfe herauskommt. Das wäre besser gewesen. Was hier vorliegt, ist „mit heißer Nadel im Schweinsgalopp übers Knie gebrochen“. Die Folgen werden sich schon sehr bald zeigen, wenn das Chaos in den Sozialämtern der Kommunen ausbricht. Die vorgesehene Regelung stellt nämlich eine Überforderung der Ämter dar. Es wird nicht funktionieren, das SGB II und das SGB XII parallel umzusetzen.

(Peter Dreßen [SPD]: Das wollen Sie doch!)

– Nein, Herr Dreßen, wir wollen das nicht. Wir wollen, dass vernünftige Rahmenbedingungen für den Vollzug in den Kommunen vor Ort geschaffen werden. Das passiert damit eben nicht.

Deswegen noch einmal: Sie können die Regelsatzverordnung natürlich verabschieden, Herr Kollege Kurth, aber die Menschen würden schon gerne wissen, was Sie im Nachgang vorhaben. Es ist ein Stück weit auch Feigheit, dass Sie sich bisher vor dem Entwurf einer solchen Regelsatzverordnung gedrückt haben, vielleicht auch weil Sie befürchten, dass das Auswirkungen auf das Abstimmungsverhalten des einen oder anderen Kollegen oder der einen oder anderen Kollegin hier haben dürfte. Auch das gehört zur Wahrheit.

**Zentralismus** und auch mehr **Bürokratie** stehen bei Ihnen auf der Tagesordnung ganz oben. Das heißt, dass die Menschen die schnelle Hilfe nicht bekommen werden, die sie eigentlich zu Recht erwarten dürfen. Ich habe schon gesagt: Besser wäre es gewesen, die Länder und die Kommunen die notwendigen Regelungen selbst festlegen zu lassen. Es bedarf hier keiner detaillierten Vorgaben durch den Bund. Sie beweisen aber damit, einen Tag nachdem der Deutsche Bundestag einvernehmlich eine Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung eingesetzt hat, wie ernst es Ihnen tatsächlich mit der **Kompetenzerweiterung für Länder und Kommunen** ist. Absolute Fehlanzeige! Es wäre richtig, denen, die die Kostenträgerschaft haben, entsprechende Gestaltungsrechte einzuräumen. Wir haben ein einfaches und transparentes Konzept vorgelegt. Sie bleiben die Antwort schuldig.

Ich will aber, Herr Stöckel, nicht nur kritisieren. Es gibt auch positive Ansätze. Das hat die Kollegin Butalikakis schon gesagt. Ich meine die **Pauschalisierung der Sozialhilfe** und die Budgets zur Gestaltung selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Behinderung. Aber es bleibt bei den Ansätzen. Die Pauschalisierung der Sozialhilfe, also der § 29 des SGB XII, enthält leider keine Öffnungsklausel zugunsten der Kommunen. Auf die Regelsatzverordnung habe ich schon hingewiesen. Es muss auch darauf geachtet werden, dass das persönliche Budget nicht auf ein Kostendämpfungsinstrument hinausläuft und sich zulasten der betroffenen Menschen auswirkt. Es wäre unverantwortlich – das sage ich sehr deutlich für meine Fraktion – , wenn es dazu käme.

Weil ich schon bei den behinderten Menschen in unserem Lande bin, will ich doch noch einmal an eines erinnern. Wir haben in der letzten Legislaturperiode gemeinsam einstimmig verabredet, dass wir in dieser Legislaturperiode ernsthaft prüfen wollen, ein eigenstän-

Dr. Heinrich L. Kolb

- (A) diges **Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderung** vorzulegen. Wenn Sie jetzt die §§ 39 ff. des BSHG in das SGB XII überführen wollen und das ein bisschen mit den persönlichen Budgets kaschieren, werden die behinderten Menschen zu Recht fragen, ob das Notwendige getan worden ist. Das sage ich Ihnen voraus. Wir wären bereit gewesen, mit Ihnen fraktionsübergreifend – ich denke, auch die Kollegen von der Union wären dazu bereit gewesen – zusammenzuarbeiten, um dieses Versprechen aus der letzten Legislaturperiode einzuhalten. Leider ist die Chance vertan.

Ein letzter Punkt: Es gibt fast 1 Million **Kinder**, die von Sozialhilfe leben. Aus unserer Sicht muss daher die **Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit** im Hinblick auf die große Zahl allein erziehender Frauen mit Sozialhilfebezug gefördert werden. Ich sage klipp und klar: Wir werden die Kinder nur dann aus der Sozialhilfe befreien, wenn wir allein erziehenden Frauen die Chance geben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Deshalb sollte hier ein Schwerpunkt gesetzt werden. Wir haben das in unserem Antrag spezifiziert.

Es wäre besser gewesen, die Beratungen auszusetzen. Vielleicht haben Sie das Gesetz heute nur vorgelegt, weil Sie wissen, dass es so nicht in Kraft treten wird. Die FDP ist bereit, im Bundesrat an einer Verbesserung der Regelungen mitzuwirken. In diesem Sinne möchte ich uns alle zu einem neuen Anlauf aufrufen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

- (B) **Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort dem Parlamentarischen Staatssekretär Franz Thönnnes.

**Franz Thönnnes**, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute Nachmittag im Rahmen der Abstimmungen über Hartz III und Hartz IV über die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe entschieden. Eng verwoben mit diesem Gesetz, auch wenn Sie die Notwendigkeit bestreiten

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wurmfortsatz!)

– das ist kein Wurmfortsatz –, ist die Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch XII. Es geht auch um eine Entscheidung über ein Referenzsystem, mit dem die Grundlagen dafür geschaffen werden, dass die Leistungen, die den Menschen mit dem Reformgesetz Hartz IV gewährt werden, sozial gerecht und bedarfsdeckend sind und dem entsprechen, was wir hier verabschiedet haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit der jetzigen Sozialhilfereform werden entgegen allen Unkenrufen die Hilfeleistungen vereinfacht. Erstens werden die einmaligen Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt wie für Bekleidung oder Hausrat in den

- Regelsatz** mit einbezogen. Das stärkt die **Eigenverantwortung** der Leistungsberechtigten, entlastet die Verwaltung und ist auch ein wichtiger Beitrag zu dem immer wieder geforderten **Bürokratieabbau**. (C)

Zweitens wird es statt fünf verschiedenen Gruppen von **Kindern** in Zukunft nur noch zwei Gruppen geben. Es wird nur noch zwischen Kindern unter und über 14 Jahre unterschieden, für die 60 bzw. 80 Prozent der Regelsätze gelten sollen. Auch das wird die Auszahlung von Leistungen vereinfachen.

Sowohl aus diesem Gesetzentwurf als auch aus Hartz IV ist ersichtlich – das ist nämlich keineswegs undurchschaubar –, dass demnächst in Westdeutschland ein Eckregelsatz von 345 Euro bzw. in Ostdeutschland einer von 331 Euro gelten wird und dass die Differenz von 14 Euro auch bei der Umsetzung in den Ländern nicht unterschritten werden darf.

Sehr wichtig ist auch – das muss an dieser Stelle ebenfalls erwähnt werden –, dass erstmals alle **Alleinerziehenden** einen Mehrbedarfsanspruch für ihre Kinder erhalten. Auch das trägt zur Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden bei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit diesem Gesetzentwurf setzen wir unsere Anstrengungen fort, **behinderten und pflegebedürftigen Menschen** ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird auch in diesem Gesetzesvorhaben beibehalten und stärker als bisher umgesetzt. (D)

Benachteiligungen von nicht in Einrichtungen lebenden Menschen werden abgebaut. Das eben schon genannte persönliche Budget anstelle von Sachleistungen soll nicht dazu dienen, Herr Kollege Kolb, die Rechtsansprüche des Einzelnen zu beschneiden. Es soll vielmehr dazu beitragen, ihn als selbstständig handelndes Individuum mit einzubringen, ihm Wahlmöglichkeiten zu eröffnen und damit den Wettbewerb unter den Anbietern anzuregen, um vielleicht auch auf diesem Weg zu Einsparungen im System beizutragen. Der prinzipielle Anspruch ist aber, **Selbstbestimmung** und Eigenverantwortung zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Reform liegt auch die Überzeugung zugrunde, dass die **Hilfe zum Lebensunterhalt** in der Sozialhilfe als unterstes soziales Netz in unserer Gesellschaft dazu beitragen muss, die Menschen vor Armut zu schützen. An dieser Stelle, Frau Butalikakis, befinden wir uns im Einklang mit dem, was auch die Wohlfahrtsorganisationen und die anderen Verbände in der Anhörung ausgeführt haben. Wir brauchen auch weiterhin ein differenziertes viergliedriges System, das den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen entspricht und ihnen entgegenkommt. Nur die Hilfe zum Lebensunterhalt der Sozialhilfe ermöglicht die angemessene Berücksichtigung des individuellen Bedarfs; und darauf kommt es an.

Parl. Staatssekretär Franz Thönnies

(A) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir erfüllen damit auch zwei sehr wichtige Artikel unseres Grundgesetzes, nämlich den Art. 1, der die Menschenwürde schützt, und den Art. 20 mit seinem Sozialstaatsgebot. Bedürftige Bürgerinnen und Bürger können damit auch künftig darauf vertrauen, dass der Staat seine **Rechtspflicht aus dem Grundgesetz** einlöst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es bleibt dabei: In einer wirklichen Notsituation ist man in Deutschland kein Bittsteller, sondern man hat Anspruch auf Hilfe durch eine gesetzlich geregelte Leistung. Sie sichert den Lebensunterhalt, hilft in besonderen Lebenslagen und trägt dort, wo es möglich ist, mit dem **Prinzip des Förderns und Forderns** zur Überwindung schwieriger Lebenssituationen aus eigener Kraft bei.

Wer das differenzierte viergliedrige Leistungssystem infrage stellt und damit auch die Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe aufgeben will, muss alle anderen Leistungsarten zu einem Vollbedarfssystem mit eigener Bedarfsbemessung ausbauen, und zwar nach dem Vorbild eben dieser Hilfe zum Lebensunterhalt. De facto würde es sich dabei also lediglich um eine Umbenennung der Hilfe zum Lebensunterhalt handeln.

Ein noch wichtigeres Argument für unseren Gesetzesentwurf ist aber, dass ohne die Hilfe zum Lebensunterhalt verschiedene Personengruppen durch dieses Netz fallen würden. Ich denke zum Beispiel an Kinder unter 15 Jahre, die nicht bei ihren Eltern leben, an Zeitrentnerinnen und -rentner, an andere auf nicht absehbare Zeit durch Krankheit behinderte Menschen und Behinderte ohne Grundsicherung. Alle diese Menschen dürfen wir nicht ohne sozialen Schutz lassen. Wer unverschuldet in Not gerät, der soll sich darauf verlassen können, dass ihm die Gesellschaft hilft,

(B)

(Beifall bei der SPD)

und zwar so hilft, dass er in der Lage ist, sich dort, wo es möglich ist, aus eigener Kraft aus einer Notsituation zu befreien.

Wir können und wollen aber niemanden unterstützen, der den Sozialstaat ausnutzt. Fördern und fordern – das ist das Credo. Wer Unterstützung will, der muss auch selbst alle Anstrengungen unternehmen, um die eigene Situation zu verbessern. **Solidarität** ist keine Einbahnstraße und darf es auch nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen wird es künftig nur noch in Ausnahmefällen möglich sein, auch im Ausland von Sozialhilfe zu leben. Wir schließen hier durch die klare Eingrenzung auf ganz wenige Fallkonstellationen Schlupflöcher. Sozialmissbrauch wollen und dürfen wir auch an dieser Stelle nicht dulden.

Wenn das grundgesetzliche Sozialstaatsgebot, das ich gerade erwähnt habe, wirklich ernst genommen werden soll, dann brauchen wir einen wirksamen Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung aus der Gesellschaft. Das erreichen wir am besten, indem wir allen Bürgerinnen

und Bürgern eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen. (C) Die Bundesregierung setzt dies mit dem „**Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung**“ um. Ich glaube, die Schwerpunkte dieses Aktionsplanes machen deutlich, worum es uns dabei geht, nämlich um die Erleichterung des Zugangs zur Erwerbsarbeit und um die Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt. Die entsprechenden Gesetzentwürfe haben wir vorhin verabschiedet. Wir machen die Gesellschaft dadurch kinder- und familienfreundlicher, dass wir mehr Geld in Kinderbetreuung, in Ganztagsbetreuung sowie in Kindergärten investieren, dass wir das Kindergeld erhöht haben und dass wir bei den jetzt anstehenden Reformen einen Kinderzuschlag vorsehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht um die **Teilhabe** und die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung. Das haben wir gemeinsam, also fraktionsübergreifend, im Bundestag mit der Änderung des SGB IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – und dem Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen mit Schwerbehinderung geregelt. Ich hoffe, dass wir auch einen Konsens finden werden, wenn es im nächsten Gesetzesvorhaben darum geht, die Ausbildung und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zu fördern. Es geht auch darum, den Migrantinnen und Migranten in diesem Land die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Mehr Teilhabe durch bessere Bildung und durch den Zugang zur Erwerbstätigkeit, um so ein gesichertes Einkommen zu erzielen, das ist der Kernpunkt der Strategie des vorliegenden Aktionsplans. (D)

Alle **sozialen Sicherungssysteme** stehen vor großen Herausforderungen. Die Demographie, die Konjunktur und die Globalisierung fordern uns heraus. Ich glaube, mit der Sozialhilfereform und der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe – das ist ein wichtiges Element – leisten wir einen fundamentalen Beitrag dazu, dass die steuerfinanzierten sozialen Sicherungssysteme für die Zukunft gut gerüstet sind, dass sie weiterhin ihren Zweck und ihre Aufgabe erfüllen und dass sie auch in schwieriger Zeit gerecht und sozial ausgewogen reformiert werden. Diese Politik nimmt Rücksicht auf die Lebenslagen besonders schutzbedürftiger Menschen in unserem Land, duldet keinen Missbrauch und – das ist wichtig – garantiert und gibt **Sicherheit im Wandel**.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich erteile der Kollegin Gesine Löttsch das Wort.

**Dr. Gesine Löttsch** (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste, ich bin Abgeordnete der PDS. – Es gibt Bücher, die dem interessierten Leser erklären, wie man in einem Jahr Millionär werden kann. Bei der nächsten Buchmesse könnte zum Beispiel der Bundeskanzler mit einem Buch auf den Markt kommen, das den Titel trägt:

Dr. Gesine Löttsch

- (A) Wie Sie in nur 36 Monaten arm werden. Denn das, was heute im Bundestag beschlossen wird, sind Armutsge-  
setze. Sie schützen nicht vor Armut.

Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird **Armut** in einer bisher unbekannt Dimension in diesem Land schaffen. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, der sich ja an uns alle gewandt hat, geht davon aus, dass zusätzlich zu den derzeit rund 2,8 Millionen Sozialhilfebezieher 1,7 Millionen Menschen in die Einkommensarmut geschickt werden.

Ich möchte drei besonders kritikwürdige Punkte aus dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch hervorheben. Mein erster Kritikpunkt: Obwohl hier gerade anderes behauptet wurde, wollen Sie wieder bei den **Kindern** sparen. Dazu reduzieren Sie bei der Berechnung des Regelsatzes einfach die Anzahl der Altersstufen. Zwar führt die Neuregelung bei Kindern unter sieben Jahren zu einer leichten Anhebung, bei älteren Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren kommt es jedoch zu einer deutlichen Absenkung um 10 Prozent. Jeder, der Kinder hat, weiß, dass das mit der Realität gar nichts zu tun hat; denn Kinder werden mit jedem Jahr teurer.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

- (B) Mein zweiter Kritikpunkt: die **regionalen Regelsätze**. Sie wollen mit diesem Gesetzentwurf die Träger der Sozialhilfe ermächtigen, regionale Sätze festzuschreiben. Auch wenn Sie gesagt haben, dass es eine Untergrenze gibt, besteht hier die große Gefahr, dass die Sozialhilfe in den Kommunen bei jeder Haushaltsberatung als Einsparpotenzial gesehen wird. Insbesondere in den armen Kommunen wird der Druck auf die Sozialhilfeempfänger dramatisch anwachsen.

Der dritte Kritikpunkt, den ich hier hervorheben möchte, ist die Umkehrung der Beweispflicht. Wenn mehrere Personen in einem Haushalt leben, kann vermutet werden, dass sie gegenseitig füreinander aufkommen. Dies wurde bis jetzt zwar unterstellt, allerdings soll die Beweislast jetzt umgekehrt werden. Nun wissen wir ja, dass viele, vor allem jüngere Menschen in **Wohngemeinschaften** zusammenleben. Als praktisches Beispiel könnte man sich vorstellen, dass es auch für unseren jetzigen Außenminister Fischer nicht einfach wäre, den Beweis anzutreten, dass in seiner damaligen Wohngemeinschaft in Frankfurt am Main die Mitbewohnerinnen und Mitbewohner – man wusste ja gar nicht genau, wer dort wohnte – füreinander aufgefunden sind. Das wäre eine sehr spannende Sache.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass die drei Kritikpunkte, die ich hier genannt habe – es wären noch weitere Punkte des Gesetzentwurfes hervorzuheben –, ausreichen, um diesen Gesetzentwurf abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

**Präsident Wolfgang Thierse:**

(C)

Ich erteile dem Kollegen Matthäus Strebl für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe eine Kurzintervention!)

– Nein, das Wort hat der Kollege Strebl.

(Zurufe von der CDU/CSU: Sehr gut!)

**Matthäus Strebl (CDU/CSU):**

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der aktuelle **Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung** ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert; zum einen, da die Bundesregierung die Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung darin richtig erkennt, zum anderen aber, da sie dagegen entweder nichts oder genau das Falsche unternimmt.

Ungefähr 11 Prozent der deutschen Bevölkerung leben unterhalb von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens und sind somit von Armut bedroht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Deutschland gibt es seit fünf Jahren eine konstant hohe Arbeitslosenquote, die sich bei über 4 Millionen Erwerbslosen eingependelt hat. Dabei wollte sich der Bundeskanzler nach seiner Wahl im Jahr 1998 daran messen lassen, wie gut er die **Arbeitslosigkeit** bekämpfen wird.

Zu Recht erkennt die Bundesregierung in ihrem Aktionsplan, dass länger andauernde Arbeitslosigkeit die wesentliche Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung ist. Demnach sollten die wichtigsten Eckpfeiler der Politik sein: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft in Deutschland und der Abbau der Abhängigkeit von der Sozialhilfe bei Kindern.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mir stellt sich daher folgende Frage: Warum hat Rot-Grün dann die drei Kardinalfehler gemacht, die zur aktuellen **Krise der Sozialsysteme** geführt haben? Ich meine die Rücknahme der Sozialreformen der Kohl-Regierung, eine verfehlte Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie völlig unzureichende Reformansätze bei den Sozialsystemen. Die Folgen sind immer mehr Belastungen und Bürokratie, immer weniger Wohlstand und soziale Sicherheit. Dieses Land wird unter Niveau regiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Gerade in diesen Punkten hat die rot-grüne Bundesregierung in den letzten fünf Jahren mit viel Leidenschaft vieles schlechter gemacht. Warum hat die Bundesregierung diese Probleme nicht angepackt? Gerade bei dem Hauptproblem Arbeitslosigkeit wartet Deutschland schon fünf Jahre auf eine tatkräftige Hand, erntet aber nur Negativschlagzeilen.

Matthäus Strebl

(A) Das groß umworbene JUMP-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat sich zwar als Drehtür erwiesen, aber nicht in den Arbeitsmarkt, sondern in die Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigungsbrücke Ost hat eher zu einem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit und zu einer Abwanderung von Jugendlichen aus Ostdeutschland geführt. Die Lehrstellenlücke ist mit 20 200 fehlenden Lehrstellen – dieser Wert zählt zu den historischen Rekorde – deutlich größer als im Vorjahresmonat mit 5 400 fehlenden Lehrstellen.

Die PISA-Studie hat belegt: Die Wirtschaftskraft Deutschlands leidet unter immer offenkundigeren Qualifikationsmängeln. In diesem Bereich besteht ein dringender Handlungsbedarf, damit der Anschluss an die Nachbarländer nicht verloren geht.

Bei anderen Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestand die Reform einzig und allein darin, dass der Name neu war. Das Job-AQTIV-Gesetz, der Jobfloater, die Personal-Service-Agenturen und die Ich-AGs wurden groß angekündigt. Sie alle haben sich als Flop erwiesen. Das ist der sozialdemokratische Rumpelstilzcheneffekt: Man meint, mit anderen Namen das Problem lösen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Ihre Rede ist ein Flop!)

(B) Auch die neuen Kompromisse bescheren eher Probleme als Lösungen. Die angeschlagene **Bundesanstalt für Arbeit** soll als Träger der Jobcenter zu einem riesigen Sozialamt werden. Arbeitslose können nicht mehr vermittelt, sondern nur noch verwaltet werden. Die Folgen sind mehr Bürokratie und mehr Zentralismus.

Gerade die CDU/CSU hat mit ihrem Existenzgrundlagengesetz das bessere Konzept vorgeschlagen. Demzufolge würden die **Kommunen** Träger der Jobcenter. Die Bundesanstalt für Arbeit – sie wäre mit den arbeitsmarktpolitischen Leistungen beauftragt – wäre darin einbezogen. Die Verantwortung des Bundes würde gesichert, weil der Bund zwei Drittel der Leistungen finanziert. Langzeitarbeitslose mit geringer Qualifizierung oder ohne Ausbildung sollen durch **Lohnzuschläge für Geringverdienende** und durch wirklichkeitsnahe Anforderungen an den Leistungsbezug eine Perspektive erhalten. Herr Tauss, diese Maßnahmen wären effektiv.

Stattdessen ist und bleibt der deutsche Arbeitsmarkt ein schwer kranker Patient. Ebenso stellt sich das Krankheitsbild in anderen Bereichen dar. Ein weiteres Versprechen der Bundesregierung war die **Förderung der Familie**. Trotzdem leben noch immer 1 Million **Kinder** von der Sozialhilfe. Das derzeitige Kindergeld von 153 Euro im Monat deckt bei weitem nicht die Lebenshaltungskosten von 300 bis 400 Euro pro Monat. Familien und gerade auch Alleinerziehende sind durch die Steuerpolitik der Bundesregierung grundsätzlich drangsalariert worden.

Die Pläne für den Ausbau der Möglichkeiten zur Kinderbetreuung sehen bestenfalls auf dem Papier gut aus; denn die Quote der Betreuung von Kindern unter drei Jahren liegt bei gerade einmal 7 Prozent. Die

4 Milliarden Euro, die für den Ausbau von 10 000 Ganztagschulen in den nächsten vier bis fünf Jahren angedacht sind, reichen bei weitem nicht aus. (C)

Die jahrelangen Versäumnisse, die Verschleierung der Lage und vor allem die falschen Weichenstellungen von Rot-Grün haben Deutschland zu den größten Veränderungen seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor gut 50 Jahren geführt. Darum ist jetzt zur **Stärkung der sozialen Integration** Folgendes notwendig:

Erstens. Die Lage des Landes muss schonungslos offen gelegt werden. Die jetzt notwendigen Veränderungen müssen mit klaren Worten benannt werden.

Zweitens. Es muss eine moderne Sozialpolitik betrieben und ein gerechter sozialer Ausgleich für die Zukunft geschaffen werden.

Drittens. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen Familien bzw. Alleinerziehende mit Kindern absolute Priorität haben.

Ich sage zum Schluss. Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung hat wieder einmal gezeigt, wo die Schwächen dieser Bundesregierung liegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich schließe die Aussprache.

(D) Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch, Drucksache 15/1514. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1734, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommen.

**Dritte Beratung**

und Schlussabstimmung. Die Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen verlangen namentliche Abstimmung. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Das ist erfolgt.

Ich eröffne die Abstimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hat jemand noch nicht abgestimmt? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 5811 C

Präsident Wolfgang Thierse

- (A) Ich bitte Sie, Platz zu nehmen; denn wir müssen mit den Abstimmungen fortfahren.

Wir setzen die Abstimmungen fort und kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1747. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU/CSU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch, Drucksache 15/1734. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf auf Drucksache 15/1636 für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diese Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 21 b. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/1420 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 22 sowie Zusatzpunkt 5 auf:

- (B) 22 Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Umsetzung des „Vertrages zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt 2001 bis 2004“ sowie zur künftigen Förderung der Kultur in der Bundesstadt Bonn**

– Drucksache 14/9677 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Kultur und Medien (f)  
Ausschuss für Tourismus

- ZP 5 Beratung des Antrags der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Transparenz für den Hauptstadtkulturfonds**

– Drucksache 15/1708 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Kultur und Medien (f)  
Ausschuss für Tourismus

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Staatsministerin Christina Weiss das Wort.

- Dr. Christina Weiss**, Staatsministerin beim Bundeskanzler: (C)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es scheint in diesen Tagen so zu sein, als käme eine wirkungsvolle Debatte über die Hauptstadt in Gang.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Während sich Honoratioren quer durch alle Parteien noch Gedanken darüber machen, was Berlin wert sei, kann der Bund diese Frage locker parieren: 340 Millionen Euro für die Kultur.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir diskutieren heute eine Kernaufgabe der Bundeskulturpolitik und sind gehalten, zu bilanzieren. Eine Erkenntnis schält sich heraus: Rot-Grün hat das Hilfsprogramm für die Berliner Kultur vom Kopf auf die Füße gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es herrscht keine Hasenfüßigkeit mehr im Verhältnis zwischen Berlin und dem Bund, wie das noch Mitte der 90er-Jahre der Fall war. Der **Hauptstadtkulturvertrag** ist nicht mehr das Ergebnis eines Gnadenaktes, sondern das Produkt einer wirklich wachsenden Partnerschaft, die sich in diesem Jahr bei der Hilfe zur Rettung der Berliner Opernhäuser besonders bewährt hat.

Das heißt nicht, dass wir den Berliner Senat aus der Pflicht entlassen. Wir erwarten, dass Berlin die Bedeutung seiner Kultur gleichermaßen hoch einschätzt und die finanziellen und strukturellen Anstrengungen zur Zukunftssicherung seiner Kulturlandschaft insgesamt nicht einschränkt. (D)

340 Millionen Euro also zahlt der Bund für **Berliner Kultureinrichtungen**, aber er zahlt nicht nur. Wir haben inzwischen auch die Gewissheit, dass dieses Geld wirklich für die Kultur ausgegeben wird. Es ist vielleicht die wichtigste Erfahrung, die wir in den Jahren des neuen Verhältnisses zwischen Berlin und Bonn und dem Bund gewonnen haben: Das Geld versickert nicht mehr im Berliner Landeshaus. Es ist auf Dauer gut und sicher angelegt: in den Ausstellungen des Hauses der Kulturen der Welt, im Jüdischen Museum, in den Aufführungen der Berliner Festspiele GmbH, im Martin-Gropius-Bau oder in den Einrichtungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Es gibt klare Zuständigkeiten und klare Verantwortungen. Der Unsinn der Pauschalförderung ist beendet. Die Mittelvergabe ist transparent gestaltet.

Zu einem erfolgreichen Instrument für aktuelle Kunstproduktion in Berlin hat sich der **Hauptstadtkulturfonds** entwickelt. Das gilt, auch wenn er in der letzten Zeit in die Kritik geraten ist. Mit geringen Mitteln wird hier ein Maximum an Wirkung entfaltet. Die Bundesregierung tut gut daran, in die Vitalität der Hauptstadt zu investieren, diese zu unterstützen und nach neuen, nach ungewöhnlichen Kulturformaten zu suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Staatsministerin Dr. Christina Weiss**

(A) Zudem ist der Hauptstadtkulturfonds inzwischen eine erste Adresse für internationalen Austausch in der Metropole Berlin geworden. Der Hauptstadtkulturfonds hat sich profiliert. Ohne ihn ließen sich viele spannende, weltweit beachtete Projekte nicht realisieren. Das sage ich an die Adresse jener, die diese Einrichtung gerne einer stärkeren politischen Kontrolle unterziehen wollen. – Auch wenn Herr Otto jetzt nicht zuhört – er war gemeint. Aber wer sich anschiekt, hier hineinzuregieren, zensiert am Ende die Kunst.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Nooke [CDU/CSU]: Na, na!)

Ich hoffe, Sie stimmen mit mir darin überein, dass wir das nicht zulassen dürfen. Gleichwohl räume ich ein, dass wir in den Vergabeverfahren höchste Transparenz erreichen müssen. Aber die Politik sollte sich nur um die Verfahrenskontrolle kümmern. Wenn hingegen über Kunst zu entscheiden ist, dann geht es um die Qualität eines Projektes, und darüber müssen die Fachleute abstimmen.

Der neue Kulturvertrag mit Berlin wird von der **Hilfe zur Selbsthilfe** geprägt sein. Der Bund hat sich trotz seiner prekären Haushaltslage dazu entschlossen, schweren Schaden von der hauptstädtischen Kultur abzuwenden, und mit dem Senat einen wahrhaften Solidarpakt verhandelt. Wir wollen Berlin den Spielraum geben, den die Stadt braucht, um die drei Opernhäuser erhalten zu können.

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Alles in allem wird der Bund den Berliner Kultureinrichtungen im kommenden Jahr dafür 25 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Dieses Geld – ich bitte das zu beachten – kommt zusätzlich in meinen Etat.

Der Bund schwingt sich nicht zum Retter der Berliner Kultur auf, aber er vermag Veränderungen im starr gewordenen System anzustacheln. Wir können und wir wollen nicht die gesamte Berliner Kulturlandschaft finanzieren, aber wir können und wir wollen helfen, Berlin zu entlasten. Dies tun wir mit Stetigkeit. Das schafft eine Kulturstaatsministerin natürlich nicht allein. Dafür braucht es starke Partner. Der Bundeskanzler und der Finanzminister haben erkannt, dass sich diese Stadt vor allem durch ihre Kultur darstellt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin froh über diesen Gleichklang der Überzeugungen. Ich bin froh, dass wir die Entwicklung der deutschen Hauptstadt nicht nur beschreiben, sondern auch wirklich vorantreiben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Gesetzentwurf der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch, Drucksachen 15/1514 und 15/1734, bekannt. Abgegebene Stimmen 593. Mit Ja haben gestimmt 305, mit Nein haben gestimmt 288, keine Enthaltung. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

<b>Endgültiges Ergebnis</b>		Klaus Uwe Benneter
Abgegebene Stimmen:	591;	Dr. Axel Berg
davon		Ute Berg
ja:	303	Hans-Werner Bertl
nein:	288	Petra Bierwirth
		Rudolf Bindig
		Lothar Binding (Heidelberg)
<b>Ja</b>		Kurt Bodewig
		Gerd Friedrich Bollmann
<b>SPD</b>		Klaus Brandner
Dr. Lale Akgün		Willi Brase
Gerd Andres		Bernhard Brinkmann
Ingrid Arndt-Brauer		(Hildesheim)
Rainer Arnold		Hans-Günter Bruckmann
Hermann Bachmaier		Edelgard Bulmahn
Ernst Bahr (Neuruppin)		Marco Bülow
Doris Barnett		Ulla Burchardt
Dr. Hans-Peter Bartels		Dr. Michael Bürsch
Eckhardt Barthel (Berlin)		Hans Martin Bury
Klaus Barthel (Starnberg)		Hans Büttner (Ingolstadt)
Sören Bartol		Marion Caspers-Merk
Sabine Bätzing		Dr. Peter Danckert
Uwe Beckmeyer		Dr. Herta Däubler-Gmelin

Karl Diller	Dieter Grasedieck
Martin Dörmann	Monika Griefahn
Peter Dreßen	Kerstin Griese
Detlef Dzembitzki	Gabriele Groneberg
Sebastian Edathy	Achim Großmann
Siegmond Ehrmann	Wolfgang Grotthaus
Hans Eichel	Karl-Hermann Haack
Marga Elser	(Extertal)
Gernot Erler	Hans-Joachim Hacker
Petra Ernstberger	Bettina Hagedorn
Karin Evers-Meyer	Klaus Hagemann
Annette Faße	Alfred Hartenbach
Elke Ferner	Michael Hartmann
Gabriele Fograscher	(Wackernheim)
Rainer Fornahl	Nina Hauer
Gabriele Frechen	Hubertus Heil
Dagmar Freitag	Reinhold Hemker
Lilo Friedrich (Mettmann)	Rolf Hempelmann
Iris Gleicke	Dr. Barbara Hendricks
Günter Gloser	Gustav Herzog
Uwe Göllner	Petra Heß
Renate Gradistanac	Monika Heubaum
Angelika Graf (Rosenheim)	Gabriele Hiller-Ohm

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms**

- |     |  |  |  |   |     |
|-----|--|--|--|---|-----|
| (A) | Stephan Hilsberg<br>Gerd Höfer<br>Jelena Hoffmann (Chemnitz)<br>Walter Hoffmann (Darmstadt)<br>Iris Hoffmann (Wismar)<br>Frank Hofmann (Volkach)<br>Eike Hovermann<br>Klaas Hübner<br>Christel Humme<br>Lothar Ibrügger<br>Brunhilde Irber<br>Renate Jäger<br>Jann-Peter Janssen<br>Klaus-Werner Jonas<br>Johannes Kahrs<br>Ulrich Kasparick<br>Dr. h.c. Susanne Kastner<br>Ulrich Kelber<br>Hans-Peter Kemper<br>Klaus Kirschner<br>Hans-Ulrich Klose<br>Astrid Klug<br>Dr. Heinz Köhler (Coburg)<br>Walter Kolbow<br>Fritz Rudolf Körper<br>Karin Kortmann<br>Rolf Kramer<br>Anette Kramme<br>Ernst Kranz<br>Nicolette Kressl<br>Volker Kröning<br>Angelika Krüger-Leißner<br>Dr. Hans-Ulrich Krüger       | Holger Ortel<br>Heinz Paula<br>Johannes Pflug<br>Joachim Poß<br>Dr. Wilhelm Priesmeier<br>Florian Pronold<br>Dr. Sascha Raabe<br>Karin Rehbock-Zureich<br>Gerold Reichenbach<br>Dr. Carola Reimann<br>Christel Riemann-Hanewinkel<br>Walter Riester<br>Reinhold Robbe<br>René Röspel<br>Dr. Ernst Dieter Rossmann<br>Karin Roth (Esslingen)<br>Michael Roth (Heringen)<br>Gerhard Rübenkönig<br>Ortwin Runde<br>Marlene Rupprecht (Tuchenbach)<br>Thomas Sauer<br>Anton Schaaf<br>Axel Schäfer (Bochum)<br>Gudrun Schaich-Walch<br>Rudolf Scharping<br>Bernd Scheelen<br>Dr. Hermann Scheer<br>Siegfried Scheffler<br>Horst Schild<br>Otto Schily<br>Horst Schmidbauer (Nürnberg)  | Joachim Stünker<br>Jörg Tauss<br>Jella Teuchner<br>Dr. Gerald Thalheim<br>Wolfgang Thierse<br>Franz Thönnies<br>Hans-Jürgen Uhl<br>Rüdiger Veit<br>Simone Violka<br>Jörg Vogelsänger<br>Ute Vogt (Pforzheim)<br>Dr. Marlies Volkmer<br>Hans Georg Wagner<br>Hedi Wegener<br>Andreas Weigel<br>Reinhard Weis (Stendal)<br>Petra Weis<br>Gunter Weißgerber<br>Matthias Weisheit<br>Gert Weisskirchen (Wiesloch)<br>Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker<br>Jochen Welt<br>Dr. Rainer Wend<br>Lydia Westrich<br>Inge Wettig-Danielmeier<br>Dr. Margrit Wetzel<br>Andrea Wicklein<br>Jürgen Wieczorek (Böhlen)<br>Heidemarie Wieczorek-Zeul<br>Dr. Dieter Wiefelspütz<br>Brigitte Wimmer (Karlsruhe)<br>Engelbert Wistuba<br>Barbara Wittig<br>Dr. Wolfgang Wodarg<br>Verena Wohlleben<br>Waltraud Wolff (Wolmirstedt)<br>Heidi Wright<br>Uta Zapf<br>Manfred Helmut Zöllmer<br>Dr. Christoph Zöpel | Michael Hustedt<br>Fritz Kuhn<br>Renate Künast<br>Undine Kurth (Quedlinburg)<br>Markus Kurth<br>Dr. Reinhard Loske<br>Anna Lührmann<br>Jerzy Montag<br>Kerstin Müller (Köln)<br>Winfried Nachtwei<br>Christa Nickels<br>Friedrich Ostendorff<br>Simone Probst<br>Claudia Roth (Augsburg)<br>Krista Sager<br>Christine Scheel<br>Irmingard Schewe-Gerigk<br>Albert Schmidt (Ingolstadt)<br>Werner Schulz (Berlin)<br>Petra Selg<br>Ursula Sowa<br>Rainer Steenblock<br>Silke Stokar von Neuforn<br>Hans-Christian Ströbele<br>Jürgen Trittin<br>Marianne Tritz<br>Hubert Ulrich<br>Dr. Antje Vogel-Sperl<br>Dr. Antje Vollmer<br>Dr. Ludger Volmer<br>Josef Philip Winkler<br>Margareta Wolf (Frankfurt) | (C) |
| (B) | Horst Kubatschka<br>Ernst Küchler<br>Ute Kumpf<br>Dr. Uwe Küster<br>Christine Lambrecht<br>Christian Lange (Backnang)<br>Christine Lehder<br>Waltraud Lehn<br>Dr. Elke Leonhard<br>Eckhart Lewering<br>Götz-Peter Lohmann<br>Gabriele Lösekrug-Möller<br>Erika Lotz<br>Dr. Christine Lucyga<br>Dirk Manzewski<br>Tobias Marhold<br>Lothar Mark<br>Caren Marks<br>Christoph Matschie<br>Hilde Mattheis<br>Markus Meckel<br>Ulrike Mehl<br>Petra-Evelyne Merkel<br>Ulrike Merten<br>Angelika Mertens<br>Ursula Mogg<br>Michael Müller (Düsseldorf)<br>Christian Müller (Zittau)<br>Gesine Mulhaupt<br>Franz Müntefering<br>Dr. Rolf Mützenich<br>Volker Neumann (Bramsche)<br>Dietmar Nietan<br>Dr. Erika Ober | Ulla Schmidt (Aachen)<br>Silvia Schmidt (Eisleben)<br>Dagmar Schmidt (Meschede)<br>Wilhelm Schmidt (Salzgitter)<br>Heinz Schmitt (Landau)<br>Carsten Schneider<br>Walter Schöler<br>Olaf Scholz<br>Karsten Schönfeld<br>Fritz Schösser<br>Wilfried Schreck<br>Ottmar Schreiner<br>Gerhard Schröder<br>Gisela Schröter<br>Brigitte Schulte (Hameln)<br>Reinhard Schultz (Everswinkel)<br>Swen Schulz (Spandau)<br>Dr. Angelica Schwall-Düren<br>Dr. Martin Schwanholz<br>Rolf Schwanitz<br>Erika Simm<br>Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk<br>Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast<br>Wolfgang Spanier<br>Dr. Margrit Spielmann<br>Jörg-Otto Spiller<br>Dr. Ditmar Staffelt<br>Ludwig Stiegler<br>Rolf Stöckel<br>Christoph Strässer<br>Rita Streb-Hesse<br>Dr. Peter Struck | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br><br>Kerstin Andreae<br>Marieluise Beck (Bremen)<br>Volker Beck (Köln)<br>Cornelia Behm<br>Birgitt Bender<br>Matthias Berninger<br>Grietje Bettin<br>Alexander Bonde<br>Ekin Deligöz<br>Dr. Thea Dückert<br>Jutta Dümpe-Krüger<br>Franziska Eichstädt-Bohlig<br>Dr. Uschi Eid<br>Hans-Josef Fell<br>Joseph Fischer (Frankfurt)<br>Katrin Göring-Eckardt<br>Anja Hajduk<br>Winfried Hermann<br>Antje Hermenau<br>Peter Hettlich<br>Ulrike Höfken<br>Thilo Hoppe   | <b>Nein</b><br><br><b>CDU/CSU</b><br><br>Ulrich Adam<br>Ilse Aigner<br>Peter Altmaier<br>Dietrich Austermann<br>Norbert Barthle<br>Dr. Wolf Bauer<br>Günter Baumann<br>Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)<br>Veronika Bellmann<br>Dr. Christoph Bergner<br>Otto Bernhardt<br>Dr. Rolf Bietmann<br>Clemens Binninger<br>Peter Bleser<br>Antje Blumenthal<br>Dr. Maria Böhmer<br>Jochen Borchert<br>Wolfgang Börnsen (Bönstrup)<br>Wolfgang Bosbach<br>Dr. Wolfgang Bötsch<br>Klaus Brähmig<br>Dr. Ralf Brauksiepe<br>Helge Braun<br>Monika Brünig<br>Georg Brunnhuber<br>Verena Butalikakis<br>Hartmut Büttner (Schönebeck)<br>Cajus Caesar<br>Manfred Carstens (Emstek)                                   | (D) |

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms**

- |     |   |   |  |   |
|-----|---|---|--|---|
| (A) | <p>Peter H. Carstensen<br/>(Nordstrand)<br/>Gitta Connemann<br/>Leo Dautzenberg<br/>Hubert Deittert<br/>Albert Deß<br/>Alexander Dobrindt<br/>Vera Dominke<br/>Thomas Dörflinger<br/>Marie-Luise Dött<br/>Maria Eichhorn<br/>Rainer Eppelmann<br/>Anke Eymer (Lübeck)<br/>Georg Fahrenschoen<br/>Ilse Falk<br/>Dr. Hans Georg Faust<br/>Albrecht Feibel<br/>Enak Ferlemann<br/>Ingrid Fischbach<br/>Hartwig Fischer (Göttingen)<br/>Dirk Fischer (Hamburg)<br/>Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)<br/>Dr. Maria Flachsbarth<br/>Klaus-Peter Flosbach<br/>Herbert Frankenhauser<br/>Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)<br/>Erich G. Fritz<br/>Jochen-Konrad Fromme<br/>Dr. Michael Fuchs<br/>Hans-Joachim Fuchtel<br/>Dr. Jürgen Gehb<br/>Norbert Geis</p> | <p>Joachim Hörster<br/>Hubert Hüppe<br/>Susanne Jaffke<br/>Dr. Peter Jahr<br/>Dr. Egon Jüttner<br/>Bartholomäus Kalb<br/>Steffen Kampeter<br/>Irmgard Karwatzki<br/>Bernhard Kaster<br/>Siegfried Kauder (Bad Dürnheim)<br/>Volker Kauder<br/>Gerlinde Kaupa<br/>Eckart von Klaeden<br/>Jürgen Klimke<br/>Julia Klöckner<br/>Kristina Köhler (Wiesbaden)<br/>Manfred Kolbe<br/>Norbert Königshofen<br/>Hartmut Koschyk<br/>Thomas Kossendey<br/>Rudolf Kraus<br/>Michael Kretschmer<br/>Günther Krichbaum<br/>Günter Krings<br/>Dr. Martina Krogmann<br/>Dr. Hermann Kues<br/>Werner Kuhn (Zingst)<br/>Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)<br/>Dr. Norbert Lammert<br/>Helmut Lamp<br/>Barbara Lanzinger<br/>Vera Lengsfeld<br/>Peter Letzgas<br/>Ursula Lietz<br/>Walter Link (Diepholz)<br/>Eduard Lintner<br/>Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)<br/>Patricia Lips<br/>Dr. Michael Luther<br/>Dorothee Mantel<br/>Erwin Marschewski (Recklinghausen)<br/>Stephan Mayer (Altötting)<br/>Conny Mayer (Baiersbronn)<br/>Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)<br/>Wolfgang Meckelburg<br/>Dr. Michael Meister<br/>Dr. Angela Merkel<br/>Friedrich Merz<br/>Laurenz Meyer (Hamm)<br/>Doris Meyer (Tapfheim)<br/>Maria Michalk<br/>Hans Michelbach<br/>Klaus Minkel<br/>Marlene Mortler<br/>Stefan Müller (Erlangen)<br/>Bernward Müller (Gera)<br/>Dr. Gerd Müller<br/>Hildegard Müller<br/>Bernd Neumann (Bremen)<br/>Henry Nietzsche<br/>Michaela Noll<br/>Günter Nooke<br/>Dr. Georg Nüßlein<br/>Franz Obermeier<br/>Eduard Oswald</p> | <p>Melanie Obwald<br/>Rita Pawelski<br/>Dr. Peter Paziorek<br/>Ulrich Petzold<br/>Dr. Joachim Pfeiffer<br/>Sibylle Pfeiffer<br/>Dr. Friedbert Pflüger<br/>Beatrix Philipp<br/>Ronald Pofalla<br/>Ruprecht Polenz<br/>Daniela Raab<br/>Thomas Rachel<br/>Hans Raidel<br/>Dr. Peter Ramsauer<br/>Helmut Rauber<br/>Peter Rauen<br/>Christa Reichard (Dresden)<br/>Katherina Reiche<br/>Hans-Peter Repnik<br/>Klaus Riegert<br/>Dr. Heinz Riesenhuber<br/>Hannelore Roedel<br/>Franz-Xaver Romer<br/>Heinrich-Wilhelm Ronsöhr<br/>Dr. Klaus Rose<br/>Kurt J. Rossmann<br/>Dr. Norbert Röttgen<br/>Dr. Christian Ruck<br/>Volker Rühle<br/>Albert Rupprecht (Weiden)<br/>Peter Rzepka<br/>Dr. Wolfgang Schäuble<br/>Hartmut Schauerte<br/>Andreas Scheuer<br/>Georg Schirmbeck<br/>Bernd Schmidbauer<br/>Christian Schmidt (Fürth)<br/>Andreas Schmidt (Mülheim)<br/>Dr. Andreas Schockenhoff<br/>Dr. Ole Schröder<br/>Bernhard Schulte-Drüggelte<br/>Uwe Schummer<br/>Wilhelm Josef Sebastian<br/>Horst Seehofer<br/>Kurt Segner<br/>Matthias Seuling<br/>Marion Seib<br/>Heinz Seiffert<br/>Bernd Siebert<br/>Thomas Silberhorn<br/>Johannes Singhammer<br/>Jens Spahn<br/>Erika Steinbach<br/>Christian von Stetten<br/>Gero Storjohann<br/>Andreas Storm<br/>Max Straubinger<br/>Matthäus Strebl<br/>Thomas Strobl (Heilbronn)<br/>Lena Strothmann<br/>Michael Stübgen<br/>Antje Tillmann<br/>Edeltraut Töpfer<br/>Dr. Hans-Peter Uhl<br/>Arnold Vaatz<br/>Volkmar Uwe Vogel<br/>Andrea Astrid Voßhoff<br/>Gerhard Wächter<br/>Marko Wanderwitz<br/>Peter Weiß (Emmendingen)</p> | <p>Gerald Weiß (Groß-Gerau) (C)<br/>Ingo Wellenreuther<br/>Annette Widmann-Mauz<br/>Klaus-Peter Willsch<br/>Willy Wimmer (Neuss)<br/>Matthias Wissmann<br/>Werner Wittlich<br/>Dagmar Wöhrl<br/>Elke Wülfing<br/>Wolfgang Zeitlmann<br/>Wolfgang Zöllner<br/>Willi Zylajew</p> <p><b>FDP</b></p> <p>Daniel Bahr (Münster)<br/>Rainer Brüderle<br/>Angelika Brunkhorst<br/>Ernst Burgbacher<br/>Helga Daub<br/>Jörg van Essen<br/>Ulrike Flach<br/>Otto Fricke<br/>Horst Friedrich (Bayreuth)<br/>Rainer Funke<br/>Dr. Wolfgang Gerhardt<br/>Hans-Michael Goldmann<br/>Joachim Günther (Plauen)<br/>Dr. Karlheinz Gutmacher<br/>Christoph Hartmann (Homburg)<br/>Klaus Haupt<br/>Ulrich Heinrich<br/>Birgit Homburger<br/>Dr. Werner Hoyer<br/>Michael Kauch (D)<br/>Dr. Heinrich L. Kolb<br/>Gudrun Kopp<br/>Jürgen Koppelin<br/>Sibylle Laurischk<br/>Harald Leibrecht<br/>Ina Lenke<br/>Sabine Leutheusser-Schnarrenberger<br/>Markus Löning<br/>Dirk Niebel<br/>Günther Friedrich Nolting<br/>Hans-Joachim Otto (Frankfurt)<br/>Eberhard Otto (Godern)<br/>Detlef Parr<br/>Cornelia Pieper<br/>Gisela Piltz<br/>Dr. Andreas Pinkwart<br/>Dr. Günter Rexrodt<br/>Marita Sehn<br/>Dr. Hermann Otto Solms<br/>Dr. Max Stadler<br/>Dr. Rainer Stinner<br/>Carl-Ludwig Thiele<br/>Dr. Dieter Thomae<br/>Jürgen Türk<br/>Dr. Guido Westerwelle<br/>Dr. Claudia Winterstein</p> <p><b>Fraktionslose Abgeordnete</b></p> <p>Dr. Gesine Lötzschen<br/>Petra Pau</p> |
| (B) | <p>Roland Gewalt<br/>Eberhard Gienger<br/>Georg Girisch<br/>Michael Glos<br/>Ralf Göbel<br/>Dr. Reinhard Göhner<br/>Tanja Gönner<br/>Peter Götz<br/>Dr. Wolfgang Götzer<br/>Ute Granold<br/>Kurt-Dieter Grill<br/>Reinhard Grindel<br/>Hermann Gröhe<br/>Michael Grosse-Brömer<br/>Markus Grübel<br/>Manfred Grund<br/>Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg<br/>Olav Gutting<br/>Holger-Heinrich Haibach<br/>Gerda Hasselfeldt<br/>Klaus-Jürgen Hedrich<br/>Helmut Heiderich<br/>Ursula Heinen<br/>Siegfried Helias<br/>Uda Carmen Freia Heller<br/>Michael Hennrich<br/>Jürgen Herrmann<br/>Bernd Heynemann<br/>Ernst Hinsken<br/>Peter Hintze<br/>Robert Hochbaum<br/>Klaus Hofbauer<br/>Martin Hohmann</p>                                | <p>Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)<br/>Erich G. Fritz<br/>Jochen-Konrad Fromme<br/>Dr. Michael Fuchs<br/>Hans-Joachim Fuchtel<br/>Dr. Jürgen Gehb<br/>Norbert Geis<br/>Roland Gewalt<br/>Eberhard Gienger<br/>Georg Girisch<br/>Michael Glos<br/>Ralf Göbel<br/>Dr. Reinhard Göhner<br/>Tanja Gönner<br/>Peter Götz<br/>Dr. Wolfgang Götzer<br/>Ute Granold<br/>Kurt-Dieter Grill<br/>Reinhard Grindel<br/>Hermann Gröhe<br/>Michael Grosse-Brömer<br/>Markus Grübel<br/>Manfred Grund<br/>Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg<br/>Olav Gutting<br/>Holger-Heinrich Haibach<br/>Gerda Hasselfeldt<br/>Klaus-Jürgen Hedrich<br/>Helmut Heiderich<br/>Ursula Heinen<br/>Siegfried Helias<br/>Uda Carmen Freia Heller<br/>Michael Hennrich<br/>Jürgen Herrmann<br/>Bernd Heynemann<br/>Ernst Hinsken<br/>Peter Hintze<br/>Robert Hochbaum<br/>Klaus Hofbauer<br/>Martin Hohmann</p>   | <p>Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)<br/>Erich G. Fritz<br/>Jochen-Konrad Fromme<br/>Dr. Michael Fuchs<br/>Hans-Joachim Fuchtel<br/>Dr. Jürgen Gehb<br/>Norbert Geis<br/>Roland Gewalt<br/>Eberhard Gienger<br/>Georg Girisch<br/>Michael Glos<br/>Ralf Göbel<br/>Dr. Reinhard Göhner<br/>Tanja Gönner<br/>Peter Götz<br/>Dr. Wolfgang Götzer<br/>Ute Granold<br/>Kurt-Dieter Grill<br/>Reinhard Grindel<br/>Hermann Gröhe<br/>Michael Grosse-Brömer<br/>Markus Grübel<br/>Manfred Grund<br/>Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg<br/>Olav Gutting<br/>Holger-Heinrich Haibach<br/>Gerda Hasselfeldt<br/>Klaus-Jürgen Hedrich<br/>Helmut Heiderich<br/>Ursula Heinen<br/>Siegfried Helias<br/>Uda Carmen Freia Heller<br/>Michael Hennrich<br/>Jürgen Herrmann<br/>Bernd Heynemann<br/>Ernst Hinsken<br/>Peter Hintze<br/>Robert Hochbaum<br/>Klaus Hofbauer<br/>Martin Hohmann</p>  | <p>Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)<br/>Erich G. Fritz<br/>Jochen-Konrad Fromme<br/>Dr. Michael Fuchs<br/>Hans-Joachim Fuchtel<br/>Dr. Jürgen Gehb<br/>Norbert Geis<br/>Roland Gewalt<br/>Eberhard Gienger<br/>Georg Girisch<br/>Michael Glos<br/>Ralf Göbel<br/>Dr. Reinhard Göhner<br/>Tanja Gönner<br/>Peter Götz<br/>Dr. Wolfgang Götzer<br/>Ute Granold<br/>Kurt-Dieter Grill<br/>Reinhard Grindel<br/>Hermann Gröhe<br/>Michael Grosse-Brömer<br/>Markus Grübel<br/>Manfred Grund<br/>Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg<br/>Olav Gutting<br/>Holger-Heinrich Haibach<br/>Gerda Hasselfeldt<br/>Klaus-Jürgen Hedrich<br/>Helmut Heiderich<br/>Ursula Heinen<br/>Siegfried Helias<br/>Uda Carmen Freia Heller<br/>Michael Hennrich<br/>Jürgen Herrmann<br/>Bernd Heynemann<br/>Ernst Hinsken<br/>Peter Hintze<br/>Robert Hochbaum<br/>Klaus Hofbauer<br/>Martin Hohmann</p>   |

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Ich erteile jetzt dem Kollegen Günter Nooke von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

**Günter Nooke** (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! In dieser kleinen Runde lohnt sich eine ganz große Berlin-Debatte ja eigentlich nicht mehr, was schade ist,

(Horst Kubatschka [SPD]: Aber wir sind ja Berlin-Liebhaber!)

denn wir liegen mit diesem Thema ganz gut. In diesen Tagen wird viel darüber geredet, was uns Berlin wert ist, was uns als Nation, vielleicht auch als Kulturnation, die Hauptstadt wert sein kann. Aber diese ganzen philosophischen und grundsätzlichen Bemerkungen will ich mir sparen.

Wir haben diese Debatte anlässlich des Berichtes der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Umsetzung des Vertrages zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt 2001 bis 2004 beantragt. Dieser wurde bereits im Juli 2002 von dem damaligen Staatsminister Nida-Rümelin vorgelegt. Es war verabredet, ein Jahr später im Bundestag eine erste Einschätzung über die neu getroffenen Festlegungen vorzunehmen.

Das erschien uns damals notwendig; denn mit der Übernahme von vier großen **Berliner Kultureinrichtungen** in die finanzielle Verantwortung des Bundes wurde insofern Neuland betreten, als der Bund sich erstmals in dieser Größenordnung kultureller Institutionen angenommen hat, an deren Gründung er selbst nicht beteiligt war. Es handelt sich also um eine Adoption. Aus anderen Zusammenhängen wissen wir, dass Adoptionen bisweilen nicht reibungslos verlaufen, besonders wenn sie erst im Jugend- oder Erwachsenenalter erfolgen.

- (B) Dass es ein weiteres Jahr gedauert hat, bis wir über diesen Bericht im Plenum debattieren, und zwar auf Drängen unserer Fraktion, legt den Verdacht nahe, dass die Erfahrungen mit diesem Hauptstadtkulturvertrag doch nicht positiv genug sind, dass die Regierung sie mit Stolz hätte verkünden können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Wovon leiten Sie das ab?)

Zweck des Hauptstadtkulturvertrages war vor allem die finanzielle Unterstützung des Landes Berlin bei der Erfüllung seiner Funktion als Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung. Ich gehe nicht auf Details ein, inwieweit das mit der Übernahme der Institutionen gelungen ist. In diesem Zusammenhang scheint es mir weitaus dringlicher, darauf hinzuweisen, dass inzwischen eine ähnliche Situation wie vor der Vertragsschließung entstanden ist, in der der Bund erneut vorhat, Berliner Kultureinrichtungen in seine Verantwortung zu übernehmen.

(Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Zugesagt!)

Ich nenne beispielsweise die Akademie der Künste und die Stiftung Deutsche Kinemathek.

Der Weg, dies zu erreichen, ist für die Bundesregierung nicht die Neufassung des Hauptstadtkulturvertrages, sondern die Einführung einer Titelzeile im Haushaltsentwurf. Das ist nicht nur systematisch anfechtbar, sondern macht die Stringenz des Bundes – darum geht es uns als Kulturpolitiker – bei seiner Förderung nicht gerade einleuchtender.

Dazu passt, dass sich die Bundesregierung nicht von der Idee leiten lässt, diejenigen Institutionen zu fördern, die zur Erfüllung der Funktion Berlins als Sitz von Bundestag und Bundesregierung unverzichtbar sind. Stattdessen folgt man einer Idee, das Land Berlin – ich zitiere die Netzseite der Bundesregierung – „dauerhaft um rund 22 Millionen Euro“ zu entlasten, „was die Stadt in die Lage versetzt, das von der Kulturstaatsministerin unterstützte Reformmodell“ – es ist schon angesprochen worden – „für die Berliner Opernhäuser zu realisieren“.

Diese Aussage kommt nun, nachdem das vorgesehene Stiftungsmodell für die Oper diskutiert wurde, fast schon einer Drohung gleich. Sie wird nur noch übertroffen von der Feststellung, dass – so steht es wiederum auf der Netzseite – „diese Reform... zugleich beispielhaft für die Kulturförderung im ganzen Lande sein“ soll.

(Beifall bei der SPD)

Frau Staatsministerin, ich habe meine größten Probleme damit. Das vorgesehene Modell löst nicht die Probleme Berlins und ist schon gar nicht beispielhaft für ganz Deutschland. Es wird damit kein Beitrag geleistet zur Erfüllung der Funktion Berlins als Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung, wie es in Ihrem Text heißt. Das aber ist genau Sinn und Zweck der Übung und übrigens auch in den Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern unstrittig. Der Bericht stellt völlig richtig fest:

Dem Land  
– gemeint ist Berlin –

eine Budgethilfe zur Erfüllung von Landesaufgaben zu gewähren, war freilich nicht Ziel des Hauptstadtkulturvertrages.

Dies kann auch nicht Ziel der Kulturpolitik des Bundes insgesamt sein.

Mit der Diskussion über die **Finanzen** Berlins erwecken wir ständig den falschen Eindruck, der Bund könne durch die Rettung einer Oper in Berlin oder durch die Übernahme eines Museums, was immerhin zweistellige Millionenbeträge bedeutet, die strukturellen Haushaltsprobleme Berlins lösen. Diese liegen in der Größenordnung von ungefähr zweistelligen Milliardenbeträgen; sie sind also tausendmal größer.

(Petra-Evelyne Merkel [SPD]: Darum geht es doch nicht!)

Wenn wir uns als Kulturpolitiker ständig diese Debatte über die Rettung von Opern aufdrängen lassen und wenn wir damit den Eindruck erwecken, man könne damit etwas für die Finanzen Berlins tun, dann haben wir schon

Günter Nooke

- (A) verloren. Wir sollten eigentlich viel systematischer darüber reden, was hier notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn die Millionenbeträge für die **Opernstiftung** angesprochen werden, dann nährt das wiederum die Vermutung, dass alle Mittel des Bundes für die Kultur in Berlin in ein Fass ohne Boden fließen. Wir kennen die entsprechenden Debatten. Wenn die Strukturen nicht klar sind, Frau Weiss, dann ist der Glaube daran, dass es funktioniert, natürlich nicht sehr ausgeprägt.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Machen Sie mal einen Gegenvorschlag!)

Die gestern Vormittag beschlossene Einsetzung einer Föderalismuskommission und die vom Bundespräsidenten angemahnte Neuformulierung der Rolle der deutschen Hauptstadt im föderalen System sind trotz aller Diskussionen über Kultur unverzichtbar. Außerdem stellt sich angesichts der im vorliegenden Bericht so positiv beurteilten gänzlichen Übernahme von Einrichtungen in die Zuständigkeit des Bundes die Frage, ob der Bund mit Blick auf die zu lösende Opernfrage nicht besser beraten wäre, die Budgetverantwortung für eine der Opern zu übernehmen.

(Horst Kubatschka [SPD]: Aha!)

Kommen wir auf den Hauptstadtkulturvertrag zurück. Bei der Neufassung des Vertrages haben wir auf der Befristung bestanden. Schon jetzt wissen wir, das war notwendig und richtig. Daraus resultiert die Pflicht, aber auch die Möglichkeit, das bestehende Regelwerk nicht nur zu verändern, sondern auch gemeinsam zu verbessern und klarer zu strukturieren.

(B)

Es geht darum, herauszufinden, „welchen Kulturfeldern konkret nationaler Repräsentationscharakter zuzumessen ist“. So heißt es im vorliegenden Bericht der Bundesregierung.

Da ist es dann schon abenteuerlich, dass der Bund über den Hauptstadtkulturfonds Projekte im **Palast der Republik**, dessen Abriss der Deutsche Bundestag beschlossen hat, finanziert.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Würden Sie diesen Satz bitte wiederholen!)

– Angesichts dessen, dass der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit einen Beschluss zum Wiederaufbau des Schlosses und zum Abriss des Palastes getroffen hat, ist es abenteuerlich, dass vom Hauptstadtkulturfonds Projekte im Palast der Republik mit öffentlichem Geld – dafür wollten wir es eigentlich nicht ausgeben – finanziert werden.

Folgenden Hinweis möchte ich noch geben: Gleichzeitig erstarren Sie in Lähmung, wenn es darum geht, den Beschluss des Bundestages zur Wiedererrichtung des **Berliner Stadtschlusses** umzusetzen. Da wird einfach ein Moratorium, ein Vertagen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, beschlossen.

(Horst Kubatschka [SPD]: Wo kommt das Geld her?)

Wir sind der Auffassung, dass der Schlossneubau ganz überwiegend kulturell genutzt werden sollte. Angesichts der Rolle des Bundes in Berlin sind wir überzeugt, dass das Schloss einen „nationalen Repräsentationscharakter“ hätte, wie wir soeben festgestellt haben, und alle das Ziel des Wiederaufbaus des Schlosses und der überwiegend kulturellen Nutzung aufrechterhalten sollten – und das umso mehr, weil es sich nicht um einen Beschluss handelt, der im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen – das weiß auch ich – ganz einfach umzusetzen sein wird.

(Petra-Evelyne Merkel [SPD]: Immerhin!)

Angesichts des grundsätzlichen politischen Willens ist es aber unmöglich, die Umsetzung als nicht machbar hinzustellen und auf ewige Zeit zu vertagen.

Über die anstehende **Neufassung** des Hauptstadtkulturvertrages werden wir im kommenden Jahr ausführlich zu debattieren haben. Dabei werden wir uns die vom Bund geförderten Institutionen in Berlin von den Festspielen bis zum Hauptstadtkulturfonds ganz genau ansehen.

Frau Staatsministerin Weiss, Sie haben den Hauptstadtkulturfonds gelobt. Ich kann mir vorstellen, dass man gerade in diesem Zusammenhang noch einmal über die Art und Weise der Mittelvergabe sprechen sollte. Das heißt nicht, in die Freiheit der Kunst einzugreifen. Aber ich frage mich schon, warum Sie im Sommer die öffentliche Debatte über die **RAF-Ausstellung** so geführt haben, dass die Kuratorin, Frau Adrienne Goehler, am Ende darüber gejubelt hat, dass es jetzt nur noch um Kunst gehe und sie machen könne, was sie wolle. Wenn so etwas im Ergebnis herauskommt, dann sollte man sich schon fragen, ob die Debatte zuvor richtig verlaufen ist. Ich bleibe auch hier etwas skeptisch.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP] – Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Dass der Wirtschaftsliberale Otto an dieser Stelle klatscht!)

Herr Barthel, lassen Sie mich schließen. Das Angebot, das wir hier machen, indem wir über die Neuformulierung des Hauptstadtkulturvertrages sprechen wollen, ist etwas strukturierter und systematischer. Deshalb muss jetzt der Bericht der Bundesregierung ausgewertet werden. Wir fordern, baldmöglichst den nächsten Bericht zu erstellen, damit wir hier über die Erfahrungen des letzten Jahres diskutieren können, bevor wir in die Beratungen darüber eintreten, wie wir es ab dem Jahre 2005 noch besser machen können.

Viele Punkte dieses Berichtes sind zitiert worden. Sie deuten, wenn man sie denn umsetzen würde, durchaus auf Gemeinsamkeiten hin. Das Ganze ist gar nicht so strittig. Nur, so wie es zurzeit funktioniert, können wir noch nicht in der ganzen Republik rechtfertigen, dass wir genau das tun, was wir im Rahmen des Hauptstadtkulturvertrages machen müssen, nämlich die **Repräsentationsrolle Berlins** als Sitz von Bundestag und Bundesregierung und als Hauptstadt einer Kulturnation ins Land und aus Deutschland heraus in die Welt zu tragen. Auch

Günter Nooke

- (A) das wäre eine Aufgabe der Kulturförderung in Berlin. Dafür werden wir weiter kämpfen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Die Kollegin Dr. Antje Vollmer vom Bündnis 90/Die Grünen hat ihre Rede zu Protokoll gegeben.<sup>1)</sup>

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Die wollte ich aber hören! Dafür bin ich geblieben!)

Damit kommen wir zur Rede des Kollegen Hans-Joachim Otto von der FDP-Fraktion.

**Hans-Joachim Otto** (Frankfurt) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht der Bundesregierung ist überholt und schönfärbisch. Der Zustand meiner Stimme, aber auch die Kürze meiner Redezeit gebieten es allerdings, dass ich mich auf einen einzigen Aspekt beschränke, nämlich darauf, den Antrag zu begründen, den die FDP hierzu eingebracht hat.

Die Vorgänge um die geplante **RAF-Ausstellung** haben gravierende Schwächen des Hauptstadtkulturfonds offenbart. Solange durch diese Ausstellung der Terror der RAF nicht verklärt und die Gefühle der Angehörigen der Opfer nicht verletzt werden, habe ich zwar prinzipiell nichts gegen eine solche Ausstellung. Aber ich muss nüchtern feststellen, dass die Förderentscheidung des Hauptstadtkulturfonds nicht rechtmäßig abgelaufen ist. Es gab weder ein präzises Konzept der Veranstalter noch eine schriftliche Begründung der Kuratorin, warum gerade diese Ausstellung mit immerhin 100 000 Euro zu fördern sei.

Der damals als verbindlich erklärte Finanzplan ist mittlerweile hinfällig, die Beteiligung der Bundeszentrale für politische Bildung abgesagt

(Jörg van Essen [FDP]: Gott sei Dank!)

und die Ausstellungsplanung ist inhaltlich und zeitlich über den Haufen geworfen worden. Offenbar kommt aber niemand auf die Idee, das bereits vor Monaten ausbezahlte Fördergeld vom Veranstalter zurückzufordern.

(Jörg van Essen [FDP]: Unglaublich!)

Die jetzt zu Tage getretenen Merkwürdigkeiten rund um die RAF-Ausstellung sind aber nicht zufällig. Sie sind Ausdruck eines schwerwiegenden Strukturfehlers des **Hauptstadtkulturfonds**. Wir fordern, das Verfahren um die Vergabe der Fördermittel endlich transparent zu gestalten. Es ähnelt schon einer Bananenrepublik, wenn Förderentscheidungen über manchmal eine halbe Million Euro auf mündlichen Zuruf der Kuratorin erfolgen, ohne jede schriftliche Vollmacht – Bananenrepublik!

<sup>1)</sup> Anlage 14

gibt, die aufzuräumen sind. Ich setze daher auf die Un-

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Waren Sie eigentlich schon mal dabei?)

(C)

– Ich bin nicht dabei, Herr Barthel – das ist ein guter Einwand –, denn wir dürfen nicht dabei sein. Ich komme gleich darauf zu sprechen.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Gott sei Dank, dass Sie nicht dabei sind!)

Es ist mit der **Kontrollfunktion des Parlaments** unvereinbar, wenn den Abgeordneten bisher noch nicht einmal die Protokolle oder sonstigen Unterlagen des Hauptstadtkulturfonds zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus halten wir es für inakzeptabel, Herr Barthel, dass im Entscheidungsgremium des Hauptstadtkulturfonds, dessen Mittel zu 100 Prozent vom Bund bereitgestellt werden, kein Mitglied des Parlaments vertreten ist. Wie soll ich denn bei den Entscheidungen dabei sein, wenn es mir verwehrt wird?

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Wir berichten doch darüber!)

Wir schlagen vor, dass in Zukunft zwei Abgeordnete im Entscheidungsgremium mitstimmen sollten. Ich sehe übrigens nicht ein, warum die bisher dort entscheidenden Minister über mehr Kunstsachverstand und Objektivität verfügen sollten als Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Die entscheiden ja gar nicht!)

(D)

– Die entscheiden sehr wohl. Die gemeinsame Kommission entscheidet über die Vorschläge der Kuratorin; ich habe mich sehr eingehend mit diesem Sumpf beschäftigt.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Aber bezogen auf das Verfahren!)

– Lieber Herr Barthel, Sie können nachher reden, Sie können mir auch eine Frage stellen, Sie können mir aber nicht meine Redezeit stehlen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn sich diese notwendigen Änderungen, die in unserem Antrag niedergelegt sind, nicht in den Verhandlungen mit dem Land Berlin durchsetzen lassen, muss der Vertrag noch in diesem Jahr fristgerecht gekündigt werden; denn ansonsten – Herr Kollege Nooke, das haben Sie übersehen – wird der Vertrag automatisch über das Jahr 2004 hinaus verlängert. Es ändert sich nichts, wenn nicht bis zum 31. Dezember 2003 die **Kündigung** ausgesprochen wird. Ich hoffe allerdings, dass wir dies betreffend in Verhandlungen mit dem Land Berlin für ein bisschen Ordnung sorgen können.

Meine Damen und Herren, im Interesse von Kunst und Kultur in Berlin braucht der Hauptstadtkulturfonds eine Strukturreform, und zwar so schnell wie möglich. Wir alle, auch Frau Dr. Weiss, wissen, dass es da Dinge Unterstützung aus allen Fraktionen.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)

(A) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Pau.

**Petra Pau** (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Deutsche Nationalstiftung hat dieser Tage eine Frage aufgegriffen, die seit 1990 einer Antwort harret: „Berlin – was ist uns die Hauptstadt wert?“ Die Fragestellung ist sogar noch verkürzt; denn sie zielt so gestellt recht schnell auf das Geld.

Die PDS hatte schon vor Jahren vorgeschlagen, erst einmal die Sinnfrage in den Vordergrund zu stellen: „Was soll eine deutsche Hauptstadt im 21. Jahrhundert und im föderalen System?“ Aus den möglichen Antworten wäre dann die Frage abzuleiten, was die Hauptstadt dem Bund und den anderen Bundesländern wert sein muss.

Diese Denk- und Diskussionsaufgabe steht aber noch an. Wenn ich höre, dass sich die gestern gebildete gemeinsame Föderalismuskommission des Bundestages und des Bundesrates damit befassen will, dann sage ich: Das ist gut, aber auch noch zu kurz gegriffen. Denn es geht nicht nur um politische Aspekte, sondern zugleich auch um philosophische, wissenschaftliche, internationale und natürlich auch um kulturelle Aspekte.

(B)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Frau Kollegin Pau, erlauben Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Frau Dr. Lötzsck? – Frau Dr. Lötzsck, bitte schön.

**Dr. Gesine Lötzsck** (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Kollegin, Sie sind mit mir sicher einer Meinung, dass diese Debatte des besonderen Engagements der Berliner Abgeordneten bedarf, die schließlich von Menschen dieser Stadt gewählt worden sind. Wie bewerten Sie in Anbetracht der Abwesenheit der Berliner Abgeordneten der FDP und in Anbetracht des Verzichts der Fraktion der Grünen auf einen Redebeitrag das Engagement der Kollegen in dieser Frage?

(Horst Kubatschka [SPD]: Ich bin wie Kennedy: Ich bin ein Berliner!)

**Petra Pau** (fraktionslos):

Schön, dass es in dieser Runde bekennende Berliner gibt, die zugezogen sind.

Es ist traurig, dass wir als Berliner Abgeordnete es in den letzten Jahren nicht geschafft haben, über die Grenzen der Fraktionen und Gruppierungen hinweg unter unseren Kollegen mehr für Berlin zu werben. Insbesondere ist es traurig, dass die FDP-Fraktion bei vielen dieser Debatten, die mit Berlin an sich, mit der Zukunft der

Hauptstadt und mit den Sinnfragen, die ich eben angesprochen habe, zu tun haben, nur über das Schloss redet oder darüber, wie man etwas besser kontrollieren kann. Und heute ist Herr Rexrodt noch nicht einmal anwesend. Ich komme im Folgenden aber noch auf den FDP-Antrag zu sprechen, der hier vorgestellt wurde und der jetzt verhandelt wird. (C)

Unabhängig von all dem, was schon gesagt wurde, ist offensichtlich, dass die Berliner Kulturlandschaft städtische Aufgaben erfüllt, darüber hinaus aber auch hauptstädtische und nationale. Deshalb ist es richtig, dass Berlin unterstützt wird, zum Beispiel über die **Hauptstadtkulturförderung**. Mit dem Hauptstadtkulturvertrag hat das Engagement des Bundes in Berlin an Profil und Klarheit gewonnen. Das begrüßt die PDS im Bundestag ausdrücklich. Wir begrüßen auch, dass sich das Engagement des Bundes nicht nur auf große und repräsentative Einrichtungen beschränkt, sondern auch das zweite Standbein einer lebendigen und kreativen Kultur im Blick hat, nämlich die so genannte freie Szene. Auch das sollte so bleiben.

Deshalb lesen wir Ihren Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, nicht ganz ohne Argwohn. Sie wollen den Einfluss des Bundestages auf die Verwendung der Kulturförderung erhöhen. Sie wollen in höherem Maße kontrollieren und entscheiden können, ob die Mittel auch sinngerecht verwendet werden.

(Jörg van Essen [FDP]: Was bitter notwendig ist!)

Das klingt erst einmal logisch, getreu dem Motto: Wer die Musik bezahlt, entscheidet, was gespielt wird. Beim zweiten Hinhören klingt es ein wenig misstrauisch, sowohl gegenüber Berlin wie auch gegenüber der Kulturstatsministerin. Das eigentliche Problem ist aber viel grundsätzlicher: Sie wollen den inhaltlichen Einfluss des Staates und der Politik gegenüber kulturellen Projekten und auf die kulturelle Entwicklung erhöhen. Das halte ich für falsch und für gefährlich und wundere mich, dass ein solches Ansinnen von einer Partei kommt, die sich liberal nennt und auf anderen Gebieten liberale Ansichten sehr wohl vertritt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Gesine Lötzsck [fraktionslos])

Damit bin ich bei einem letzten Problem. Der Hauptstadtkulturfonds ist beschränkt, auch weil der Hauptstadtkulturvertrag befristet ist. Eine systematische Klärung, was gesamtstaatliche oder hauptstädtische Verpflichtungen des Bundes in Berlin sind, muss aber grundsätzlich sein. Sie verträgt keine Vorläufigkeit und auch keine Rückzugsoptionen, die im Übrigen in Ihrem Antrag wieder auftauchen.

Wer Berlin besucht, der weiß, welche kulturellen Schätze es hier gibt, wie zum Beispiel das Weltkulturerbe Museumsinsel. Ich finde, auch das ist eine Bundesaufgabe. Dem müssen wir uns miteinander langfristig und verlässlich stellen.

(Horst Kubatschka [SPD]: Beides geschieht!)

**Petra Pau**

- (A) Kurzum: Das Programm ist fortzuführen und nach Möglichkeit auszubauen. Das sagt die PDS im Bundestag.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Kollege Eckhardt Barthel von der SPD-Fraktion das Wort.

**Eckhardt Barthel** (Berlin) (SPD):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich an die Überschrift erinnern, unter der wir hier diskutieren: Kulturförderung in der Bundeshauptstadt 2001 bis 2004 sowie künftige Förderung der Kultur in der Bundesstadt Bonn. Ich als Berliner bin erstaunt, dass das Wort „**Bonn**“, obwohl es zum Thema gehört, nicht ein einziges Mal ausgesprochen worden ist. Keiner redet über Bonn. So will ich das als Berliner tun, der zugegebenermaßen eine Portion Lokalpatriotismus in sich trägt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, das hat die Bundesstadt Bonn verdient.

- (B) Ich glaube, auch die Bundesregierung hat es verdient, dass man einmal daran erinnert, dass durch den Bonn-Vertrag 150 Millionen Euro für die Kultur nach Bonn fließen. Auch als Berliner sage ich: Ich freue mich, dass es der Stadt Bonn im Vergleich zu anderen Städten gut geht und dass der Umzug nicht zuletzt auch Dank der Hilfe, die die Bundesregierung geleistet hat, keine negativen Wirkungen auf die kulturelle Szene in Bonn hat. Ich meine schon, dass man das erwähnen sollte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens – erlauben Sie mir, dies zu sagen: Die Deutsche Welle ist jetzt auch in Bonn. Das ist zwar nicht Teil der Bonner Kulturförderung, aber ich glaube, die Stadt ist nicht traurig darüber, dass jetzt nicht nur die Telekom, sondern auch die Deutsche Welle dort ist.

Lassen Sie mich nun doch noch zu Berlin kommen. Ich glaube, zwei Dinge sollte man aufgrund der allgemeinen Diskussion in der Bundesrepublik immer erwähnen, wenn man über die Finanzierung der Hauptstadtkultur spricht. Erstens. Es gibt den großen Konsens aller Fraktionen, dass der Bund eine **Verpflichtung gegenüber der Hauptstadt Berlin** hat.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das ist keine Selbstverständlichkeit. Es war richtig, dass Frau Weiss diesen Beschluss des Bundestages gleich am Anfang noch einmal aufgeführt hat. Zweitens – auch das möchte ich in diesem Zusammenhang gerne erwähnen. In diesem Punkt gibt es zum Glück keine Auseinandersetzung zwischen dem Bund und den Ländern darüber,

ob der Bund das darf. Das erfreut mich in einem starken Maße. (C)

Ich möchte jetzt nicht weiter auf das eingehen, was ich mir aufgeschrieben habe, sondern auf die netten Dinge, die Sie hier gesagt haben. Ich fange mit der Übernahme der Institutionen an.

Frau Weiss hat richtigerweise gesagt, dass wir das Berlin-Engagement nicht nur quantitativ erweitert haben, sondern dass wir es, um ihre Worte zu gebrauchen, vom Kopf auf die Füße gestellt haben. Das heißt, wir haben ihm eine Struktur gegeben. Es wird immer die Frage gestellt, ob wir die richtigen **Institutionen** übernommen haben. Herr Nooke, Sie sagen, dass das alles falsch ist, und sprechen von strukturellen Fehlern. Ich möchte gerne wissen, was Sie übernommen hätten. Was wäre das Richtige gewesen? Gibt es überhaupt die richtige Institution?

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Über den „Preussischen Kulturbesitz“ haben wir nie gestritten!)

– Ich bitte Sie, das war ja unstrittig; darum geht es doch nicht, das gab es vorher schon. – Es wird immer gesagt, dass das, was wir übernommen haben, nicht das Richtige war. Sie nennen aber keinerlei Alternativen dazu.

Ich finde es auch wichtig, dass sich der Bund – insbesondere durch Frau Weiss – nicht nur materiell engagiert. Besonders die Beteiligung an der **Reform der Opernstruktur** ist für mich ein wichtiges Beispiel. Es ist gut, dass sich der Bund auch in die Reformdiskussion im Land Berlin einklinkt. (D)

(Beifall bei der SPD)

Wir haben vor kurzem gehört, was die Deutsche Nationalstiftung zu Berlin gesagt hat. Deshalb ist es eine gute Sache, dass sich der Bund daran beteiligt. Ich finde den Begriff „strukturelle Partnerschaft“ passend; denn ich halte es für richtig, dass es hier, wenn wir als Bund unsere Verpflichtung ernst nehmen, nicht nur darum gehen darf, Geld in die Stadt zu stecken. Wir müssen auch eine Partnerschaft mit dem Land Berlin eingehen, ohne dass der Eindruck entsteht, dass der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages ein Ersatz-Kulturausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses und die Staatsministerin für Kultur und Medien eine Neben-Kultursenatorin des Landes Berlin ist. Man muss aufpassen, dass dies nicht durcheinander geht. Ich finde diese strukturelle Partnerschaft hervorragend.

Sie haben die Opernreform in einer negativen Form geschildert. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Sie wird nur dann gelingen, wenn alle Beteiligten sie wollen und wenn alle Beteiligten sich darum bemühen, dass sie ein Erfolg wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Alternative für mich. Die Alternative dazu wäre die Schließung einer großen Oper in Berlin.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Nein! Nein! Das ist nicht richtig!)

Eckhardt Barthel (Berlin)

- (A) Das wäre ein fatales Signal für die gesamte Theaterlandschaft, von der wir erwarten, dass sie in ihren Häusern Reformen betreibt. Es wäre ein scheußliches Signal, wenn dies schief geht und eine Oper geschlossen werden müsste. Wenn es gut geht und dieses Reformprojekt unter Beteiligung aller gelingt, dann löst dies einen starken Impuls für die Reformbewegungen und -bestrebungen in unserer gesamten Landschaft aus.

Eines ist mir klar: Wenn wir nicht auch im Kulturbereich Reformen voranbringen, dann werden wir die noch immer blühende Kulturlandschaft und die Vielfältigkeit unserer Kulturlandschaft in Zukunft bestimmt vermissen. Deshalb finde ich es gut, dass wir mit dieser Reform der Opernstruktur exemplarisch etwas voranbringen, was nicht nur für die Hauptstadt, sondern auch für das ganze Land von Bedeutung ist.

Ich kann aufgrund der Beschränkung meiner Redezeit nicht mehr auf weitere Punkte eingehen. Der **Hauptstadtkulturfonds** ist jedenfalls für mich eine Perle des Hauptstadtkulturvertrages. Dabei geht es nicht nur um Repräsentation, sondern auch darum, das Kreative und Innovative in der Hauptstadt zu entwickeln. Dass Sie der Meinung sind, dies sei ein Sumpf, finde ich bedauerlich. Aber, Herr Otto, darüber werden wir uns im Ausschuss noch genügend unterhalten können.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

- (B) Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 14/9677 und 15/1708 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23 a und 23 b auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Joachim Stünker, Hermann Bachmaier, Sabine Bätzing, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der SPD sowie den Abgeordneten Jerzy Montag, Hans-Christian Ströbele, Volker Beck (Köln), weiteren Abgeordneten und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung und zur Änderung anderer Gesetze**

– Drucksache 15/813 –

(Erste Beratung 41. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

– Drucksache 15/1730 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Joachim Stünker  
Dr. Norbert Röttgen  
Hans-Christian Ströbele  
Jörg van Essen

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Norbert Röttgen, Wolfgang Bosbach, Veronika Bellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

**Verpflichtungen aus dem EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung zügig erfüllen**

– Drucksachen 15/540, 15/1730 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Joachim Stünker  
Dr. Norbert Röttgen  
Hans-Christian Ströbele  
Jörg van Essen

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat die Bundesministerin Brigitte Zypries das Wort.

**Brigitte Zypries**, Bundesministerin der Justiz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Dienstag dieser Woche war ich in Washington und habe gemeinsam mit John Ashcroft das **deutsch-amerikanische Rechtshilfeabkommen** unterzeichnet. Nach 20 Jahren Verhandlungen ist es uns endlich gelungen, diesen Vertrag abzuschließen.

Mit diesem Vertrag wird die bislang schon ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten in Strafsachen noch enger, weil der Rechtshilfeverkehr vereinfacht und beschleunigt wird. Der Vertrag zwischen diesen Staaten ist ein wichtiger Schritt im gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Nur wenn die Staaten im Kampf gegen den Terrorismus miteinander kooperieren – davon sind wir überzeugt –, werden wir die weltweit verzweigten Netzwerke erfolgreich zerschlagen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Deutschland hat auch dank der Rechtshilfe der Vereinigten Staaten den ersten Prozess gegen einen Mitverschwörer der Attentate vom 11. September erfolgreich abgeschlossen. Das Urteil im Fall Motassadeq – 15 Jahre Freiheitsstrafe – zeigt, dass ein starker Rechtsstaat Mittel hat, auf terroristische Straftaten angemessen zu reagieren. Diese Stärke des Rechts muss uns immer bewusst sein.

Mit Blick auf die Kritik des Roten Kreuzes an den Haftumständen in Guantanamo habe ich dies gegenüber meinem amerikanischen Amtskollegen verdeutlicht;

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN und der FDP)

denn wenn wir islamistischen Terroristen ein rechtsstaatliches Verfahren vorenthalten, machen wir uns angreifbar für die Ressentiments des islamistischen

**Bundesministerin Brigitte Zypries**

- (A) Extremismus, aber auch hinsichtlich unserer eigenen Prinzipien.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Der deutsch-amerikanische Rechtshilfevertrag ist nur eine der Maßnahmen, die die Bundesregierung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ergriffen hat. Deutschland nimmt bei der Terrorismusbekämpfung in Europa mittlerweile einen Spitzenplatz ein. Neben der weltweit ersten und einzigen Verurteilung, die ich eben schon ansprach, hat das Landgericht Hamburg im August die Hauptverhandlung gegen einen weiteren Angeklagten wegen Zugehörigkeit zur Hamburger Zelle um Mohammed Atta eröffnet. Vor dem OLG Düsseldorf wird gegenwärtig gegen einen mutmaßlichen Angehörigen der islamistischen Gruppe Al-Tawhid verhandelt. Der Generalbundesanwalt führt über 100 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus.

Sie sehen: Wir kommen voran, nicht zuletzt weil wir in den letzten Jahren hervorragende Instrumente zur effektiven Bekämpfung des Terrorismus geschaffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Die umfangreichen Sicherheitspakete I und II sowie die Einführung der Vorschrift über kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland – § 129 b StGB – greifen. Der Generalbundesanwalt stützt viele eingeleitete Verfahren zunächst auf diese Norm.

- (B) Auf europäischer Ebene haben wir mit dem Rahmenbeschluss zum europäischen Haftbefehl, dem Rahmenbeschluss über gemeinsame Ermittlungsgruppen und dem Beschluss über die Einrichtung von Eurojust die erforderlichen Schritte unternommen. Die Umsetzungsmaßnahmen zu diesen Rahmenbeschlüssen werden wir in Kürze hier im Bundestag beraten können.

Meine Damen und Herren, der Rahmenbeschluss Terrorismus ist ein Teil des umfassenden europäischen Konzepts zur Bekämpfung des Terrorismus. Sobald er überall umgesetzt ist, ist es möglich, den Terrorismus in allen europäischen Mitgliedstaaten auf einer vergleichbaren rechtlichen Grundlage zu verfolgen. Zentrale Punkte sind die gemeinsame Definition von terroristischen Straftaten und die Vereinbarung gemeinsamer Zielsetzungen auf europäischer Ebene. Der Gesetzentwurf, der heute hier beraten wird, stellt eine möglichst präzise Umsetzung der bindenden europarechtlichen Vorgaben des Rahmenbeschlusses nach Buchstaben und Geist dar.

Was machen wir jetzt im Einzelnen?

Erstens. Das, was bislang nach § 129 a Abs. 1 Nrn. 1 und 2 StGB strafbar ist, wird es auch in Zukunft im selben Umfang sein. Das heißt also, **Gründer und Mitglieder einer Vereinigung**, die auf Begehung von Mord, Totschlag, Völkermord, erpresserischem Menschenraub oder Geiselnahme gerichtet ist, können mit Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren bestraft werden. Rädelführern und Hintermännern einer solchen Vereinigung drohen sogar 15 Jahre – die zeitliche Höchststrafe in Deutschland.

Zweitens. Der Straftatenkatalog des § 129 a StGB wird um zahlreiche **neue Delikte** erweitert. Dazu zählen die Computersabotage, die Zerstörung von Bauwerken, die Zerstörung von Telekommunikationsanlagen, schwere Gefährdung durch Freisetzung von Giften, bestimmte Verstöße gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Waffengesetz. Selbstverständlich nehmen wir in den Entwurf auch die schwere Körperverletzung auf. Um das zu erreichen, bedurfte es nicht eines eigenen Antrags der CDU/CSU. Zugleich ergänzen wir den Begriff der „terroristischen Vereinigung“ durch die neuen Kriterien „terroristische Zielsetzung“ und „Schädigungseignung“. Diese Formulierungen sind etwas präziser, als sie bisher in § 129 a StGB waren, und sind im Übrigen an den Sprachgebrauch des Strafgesetzbuches angepasst.

Drittens. Wir werden künftig auch Vereinigungen, deren Zweck oder Tätigkeit lediglich auf das **Androhen von terroristischen Straftaten** gerichtet ist, strafrechtlich verfolgen können. Damit bezieht der neue Abs. 3 einen Bereich mit ein, der bislang von § 129 a StGB nicht abgedeckt war.

Viertens. Unsere **Strafraahmen** werden an die Vorgaben des Rahmenbeschlusses angepasst und, wo erforderlich, auch heraufgesetzt. Die Höchststrafe für Unterstützer einer terroristischen Vereinigung soll künftig zehn statt wie bisher fünf Jahre betragen. Das geht etwas über den Rahmenbeschluss hinaus; dort werden nur acht Jahre verlangt. Der Strafraumen für das Werben um Mitglieder oder um Unterstützung einer terroristischen Vereinigung wird unverändert bleiben. Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren sind hier angedroht. Gerade hier hat uns die Anhörung gezeigt, dass es keinen Grund gibt, § 129 a StGB erneut zu ändern.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass die Bundesregierung unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze alles das unternimmt, was notwendig und angemessen ist, um den internationalen Terrorismus wirksam zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Thomas Silberhorn von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Thomas Silberhorn (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Gut zwei Jahre liegen die Terroranschläge auf das World Trade Center in New York nun zurück. Die internationale Gemeinschaft hat ihre Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus seither erheblich verstärkt. Insbesondere konnten in der Europäischen Union zahlreiche gemeinsame Maßnahmen im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verabschiedet werden. Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist eine Aufgabe, der sich die Europäische Union zu Recht annimmt. Dass wir die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger nicht mehr im nationalen Alleingang bewältigen können, leuchtet jedem ein. Hier wird für den

Thomas Silberhorn

- (A) Einzelnen unmittelbar erfahrbar, dass europäische Integration Sinn macht. Deshalb ist es so wichtig, dass wir hier EU-weit Erfolge erzielen.

Der Ministerrat hat mit seinem Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung vom 13. Juni 2002 ein ambitioniertes Programm zur Verfolgung terroristischer Straftaten vorgelegt. Die Frist zur Umsetzung dieses Rahmenbeschlusses in nationales Recht ist bereits am 31. Dezember letzten Jahres abgelaufen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung hierzu wurde erst am 8. April dieses Jahres eingereicht. Heute schreiben wir den 17. Oktober. Allein daran wird deutlich, welchen Stellenwert die Bundesregierung der Terrorismusbekämpfung beimisst. Einen Spitzenplatz nimmt sie jedenfalls nicht ein.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein starkes Argument!)

Auch in der Sache muss sich die Bundesregierung nicht übertriebenen Ehrgeiz vorhalten lassen. Der in letzter Minute unternommene Versuch, die Mindestvorgaben des Rahmenbeschlusses dem Sprachgebrauch des Strafgesetzbuches anzupassen, ist schon semantisch misslungen, weil die Häufung von dehnbaren Begriffen die Rechtsanwendung in der Praxis erschwert. Wann zum Beispiel ist eine Tat dazu bestimmt „die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern“?

- (B) Vor allem aber werden durch die Einführung zahlreicher **neuer Tatbestandsvoraussetzungen** die bisher gegebenen Möglichkeiten der Strafverfolgung auch noch eingeschränkt. Im Bereich der politisch motivierten Gewaltkriminalität wird kaum eine Gruppierung mehr als terroristische Vereinigung strafrechtlich verfolgt werden können, wenn sie nicht auf Tötungsdelikte oder Geiselnahme ausgerichtet ist. Gerade linksextremistische Gruppierungen, die „nur“ Gewalt gegen Sachen ausüben, wären dann allenfalls noch als kriminelle, aber nicht mehr als terroristische Vereinigungen zu verfolgen. Das ist das Ergebnis der Anhörung, das ein Richter des Bundesgerichtshofes dem Rechtsausschuss vorgetragen hat.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Die Anhörung war niederschmetternd für die Regierung!)

Da ist die Gelegenheit günstig, auch gleich die Werbung für terroristische Vereinigungen zu erleichtern. Die Beschränkung der Strafbarkeit auf die reine Werbung von Mitgliedern und Unterstützern ist nichts anderes als eine Entkriminalisierung der geistigen Brandstifter. Mit Bekämpfung des Terrorismus, Frau Zypries, hat das alles wenig zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Klartext, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition: Sie missbrauchen die Umsetzung des EU-Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung, um die Verfolgung politisch motivierter Gewaltkriminalität in Deutschland zu erschweren, indem Sie unser Instrumentarium zur Strafverfolgung von Terroristen auf das Niveau des EU-weiten Mindeststandards reduzieren.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: So ist es!)

Selbst diesen **Mindestanforderungen** wird Ihr Gesetzentwurf nicht gerecht. Der EU-Rahmenbeschluss verlangt wörtlich, „Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit einer Person“ als terroristische Straftat einzuordnen, wenn sie mit terroristischer Zielsetzung begangen werden. Mit der Beschränkung auf schwere Körperverletzungen haben Sie diese Verpflichtung, Frau Bundesjustizministerin, nicht ordnungsgemäß umgesetzt. Nicht einmal gefährliche Körperverletzungen und Körperverletzungen mit Todesfolge, die mit terroristischer Zielsetzung begangen werden, wollen Sie als terroristische Straftat verfolgen. Das ist kein Signal zur Bekämpfung des Terrorismus, das ist ein Signal zur Verharmlosung der Gefahren, die vom internationalen Terrorismus ausgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da kann es auch nicht verwundern, dass die Bundesregierung auch bei der Strafzumessung die Vorgaben der Europäischen Union missachtet. Art. 5 Abs. 2 des Rahmenbeschlusses legt klar und eindeutig fest, dass der Strafrahmen für terroristische Straftaten höher sein muss als für Straftaten ohne terroristische Zielsetzung. Die Kommission ist nach Art. 11 Abs. 3 dieses Rahmenbeschlusses sogar ausdrücklich dazu verpflichtet, in ihrem Bericht zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses „insbesondere“ anzugeben, wie die Mitgliedstaaten die Vorgabe eines höheren Strafrahmens für terroristische Straftaten in nationales Recht umgesetzt haben.

(D) Während diese Frage also für die Europäische Union eine besonders hohe Bedeutung hat, lässt die Bundesregierung das glatte Gegenteil erkennen. Ignoranz statt Initiative ist Ihr Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Das bringen Sie schon mit der Wahl der Beratungszeit am Freitag Nachmittag am unteren Ende der Tagesordnung öffentlich zum Ausdruck.

Für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag appelliere ich an SPD und Grüne: Hören sie auf damit, die Strafverfolgung von Terroristen zu erschweren! Nehmen Sie die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus endlich ernst und erfüllen sie die EU-Vorgaben zur Bekämpfung terroristischer Straftaten!

(Beifall der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

#### Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die Beiträge der Kollegen Jerzy Montag, Bündnis 90/Die Grünen, und Jörg van Essen, FDP, nehmen wir zu Protokoll.<sup>1)</sup> Vielen Dank.

Dann kommen wir zum Beitrag des Kollegen Christoph Strässer von der SPD-Fraktion.

#### Christoph Strässer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl wir gestern Abend eigentlich übereingekommen waren, alle Reden zu Protokoll zu geben, bin ich nach Ihrem Beitrag, Herr Kollege Silberhorn, doch froh, Ihren

<sup>1)</sup> Anlage 15

## Christoph Strässer

- (A) Ausführungen noch das eine oder andere hinzufügen zu können. Denn Sie sind in Ihrer Rede ein Stück weit über das hinaus geschossen, was wir im Rechtsausschuss vereinbart hatten, nämlich diese Diskussion sachlich zu führen, statt zu polemisieren und Stimmungen zu schüren, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben einen Begriff in die Diskussion eingebracht, der sehr gefährlich ist. Sie sollten sich sehr genau überlegen, ob Sie diesen Begriff in der öffentlichen Diskussion in Bezug auf die Bundesregierung und die Regierungsmehrheit weiterhin anwenden wollen. Sie haben von „geistiger Brandstiftung“ gesprochen.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Das hat er doch gar nicht gesagt! Er hat gesagt, geistige Brandstiftung werde verharmlost!)

Was ich wahrnehme, ist, dass die sachliche Auseinandersetzung, die wir bisher geführt haben, zu einem rationalen Umgang und zu einer effektiven strafrechtlichen Bekämpfung dessen, was wir alle beklagen, führt.

(Dr. Ole Schröder [CDU/CSU]: Sympathiewerbung ist nicht strafbar!)

In dieser Diskussion von „geistiger Brandstiftung“ zu sprechen ist – auch wenn Sie noch so oft dazwischenrufen, Herr Kollege – der falsche Weg. Denn damit emotionalisieren Sie und entfernen sich von der rationalen Auseinandersetzung, die wir in diesen Tagen führen müssen.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Rahmenbeschluss der Terrorismusbekämpfung ist – das halte ich für gut und richtig; das wird auch von allen anderen so gesehen – ein wesentlicher Bestandteil zur Vereinheitlichung der Rechtssysteme in der Bekämpfung des organisierten Terrorismus.

Sie, Herr Kollege Silberhorn, haben die angeblich unzureichende Arbeit der Bundesregierung hinsichtlich der zeitlichen Dimension angesprochen. Sie haben zu Recht festgestellt, dass am 31. Dezember vergangenen Jahres die **Frist zur Umsetzung** abgelaufen ist. Aber ich bitte Sie – das meine ich mit der rationalen Diskussion über strafrechtliche Sanktionen –, zu berücksichtigen, dass sich diese Bundesregierung Zeit genommen hat – das finde ich richtig und wichtig –, eine rationale Diskussion zu führen und dann einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Kriterien, die zumindest die Koalitionsfraktionen an das Strafrecht und an Eingriffe in die persönlichen Freiheitsrechte stellen, Rechnung trägt. Das ist mit diesem Gesetzentwurf eindeutig geschehen.

(Beifall des Abg. Joachim Stünker [SPD])

Das begrüße ich und darauf bin ich stolz. Ich spreche dafür dem Bundesministerium der Justiz mein Lob aus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Wir hatten des Weiteren die Frage zu diskutieren, ob die bisherige deutsche Gesetzgebung und Rechtsprechung nicht möglicherweise ausreicht, um den Terrorismus effektiv zu bekämpfen. Die Frau Ministerin hat, wie ich meine, klare Aussagen dazu getroffen. Wir liegen – das können Sie nicht kaputtreden – mit den gesetzlichen Regelungen innerhalb Europas an der Spitze. Wir haben mit der Änderung des § 129 a StGB ein Instrumentarium gefunden, mit dem eine effektive, aber auch rechtsstaatliche Bekämpfung des Terrorismus möglich ist. Mit diesem Umsetzungsgesetz bauen wir unseren Spitzenplatz in Europa weiter aus.

Im Kern erhalten wir den bestehenden § 129 a StGB. Das bedeutet, dass Gründer und Mitglieder einer Vereinigung, die auf die Begehung von Mord, Totschlag, Völkermord, erpresserischen Menschenraub oder Geiselnahme gerichtet ist, auch weiterhin mit Freiheitsstrafen von mindestens einem bis zu zehn Jahren bestraft werden können. Wir sind mit Ihnen der Meinung – das hat die Frau Ministerin bereits ausgeführt –, dass der ursprüngliche Katalog dieses Tatbestands ausgedehnt werden muss. Das ist auch geschehen. Wir haben die Kritik der Sachverständigen zum Anlass genommen, einige Änderungen vorzunehmen, die wir im Rechtsausschuss bereits ausführlich diskutiert haben.

Ich will noch auf zwei Punkte eingehen, die Sie angesprochen haben. Das ist zum einen die Frage, welche **Körperverletzungsdelikte mit terroristischem Hintergrund** bestraft werden müssen. Wir sind der Auffassung, dass die Aufnahme jeglicher Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit die Strafbarkeit in unerträglichem Maße ausdehnen würde. Die von uns geplante Änderung sieht vor – das halte ich für eine gute Maßnahme –, die entsprechende Formulierung an die des Völkerstrafgesetzbuches anzupassen, sodass damit jede Zufügung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden, aber insbesondere der in § 226 StGB bezeichneten Art, im Strafkatalog des § 129 a Abs. 2 enthalten ist.

(D) Ich komme zu dem zweiten Punkt. Sie werfen uns vor, **neue Straftatbestände** in die Diskussion einzuführen. Ich halte dem entgegen, dass das nicht neu ist. Wenn Sie sich zum Beispiel mit der Rechtsprechung zum Nötigungstatbestand befassen, dann werden Sie erkennen, dass es auch dort unbestimmte Rechtsbegriffe gibt, die in der Rechtsprechung immer wieder Anlass zur Auslegung geben, obwohl dieser Paragraph mittlerweile sehr alt ist. Wir haben offensichtlich mehr Vertrauen in die Kompetenz der deutschen Richterschaft; denn wir sind der Meinung, dass sie in der Lage ist, die Norm des Völkerstrafgesetzbuches so anzuwenden, dass die gemeinsame Zielsetzung erfüllt wird.

Wir werden dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zustimmen. Wir sind auf einem richtigen und guten Weg zur Bekämpfung des Terrorismus in einem vernünftigen rechtsstaatlichen Rahmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letztem Redner zu diesem Thema erteile ich das Wort dem Kollegen Clemens Binninger von der CDU/CSU-Fraktion.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vorweg eine Bemerkung, Frau Ministerin Zypries: Wir wissen das, was getan wird, schon zu schätzen. Das heißt aber nicht, dass das ausreichend ist. Ich würde mich an Ihrer Stelle nicht damit rühmen, dass Deutschland das erste Land ist, das ein Strafverfahren im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung abgeschlossen hat. Das mag zuerst positiv klingen. Deutschland ist aber leider auch das Land, in dem die Anführer der Terrorzelle, die für den Anschlag vom 11. September 2001 verantwortlich ist, jahrelang unerkannt leben konnten. Insofern halte ich das für einen falschen Maßstab. Es war zwar richtig, dieses Strafverfahren zu betreiben. Aber ich würde es nicht unbedingt als Beleg dafür verwenden, dass wir in Sachen Terrorismusbekämpfung alles getan haben.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Nicht zu fassen!)

Bei der Umsetzung des Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung – so steht es im Gesetzentwurf – geht es darum, abzuschrecken und Rechtslücken zu schließen. Man muss fragen, ob das Ziel der **Abschreckung** mit dem, was Sie heute vorgelegt haben, tatsächlich erreicht wird. Die Bedrohung durch den Terrorismus – das mag Ihnen nicht gefallen – ist unverändert ernst und sogar noch größer als vor dem 11. September 2001.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das scheint in Ihrer Fraktion niemanden zu interessieren, sonst wären nicht nur drei Leute da!)

Das sagen alle Sicherheitsdienste in diesem Land. Deshalb müssen wir auch hier den Maßstab anlegen. Wenn ich bei den rechtlichen Bemühungen, die Sie bisher auf dem Feld der Terrorismusbekämpfung unternommen haben, Bilanz ziehe, dann kann ich nur sagen: zu spät, zu lasch und zu wenig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Vorwurf „zu spät“ – das hat der Kollege Silberhorn schon vorhin ausgeführt – ist berechtigt, weil Sie – warum auch immer – zehn Monate länger als geplant gebraucht haben, um den Gesetzentwurf vorzulegen. Am Ergebnis kann es nicht gelegen haben; denn dieses ist nicht besser, sondern eher schlechter geworden. Die Sachverständigenanhörung, die vorhin kurz erwähnt wurde, war für Ihren Gesetzentwurf doch vernichtend. Das muss man mit aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Übrigens, wenn Sie sagen, dass Sie Vertrauen in die deutsche Richterschaft hätten, dann werde ich Ihnen nachher noch ein paar Beispiele – auch von Ihrem Kolle-

gen Wiefelspütz aus dem Innenausschuss – nennen, die deutlich machen, dass das Vertrauen eher infrage gestellt wird. **(C)**

Der Vorwurf „zu lasch“ ist berechtigt, weil in dem in Ihrem Gesetzentwurf geänderten § 129 a des Strafgesetzbuches der **Straftatbestand der gefährlichen Körperverletzung** fehlt. Sie haben bislang keinen Grund genannt, warum Sie diesen Straftatbestand nicht aufgenommen haben. Dieser gehört aber in § 129 a StGB hinein. Es gibt kein Argument dafür, diesen Straftatbestand nicht aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vielleicht können Sie anschließend klarstellen, warum kein § 223 a StGB aufgenommen wurde.

Sie haben auch nicht den terroristischen Einzeltäter berücksichtigt. Außerdem haben Sie den **Straftatbestand des Werbens für eine terroristische Vereinigung** – das ist für mich am schlimmsten – abgeschwächt. Das ist ein völlig falsches Signal. So werden Sie im Kampf gegen den Terrorismus nicht abschrecken, sondern eher das Gegenteil erreichen. Wenn Sie den Text des Gesetzentwurfs genau lesen, dann werden Sie feststellen, dass man sich nur noch auf das Werben von Mitgliedern und Unterstützern für eine terroristische Vereinigung und nicht mehr auf die allgemeine Sympathiewerbung bezieht. Letzteres gehört genauso unter Strafe gestellt, wenn man wirklich abschrecken will und es mit der Bekämpfung des Terrorismus ernst meint.

(Jörg van Essen [FDP]: Das haben alle Sachverständige begrüßt!) **(D)**

Dass es hier nicht um Einzelfälle geht, möchte ich gern anhand einiger Beispiele darstellen, die deutlich machen, wo noch Handlungsbedarf besteht. Sie werden die Relevanz der folgenden Fälle nicht bestreiten können, die für uns alle in diesem Hause – ich denke, das kann ich unterstellen – eher ärgerlich sind. Sie zeigen aber, dass wir auf dem rechtlichen Gebiet noch sehr viel mehr tun müssen.

Metin Kaplan kann nicht abgeschoben werden.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Thema!)

Wir alle sind uns doch sicherlich einig darüber, dass das nicht akzeptabel ist. Oder finden Sie es gut, dass er nicht abgeschoben werden kann?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Noch ist er hier und das ist für den deutschen Rechtsstaat eigentlich unerträglich.

(Zuruf von der SPD)

– Ich habe nur gesagt, dass ich die Situation beschreibe. Hier werden Sie mir ja wohl Recht geben.

Zweites Beispiel: al-Aksa – ein Spendensammelverein für Hamas – wurde vom Bundesinnenminister verboten. Wir haben dieses Vorgehen unterstützt. Dieses Verbot ist aber wieder aufgehoben worden; so viel zum

**Clemens Binninger**

- (A) Thema Vertrauen in die Auslegung der Rechtsprechung.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie schon einmal etwas von Unterstützung gehört?)

Drittes Beispiel: Hizb ut-Tahir. Herr Innenminister, Anfang dieses Jahres haben Sie diese **islamistische Vereinigung** verboten, aber ich weiß nicht, ob irgendein Funktionär bislang abgeschoben werden konnte, weil wegen Terrorismusverdachts nach wie vor keine Abschiebung durchgeführt wird.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Kommen Sie doch mal zur Sache! – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat das denn mit § 129 a zu tun?)

– Nein, Herr Kollege Ströbele, nicht mit § 129 a. Wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie, dass wir hier über das Thema Terrorismus und darüber sprechen, was man in diesem Bereich auf rechtlichem Gebiet noch tun muss. Die Punkte, die ich angesprochen habe, gehören dazu, nicht nur § 129 a. Das war auch mein einleitender Satz.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass im rechtlichen Bereich noch viele Regelungen fehlen, obwohl Sie sich rühmen, alles zu tun, ist die **doppelte Staatsbürgerschaft**.

(Zuruf von der SPD: Die fehlt wirklich! Das stimmt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

- (B) – Ich finde, das ist wenig witzig, sondern eher sehr ernst.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das kann aber nur als Witz aufgenommen werden!)

Wenn wir heute wissen, dass islamistische Vereinigungen wie Milli Görüs ihre Mitglieder dazu aufrufen, die doppelte Staatsbürgerschaft anzunehmen, dann beschreibt das genau die Lücke bzw. Gefahr, auf die wir immer hingewiesen und die Sie ignoriert haben.

Das letzte Beispiel betrifft eher den innerstaatlichen Bereich, Herr Innenminister. Wir warten schon lange darauf, dass Sie uns endlich einmal ein Luftsicherheitsgesetz mit entsprechenden Ausführungen über die Zuständigkeit und die notwendigen Verfassungsänderungen präsentieren.

(Otto Schily, Bundesminister: Ach, darauf warten Sie? Erzählen Sie doch nichts!)

Zwar wurde es schon mehrfach angekündigt, aber uns wurde nichts vorgelegt. Wir warten noch darauf.

(Otto Schily, Bundesminister: Nein!)

Insofern muss man als Bilanz festhalten: Sie haben § 129 a nicht verbessert und auf vielen anderen Gebieten fehlt es noch an entscheidenden Regelungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:** (C)

Herr Kollege Binninger, würden Sie, bevor Sie gehen, noch eine Abschlussfrage des Kollegen Körper erlauben?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):**

Ja.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte schön.

**Fritz Rudolf Körper (SPD):**

Herr Kollege Binninger, ich habe folgende ganz einfache und kurze Frage an Sie: Welche konkreten gesetzlichen Veränderungen möchten Sie denn gerne vorschlagen bzw. vornehmen, beispielsweise bezüglich der Frage der Abschiebung, an der Sie ja vorhin deutlich gemacht haben, wo Sie Defizite sehen?

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann schreiben Sie wahrscheinlich: Auch bei Folter darf abgeschoben werden!)

**Clemens Binninger (CDU/CSU):**

Herr Kollege Ströbele, Herr Körper, wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie mich durchaus verstehen können. Ich habe gesagt: In Deutschland haben wir auf rechtlichem Gebiet Zustände, die für uns nicht akzeptabel sind.

(Otto Schily, Bundesminister: Was wollen Sie denn verbieten?) (D)

Dazu gehört, dass ein Islamist wie Kaplan nicht abgeschoben werden kann.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das liegt aber an der Türkei!)

Dazu gehören aber auch die anderen Beispiele, die ich genannt habe. Diese Punkte müssen wir ändern. Aber dafür tun Sie ja nichts. Insofern war meine Rede der Auftrag an Sie, hierzu gesetzliche Regelungen vorzulegen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sollen wir die Türkei übernehmen oder was?)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war für den heutigen Tag aller Voraussicht nach der letzte Redner. Bevor noch jemand auf die Idee kommt, zu reden, schließe ich die Aussprache.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen eingebrachten Gesetzentwurf zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung und zur Änderung anderer Gesetze, Drucksache 15/813. Der Rechtsausschuss empfiehlt un-

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) ter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/1730, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP angenommen.

### Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mit dem gleichen Mehrheitsverhältnis angenommen.

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 15/1730 zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Verpflichtungen aus dem EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung zügig erfüllen“. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung, den Antrag auf Drucksache 15/540 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der CDU/CSU angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 24 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Peter Götz, Gerda Hasselfeldt, Dietrich Austermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

- (B) **Grünbuch der EU-Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – Kommuni-**

### nale Selbstverwaltung sichern und fortentwickeln (C)

– Drucksache 15/1326 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (f)  
Innenausschuss  
Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Alle Rednerinnen und Redner – die Kollegin Doris Barnett von der SPD-Fraktion, der Kollege Peter Götz von der CDU/CSU-Fraktion, die Kollegin Michaelae Hustedt von der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen und die Kollegin Gudrun Kopp von der Fraktion der FDP – haben ihre Reden zu Protokoll gegeben; deswegen brauche ich die Aussprache nicht zu eröffnen.<sup>1)</sup>

(Jörg van Essen [FDP]: Das sind aber sehr nette Kollegen!)

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/1326 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 22. Oktober 2003, 13 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.06 Uhr)

(D)

<sup>1)</sup> Anlage 16



(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Lensing, Werner	CDU/CSU	17.10.2003
Schmidt (Fürth), Christian	CDU/CSU	17.10.2003

**Anlage 2****Erklärungen nach § 31 GO****zu den Abstimmungen über die Entwürfe eines Dritten und eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Tagesordnungspunkt 19 a)**

**Hans Büttner (Ingolstadt) (SPD):** Die vorliegenden Gesetze Hartz III und IV verfolgen das Ziel, allen Menschen, die am Arbeitsprozess teilnehmen können, auch den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen. Dies soll dadurch geschehen, dass neben den Arbeitslosenhilfeempfängern auch Sozialhilfeempfänger aktiv in die Prozesse der Agentur für Arbeit einbezogen werden, in Vermittlung, Qualifikation und Förderung. Damit wird der strukturelle Ausschluss von über 900 000 Sozialhilfeempfängern aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik und dem System der sozialen Sicherheit beendet. Nach dem Prinzip „fördern und fordern“ werden Arbeitsuchende zu mehr Flexibilität ermuntert, aber auch mit größeren und zielgenaueren Rechten bei der Verteilung und Suche nach Arbeit ausgestattet. Der Fraktion der SPD ist es im Gesetzgebungsverfahren gelungen, dieses Prinzip passgenauer und praktikabler zu gestalten als ursprünglich vorgesehen. Das gilt zum Beispiel für Bestimmungen wie die Schonbeträge bei der Vermögensanrechnung oder die Frage der Zumutbarkeit der Arbeitsbedingungen. Die Gesetze unterscheiden sich deutlich von den Vorhaben der CDU/CSU und der FDP, die nahezu ausschließlich mit Sanktionen Arbeitssuchende teilweise unter Verletzung der Menschenwürde bestrafen wollen.

Deshalb stimme ich den vorliegenden Gesetzen zu, erwarte jedoch, dass entscheidende Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen unternommen werden. Vor allem Innovationen, Technologie und Wissen müssen schneller in Produktion und Arbeit umgesetzt werden können. Dazu sind Änderungen im Finanzwesen, der Steuerpolitik und bei der Organisation öffentlich betriebener oder geförderter Investitionen erforderlich.

**Werner Schulz (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe den beiden Gesetzentwürfen nicht zugestimmt und mich der Stimme enthalten, weil ich nicht davon überzeugt bin, dass sie das bewirken, was sie vorgeben. Sie werden an der hohen Arbeitslosigkeit wenig

ändern. Sie sind sozial unausgewogen, führen zu unverhältnismäßigen Härten und dürften sich ökonomisch eher kontraproduktiv auswirken.

Bei allen Anstrengungen, die Arbeitsvermittlung schneller, besser und effizienter zu gestalten – sie kann den Mangel an Arbeitsplätzen nicht beheben. Die hohe Arbeitslosigkeit ist kein Vermittlungsproblem. Das zeigen die mäßigen Erfolge mit dem Job-Aktiv-Gesetz, mit privaten Agenturen und Vermittlungsgutscheinen. Es fehlt nicht an Nachfrage oder Arbeitsanreizen, sondern an Arbeitsangeboten. Druck und Leistungskürzungen führen in einer angespannten Wirtschaftssituation nicht zu mehr Aktivitäten und Motivation, sondern eher zu Frust, Resignation und Verzweiflung. Im Zuge eines Wirtschaftsaufschwunges wird hingegen die staatliche Vermittlung weniger gebraucht, da die meisten Jobs dann unmittelbar und nicht über das Arbeitsamt oder Jobcenter besetzt werden. Insofern sind die massiven Anstrengungen, die bestehenden Institutionen völlig umzukrempeln, von fragwürdiger Natur. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit haben sie wenig zu bieten, bei beschäftigungsintensivem Wachstum werden sie weniger gebraucht.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer pauschalierten sozialen Grundsicherung ist eine sinnvolle Sache. Nur bleibt dieses Vorhaben im Ansatz stecken. Insofern ist der Begriff Arbeitslosengeld II konsequent. Er verweist auf die Abstufung und darauf, dass es sich dabei nicht um eine bedarfsorientierte Existenzsicherung handelt. Ansonsten ist er unsystematisch, weil er im Unterschied zum Arbeitslosengeld keine Versicherungsleistung darstellt und aus Steuermitteln stammt. Allerdings ist das finanzielle Niveau auf den bisher schon unzureichenden Sozialhilfesätzen viel zu niedrig und mehr vom Gedanken der Einsparung und Kürzung von Sozialleistungen getragen. Damit wird der ohnehin schwachen Binnenkonjunktur weitere Kaufkraft entzogen, was wiederum Produktion und Absatz von Konsumgütern dämpft und möglicherweise die Arbeitslosigkeit sogar ansteigen lässt.

Für Ostdeutschland, wo durch Transformation und Deindustrialisierung bedingt eine sehr hohe Arbeitslosigkeit besteht, haben die Hartz-Gesetze keine positive Auswirkung. Im Gegenteil bringen sie für viele Langzeitarbeitslose und bisherige Bezieher von Arbeitslosenhilfe eine Verschlechterung ihrer Situation.

Die Anrechnung von Partnerschaftseinkommen bei der Berechnung des ALG II führt bei arbeitslosen Ehefrauen mit einer langen eigenständigen Erwerbsbiografie in eine völlig alte Rollenverteilung und ein überwunden geglaubtes Abhängigkeitsverhältnis von ihren „Ernähmern“.

Die Berücksichtigung von „Schonvermögen“ ist nach wie vor viel zu gering bemessen und birgt die Gefahr künftiger Altersarmut. Zudem widerspricht es der politischen Aufforderung, Eigenvorsorge zu betreiben, wenn diese dann bei längerer Arbeitslosigkeit weitgehend

(B) (D)

- (A) aufgebraucht werden muss. Die Ungleichbehandlung von angemessenem privaten Wohnungsbesitz gegenüber sonstigen Vermögenswerten dürfte, wenn sie nicht im Vermittlungsausschuss korrigiert wird, noch das Bundesverfassungsgericht beschäftigen.

Die Vermittlung von „zumutbaren Minijobs“ plus ALG-II-Aufbesserung führt, egal wie man die Sache auch bezeichnen mag, de facto zu einem subventionierten Kombilohn/Niedriglohnsektor. Bisher waren die Minijobs vor allem als Nebenerwerb für Studenten und Hausfrauen interessant. Künftig werden sie Arbeitslosen reichen müssen und den Trend zur Auflösung regulärer Beschäftigungsverhältnisse verstärken.

Leider wird das Prinzip „fördern und fordern“, das sich durch die Gesetze zieht, nur sehr einseitig auf die Arbeitnehmer angewendet. Die Arbeitgeber werden nicht im Mindesten in die Pflicht genommen, einen entsprechenden Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. So wird der Eindruck verstärkt, dies sei vor allem eine staatliche Aufgabe, während sich die Wirtschaft zurückhält oder durch weitere Forderungen an den Staat hervortut.

### Anlage 3

#### Erklärung nach § 31 GO

- (B) **der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Thilo Hoppe, Friedrich Ostendorff, Peter Hettlich, Winfried Nachtwei, Claudia Roth (Augsburg), Winfried Hermann, Jutta Dümpe-Krüger, Irmingard Schewe-Gerigk und Petra Selg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu den Abstimmungen über die Entwürfe eines Dritten und eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Tagesordnungspunkt 19 a)**

Die Gesetzentwürfe Hartz III und IV im Rahmen der Agenda 2010 sehen wir durchaus kritisch. Dennoch stimmen wir dem Gesetzespaket zu.

Positiv ist, dass Alleinerziehende aus der Sozialhilfe herauskommen und zu Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen bzw. Beziehern werden und so Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erhalten und in die Sozialversicherung aufgenommen werden.

Dennoch werden viele andere Beziehern bzw. Beziehern von Arbeitslosenhilfe erhebliche Einkommenseinbußen erleiden. Das müssen wir leider in Kauf nehmen. Aber wir konnten verhindern, dass für Arbeitslose in Zukunft auch noch Jobs mit Minilöhnen weit unter tariflicher und ortsüblicher Bezahlung zumutbar sein sollten. Entscheidend ist für uns auch, dass insbesondere im Bereich der Sozialhilfe merkliche Verbesserungen im Vergleich zum geltenden Recht Gesetz werden.

Die Reformvorhaben enthalten konzeptionelle Veränderungen bei den Grundstrukturen unserer sozialen Sicherungssysteme, die wir begrüßen. So bringt die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für die

Betroffenen und Ämter Erleichterungen. Auch andere strukturelle Veränderungen – dazu gehören die Neuordnung der Bundesanstalt für Arbeit (BA), die Verzahnung der BA mit kommunalen sozialen Beratungseinrichtungen, die Entlastung der Kommunen von steigenden Sozialhilfelasten, die Entbürokratisierung des Arbeitsförderungsrechtes sowie die Reform der Sozialhilfe – sind notwendig. Die Praxis wird zeigen, wie die Strukturformen sich tatsächlich auswirken. Das gilt vor allem für die neuen Jobcenter: Die Zusammenführung der vorhandenen Kompetenzen der BA bei der Arbeitsvermittlung mit denen der Kommunen ist eine Herausforderung für alle Beteiligten. Wir hoffen auf eine wirksamere Arbeitsvermittlung. Wir sind skeptisch, ob die Hoffnung sich erfüllt, dass damit derzeit signifikant mehr Arbeitslose Erwerbsarbeit erhalten; denn es gibt nicht nur ein Vermittlungsproblem, sondern vor allem fehlen Arbeitsplätze und neue werden durch diese Strukturveränderungen kaum geschaffen.

Leider sind die Strukturveränderungen mit eingreifenden Sparmaßnahmen verbunden, sodass die Regelungen fast nur noch als Spargesetze wahrgenommen werden. Vor allem kritisieren wir die unmittelbare Verquickung der angestrebten Reformen mit Einsparungen für den Bundeshaushalt. Auch wir halten Einsparungen für unumgänglich, um drastische Erhöhungen der Sozialbeiträge gleich um mehrere Prozentpunkte und Erhöhungen von Einkommens- oder Mehrwertsteuern zu vermeiden, die wieder besonders die Bezieher geringerer Einkommen relativ stärker belasten würden. Vor allem stellt sich die Frage einer gerechten Verteilung der Lasten.

(D) Die Gesetzentwürfe enthielten zunächst Maßnahmen, die nach unserer Auffassung keinesfalls zukunftsweisend sind. Dazu gehörten insbesondere: die Zumutbarkeitsregelungen für so genannte Minijobs und andere Arbeitsverhältnisse, die Anrechnung von Vermögen, das der Alterssicherung dient, eine Unterhaltspflicht zwischen Eltern und Kindern nach den Regelungen der bisherigen Sozialhilfe, die verschärften Sanktionen für junge Menschen unter 25 Jahren und die restriktiven Regelungen bei der Anrechnung von Partnereinkommen. Wir haben daher frühzeitig unsere Kritik und unsere Forderungen auf Nachbesserungen bei diesen Punkten angemeldet.

Der Kompromiss sieht vor, dass es bei Minijobs und anderen Arbeitsverhältnissen nicht zu Lohndumping kommen kann, weil nur eine Bezahlung nach geltenden tariflichen Regelungen bzw. ortsüblichem Entgelt zumutbar ist. Die Vermögensfreibeträge für privat angesparte Altersvorsorge werden verdoppelt, auf bis zu 400 Euro pro Lebensjahr, wenngleich auch jetzt die Summe noch viel zu gering ausfällt. Verwandte ersten Grades können als Vorbedingung für die Gewährung von Arbeitslosengeld II nicht auf Unterhaltspflichten verwiesen werden, sofern sie nicht in einer gemeinsamen Wohnung leben. Ein Anspruch auf Arbeitslosengeld II für Ausländer und Ausländerinnen mit nachrangigem Arbeitsmarktzugang konnte erreicht werden.

Für unzumutbar halten wir nach wie vor, dass jungen Menschen unter 25 Jahren bei so genannter Nichtkooperation scharfe Sanktionen drohen. Zwar wurde erreicht,

(A) dass Jugendliche einen Anspruch auf Ausbildung und Arbeit bekommen (mit Ausbildung als Priorität). Außerdem erhalten Jugendliche bei Sanktionen neben dem Wohngeld auch „Sachleistungen“, also genug zum Leben. Dennoch entspricht der Umgang mit Jugendlichen mit scharfen „negativen Anreizen“ in keiner Weise unserem Menschenbild.

Eine stärkere Nichtanrechnung von Partnereinkommen war nicht durchzusetzen.

Die Absenkung des Niveaus des ALG II auf Sozialhilfeniveau halten wir für schwer erträglich. Wir übersehen allerdings auch nicht, daß selbst mit dieser Regelung viele Empfänger und Empfängerinnen von Arbeitslosenhilfe nun mehr erhalten als bisher aus der Arbeitslosenhilfe. Die Hauptleidtragenden sind die Bezieher höherer Arbeitslosenhilfe, die vordem eine besser bezahlte Beschäftigung hatten. Diese Punkte werden mit der finanziellen Situation im Bundeshaushalt begründet. Angesichts der vielen Steuersenkungen der Vergangenheit erscheint uns dieses Argument als zu kurz greifend.

Wir werden uns einsetzen, dass die Belastungen der Bevölkerung mit Einsparungen, Steuern und Pflichtbeiträgen gerechter verteilt werden, das heißt insbesondere, dass große Vermögen und große Unternehmen wieder stärker herangezogen werden.

(B) Erhebliche Teile unserer Forderungen sind erfüllt. Sie bilden mit den Verbesserungen gegenüber den bisherigen Regelungen bei der Sozialhilfe wie Einführung des persönlichen Budgets, Pauschalierung der Sachleistungen, Pauschalierung des Wohngeldes unter Berücksichtigung des Mietspiegels, Partizipation von Ausländern in allen drei Formen des Aufenthaltsstatus, einen wichtigen sozialen Teil des Gesamtpaketes und vermeiden schlimmere Grausamkeiten.

#### Anlage 4

##### Erklärungen nach § 31 GO

##### zu den Abstimmungen über die Entwürfe eines Viertes Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und eines Existenzgrundlagengesetzes (Tagesordnungspunkt 19 a)

**Robert Hochbaum (CDU/CSU):** Dem Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und dem Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion zur Sicherung der Existenzgrundlagen, Existenzgrundlagengesetz – EGG, Drucksache 15/1523, kann ich aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

Durch das Absenken der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau findet ein zu starker Eingriff in das Sozialgefüge in den neuen Bundesländern statt. Im Ergebnis wird bereits sehr einkommensschwachen Familien, die aufgrund der andauernden problematischen Arbeitsmarktsituation im Osten unseres Landes unverschuldet in diese Situation geraten sind, erneut Geld zum Lebensunterhalt entzogen. Auch die gestellten Änderungsan-

(C) träge, die eine Übergangszeit von zwei Jahren vorsehen, mindern das Problem nur in geringem Umfang. Besonders betroffen von dem Gesetz sind insbesondere ältere Arbeitslose, die zum größten Teil zu den Langzeitarbeitslosen zählen und, wie alle Erfahrungen in den neuen Bundesländern zeigen, nur noch sehr schwer in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Diese Arbeitnehmer haben, wie etliche gescheiterte Versuche beweisen, auch bei größtmöglicher Mobilität ebenfalls keine Chance mehr auf eine Beschäftigung in den westlichen Bundesländern. Damit träfe das Absenken der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau ohne gesicherte Möglichkeit eines Hinzuverdienstes gerade die Menschen in den neuen Bundesländern unverhältnismäßig hart.

Angesichts der genannten Punkte ist zu befürchten, dass Armut und soziale Ausgrenzung vor allem in den neuen Bundesländern angesichts der hohen Zahl von Arbeitslosenhilfebeziehern massiv zunehmen werden. Ich kann es darum nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, einem Gesetz zuzustimmen, dass in den neuen Bundesländern so stark in die Sozialstrukturen eingreift. Ich bitte, meine Beweggründe zu akzeptieren.

**Manfred Kolbe (CDU/CSU):** Obwohl ich die grundsätzliche Zielrichtung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und des Gesetzes zur Sicherung der Existenzgrundlagen – Existenzgrundlagengesetz – unterstütze, nämlich die Anreize zu stärken, Arbeitsverhältnisse einzugehen, die Sanktionen bei Ablehnung von Arbeitsverhältnissen zu verschärfen und Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzulegen, kann ich beiden Gesetzen als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Delitzsch – Eilenburg – Torgau-Oschatz – Riesa nicht zustimmen, da sie der besonderen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Situation im Osten Deutschlands nicht Rechnung tragen. Dies aus folgenden Gründen:

(D) Das Ziel, Anreize zu setzen, damit verstärkt Arbeitsverhältnisse eingegangen werden, kann dort nicht erreicht werden, wo es keine Arbeit gibt. In Sachsen waren im Sommer dieses Jahres circa 400 000 Menschen arbeitslos gemeldet; dem standen nur circa 18 000 gemeldete offene Stellen gegenüber. Was fehlt, sind Arbeitsplätze, da die Menschen arbeiten wollen.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe trifft überproportional den Osten. Allein in Sachsen sind circa 180 000 Arbeitslosenhilfebezieher von teilweise massiven Einkommenskürzungen betroffen. Diese Einkommenskürzungen treffen Menschen, die ohnehin schon sehr sparsam leben müssen und denen dann kaum noch eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich sein wird.

Der Kaufkraftverlust aufgrund der genannten Einkommensverluste wird allein in Sachsen rund 330 Millionen Euro betragen. Dies wird auch den örtlichen Mittelstand massiv treffen.

Der immer wieder geforderte zumindest teilweise Ausgleich für den Osten Deutschlands findet nicht statt.

- (A) Zusätzliche Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Osten sind nicht in Sicht. Vielmehr soll sowohl die Wirtschaftsförderung nach der Gemeinschaftsaufgabe Ost als auch die steuerliche Investitionszulage deutlich zurückgeführt werden.

Die Folge dessen wird möglicherweise eine weitere zusätzliche massive Abwanderung von Ost nach West sein, die im Interesse der inneren Einheit unseres Landes nicht hingenommen werden kann.

#### Anlage 5

##### Erklärungen nach § 31 GO

##### zur Abstimmung über den Entwurf eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Tagesordnungspunkt 19 a)

**Jelena Hoffmann (SPD):** Ich werde dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zustimmen, weil es auch für Ostdeutschland strukturell richtige Reformen zur Belebung des Arbeitsmarktes einleitet. Allerdings ergeben sich durch das Gesetz negative Auswirkungen für die ostdeutschen Länder, wenn die Be- bzw. Entlastung von Kommunen und Ländern einer Gesamtbetrachtung unterzogen wird. Dieser negative Saldo lässt sich im Rahmen der Arbeitsmarktreform nicht lösen.

- (B) Ich gebe hiermit meine Zustimmung zum Hartz IV-Gesetz im Vertrauen darauf, dass die Bemühungen, einen zeitnahen Ausgleich zu schaffen, weitergeführt werden und zum Erfolg gelangen.

**Ernst Kranz (SPD):** Ich stimme dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) zu, weil es auch für Ostdeutschland strukturell richtige Reformen zur Belebung des Arbeitsmarktes einleitet.

Allerdings ergeben sich durch das Gesetz negative Auswirkungen für die ostdeutschen Bundesländer durch die höhere Anzahl an Langzeitarbeitslosen gegenüber den westlichen Bundesländern, wenn Be- bzw. Entlastung von Kommunen und Ländern einer Gesamtbetrachtung unterzogen werden.

Dieser negative Saldo ließ sich im Rahmen der Arbeitsmarktreform nicht lösen. Der Unterzeichner gibt seine Zustimmung zum Hartz IV-Gesetz im Vertrauen darauf, dass das Bemühen, einen zeitnahen Ausgleich zu schaffen, eingelöst wird.

#### Anlage 6

##### Erklärung nach § 31 GO

##### der Abgeordneten Dr. Peter Danckert, Stephan Hilsberg, Dirk Manzewski, Götz-Peter Lohmann, Silvia Schmidt (Eisleben) und Wilfried Schreck (alle SPD) zur Abstimmung

##### über den Entwurf eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz (Tagesordnungspunkt 19 a) (C)

Wir stimmen dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – Harz IV – zu, weil es auch für Ostdeutschland strukturell richtige Reformen zur Belebung des Arbeitsmarktes einleitet. Allerdings ergeben sich durch das Gesetz negative Auswirkungen für die ostdeutschen Länder, wenn Be- bzw. Entlastung von Kommunen und Ländern einer Gesamtbetrachtung unterzogen werden. Dieser negative Saldo lässt sich im Rahmen der Arbeitsmarktreform nicht lösen.

Die Unterzeichner geben ihre Zustimmung zum Hartz-IV-Gesetz im Vertrauen darauf, dass das Bemühen, einen zeitnahen Ausgleich zu schaffen, eingelöst wird.

#### Anlage 7

##### Erklärung nach § 31 GO

##### der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Rüdiger Veit, Florian Pronold, Willi Brase, Peter Dreßen, Reinhold Hemker, Gabriele Hiller-Ohm, Horst Kubatschka, Götz-Peter Lohmann, Dr. Christine Lucyga, Lothar Mark, René Röspel, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Fritz Schösser, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk und Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Tagesordnungspunkt 19 a) (D)

Trotz großer Bedenken stimmen wir dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zu. Der Kern des Gesetzes, nämlich die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige, ist dem Grunde nach unstrittig und daher zu begrüßen. Wir hatten uns allerdings immer für eine kosteneutrale Reform eingesetzt. Auch die Hartz-Kommission, deren Arbeit dem Gesetz zugrunde liegt, hatte sich durch die Zusammenführung zwar deutliche Effizienzgewinne versprochen, generelle Leistungskürzungen aber abgelehnt. Das Gesetz wird bei einem kleineren Teil der bisherigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe zu einem vorübergehend höheren Einkommen führen, solange sie bei einem sehr niedrigen Transfereinkommen den auf zwei Jahre befristeten Zuschlag zur Grundsicherung erhalten. Bei einem erheblich größeren Teil der bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger bewirkt das Gesetz hingegen entweder den Wegfall von Unterstützungsleistungen oder deutliche Kürzungen.

Um absehbaren Verarmungsrisiken entgegenzuwirken, waren substanzielle Nachbesserungen unabdingbar. Dies gilt im Wesentlichen für drei Bereiche. Wichtig ist die nunmehr im Gesetz erfolgte Regelung, dass Beschäftigung für Arbeitslose nur dann zumutbar ist, wenn das tarifliche bzw. ortsübliche Entgelt gezahlt wird. Damit soll verhindert werden, dass die Notlage von Arbeitslosen zu

- (A) Lohndumping missbraucht werden kann. Von besonderer Bedeutung ist auch die gesetzliche Klarstellung, dass im Falle von Arbeitslosigkeit Unterhaltsansprüche von Eltern gegenüber Kindern und umgekehrt grundsätzlich ausgeschlossen bleiben. In hohem Maße unverständlich war auch die dem Gesetzentwurf ursprünglich zugrunde liegende Regelung, wonach Arbeitslose bis auf geringe Ausnahmen Alterssicherungersparnisse hätten aufbrauchen müssen, bevor sie einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II hätten geltend machen können. Die deutlich großzügigere Neuregelung macht das Gesetz etwas erträglicher.

## Anlage 8

### Erklärung nach § 31 GO

#### **der Abgeordneten Veronika Bellmann und Maria Michalk zur Abstimmung über den Entwurf eines Existenzgrundlagengesetzes (Tagesordnungspunkt 19 a)**

Grundsätzlich ist der Ansatz des EGG zum Aufbau eines Niedriglohnssektors zu begrüßen. Deshalb habe ich dem Gesetz zugestimmt. Jedoch bestehen in den neuen Bundesländern darüber hinaus besondere Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, denen das Gesetz nicht ausreichend Rechnung trägt. Hier liegen die Löhne gerade in strukturschwachen Gebieten schon weit unter dem Bundesdurchschnitt. Es fehlt nicht am Anreiz zur Arbeit, sondern an der Arbeit. Es gibt sowohl einen Mangel an gering qualifizierten Beschäftigungsmöglichkeiten als auch ein hohes Defizit an produktiven Arbeitsplätzen für Besser- und Hochqualifizierte. Dies belegen die Statistiken über das Niveau und die Struktur der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Die regionalen Arbeitslosenquoten erreichen aufgrund dieser speziellen Situation in bestimmten Regionen bis zu 25 Prozent.

(B)

In Sachsen zum Beispiel beziehen 5 Prozent der gesamten Bevölkerung Arbeitslosenhilfe. Oftmals sind ganze Familien auf Arbeitslosenhilfe angewiesen, obwohl die unbedingte Bereitschaft besteht, jede Tätigkeit anzunehmen. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird die Haushalte der Hilfesuchenden hart treffen. Hier besteht die Gefahr, dass es ohne eine ausreichende Übergangsregelung für jetzige Bezieher von Arbeitslosenhilfe zu erheblichen sozialen Verwerfungen kommt.

Auch für die ortsansässigen Unternehmen besteht bei der Umsetzung die Gefahr von erheblichen Umsatzverlusten, was zusätzlich die Konjunktur schwächt. Schon jahrelang entwickelt sich die Kaufkraft in den neuen Ländern rückläufig. Eine Eins-zu-eins-Umsetzung des EGG würde zu einem weiteren massiven Kaufkraftverlust führen, welchen die Unternehmen in den neuen Bundesländern kaum abfangen könnten. Aus diesem Grunde sind weiter gehende Differenzierungen und Übergangsregelungen, wie in den entsprechenden Änderungsanträgen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf den Drucksachen 321 und 327 des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung aufgeführt, notwendig.

(C) Der Ausbau des ersten Arbeitsmarktes muss uneingeschränkte Priorität besitzen. Aus diesem Grund muss grundsätzlich ein neues Aufbauprogramm für die neuen Bundesländer aufgestellt werden, das besonders Infrastrukturinvestitionen und die Ansiedlung produktiver Unternehmen fördert, wie im Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Drucksache 326 enthalten.

Die finanzielle Situation der Kommunen in den neuen Bundesländern, die schon heute über äußerst geringe Einnahmen verfügen, darf sich durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht weiter verschlechtern. Der Bund ist gefordert, entsprechende zusätzliche finanzielle Belastungen, die durch die Aufgabenübertragung entstehen, auszugleichen. Klargestellt werden muss beispielsweise in diesem Zusammenhang auch, dass der Bund nicht nur die Leistungsausgaben für erwerbsfähige Hilfesuchende erstattet, sondern auch Leistungen für Personen, die mit den Hilfesuchenden in Bedarfsgemeinschaft leben. Bei der Ländererstattungsquote ist es erforderlich, dass die Zahl der von den Kommunen zu übernehmenden Arbeitslosenhilfeempfängern beim Berechnungsschlüssel tatsächlich und konkret berücksichtigt wird.

## Anlage 9

### Erklärung nach § 31 GO

#### **der Abgeordneten Arnold Vaatz, Dr. Michael Luther, Manfred Grund, Ulrich Adam, Michael Stübgen, Hartmut Büttner (Schönebeck), Christa Reichard (Dresden), Michael Kretschmer, Klaus Brähmig, Marco Wanderwitz, Günter Baumann, Dr. Peter Jahr, Henry Nitsche, Antje Tillmann, Bernward Müller (Gera), Volkmar Uwe Vogel, Dr. Christoph Bergner, Ulrich Petzold, Bernd Heynemann, Uda Carmen Freia Heller, Peter Letzger, Günter Nooke, Rainer Eppelmann, Verena Butalikakis und Vera Lengsfeld (alle CSU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines Existenzgrundlagengesetzes (Tagesordnungspunkt 19 a)**

(D)

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU zur Sicherung der Existenzgrundlagen, Existenzgrundlagengesetz – EGG, ist gegenüber dem Gesetzentwurf der SPD die deutlich bessere Variante und findet daher meine Zustimmung. Um der besonderen Lage in Ostdeutschland gerecht zu werden, bedarf es jedoch noch einiger wichtiger Ergänzungen:

Erstens. Die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird die Haushalte der Hilfesuchenden hart treffen. Insbesondere in den neuen Ländern mit ihrem weit überdurchschnittlichen Anteil an Arbeitslosenhilfeempfängern – in Sachsen 5 Prozent der gesamten Bevölkerung – dürfte die Leistungskürzung Unmut bei der Bevölkerung erregen. Zugleich werden sich die individuellen Kaufkraftverluste zu einer regionalwirtschaftlich bedeutsamen Größe summieren. Der zu erwartende gesellschaftliche Widerstand soll zumindest durch Übergangsregelungen gedämpft werden.

(A) Das EGG sieht bislang nur eine Fortgeltung laufender Arbeitslosenhilfe-Bescheide bis maximal 12 Monate nach In-Kraft-Treten des Gesetzes vor. – LAA informierte bereits, dass ab 1. Januar 2004 Arbeitslosenhilfe nur noch für jeweils sechs Monate bewilligt werden soll und der Übergang daher rascher eintreten wird, als von Hessen ursprünglich vorgesehen. – Für den Übergang von AIG auf die „Hilfe zur Existenzsicherung“ sieht das EGG keine Übergangsfristen vor. Es ist daher erforderlich, dass der Übergang von AIG auf die „Hilfe zur Existenzsicherung“ analog zu den Regelungen in Hartz IV einen Zeitraum von zwei Jahren umfasst – im ersten Jahr sollen Hilfesuchende zusätzlich zur Hilfe zur Existenzsicherung zwei Drittel des Differenzbetrags zum AIG erhalten, im zweiten Jahr nur noch ein Drittel; vgl. § 46 a – und die für den Übergang von AIG vorgesehenen Regelungen entsprechend auch für den Übergang von der Arbeitslosenhilfe gelten; vergleiche Art. 95 a.

Wegen der größeren Differenzbeträge und der dauerhaften Wirkung der Regelung ist die Einfügung einer Regelung zum befristeten Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld wichtiger als die Übergangsregelung für Arbeitslosenhilfe-Empfänger.

Zweitens. Nach dem EGG sollen nach Ende des AIG-Bezugs – also künftig nach einem Jahr Arbeitslosigkeit – sofort die strengen sozialhilferechtlichen Regelungen zur vorrangigen Verwertung eigenen Vermögens gelten. Nach diesen Regelungen ist zum Beispiel auch ein eigenes Kfz vorrangig zu verwerten. Auf Bitten verschiedener Seiten hin hat Hessen gegenüber dem ersten Entwurf lediglich eine großzügigere Vermögensfreistellung für Ältere vorgesehen, die noch keine (freigestellte) Alterssicherung nach den Regelungen des Altersvermögensgesetzes aufbauen konnten („Riester-Rente“).

(B) Es wird vorgeschlagen, das Vermögen des Hilfesuchenden für einen Übergangszeitraum von zwei Jahren nach Ende des AIG-Bezugs entsprechend dem bisherigen Arbeitslosenhilferecht bzw. Hartz IV anzurechnen; § 86 Abs. 2. Mit dieser Regelung soll diese erweiterte Vermögensfreistellung für einen Übergangszeitraum von zwei Jahren auch nach Ende des Arbeitslosenhilfebezugs erreicht werden. Auch hier ist die Übergangsregelung von geringerer Bedeutung als die Regelungen für den Leistungswechsel von AIG zur Hilfe zur Existenzsicherung.

Drittens. Art. 4 Nr. 47 EGG regelt bislang nur, dass bei Vorliegen eines Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe vor In-Kraft-Treten des EGG die Vorschriften „über die Gewährung von Arbeitslosenhilfe“ längstens für zwölf Monate anzuwenden sind. Die Weitergeltung der mit In-Kraft-Treten des EGG durch Art. 4 Nr. 36 EGG außer Kraft gesetzten Vorschrift zur „Tragung der Ausgaben“ für die ALHI durch den Bund – § 363 SGB III – ist dagegen zurzeit noch nicht geregelt. Diese Regelungslücke soll durch die Einfügung der Worte „und die Ausgaben-tragung“ in den hessischen Entwurf geschlossen werden.

Viertens. Es muss klargestellt werden, dass der Bund nicht nur die Leistungsausgaben für erwerbsfähige Hilfesuchende erstattet, sondern auch Leistungen für Personen, die mit den Hilfesuchenden in Bedarfsgemeinschaft

(C) leben. Daneben müssen von der Erstattungsregel auch aktivierende Leistungen – Art. 1, §§ 19, 20 EGG; Beispiel: Beschäftigungsangebote zur Gewöhnung an Arbeit, Arbeiten im öffentlichen Interesse oder für gemeinnützige Körperschaften, Hilfen zur beruflichen Orientierung, zur Bewerbung und Vorstellung sowie zur Verbesserung der räumlichen und beruflichen Mobilität, passende Qualifizierungsangebote, sozialpädagogische Begleitung zur Bearbeitung der persönlichen oder sozialen Hemmnisse mit dem Ziel einer Stärkung der Selbsthilfefähigkeit, Praktika und Trainingsmaßnahmen bei Arbeitgebern des allgemeinen Arbeitsmarkts, Hilfen zum Aufbau einer Existenzgrundlage durch Entwicklung eines tragfähigen Marktconzeptes, Vergabe von Darlehen oder Bürgschaften zur Sicherstellung eines notwendigen Mindestkapitals – umfasst sein.

Fünftens. Es muss klargestellt werden, dass der Bund auch Personal- und Sachausgaben im Bereich der kommunalen Beschäftigung erstattet.

Sechstens. Der Bund soll den Ländern diejenigen Personal- und Verwaltungskosten erstatten, die den Kommunen durch die Übernahme der Arbeitslosenhilfeempfänger entstehen. Daher kann die Ländererstattungsquote nicht nach der Gesamtzahl der zukünftigen Empfänger der Existenzsicherung erfolgen, sondern nur nach der Zahl der zu übernehmenden Arbeitslosenhilfeempfänger. Nur durch dieses Verfahren kann sichergestellt werden, dass die Länder, deren Kommunen eine hohe Zahl zu übernehmender Arbeitslosenhilfeempfänger aufweisen, nicht ungerechtfertigt benachteiligt werden.

(D) Siebtens. Es wird ein neues Aufbauprogramm für die neuen Länder gefordert, insbesondere die Förderung von Infrastrukturinvestitionen und der Ansiedlung produktiver Unternehmen.

Ich verbinde mein Abstimmungsverhalten mit der Erwartung, dass im Zuge der Behandlung des Hartz-IV-Gesetzes und der damit verbundenen Vorlagen im Bundesratsverfahren bzw. im zu erwartenden Vermittlungsverfahren diese Belange Berücksichtigung finden.

## Anlage 10

### Erklärung nach § 31 GO

#### **der Abgeordneten Steffen Kampeter (CDU/CSU) und Otto Fricke (FDP) zur Abstimmung über den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 (Tagesordnungspunkt 20 a)**

Im Rahmen der Beratung zu diesem Gesetz haben Vertreter zweier Landesregierungen nach Art. 43 Abs. 2 GG Gehör erbeten. Damit wurde die Erwartung verbunden, dass dies eine Möglichkeit sei, die Einbindung von weiteren umfassenden Vorschlägen in die Beratungen des Vermittlungsausschusses zu erwirken.

Dieser Auffassung widersprechen wir nachdrücklich. Im Verfassungsgerichtsurteil vom 7. Dezember 1999 sind die hierfür notwendigen Kriterien festgelegt. Diese

- (A) wurden in diesem Fall jedoch nicht erfüllt. Dem Bundesrat hätte es freigestanden, einen eigenen Gesetzentwurf mit eigenen Vorschlägen einzubringen. Zudem haben die Ländervertreter auf Nachfrage erklärt, dass sich ihre Vorschläge nicht auf das Haushaltsbegleitgesetz beziehen.

Wir verweisen darauf, dass wir unsere Beteiligungsrechte als Abgeordnete berührt sähen, falls dieses von der Verfassung nicht gedeckte Verfahren weiter praktiziert wird.

#### Anlage 11

##### Erklärung nach § 31 GO

**der Abgeordneten Peter Dreßen, Klaus Kirschner, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Marlies Volkmer, Hans Büttner (Ingolstadt), Fritz Schösser, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Rüdiger Veit, René Röspel und Willi Brase (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 (Tagesordnungspunkt 20 a)**

Wir unterstützen grundsätzlich die Ziele der Bundesregierung, die sie mit dem Haushaltsbegleitgesetz zur Konsolidierung des Haushalts verfolgt. Deshalb stimmen wir dem Haushaltsbegleitgesetz zu.

- (B) Allerdings halten wir die Vorgaben in Art. 15 des Haushaltsbegleitgesetzes, den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung um 2 Milliarden Euro zu kürzen, für falsch. Wir erwarten, dass bei den anstehenden Beratungen zur Sicherung der Renten über die Höhe des Bundeszuschusses eine grundsätzliche Debatte geführt wird.

#### Anlage 12

##### Erklärung nach § 31 GO

**der Abgeordneten Jella Teuchner, Silvia Schmidt (Eisleben), Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Gabriele Fograscher, Günter Gloser, Verena Wohlleben, Reinhold Hemker, Brunhilde Irber, Anette Kramme, Horst Kubatschka, Petra Ernstberger, Karsten Schönfeld, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Petra Heß, Reinhold Robbe und Ernst Kranz (alle SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 (Tagesordnungspunkt 20 a)**

Der Haushalt 2004 verlangt von allen Ressorts große Sparanstrengungen. Dies ist die notwendige Reaktion auf die Finanzlage des Bundes. Von diesen Einsparmaßnahmen ist natürlich auch der Haushalt des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft betroffen. Deswegen stimmen wir, trotz großer Bedenken, heute dem Haushaltsbegleitgesetz zu.

Wir stellen jedoch fest, dass die Umsetzung der Sparvorgaben im Einzelplan 10 zu zum Teil deutlichen Be-

- lastungen bei einzelnen Betriebsgruppen führen wird. (C) Zwar konnte ein bis zu 50-prozentiger Anstieg der Beiträge zur landwirtschaftlichen Krankenkasse verhindert werden, die Umsetzung erfüllt aber unsere Anforderungen an eine sozial ausgewogene und Perspektiven aufzeigende Agrarpolitik nicht. Die Absenkung der Steuerbegünstigung für Agrardiesel mit einem Selbstbehalt von 350 Euro und die Deckelung bei 10 000 Liter je Betrieb sind Maßnahmen die wir insbesondere für die vielen kleinen bäuerlichen Familienbetriebe und die großen Unternehmen in den neuen Bundesländern nicht teilen können. Des Weiteren werden auf diese Weise so hohe bürokratische Hürden für Lohnunternehmen und Maschinenringe aufgebaut, die mit einer linearen Kürzung hätten verhindert werden können und doch zum gleichen Einsparpotenzial geführt hätten.

Auch der Haushalt des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft muss sich an der notwendigen Haushaltskonsolidierung beteiligen. Dies kann aber nicht mehr über die bloße Vorgabe von prozentualen Einsparzielen erfolgen, sondern nur über strukturelle Veränderungen. Hier ist kaum noch Spielraum, wenn wir die soziale Absicherung für die Landwirte und die Gestaltungsmöglichkeiten und die Kofinanzierung von EU-Mitteln über die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ erhalten wollen.

#### Anlage 13

##### Erklärung nach § 31 GO

**des Abgeordneten Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer (Tagesordnungspunkt 20 f)**

Ich kann der „Gemeindewirtschaftsteuer“ in der vorgelegten Form nicht zustimmen. Das von mir entwickelte und seit langer Zeit vertretene Konzept einer „Gemeindewirtschaftsteuer“ hat außer mit dem von der Bundesregierung übernommenen Namen nichts mit den heute zur Abstimmung stehenden Vorstellungen zu tun. (D)

Es fehlt der von mir vorgeschlagene radikale Abbau von Bürokratie. Außerdem werden durch den Vorschlag, wie er heute zur Abstimmung steht, durch Verlagerung der Steuerbelastung von den großen Gesellschaften auf die mittelständischen Unternehmen Arbeitsplätze vernichtet, statt das Wachstum zu befördern.

Das Koalitionskonzept ist nicht die notwendige Gemeindefinanzreform, sondern allenfalls eine vorübergehende Fortschreibung der jetzigen problematischen Situation. Es gibt den Kommunen mit der Senkung der Gewerbesteuerumlage mit 2,090 Milliarden Euro nur das zurück, was ihnen ohne Grund durch die Lafontainesche Steuerreform genommen wurde. Die zusätzlich gegebenen 422 Millionen Euro lösen die kommenden Probleme nicht annähernd.

Im Übrigen verweise ich auf den Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion.

(A) **Anlage 14****Zu Protokoll gegebene Rede****zur Beratung der Unterrichtung: Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Umsetzung des „Vertrages zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt 2001 bis 2004“ sowie zur künftigen Förderung der Kultur in der Bundesstadt Bonn (Tagesordnungspunkt 22)**

**Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Förderung der Berliner Kultur durch den Bund ist keine barmherzige Samariterhilfe; sie liegt im ureigensten Interesse des Bundes. Nach 1989 hat sich Berlin zu einer Metropole mit völlig neuen Repräsentationsaufgaben entwickelt, außerdem ist die Stadt zu einem Sehnsuchtsort für junge Künstler aus der ganzen Welt geworden. Der kulturelle Austausch hat sich globalisiert und Berlin ist hier zu einer wichtigen Verbindungsstelle geworden. Die Kulturpolitik des Bundes hat darauf richtig reagiert und ihre Verantwortung für Berlin mit dem „Vertrag zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt 2001 bis 2004“ systematisiert und in ein klares Konzept mit klaren Zuständigkeiten gebracht. So wurden die Mängel der bisherigen Pauschalfinanzierung beseitigt. Der Bund hat die alleinige institutionelle Förderung des Jüdischen Museums Berlin, der Berliner Festspiele GmbH, der Haus der Kulturen der Welt GmbH und des Martin-Gropius-Baus übernommen. Diese Institutionen werden jährlich mit über 18 Millionen Euro gefördert. Außerdem sieht der Hauptstadtkulturvertrag vor, dass sich der Bund an den Bauinvestitionen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit 22,4 Millionen Büro jährlich beteiligt. In diesem Rahmen beteiligt sich der Bund maßgeblich an der Restaurierung der Berliner Museumsinsel. Auch das ein weltweit einzigartiges Projekt!

Doch nicht nur unser kulturelles Erbe wird von der Bundespolitik gefördert. Die Hauptstadtkulturförderung orientiert sich an einem guten Mix aus Altem und Neuem, aus Tradition und Avantgarde. So unterstützt der Hauptstadtkulturfonds mit 10,2 Millionen Euro jährlich vor allem junge innovative Kunst von internationaler Bedeutung.

An dieser Stelle möchte ich etwas zum vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion sagen, in dem den Entscheidungen des Hauptstadtkulturfonds mangelnde Transparenz unterstellt wird. Hintergrund dieses Antrags ist die Debatte um die geplante Ausstellung „Mythos RAF“ in den Berliner „Kunst-Werken“, die vom Hauptstadtkulturfonds eine Zusage auf finanzielle Unterstützung erhalten hat. Ich muss Ihnen sagen: Ich verstehe Ihren vor Misstrauen durchgezogenen Antrag nicht und auch nicht die völlig überzogenen Anfeindungen vonseiten einiger FDP-Politiker gegen die Ausstellung. Ich verstehe das vor allem deshalb nicht, weil wichtige FDP-Politiker wie Klaus Kinkel in diesem Themenkreis eine so positive Rolle gespielt haben und ein Gerhard Baum die RAF-Ausstellung ausdrücklich unterstützt.

Doch zurück zum Kern der heutigen Debatte: Kooperation und gemeinsame Verantwortung von Bund und

Berlin. Diese dem „Vertrag zur Kulturfinanzierung“ zugrunde liegende Idee wurde im Juli dieses Jahres auf bahnbrechende Weise weitergetrieben. Ich spreche natürlich von der Berliner Opernreform. Es hat mich sehr gefreut, wie eng und kooperativ hier die Staatsministerin für Kultur und Medien und der Berliner Kultursenator zusammengearbeitet haben, um ein gemeinsames Strukturkonzept zu entwickeln. Das Ergebnis ist ein echtes Schlüsselmodell für die zukünftige Reform der Kulturlandschaft: Der Bund entlastet den Berliner Kulturhaushalt im Jahr 2004 mit zusätzlich 25 Millionen Euro, knüpft diese Unterstützung aber an eine Strukturreform der Berliner Opern. Diese sollen nun unter dem Dach einer gemeinsamen Stiftung organisiert werden.

Die positiven Erfahrungen bei den Verhandlungen zur Opernreform sollten die Grundlage bilden, auf der die kulturpolitische Bund-Berlin-Partnerschaft weiter wachsen kann; denn selbstverständlich wird der Bund seine Verantwortungen und Interessen in Berlin über 2004 hinaus wahrnehmen. Vielleicht kann über finanzielle Zusagen hinaus so etwas wie ein „Berlinpakt“ entstehen. Dieser würde sich nicht nur in Zahlen und Paragraphen darstellen, sondern ein ideelles Regularium für die kulturpolitische Zusammenarbeit in Berlin sein. Denn dass es einer gemeinsamen Anstrengung bedarf, haben längst alle begriffen. Eine Frucht dieser Erkenntnis ist übrigens auch die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, die sich diese Woche konstituiert hat. Da sich diese Enquete insbesondere mit der Situation der Städte und Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Kulturaufgaben befassen wird, sind dort bestimmt auch Lösungsansätze für die Berliner Situation zu erwarten.

(B) (C) (D)

**Anlage 15****Zu Protokoll gegebene Reden****zur Beratung:**

- Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung und zur Änderung anderer Gesetze
- Beschlussempfehlung und Bericht: Verpflichtungen aus dem EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung zügig erfüllen

(Tagesordnungspunkt 23)

**Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was zeichnet den Terrorismus aus? Es sind dies Intoleranz, ein religiöser oder weltanschaulicher Fanatismus, die Nichtachtung menschlichen Lebens und die unbedingte Bereitschaft zur Gewalt. Terror verbreitet so Angst und Schrecken und nimmt auf diese Weise die Freiheit der Menschen, aber auch den Rechtsstaat ins Visier. Der Staat soll und muss dieser Herausforderung genauso besonnen wie konsequent begegnen. Der Umgang mit dem Terrorismus bedeutet aber auch eine Bewährungsprobe für den demokratischen Rechtsstaat. Bewähren heißt in diesem Zusammenhang, denn Terrorismus mit rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten.

(A) Von Terroristen begangene Taten werden natürlich – wie jede andere Straftat ohne terroristischen Hintergrund auch – nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches verfolgt und bestraft. Ein Mord bleibt ein Mord, auch wenn er mit einer bestimmten terroristischen Absicht begangen wird.

Menschen, die aus terroristischen Gruppen heraus agieren, stellen eine besondere Gefahr dar. Deshalb stellt das Organisationsdelikt § 129 a StGB bereits die Bildung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung unter Strafe. Jedoch war § 129a StGB bisher nicht zielgenau auf terroristische Vereinigungen gerichtet. Die bisherige Fassung des § 129 a StGB stellte es allein unter Strafe, eine Vereinigung zu gründen, deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, bestimmte schwere Straftaten zu begehen. Das Gesetz nennt beispielsweise Mord und Totschlag, erpresserischen Menschenraub oder Geiselnahme. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Genauso wird es strafbar bleiben, sich als Mitglied an einer solchen Vereinigung zu beteiligen, sie zu unterstützen oder Mitglieder oder Unterstützer für sie zu werben.

Mit der Umsetzung des europäischen Rahmenbeschlusses zur Terrorismusbekämpfung vom 13. Juni 2002 im vorliegenden Gesetz zur Reform des § 129 a StGB kommt es nun zu einer entscheidenden Verbesserung. Bei gemeingefährlichen Straftaten wird die Begriffsbestimmung der terroristischen Vereinigung neu in das Strafgesetz aufgenommen. Die Gründung einer Vereinigung zur Begehung der im neuen Absatz 2 des § 129 a StGB genannten Taten ist nun nur noch dann als eine terroristische Gründung zu verfolgen, wenn diese Taten mit einer bestimmten – terroristischen – Zielsetzung begangen werden sollen. Ansonsten bleibt es aber bei einer Strafbarkeit nach § 129 StGB; von einer Strafbarkeitslücke kann somit keine Rede sein.

Wir haben bei der Umsetzung des Rahmenbeschlusses in unser Strafrecht – soweit das möglich war – die tradierten deutschen Rechtsbegriffe berücksichtigt. Wo der Rahmenbeschluss davon spricht, dass die Zielsetzung, „öffentliche Stellen ... zu zwingen“ als terroristisch zu betrachten sei, heißt es im Gesetz, dass das Ziel, „eine Behörde rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen“, terroristisch ist. Als terroristisch gilt, wenn Katalogstraftaten mit dem Ziel begangen werden sollen, „die Bevölkerung auf schwer wiegende Weise einzuschüchtern, internationale Organisationen zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beseitigen oder erheblich zu beeinträchtigen“. Und sie müssen auch zu einer solchen Schädigung geeignet sein.

Schließlich haben wir hinsichtlich der im europäischen Rahmenbeschluss genannten Katalogtaten die Vorgaben des Rahmenbeschlusses vollständig, aber sinngerecht umgesetzt. Ich möchte beispielhaft die Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit nennen, wo wir eine Formulierung gewählt haben, die sich an die Terminologie des Völkerstrafgesetzbuches anlehnt.

Mit dieser neuen Fassung des § 129 a ermöglichen wir es den Strafverfolgungsbehörden, zielgerichteter ge-

gen terroristische Vereinigungen vorzugehen und sich in Zukunft besser auf die Verfolgung wirklich gefährlicher Organisationen konzentrieren zu können. (C)

An dieser Stelle möchte ich ein Wort zur Opposition sagen. Wir stehen vor dem Abschluss eines Gesetzgebungsverfahrens, in dem die Opposition einmal mehr keine zielführenden Beiträge geleistet hat. Statt sich den wirklichen Problemen in diesem Bereich zu stellen, hat sie sich auf die abstruse Rechtsfigur des terroristischen Alleintäters kapriziert. Damit hat sie ihr völliges Unverständnis der Materie dokumentiert. § 129 a StGB ist ein Organisationsdelikt, bei dem logischerweise keine Alleintäterschaft denkbar ist.

Statt nach vorne zu schauen und sich den Herausforderungen der Zukunft bei der Bekämpfung des Terrorismus zu stellen, hat die Opposition zum wiederholten Male Schlachten von gestern geführt. Ihre Forderung nach der Wiedereinführung der Strafbarkeit der „Sympathiewerbung“ ist mit der Umsetzung des europäischen Rahmenbeschlusses nicht begründbar, der dies gerade nicht fordert. Wie ideologisch und realitätsfremd diese Debatte von der Opposition geführt wurde, belegen schlaglichtartig die Ausführungen der Sachverständigen in der Anhörung, die der Rechtsausschuss zu diesem Thema durchgeführt hat. Während der von der Union benannte Sachverständige Dr. Beyer sich in seiner Stellungnahme bezeichnenderweise gar nicht zu diesem Thema äußerte, sagte der Sachverständige und anerkannte Kommentator von Bubnoff, dass nach der RAF-Zeit- und das ist lange her – das Merkmal – der Sympathiewerbung – seine Bedeutung weitgehend verloren hat. Die gefahrenpräventive Wirkung einer strafrechtlichen Aufwertung der Sympathiewerbung dürfte heute weitgehend zu vernachlässigen sein, so Herr von Bubnoff. Und der Sachverständige Prof. Dr. Werle wies darauf hin, dass die Tathandlung des Werbens für eine terroristische Vereinigung in der Praxis geringe und abnehmende Bedeutung habe. (D)

Nach der Anhörung der Sachverständigen im Rechtsausschuss steht fest, dass nur noch einige Stimmen aus der CDU/CSU die Wiedereinführung der Strafbarkeit einer Sympathiewerbung fordern. Wir waren gut beraten, uns damit nicht weiter zu beschäftigen.

**Jörg van Essen (FDP):** In Deutschland sind Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung nicht erst seit den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 ein Bestandteil der politischen Tagesordnung. Seit vielen Jahren beinhaltet unser Strafgesetzbuch Tatbestände, die die besondere Gefährlichkeit und kriminelle Energie, die in terroristischen Aktivitäten zum Ausdruck kommen, zum Gegenstand haben, und auch die Strafverfolgungsorgane sind mit dem Phänomen Terrorismus vertraut. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass terroristische Vereinigungen nicht vor nationalen Grenzen Halt machen, sondern international agieren. Eine wirksame Bekämpfung des Terrorismus setzt nicht nur eine Zusammenarbeit staatlicher Organe voraus, sondern auch einen einheitlichen Mindeststandard hinsichtlich der Strafbarkeitsvoraussetzungen.

(A) Der Rahmenbeschluss der EU zur Terrorismusbekämpfung vom 13. Juni 2002 legt erstmals fest, welche Handlungen europaweit als Terrorakte angesehen werden sollen. Die Umsetzung dieses Rahmenbeschlusses war die Aufgabe der Bundesregierung und der hier vorliegende Gesetzentwurf ist ein deutlicher Beleg dafür, dass sie mit dieser Aufgabe überfordert war. Der Entwurf weist erhebliche handwerkliche Mängel auf. Formulierungen aus dem Rahmenbeschluss wurden teilweise wörtlich übernommen, ohne sie an den deutschen Sprachgebrauch oder an bereits bestehende Formulierungen aus dem Strafrecht anzupassen. Das ist nicht nur meine Einschätzung, sondern wurde einhellig von allen Experten bei der Sachverständigenanhörung im Juni dieses Jahres kritisiert. Der Versuch der Bundesregierung, diese Defizite durch einige textliche Änderungen abzuschwächen, ist überwiegend fehlgeschlagen. Die am Ende der vergangenen Woche vorgelegten Änderungen enthalten keine qualitativen Verbesserungen, sondern ersetzen lediglich unbestimmte Rechtsbegriffe durch andere unbestimmte Rechtsbegriffe.

Dieser Entwurf verbessert im Vergleich zum geltenden Recht die Möglichkeiten im Kampf gegen den Terrorismus nicht. Im Gegenteil, die Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität als terroristische Straftat wird durch den rot-grünen Gesetzentwurf erschwert. Die Tatbestandsgruppe der so genannten gemeingefährlichen Straftaten soll aus dem Katalog des § 129 a Abs. 1 StGB herausfallen. Stattdessen wird jetzt für diese Straftaten ein spezieller subjektiver Nachweis einer terroristischen Zielrichtung gefordert. Dadurch wird der Anwendungsbereich des Gesetzes erheblich eingeschränkt. Wir gehen damit hinter die jetzige Rechtslage zurück. Dies wurde auch von den Sachverständigen ganz überwiegend geteilt. Hier wird jetzt nur noch eine Strafbarkeit wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung in Betracht kommen. Gerade die gemeingefährlichen Straftaten entfallen aber ein hohes Bedrohungspotenzial für die öffentliche Sicherheit. Die Bundesregierung verkennt hier ganz offensichtlich, dass es bei der EU-Rahmengesetzgebung nur um Mindeststandards geht. Die Mitgliedstaaten haben bei der Umsetzung einen Gestaltungsspielraum und können einen anderen systematischen Weg wählen. Diesen Gestaltungsspielraum hat die Bundesregierung nicht genutzt.

Hier zeigt sich deutlich die Scheinheiligkeit von Rot-Grün bei der Terrorismusbekämpfung. Der Bundeskanzler und der Bundesinnenminister haben sich eingereicht in die Gruppe derer, die öffentlich dem internationalen Terrorismus den Kampf angesagt haben. Geht es aber um die konkrete Umsetzung und um die Anpassung im deutschen Recht, dann geschieht genau das Gegenteil: Die Bekämpfung von terroristischen Straftaten wird erheblich erschwert. Dies zeigt die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung im Bereich der inneren Sicherheit.

Noch ein Wort zu der Forderung der Union, das „Werben“ für eine terroristische Vereinigung unter Strafe zu stellen. In der Vergangenheit war das „Werben“ bereits unter Strafe gestellt worden und dabei hat sich gezeigt, dass die Gerichte außerordentliche Auslegungs- und Abgrenzungsschwierigkeiten mit diesem Tatbestandsmerk-

mal hatten. Und auch das kriminalpolitische Bedürfnis nach einer Ausweitung des Tatbestands des § 129 a StGB ist nicht erkennbar. Die Anhörung hat gezeigt, dass die Sachverständigen der Forderung der Union keinerlei praktische Relevanz zuerkannt haben. Schon jetzt ist das gezielte Werben um Mitglieder und Unterstützer strafbar. Das Auffordern zu Straftaten ist ebenfalls strafbar, nämlich nach § 111 StGB. Damit ist nicht ersichtlich, dass ein praktisches Bedürfnis für die Ausweitung besteht. Diese Auffassung hat die FDP bereits in der 14. Wahlperiode vertreten. Daran hat sich nichts geändert.

## Anlage 16

### Zu Protokoll gegebene Reden

#### zur Beratung des Antrags: Grünbuch der EU-Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – Kommunale Selbstverwaltung sichern und fortentwickeln (Tagesordnungspunkt 24)

**Doris Barnett (SPD):** Im Mai dieses Jahres hat die Europäische Kommission ihr Grünbuch zu dem Thema „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ vorgelegt und gleichzeitig einen europaweiten intensiven Diskussionsprozess initiiert über die Frage, wie für Bürgerinnen und Bürger wichtige öffentliche Dienstleistungen wie eine sichere Versorgung mit Energie, Telekommunikation und Gesundheit dauerhaft auf hohem Niveau, flächendeckend und zu angemessenen Preisen gesichert werden können.

Die Diskussion wurde besonders dadurch angeregt, dass die Kommission im Grünbuch keine eigene Position, zum Beispiel die Schaffung einer Richtlinie vorschlug, sondern sich im Rahmen eines offenen Konsultationsprozesses bis zum 15. September Stellungnahmen erbeten hat. Kernpunkt dieses offenen Konsultationsprozesses sind die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die in Deutschland unter dem Begriff Daseinsvorsorge bekannt sind. Intensiv wird über die Frage diskutiert, welche staatlichen Dienstleistungen Wettbewerbsregelungen unterworfen werden sollen. Globalisierung der Wirtschaft sowie die fortschreitende europäische Integration führen zu einem zunehmenden internationalen Standortwettbewerb und zu einer Veränderung der Handlungsspielräume auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene.

Für uns Sozialdemokraten geht es bei diesem Prozess darum, über Modernisierung und Effizienzsteigerungen auch zukünftig Vorteile für die Verbraucher zu erreichen bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit.

Worum geht es in der aktuellen Diskussion? Mit dem Grünbuch reagiert die Europäische Kommission auf eine Aufforderung des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments, sich mit der Sicherung von Leistungen der Daseinsvorsorge zu befassen. Im Mittelpunkt dieses Grünbuches steht also die Frage, wie die für den Bürger wichtigen Dienstleistungen unter den Bedingungen

- (A) eines liberalisierten europäischen Binnenmarktes und einer erweiterten Europäischen Union dauerhaft und qualitativ hochwertig, flächendeckend und zu angemessenen Preisen gesichert werden können. Darüber hinaus muss geklärt werden, welche Rolle dabei öffentliche und private Unternehmen, Staat und Markt und damit der Wettbewerb spielen. Eine weitere Frage des Grünbuches ist auch, ob die Grundsätze und allgemeinen Prinzipien der Dienstleistungen künftig in einer europäischen Regelung oder wie bisher durch die Mitgliedstaaten festgelegt werden sollen. Dabei muss ausgelotet werden, welche Risiken mit einer europäischen Regelung verbunden wären.

Da die Europäische Kommission keinen konkreten Vorschlag unterbreitet, sondern das offene Konsultationsverfahren gewählt hat, muß sie zunächst einmal die rund 250 schriftlich eingegangenen Stellungnahmen begutachten und auswerten. Ob dabei das Europäische Parlament, wie vorgesehen, Anfang Dezember einen Bericht beschließen kann, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht sicher, zeigen doch die Beiträge große Meinungsunterschiede über mögliche Reichweite und inhaltliche Ausrichtung einer entsprechenden Regelung. Das ist auch bei einer historischen Betrachtung der Entwicklung dieser Bereiche in den Mitgliedstaaten nicht weiter verwunderlich.

- (B) Deshalb war es ausdrücklich zu begrüßen, dass die EU keinen konkreten Vorschlag unterbreitet hat, sondern dieses offene Konsultationsverfahren mit einem umfangreichen Fragenkatalog wählte. Durch die Einbeziehung dieses demokratischen Elements kann für mehr Akzeptanz eines auch auf diesen Gebieten zusammenwachsenden Europas in der Bevölkerung geworben werden. Denn schließlich wird am Ende dieser Debatte die Europäische Kommission über weitere europarechtliche Regelungen zu entscheiden haben. Der angestoßene Diskussionsprozess ist also nicht eine Petitesse, sondern geht uns alle an.

Doch nun zu Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, und Ihrem Antrag, der der eigentliche Anhänger für diese Debatte ist. Sie glauben, die Bundesregierung auffordern zu müssen, sich an der Debatte über das Grünbuch „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ aktiv zu beteiligen und dabei nur ja nicht die frühzeitige und intensive Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände und Spitzenverbände der Wirtschaft zu vergessen. Seien Sie versichert, dass die Bundesregierung schon vor Ihrer Aufforderung längst gehandelt hat.

Offensichtlich bedürfen aber Sie einer gewissen Nachhilfe; denn Ihr Antrag ist längst überholt und schlecht recherchiert, sodass ich Ihnen nur raten kann, ihn zurückzuziehen. So ist der Konsultationsprozess zum Grünbuch bereits am 15. September abgeschlossen worden. An der Debatte hat sich die Bundesregierung nicht nur aktiv beteiligt, sondern auch mit einer Bund-Länder-Stellungnahme gegenüber der Kommission Position bezogen. Dass dabei eine enge Abstimmung mit den Ländern und den wichtigsten Spitzenverbänden erfolgte, ist für unsere Regierung eine Selbstverständlichkeit.

- (C) Auch die gesonderte Forderung, die Kommunen einzubeziehen, ist vollkommen überflüssig, da die kommunalen Spitzenverbände an der Abstimmung zwischen Bund und Ländern fortlaufend beteiligt waren. Dabei war es allen Beteiligten selbstverständlich unbenommen, noch eigene Stellungnahmen in den Konsultationsprozess der Kommission einzuspeisen, die in vielen Punkten mit der Bund-Länder-Stellungnahme übereinstimmen.

Doch auch in anderen Punkten ist der Antrag der Opposition mangelhaft. So befasst er sich mit dem Grünbuch nur unter dem Gesichtspunkt der kommunalen Selbstverwaltung. Zweifellos handelt es sich dabei um einen ganz wichtigen, zentralen Aspekt. Darüber hinaus berührt das Gesamthema jedoch auch die großen netzgebundenen Dienstleistungen wie Telekommunikation, Energie und Post sowie den Verkehrsbereich und kann auf diese wichtigen Wirtschaftszweige weit reichende Auswirkungen haben. Einzubeziehen sind auch soziale Dienstleistungen wie zum Beispiel die freie Wohlfahrtspflege, weshalb auch von dieser Seite Stellungnahmen vorliegen. Deshalb: Ziehen Sie Ihren überholten und der Thematik nicht annähernd gerecht werdenden Antrag zurück! Sonst müssen wir ihn auf jeden Fall ablehnen.

Trotzdem nutze ich gerne die Gelegenheit, meine Position und die der rot-grünen Koalition hier im Plenum darzulegen, insbesondere dass wir uns bei der Daseinsvorsorge an der Seite der Kommunen befinden und sie nicht im Stich lassen. Die Ausgestaltung des europäischen Wettbewerbsrechts ist dabei der entscheidende Ausgangspunkt für die Diskussion über die Zukunft der Daseinsvorsorge. Liberalisierung und Wettbewerb dürfen aber nicht zum Selbstzweck werden, sondern sie sind Mittel zum Zweck, nämlich um dem Allgemeinwohl zu dienen.

(D) Wir von der SPD sprechen uns – und da wissen wir uns mit Bundesregierung, Ländern und Kommunen einig – deutlich gegen eine europäische Rahmenrichtlinie aus. Die Leistungen der Daseinsvorsorge bewegen sich in einem Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Handeln wie der kommunalen Selbstverwaltung, den Interessen der Verbraucher, privater Dienstleister sowie den Anforderungen des europäischen Wettbewerbsrechts.

In den vergangenen Jahren ist besonders von Vertretern der Wirtschaft Druck auf die EU ausgeübt worden, den Wettbewerb in allen Bereichen der Daseinsvorsorge stärker zuzulassen und das staatliche Handeln auf eine regulierende und überwachende Funktion zu beschränken. Diesen Ansatz lehne ich vehement ab. Mit uns wird es keine Privatisierung auf Biegen und Brechen geben, wie zu Zeiten Helmut Kohls. Modernisierung ja, aber keine Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung. Es muss einen Ausgleich geben zwischen den Leistungen der Daseinsvorsorge und den kommunal verwalteten Dienstleistungen.

Die Befürworter einer umfangreichen Privatisierung und Liberalisierung der Daseinsvorsorge überzeugen mich nicht mit dem Argument, dass die Liberalisierung offensichtliche Vorteile für die Verbraucher bedeute. Ich

(A) glaube im Gegenteil, dass eine radikale Privatisierung und Liberalisierung für Verbraucher viele Nachteile hat. Im Gegensatz zu den Befürwortern rechne ich auch nicht mit verbesserten Angeboten und Effizienzsteigerungen bei der Grundversorgung. Ich erwarte eher, dass sinkende Preise eine schlechtere Qualität bedeuten, dass Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Ausgestaltung der Grundversorgung demokratische Mitspracherechte verlieren, dass Umweltauflagen oder Sozialstandards für Beschäftigte reduziert werden. Darüber hinaus befürchte ich, dass sinkende Preise mit einer schlechteren Versorgung zum Beispiel in ländlichen Gebieten erkauft werden. Die Lehren aus dem Blackout im Norden der Vereinigten Staaten vor wenigen Wochen sollten wir alle ziehen können.

Als Kritikerin einer europäischen Regelung in Form einer Richtlinie – und ich weiß mich dabei im Einvernehmen mit Bund, Ländern und Kommunen – befürchte ich im Falle einer Richtlinie, dass die in der Kohl-Ära bei den großen netzgebundenen Sektoren eingegangenen Liberalisierungsverpflichtungen nach und nach auf alle anderen Bereiche der Daseinsvorsorge ausgedehnt werden könnten. Auch eine weitere Gefahr bei einer europäischen Regelung darf nicht übersehen werden: dass die unterschiedlichen nationalen und regionalen Bedingungen sowie die sektoralen Besonderheiten in einer europäischen Regelung zu wenig berücksichtigt werden. Die Erfahrungen in anderen Bereichen wie zum Beispiel bei der Privatisierung und vollständigen Marktöffnung für Energie, Post und Telekommunikation zeigen, dass damit eine Einengung nationaler, regionaler und lokaler Problemlösungen verbunden ist. Nicht zuletzt auch die Diskussion um das Angebot der EU bei den GATS-Verhandlungen zeigt, wie wichtig hier die Abgrenzung der Zuständigkeiten ist.

Im Übrigen wird diese kritische Position durch den Europäischen Gerichtshof gestützt. Er hat bei seinem Urteil zu Altmark Trans die Rolle der Europäischen Kommission deutlich zugunsten einer größeren Handlungsfreiheit der Mitgliedstaaten eingeschränkt.

Ohne Zweifel können Liberalisierung und Wettbewerb im Bereich der Daseinsvorsorge effizienzsteigernd und verbraucherfreundlich wirken. Sie dürfen jedoch kein Selbstzweck sein, sondern nur Mittel zum Zweck bei der Erfüllung des Allgemeinwohls. Die Liberalisierungseuphorie der Kohl-Regierung in den 90er-Jahren hat deutlich die Schwäche einer Wettbewerbspolitik ohne Regeln vor Augen geführt. Wettbewerb ist ein Ziel in den europäischen Verträgen, das den dort ebenfalls verankerten sozialen Zielen gleichrangig gegenübersteht. Das europäische Wettbewerbsrecht darf nicht zu einer Gefährdung der Leistungen der Daseinsvorsorge führen und muss im Zweifel hinter den Allgemeininteressen zurücktreten.

Statt einer Rahmenrichtlinie benötigen wir auch in Zukunft die Definitions- und Gestaltungshoheit der Mitgliedstaaten. Die Kommission sollte ihre Energien eher darauf verlagern, das Wettbewerbs- und Beihilferecht der Europäischen Kommission einfacher und transparenter zu gestalten. In den großen netzgebundenen Berei-

chen sollten sektorspezifische anstatt horizontaler Regelungen beibehalten und ein gleichmäßiger Grad der Marktöffnung angestrebt werden. Ein gleichmäßiger Grad der Marktöffnung innerhalb der EU würde zu mehr Chancengleichheit beitragen und Verwerfungen zwischen den Mitgliedstaaten verhindern.

**Peter Götz (CDU/CSU):** Am 21. Mai dieses Jahres hat die Europäische Kommission ein Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse veröffentlicht. Dazu gehören auch kommunale Leistungen, die in Deutschland als Daseinsvorsorge bezeichnet werden: von der Wasserwirtschaft über die Abfallwirtschaft, den öffentlichen Personennahverkehr, bis zu kommunalen Daseinsleistungen im sozialen oder kulturellen Bereich.

Im Zentrum des Grünbuchs steht eine Liste von 30 Fragen. Darüber soll europaweit diskutiert werden. Von Verlauf und Ergebnissen dieser Debatte will die EU-Kommission abhängig machen, wie sie diesen Bereich europarechtlich regeln will. Dabei geht es um die Bewertung von Fragen mit potenziell dramatischen Folgen: Wie wichtig ist uns die lokale und regionale Vielfalt der Angebote, die bisher den unterschiedlichen Bedürfnissen und Vorlieben der Menschen gerecht werden? Wollen wir die Zerschlagung kommunaler Strukturen und Kompetenz wagen, die bei Marktversagen nur sehr langfristig und mit exorbitanten Kosten wieder hergestellt werden können? Wollen wir auch lebenswichtige Grundversorgung – zum Beispiel unser Trinkwasser – den Regelungskräften des Marktes anvertrauen? Kann der Markt die Versorgung einkommensschwacher Bürger und abgelegener und dünn besiedelter Regionen kontinuierlich und in verlässlicher Qualität sichern?

Im Spannungsfeld zwischen europäischem Wettbewerb und kommunaler Selbstverwaltung in der Daseinsvorsorge gibt es keine einfachen Antworten. Es geht dabei um die Grundsatzfrage: Wollen wir, dass auch in Zukunft Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland über die Grundversorgung der Bürger selbst entscheiden? Oder: Wollen wir, dass die EU-Kommission künftig die Grundsätze der Daseinsvorsorge bestimmen soll mit der Folge, dass eurobürokratische Eingriffe eine bürgernahe lebendige Demokratie gefährden? Das sind die beiden Kernfragen, um die es geht.

Wir stehen in diesen Wochen im Zusammenhang mit der Diskussion über eine europäische Verfassung an einer wichtigen Weichenstellung. CDU und CSU wollen nicht, dass sich Europa um Dinge kümmert, die vor Ort besser gelöst werden können. Wir wollen nicht, dass Europa mehr Kompetenzen an sich zieht als notwendig. Europa darf sich nicht übernehmen. Europa braucht sich nicht um die innere Ordnung der Mitgliedstaaten zu kümmern.

Wir wollen eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Der im Konvent erarbeitete Verfassungsentwurf sieht dies dankenswerterweise vor. Ich will hier deshalb die Gelegenheit nutzen, allen zu danken, die in diesem Sinn daran gearbeitet haben: von A wie Peter Altmeier bis T wie Erwin Teufel. Sie haben im Interesse der Kommunen in Deutschland viel erreicht.

(A) Leider muss jedoch festgestellt werden, dass ohne jede Beratung im Konvent in letzter Minute in den Verfassungsentwurf in Art. III-6 der EU eine Kompetenz zur Regelung der Grundsätze und Bedingungen für die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse eingebracht wurde, die dem Geist des Verfassungsentwurfs und insbesondere dem Subsidiaritätsprinzip diametral widerspricht. Ich weise darauf hin, dass diese Klausel nicht Bestandteil der Verhandlungsergebnisse des Konvents ist. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass dieser neu angefügte Art. III-6 Satz 2 ersatzlos gestrichen wird.

Es ist nur konsequent, wenn wir ablehnen, dass die EU die Prinzipien und Bedingungen für Leistungen der Daseinsvorsorge regelt. Ich möchte dies auch begründen: Wenn wir wollen, dass die europäische Idee von den Bürgern angenommen wird, muss als wichtigstes Bauprinzip einer neuen europäischen Kompetenzordnung das Subsidiaritätsprinzip gelten. Europa darf keine Kompetenzen in Bereichen bekommen, die Mitgliedstaaten oder ihre Gemeinden und Regionen besser selbstständig regeln können. Das führt sonst zu bürgerfernen, bürokratischen und unpraktischen Lösungen.

Warum sollen Beamte in Brüssel darüber entscheiden, wie die Wasserversorgung in einer lettischen Kleinstadt, in einem griechischen Dorf, auf Rügen oder in Düsseldorf organisiert wird? Es reicht und ist in Ordnung, dass einheitliche Umweltstandards eingefordert werden. Eher sehe ich beim Vollzug dieser Standards noch Handlungsbedarf.

(B) Warum sollen Beamte in Brüssel sich einmischen in die Angelegenheiten eines kommunalen Musiktheaters in Slowenien, in Finnland oder in Hof? Vor Ort wissen die Menschen besser, wie sie es haben wollen, wie sie es organisieren und wie sie es bezahlen. Oft stehen lange wertvolle Traditionen dahinter. Die dürfen nicht zentralistisch zerstört werden.

Wir wollen, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland über die Grundversorgung der Bürger weiterhin selbst entscheiden. Wir wollen, dass das kommunale Wahlrecht zwischen Ausschreibung, Direktvergabe und kommunaler Eigenproduktion erhalten bleibt. Das muss nicht für alle Aufgaben gelten. Die großen netzgebundenen Leistungen, sei es nun Strom, Gas oder Telekommunikation, brauchen selbstverständlich klare, europaweit gültige Regelung. Aber wir brauchen sie nicht für alle örtlichen Dienstleistungen.

Ich will ausdrücklich klarstellen: Wir sind nicht gegen Wettbewerb, nicht gegen den europäischen Binnenmarkt und nicht gegen Liberalisierung. Wir wollen, dass auch die Daseinsvorsorge im Einklang mit dem Wettbewerbsprinzip steht und dass keine neuen Bereichsausnahmen von den Wettbewerbsregeln der europäischen Verträge entstehen. Aber wir sind eindeutig gegen Zuständigkeiten der EU für Dinge, die vor Ort besser entschieden werden können und die überwiegend lokale Bedeutung haben.

In Deutschland fällt noch nicht der Strom aus. Abfall und Abwasser werden umweltgerecht entsorgt. Unser

Trinkwasser gehört zu den besten der Welt. Städte, Gemeinden und Landkreise sorgen für Grundversorgung auf höchstem Niveau. Dieses Leistungsniveau ist nicht selbstverständlich. Das belegen die Katastrophenmeldungen aus immer mehr Ländern, zuletzt aus Italien und den USA. Dramatische Versorgungslücken mit riesigen volkswirtschaftlichen Kosten häufen sich. Verlässlichkeit und Qualität sinken.

Die Menschen wissen dies. Sie sind für den direkten Einfluss der Kommunen auf die Grundversorgungsleistungen und wehren sich immer öfter mit Bürgerbegehren gegen den Verkauf von Stadtwerken. Trotz Liberalisierung bauen die Stadtwerke ihre Marktposition aus. Stromversorgung (43 %) und Gasversorgung (70 %) bleiben kommunale Dienste. Nur 2 % der Stadtwerk-kunden haben sich nach der Privatisierung der Energiemärkte für neue Versorger entschieden.

Die Städte, Gemeinden und Landkreise stellen sich dem Wettbewerb. Aber sie wollen und müssen die Entscheidung darüber haben, wie die Grundversorgung vor Ort am besten und am effizientesten erfolgen soll. Privatisierung kann die beste Lösung sein. Es kann im Einzelfall auch heißen: Die Gemeinde macht es selbst. Das Nebeneinander mehrerer Modelle – warum nicht unterschiedlich je nach Entscheidung des Stadtrats? – führt auch zu Wettbewerb. Kein Bürgermeister oder Landrat kann sich schlechtere Leistung oder hohe Kosten leisten als an vergleichbaren Orten. Denn er und seine Partei würden damit ihre Wiederwahl gefährden.

„Modernisierung statt erzwungene Liberalisierung“ (D) ist die richtige Antwort auf diese ordnungspolitische Frage. CDU und CSU lehnen deshalb alle zentralistischen Tendenzen und eine „Zwangsentkommunalisierung“ durch Brüsseler Entscheidungen bei wichtigen Grunddienstleistungen entschieden ab. Deshalb unsere Forderung: Keine Zuständigkeit Europas für örtliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse! Oder anders ausgedrückt: Frau Ministerin, der letzte nachgeschobene Satz in Art. III-6 des Verfassungsentwurfs muss wieder raus. Wenn uns dies gemeinsam gelingt, wird das von der Europäischen Kommission vorgelegte Grünbuch überflüssig.

**Michaele Hustedt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
In dem Grünbuch stößt die Europäische Union einen Konsultationsprozess an, in dem es im Kern um die Frage geht, ob ein einheitlicher europäischer Rechtsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse geschaffen werden sollte. Wir teilen die Auffassung, die Bund und Länder in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum Ausdruck gebracht haben: Ein einheitlicher Rechtsrahmen der Europäischen Union für diesen Bereich brächte keinen Nutzen; denn er könnte aufgrund der Heterogenität nur sehr allgemein gehalten werden sein. Sinnvoll ist die Aufteilung, die im Grünbuch enthalten ist: netzgebundene Wirtschaftszweige, andere Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und nicht wirtschaftliche Tätigkeiten und Dienstleistungen ohne wirtschaftliche Auswirkungen.

(A) Erstens: von großen netzgebundenen Wirtschaftszweigen erbrachte Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – Strom, Gas, Postdienste, Telekommunikation, Verkehr. In diesem Bereich hat die EU wichtige Impulse zur Liberalisierung der Märkte gegeben, die mit erheblichen Preissenkungen, Verbesserungen der Dienstleistungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher und der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden waren. Das Regelwerk der EU gibt Standards zur Gewährleistung von Wettbewerb, zu sozialen Kriterien wie Universaldienst, Verbraucher- und Nutzerrechten vor. Besonders die Funktion der EU als Impulsgeberin für Wettbewerb brauchen wir auch weiterhin.

Die Koalition arbeitet derzeit daran, die Vorgaben der EU im Bereich von Strom und Gas und bei der Telekommunikation umzusetzen. Die EU gibt hier das Modell des durch eine nationale Wettbewerbsbehörde zu gewährleistenden Netzzuganges vor. Diese Wettbewerbsbehörden müssen insbesondere mit der Fähigkeit, den marktbeherrschenden Unternehmen Auflagen zu erteilen, ausgestattet sein. Wir halten nichts davon, für jeden Sektor eine EU-weit tätige Regulierungsbehörde zu schaffen. Die Vorgabe und Überwachung eines Rahmens, der durch die Staaten ausgefüllt und von der Kommission überwacht wird, ist ein sinnvolles Instrument. Allerdings hat die EU Verantwortung für den länderübergreifenden Wettbewerb.

(B) In Deutschland wird die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post immer mehr zu der Wettbewerbsbehörde für netzgebundene Infrastruktur. Falls sie auch die Behörde für die Regulierung des Strom- und Gassektors werden wird, wäre es aus unserer Sicht notwendig, ein eigenes Wettbewerbsbehördengesetz für alle Bereiche zu schaffen. Es wäre noch genug Zeit, die institutionellen Regelungen aus dem Telekommunikationsgesetz herauszunehmen und parallel ein Wettbewerbsbehördengesetz zu entwickeln. Im Bereich des Bahnverkehrs wird es von zentraler Bedeutung sein, dass Betrieb und Netz getrennt werden. Ein konsequenter Unbundling – und dies gilt nicht nur für den Verkehrsbereich – ist die unbürokratischste und weitestgehende Lösung für die Wettbewerbsneutralität der Netze.

Zweitens: Bei den anderen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse wie etwa Abfallwirtschaft, Wasserversorgung oder dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk besteht auf Gemeinschaftsebene kein umfassendes Regelwerk. Wir sind entschieden der Meinung, dass hier jeder Mitgliedstaat selbst regeln sollte, mit wie viel Markt und wie viel Staat er diese Dienstleistungen erbringen will. Sofern die Dienstleistungen in diesen Bereichen den Handel zwischen den Staaten betreffen, unterliegen sie dem Wettbewerbs- und Beihilferecht. Insbesondere Wasser ist ein besonderes Gut. Eine ortsnahe Erzeugung gehört zur Identität der Region und erhöht die Achtsamkeit beim Umgang mit Böden und Grundwasser. Eine weit gehende Liberalisierung im diesem Bereich, wie zum Beispiel bei Telekommunikation und Strom, halten wir deshalb nicht für zielführend.

(C) Drittens: nicht wirtschaftliche Tätigkeiten und Dienstleistungen ohne Auswirkungen auf den Handel. Zu diesem Bereich – also insbesondere den sozialen und kulturellen öffentlichen Dienstleistungen – gibt es auf Gemeinschaftsebene keine spezifischen Regelungen. Auch das Wettbewerbs- und Beihilferecht kommt nicht zur Anwendung.

**Gudrun Kopp (FDP):** Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag unterstützt nachhaltig das zuletzt im Grünbuch vom 21. Mai 2003 noch einmal bekräftigte Engagement der EU-Kommission für Deregulierung und eine liberale Ausgestaltung derjenigen Bereiche, die gemeinhin unter dem Begriff Daseinsvorsorge subsumiert werden.

Die Rolle der Kommission als ordnungspolitisches Korrektiv gegen die Bundesregierung kann hier gar nicht genug gewürdigt werden. Schon in der Vergangenheit mussten ja die Fraktionen von Rot und Grün in Sachen Deregulierung und Marktöffnung zum „Jagen getragen werden“. Insofern begrüßen wir es ausdrücklich, die Kommission in diesen wichtigen Fragen auf unserer Seite zu wissen.

In diesem Zusammenhang steht es außer Frage – und das ist von der Kommission auch immer in aller Klarheit bekräftigt worden –, dass an den jeweiligen nationalen Entscheidungsträgern ist, selbst zu definieren, welche Bereiche sie der Daseinsvorsorge zuordnen und entsprechend ausgestalten wollen. Hier findet also keine Bevormundung seitens der Brüsseler Behörden statt.

(D) Zu Recht aber betont die Kommission auch, dass diese Bereiche glasklar definiert und vor allem transparent gestaltet werden müssen. Das heißt, der Bürger muss genau erkennen können, welche Leistungen von welcher staatlichen Ebene und – vor allem – zu welchen Kosten erbracht werden. Die Energiepreise in der Bundesrepublik mit ihren für den Bürger völlig intransparenten Kostenelementen liefern hier also ein gutes Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte.

Zu viele Wirtschaftsbereiche in Deutschland sind heute noch immer dem Wettbewerb entzogen. Dies ist angesichts der gemachten Erfahrungen mit der Liberalisierung des Telekommunikations- und Strommarktes nicht nur äußerst unbefriedigend, sondern auch völlig unverständlich. Hier muss sich die Bundesregierung endlich bewegen.

Die Öffnung vieler Bereiche der Daseinsvorsorge in Deutschland für den privaten Wettbewerb könnte in der gegenwärtigen desolaten wirtschaftlichen Situation darüber hinaus auch Impulse geben für mehr Wachstum und Beschäftigung in der Zukunft. Die Vergangenheit zeigt doch sehr klar, dass Gemeinwohl und Wettbewerb nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern sich bedingen.

Gerade der Telekommunikationssektor ist ein schlagender Beweis dafür, dass Märkte und Wettbewerb nicht nur zu geringeren Preisen, besserer Qualität, höherer Zuverlässigkeit und allgemeiner Zugänglichkeit führen. Nein, sie entfesseln auch Wachstumskräfte, die ansonsten unter der wohligen warmen Decke staatlicher Monopole

(A) schlummern. Nach Schätzung der Kommission sind allein im Bereich der Telekommunikation durch die Deregulierung EU-weit mehr als 1 000 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Vergegenwärtigt man sich nun das in Deutschland vorhandene Potenzial für weitere Marktöffnungen – ich nenne hier nur stellvertretend die besonders wichtigen Bereiche Post, ÖPNV, Energie, Wasser, Finanz- und Entsorgungsdienstleistungen –, so wird klar, welche ökonomische Dynamik wir hier einfach verschlafen, wenn nicht endlich an diese Sektoren herangegangen wird.

Aber auch in den bisher leider nur ansatzweise liberalisierten Sektoren des Bahnverkehrs und des Strom- und Gasmarktes müssen wir endlich zu einer viel weitgehenderen Deregulierung und Liberalisierung kommen, die nicht nur die Kosten für die Verbraucher langfristig senkt, sondern ihnen auch transparent macht, welche Kosten ihnen gegenwärtig durch die staatliche Regulierung tatsächlich entstehen.

Insofern fordern wir die Bundesregierung in unserem Antrag auch ausdrücklich auf, nicht nur ein konsistentes Konzept für den Bereich der Daseinsvorsorge mit glasklaren Definitionen der betroffenen Wirtschaftsbereiche und den daraus entstehenden Kosten vorzulegen. Darüber hinaus muss ein konsequenter Kurs der staatlichen Aufgabenkritik auf allen Ebenen eingeleitet werden. Deshalb haben wir angeregt, dass die Bundesregierung hierzu jährlich Bericht erstattet.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal ausdrücklich die Rolle der Kommission würdigen, die viele der gerade in Deutschland bitter notwendigen Deregulierungen und Liberalisierungen angestoßen und vorangetrieben hat. Der weiteren Unterstützung durch die FDP-Fraktion kann sie hierbei gewiss sein.

(B)

## Anlage 17

### Amtliche Mitteilungen

Der Bundesrat hat in seiner 791. Sitzung am 26. September 2003 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen, einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 Grundgesetz nicht zu stellen bzw. einen Einspruch gemäß Artikel 77 Absatz 3 nicht einzulegen:

- **Gesetz zur Abwicklung der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS Abwicklungsgesetz – BvSAbwG)**
- **Zweites Gesetz zur Änderung des Zollverwaltungsgesetzes und anderer Gesetze**
- Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über die grenzüberschreitende Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (**EG-Beweisaufnahmedurchführungsgesetz**)
- **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland und weiterer berufsrechtlicher Vorschriften für Rechts- und Patentanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer**

– Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistiken (**Verwaltungsdatenverwendungsgesetz – VwDVG**) (C)

– **Gesetz zu dem Abkommen vom 4. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

– **Gesetz zu dem Vertrag vom 27. Juni 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien über die Auslieferung**

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

#### Finanzausschuss

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Unterrichtung durch die Bundesregierung über die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der EU-Mitgliedstaaten**

– Drucksachen 15/798, 15/1272 Nr. 1.1 –

#### Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Bericht der Bundesregierung – Initiative Architektur und Baukultur** (D)

– Drucksachen 14/8966, 15/345 Nr. 68 –

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, daß der Ausschuss die nachstehenden EU-Vorlagen bzw. Unterrichtungen durch das Europäische Parlament zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

#### Auswärtiger Ausschuss

Drucksache 15/1041 Nr. 2.5  
Drucksache 15/1153 Nr. 2.2  
Drucksache 15/1153 Nr. 2.30

#### Innenausschuss

Drucksache 15/345 Nr. 11  
Drucksache 15/392 Nr. 2.19  
Drucksache 15/503 Nr. 1.28

#### Rechtsausschuss

Drucksache 15/339 Nr. 2.13  
Drucksache 15/345 Nr. 19  
Drucksache 15/345 Nr. 22  
Drucksache 15/345 Nr. 28  
Drucksache 15/345 Nr. 29  
Drucksache 15/345 Nr. 30  
Drucksache 15/345 Nr. 31  
Drucksache 15/345 Nr. 32  
Drucksache 15/611 Nr. 2.9  
Drucksache 15/611 Nr. 2.19  
Drucksache 15/979 Nr. 2.20

(A)	<p><b>Finanzausschuss</b></p> <p>Drucksache 15/1280 Nr. 2.20 Drucksache 15/1280 Nr. 2.37 Drucksache 15/1280 Nr. 2.44 Drucksache 15/1280 Nr. 2.47 Drucksache 15/1280 Nr. 2.49 Drucksache 15/1389 Nr. 1.3</p> <p><b>Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit</b></p> <p>Drucksache 15/1280 Nr. 1.1 Drucksache 15/1280 Nr. 2.2 Drucksache 15/1280 Nr. 2.4 Drucksache 15/1280 Nr. 2.5 Drucksache 15/1280 Nr. 2.9 Drucksache 15/1280 Nr. 2.24 Drucksache 15/1280 Nr. 2.30 Drucksache 15/1280 Nr. 2.31 Drucksache 15/1280 Nr. 2.35 Drucksache 15/1280 Nr. 2.36 Drucksache 15/1280 Nr. 2.41 Drucksache 15/1280 Nr. 2.42 Drucksache 15/1280 Nr. 2.43 Drucksache 15/1280 Nr. 2.48</p> <p><b>Ausschuss für Verbraucherschutz Ernährung und Landwirtschaft</b></p> <p>Drucksache 15/1280 Nr. 2.3 Drucksache 15/1280 Nr. 2.6 Drucksache 15/1280 Nr. 2.7</p>	(C)
-----	--	-----

Drucksache 15/1280 Nr. 2.8  
Drucksache 15/1280 Nr. 2.19  
Drucksache 15/1280 Nr. 2.21  
Drucksache 15/1280 Nr. 2.22  
Drucksache 15/1280 Nr. 2.26  
Drucksache 15/1280 Nr. 2.27  
Drucksache 15/1280 Nr. 2.29  
Drucksache 15/1280 Nr. 2.33  
Drucksache 15/1280 Nr. 2.34

**Ausschuss für Gesundheit und soziale Sicherung**

Drucksache 15/1547 Nr. 2.13  
Drucksache 15/1547 Nr. 2.65

**Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Drucksache 15/1153 Nr. 2.38

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Drucksache 15/1041 Nr. 2.1  
Drucksache 15/1153 Nr. 2.3  
Drucksache 15/1389 Nr. 1.1

**Ausschuss für Kultur und Medien**

Drucksache 15/1389 Nr. 1.2



